

**Die Arbeitsgemeinschaft
Nord-West**

**Untersuchungen zur Geschichte
der NSDAP 1925/26**

INAUGURAL - DISSERTATION
zur Erlangung der Doktorwürde
der Philosophischen Fakultät
der Albert-Ludwigs-Universität
zu Freiburg i. Br.

vorgelegt von

GERHARD SCHILDT
aus Teterow

1964

**Die Arbeitsgemeinschaft
Nord-West**

**Untersuchungen zur Geschichte
der NSDAP 1925/26**

INAUGURAL - DISSERTATION
zur Erlangung der Doktorwürde
der Philosophischen Fakultät
der Albert-Ludwigs-Universität
zu Freiburg i. Br.

vorgelegt von
GERHARD SCHILDT
aus Teterow

Referent: Prof. Dr. H.-G. Zmarzlik

Korreferent: Prof. Dr. E. Hassinger

Dekan: Prof. Dr. W. Lettenbauer

Tag der mündlichen Prüfung: 27.11.1964



I n h a l t :

Forschungsstand und Quellenlage

S. 1

Die Organisation der Nationalsozialisten Mitte der zwanziger Jahre

Während Hitlers Landsberger Zeit

Die NSDAP in Norddeutschland vor dem Hitler-Putsch . .	S. 13
Die Ernennung Rosenbergs zum Führer der "Großdeutschen Volksgemeinschaft"	S. 14
Wahlerfolge in Thüringen und Bayern.	S. 15
Die Reichstagswahlen im Mai 1924 und die Entstehung der "Nationalsozialistischen Freiheitspartei".	S. 16
Hitlers Reaktion auf die Fusionsbestrebungen	S. 17
Der Weimarer Parteitag	S. 18
Essers Wirken	S. 18
Die Gegensätze zwischen NSDAP und "Deutschvölkischer Freiheitspartei"	S. 22
Die Reichstagswahl im Dezember 1924	S. 24
Die Hoffnung auf Hitler	S. 25

Nach der Neugründung der Partei

Die Neugründung	S. 27
Gregor Straßer	S. 28
Die Konferenzen vom Hamm und Harburg und die end- gültigen Entscheidungen der Gaue und Ortsgruppen für die NSDAP	S. 32
Die Stellung der Gauleiter	S. 36
Die Zusammenarbeit zwischen den Gauen und der Parteileitung	S. 42
Die zahlenmäßige Stärke der Partei	S. 49
Die Parteipropaganda	S. 53
Finanzielle Schwierigkeiten	S. 55
Der Mangel an Unterführern	S. 56

Ideologische Strömungen in der NSDAP

Der nationalsozialistische Sozialismus

Konservative Nationalisten und Völkische	S. 58
Die nationalen Sozialisten	S. 63
Der Sozialismus bei Straßer	S. 72
Der Sozialismus bei Goebbels	S. 75
Die Einstellung Hitlers	S. 78
Die Einstellung zur "Deutschvölkischen Freiheitspartei"	S. 81
Die Frage der außenpolitischen Orientierung	S. 81
Die Einstellung einzelner Parteigenossen und -gruppen zum Sozialismus.	S. 86

<u>Die Diskussion über Wahlbeteiligung</u>	S. 95
--	-------

Die "Arbeitsgemeinschaft Nord-West"

<u>Die Partei und die Esser-Streicher-Gruppe</u>	S. 101
--	--------

Die Arbeitsgemeinschaft bis zur 2. Hannoveraner Konferenz.

Die Gründung der Arbeitsgemeinschaft	S. 105
Die "Nationalsozialistischen Briefe"	S. 114
Die 1. Hannoveraner Konferenz	S. 117
Die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft im Winter 1925/26	S. 121
Die Programmdiskussion	S. 125
Die Fürstenabfindung	S. 136

Die 2. Hannoveraner Konferenz

Vorbemerkungen	S. 139
Einladungen und Teilnehmer	S. 139
Feders Erscheinen	S. 141
Die einzelnen Beratungen	S. 142
Urteile von Teilnehmern nach der Konferenz	S. 152
Zusammenfassung	S. 153

Die Bamberger Konferenz

Motive für Bamberg	S. 154
Befürchtungen und Erwartungen der Norddeutschen . . .	S. 155
Straßers taktisches Konzept	S. 157
Hitlers Rede	S. 158
Goebbels' Reaktion	S. 160
Straßers Situation auf der Konferenz	S. 160
Goebbels' Verhalten	S. 162
Die Bedeutung der Bamberger Konferenz	S. 163

Straßer, Goebbels und das Ende der Arbeits- gemeinschaft Nord-West

Die 3. Hannoveraner Konferenz	S. 164
Straßers "Gedanken über Aufgaben der Zukunft"	S. 166
Der "Nationale Sozialist"	S. 167
Die Gründung des Großgaus Ruhr	S. 168
Rückziehung des Straßer-Programms	S. 170
Der "Abfall" von Goebbels	S. 170
Die Generalmitgliederversammlung	S. 178
Das Ende der Arbeitsgemeinschaft	S. 180
Die Berufung Straßers und v. Pfeffers in die Parteileitung	S. 182

Schlufbemerktungen

Straßers Stellung zu Hitler	S. 186
Bemerkungen zu Hitlers Persönlichkeit	S. 189
Zusammenfassung: Die Arbeitsgemeinschaft Nord-West .	S. 192

Anhang

<u>Bemerkungen zu den Dokumenten</u>	S. I
Nachricht über die Tagung in Hamm	S. IV
Mitgliederzahl des Gaus Hannover	S. V
Brief eines Parteigenossen an den Gauleiter Rust . . .	S. VI
Goebbels' Bericht für Straßer über die Gründung der Arbeitsgemeinschaft	S. VIII
v. Pfeffers Denkschrift zum Straßer-Programm	S. XIV
Brief Kaufmanns an Straßer	S. XXIV
Quellen- und Literaturverzeichnis	S. XXVIII

Abkürzungsverzeichnis

AG	= Arbeitsgemeinschaft
Bl.	= Blatt
DAF	= "Deutsche Arbeitsfront"
DAP	= "Deutsche Arbeiterpartei"
Des. 80	= Akte der politischen Partei im Niedersächsischen Staatsarchiv Hannover
DFP	= "Deutschvölkische Freiheitspartei"
DNVP	= "Deutschnationale Volkspartei"
GVG	= "Großdeutsche Volksgemeinschaft"
Hann 310I	= Akten der Gauleitung Hannover im Niedersächsischen Staatsarchiv Hannover. Es folgen die Faszikelbezeichnungen A4, G5 o.ä.
IZG	= "Institut für Zeitgeschichte", München
Jm. Dok.	= Jochmann-Dokumente. Werner Jochmann (Hs.), Nationalsozialismus und Revolution. Ursprung und Geschichte der NSDAP in Hamburg 1922 - 1933. Dokumente. Veröffentlichungen der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg. Bd.3. Frankfurt am Main 1963.
Mdl. Mitt.	= Mündliche Mitteilungen an den Verfasser.
NS1	= Bestand "Reichsschatzmeister" im Bundesarchiv Koblenz. Es folgen Faszikel- und Blattzahlen.
NS20	= Bestand "Kleine Erwerbungen" im Bundesarchiv Koblenz. Es folgen Faszikel- und Blattzahlen.
NS26	= Bestand "Hauptarchiv der NSDAP" im Bundesarchiv Koblenz. Es folgt die Faszikelnnummer.
NSAG	= "Nationalsozialistische Arbeitsgemeinschaft" (Volck-Haase-Gruppe)

NS-Briefe = "Nationalsozialistische Briefe", heraus-
 gegeben von Gregor Straßer
 NSDAP = "Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter=
 partei"
 NSFP = "Nationalsozialistische Freiheitspartei"
 Samml. Sch. = Bestand "Sammlung Schumacher" im Bundes-
 archiv Koblenz. Es folgen die Faszikel-
 und, soweit vorhanden, die Blattzahl.
 Schr. Mitt. = Schriftliche Mitteilung an den Empfänger
 St. K. = Staatsarchiv Koblenz
 Tgb = Das Tagebuch von Joseph Goebbels 1925/26.
 Mit weiteren Dokumenten herausgegeben
 von Helmut Heiber. Schriftenreihe der
 Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
 Nr. 1. Stuttgart 2.Aufl. 1961. Es folgen
 Datum und Seitenangabe.
 Ushla = "Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß"
 VB = "Völkischer Beobachter"
 VfZ = "Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte"
 VSB = "Völkisch-Sozialer Block"



Digitized by the Internet Archive
in 2026

Forschungsstand und Quellenlage

Diese Untersuchung bemüht sich, die sogenannte Fronde¹ des Straßer-Flügels der NSDAP in den Jahren 1925/26, die Arbeitsgemeinschaft Nord-West, darzustellen. Dabei wird auch Licht auf die Geschichte der Partei in dieser Frühzeit fallen. Weil sich um die Arbeitsgemeinschaft und das Wirken Gregor Straßers und Goebbels' zahlreiche Legenden gebildet haben, ist es angebracht, eine Erörterung des Forschungsstandes und der Quellenlage der Untersuchung vorzuschicken.

Einzeluntersuchungen für den Aufstieg der NSDAP fehlen weitgehend, ausgenommen für die Münchener Anfänge bis zum Hitlerputsch 1923. Hierzu gibt es auch Dokumentationen. Die Gebiete außerhalb Bayerns sind mit gewissem Recht bisher vernachlässigt worden. Eine Ausnahme macht Hamburg. Hier liegt seit längerem eine Dissertation vor.² Außerdem publizierte Werner Jochmann 1963 einen umfangreichen Dokumentenband,³ der Akten enthält, die für den ganzen norddeutschen Bereich wichtig sind, darunter neun Dokumente, die den Gegenstand dieser Untersuchung betreffen. Werner Jochmann will seiner Dokumentation möglichst bald eine Darstellung folgen lassen. Insgesamt gesehen, sind jedoch weite Teile der NSDAP-Geschichte nur unzulänglich bekannt.

Über den Zusammenschluß nord- und westdeutscher Gauleiter 1925 unter Führung Gregor Straßers ist allerdings häufig berichtet worden. Die früheste

¹ Helmut Heiber, Joseph Goebbels. Berlin 1962, S. 52

² Helga Anschutz, Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei in Hamburg. Ihre Anfänge bis zur Reichstagswahl vom 14. September 1930. Phil. Diss. Hamburg 1956. Ms.

³ Nationalsozialismus und Revolution. Ursprung und Geschichte der NSDAP in Hamburg. 1922 - 1933. Dokumente. Hs. von Werner Jochmann. Veröffentlichungen der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg 3. Frankfurt am Main 1963.

Nachricht verdanken wir Herbert Blank.¹ Kurz darauf folgten die Berichte von R. Billung² und Richard Schapke.³ Blank und Schapke gehörten zum Kreis um Otto Straßer⁴ und haben offenbar von ihm die Ereignisse um die Arbeitsgemeinschaft Nord-West erfahren. Erzählende schriftliche Quellen waren nicht vorhanden,⁵ und die Nachrichten von Blank, Schapke und Billung gleichen genau den späteren Otto Straßers.

Auf diese drei Darstellungen hat sich Konrad Heiden bei der Abfassung seiner "Geschichte des National-

¹Weigand von Miltenberg, d.i. Herbert Blank, Adolf Hitler - Wilhelm III. Berlin 1931.

²R. Billung, N.S.D.A.P. Die Geschichte einer Bewegung. München 1931.

³Richard Schapke, Die Schwarze Front. Von den Zielen der Deutschen Revolution. Leipzig 1.-5.Aufl. 1932.

⁴Dr. Otto Straßer, geb. 1897, näherte sich als Student und ehemaliger Weltkriegsoffizier der SPD und leistete dem Kapp-Putsch bewaffneten Widerstand. Er wandte sich von der SPD ab, als sie ihm die Sozialisierung nicht energisch genug zu verfechten schien. Von 1926 bis 1930 leitete er den nationalsozialistischen Kampf-Verlag. Dann trennte er sich von der NSDAP und gründete die "Kampfgemeinschaft revolutionärer Nationalsozialisten", die spätere "Schwarze Front". Nach langjähriger Emigration lebt er heute in München.

⁵Nur Blank hat andere Quellen als mündliche Berichte benutzt, nämlich einen Programmentwurf, den Gregor Straßer der Arbeitsgemeinschaft zur Beratung vorgelegt hatte, und die "Nationalsozialistischen Briefe", das Organ der Arbeitsgemeinschaft. Wie oberflächlich Blank bei seinem Berichte zu Werke ging, zeigt, daß er "Nr. 5" der NS-Briefe "vom 1. Dezember 1925" zitiert und vorher erklärt, dieses Organ sei erst im November geschaffen worden. Es hätte sich dann also um eine Tageszeitung handeln müssen.

sozialismus¹ gestützt. Dieses bedeutende Buch sowie die folgenden, in der Emigration erschienenen Werke Heidens tragen keinen wissenschaftlichen Charakter, sondern sollten vor allem zur kritischen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und seinen Trägern dienen. Jeder Anmerkungsapparat fehlt. Das ist um so bedauerlicher, als die Darstellungen außerordentlich viel Material ausbreiten, dessen Quellenwert offensichtlich sehr unterschiedlich ist. Deshalb ist eine Überprüfung im einzelnen oft nicht möglich, so wünschenswert sie wäre. Heiden bot durch die zahlreichen, aus anderen Quellen nicht bekannten Episoden der weiteren wissenschaftlichen Arbeit eine Grundlage.

Unmittelbar auf Erzählungen Otto Straßers geht zurück, was Bodo Uhse in seinem 1935 in Paris erschienenen autobiographischen Roman "Söldner und Soldat"² über die Arbeitsgemeinschaft berichtete. Bodo Uhse gehörte zwar dem Kreise um Otto Straßer, der "Schwarzen Front", nicht direkt an, stand ihr aber nahe und kannte ihren Führer persönlich recht gut.

1940 erschienen Otto Straßers Erinnerungen in englischer und französischer Sprache. Sie wurden 1948 ins Deutsche übersetzt.³ Ebenfalls 1940 berichtete der englische Journalist Reed über die Erlebnisse Otto Straßers.⁴ Dieser gab 1958 sein letztes Buch unter dem Titel "Exil" heraus.⁵

¹Konrad Heiden, Geschichte des Nationalsozialismus. Die Karriere einer Idee. Berlin 1932.
An dieses Werk schließen sich die folgenden Bücher Heidens an, nämlich: Konrad Heiden, Adolf Hitler. Bd.I: Das Zeitalter der Verantwortungslosigkeit. Zürich 30.-32.Aufl. 1937, Bd.II: Ein Mann gegen Europa. Zürich 1937. Konrad Heiden, Der Führer. Hitler's Rise to Power. London 1944.

²Bodo Uhse, Söldner und Soldat. Paris 1935.

³Otto Straßer, Hitler und ich. Konstanz 1948.

⁴Douglas Reed, Nemesis? The Story of Otto Strasser. London und Toronto 1940. Douglas Reed, The Prisoner of Ottawa: Otto Strasser. London 1953.

⁵Otto Straßer, Exil. München 1958.

Um die Berichte des Otto-Straßer-Kreises zu charakterisieren, seien zwei Passagen aus "Hitler und ich" und "Exil" gegenübergestellt.

In dem ersten Buch wird beschrieben, wie die nord-deutschen Gauleiter in Hannover über die Fürstenenteignung¹ sprechen. Feders² Anwesenheit stört sie. Dann heißt es: "Die Nachrichten aus Bayern bestätigten uns tagtäglich die Entwicklung Hitlers. Wir wußten bereits, daß die Enteignung der Fürsten, die von der gesamten NSDAP angenommen war, seine Taktik durchkreuzte.

In Hannover dagegen erhielt der Vorschlag der Enteignung alle Stimmen mit Ausnahme der von Dr. Ley³. Als Feder im Namen Hitlers protestierte, sprang Goebbels auf den Stuhl und hielt eine aufsehenerregende Rede, um unseren Standpunkt zu verteidigen: 'Unter diesen Umständen beantrage ich, daß der kleine Bourgeois Hitler aus der Nationalsozialistischen Partei ausgeschlossen wird', rief er zum Schluß aus, - ich muß gestehen, er erhielt donnernden Beifall.

Gregor [Straßer] mußte einschreiten und mit Bestimmtheit erklären, daß derartige Entscheidungen nur auf einem allgemeinen Parteikongreß getroffen werden könnten. Auf alle Fälle wurde angenommen, daß die NSDAP Nord gegen die Fürsten stimmen würde, und Rust⁴ rief leidenschaftlich aus: 'Nationalsozialisten sind freie Männer und Demokraten. Sie erkennen keinen Papst an, der sich für unfehlbar halten könnte. Hitler mag machen, was er will, und wir, wir werden

¹Die Auseinandersetzungen um die Vermögen der ehemaligen deutschen Fürsten führten zu einem Volksbegehren und einem Volksentscheid.

²Gottfried Feder, geb. 1883. Ingenieur, eines der ersten Mitglieder der NSDAP, Wirtschaftstheoretiker und Programmatiker der Partei. Zunehmend in den Hintergrund gedrängt. Gest. 1941.

³Dr. Robert Ley, geb. 1890. Chemiker. Damals Gauleiter von Rheinland-Süd, im Dritten Reich Führer der Deutschen Arbeitsfront. Selbstmord 1945.

⁴Bernhard Rust, geb. 1883, damals Gauleiter von Hannover, im Dritten Reich Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung. Selbstmord 1945.

handeln, wie es unser Gewissen befiehlt."¹

Im "Exil" spricht Otto Straßer nur von Zwischenrufen, die die Rede Feders für die Fürsten unterbrechen. Hildebrand² ruft angeblich: "Fürstendiener!" und Koch³ (der in Wirklichkeit an der Tagung gar nicht teilnahm): "Kapitalistenknecht!" Von Goebbels fällt das Wort: "Ich beantrage den Ausschluß des Herrn Hitler aus der NSDAP!"

Otto Straßer fährt fort: "Jähe Stille. Ich sah zu Gregor hinüber und musterte die Gesichter unserer Freunde. Alle waren sie mit der Forderung Dr. Goebbels' einverstanden, nickten zustimmend. Gregor war der Antrag ebenso peinlich wie unsere Zustimmung. Er verletzte sein Treuegefühl und seine Objektivität. 'Liebe Freunde', sagte er nachdrücklich, 'Ihr vergeßt, daß Hitler der Führer der Partei ist. Er ist zwei Jahre für die NSDAP in der Festung Landsberg gewesen. Es ist ausgeschlossen, daß wir über den Antrag von Dr. Goebbels abstimmen, so berechtigt er auch klingen mag.'"⁴

Diese beiden Passagen sind charakteristisch für alle Berichte aus dem Otto-Straßer-Kreis. Sie zeigen einen gewissen auf Sensationen angelegten Stil, stimmen in Grundzügen überein, sind aber in Einzelheiten völlig ungenau. Die wörtlichen Zitate sind manipuliert, sogar die Daten sind in vielen Fällen falsch.

Wenn die Otto-Straßer-Überlieferung nicht völlig verworfen werden soll, sondern als eine Quelle neben anderen dienen soll, müssen die allen Berichten gemeinsamen Grundzüge festgehalten werden. Es ergibt sich dann folgendes Bild: Gregor und Otto Straßer

¹Hitler und ich. S.113f.

²Friedrich Hildebrand, geb. 1898. Gauleiter von Mecklenburg bis 1945, 1948 hingerichtet.

³Erich Koch, geb. 1896. Damals Bezirksführer des Bergischen Landes (Gau Rheinland-Nord), seit 1928 Gauleiter in Ostpreußen, im Krieg Reichskommissar für die Ukraine. 1949 an Polen ausgeliefert, 1959 zum Tode verurteilt.

⁴Exil. S.41.

bestimmten in Norddeutschland das Gesicht der Partei. Im November 1925 versammelten sich die norddeutschen Gauleiter in Hannover, um 1. über ein von Gregor Straßer vorgelegtes Parteiprogramm und 2. über die Frage der Fürstenvermögen zu entscheiden. Alle, bis auf Ley, waren sozialistisch¹ gesinnt. Als Hitlers Abgesandter erschien Gottfried Feder, gegen dessen Zulassung sich heftige Opposition erhob. Feder wandte sich gegen Straßers Programmentwurf, blieb aber zusammen mit Ley in der Minderheit. Dasselbe Ergebnis ergab die Abstimmung über die Fürstenvermögen: außer den beiden entschied sich alles für Enteignung. Darüber hinaus wurde Hitler entschieden kritisiert, wobei Goebbels der Eifrigste war, so daß Gregor Straßer die erhitzten Gemüter beruhigen mußte. Zu einer von Hitler am 14. Februar 1926 in Bamberg einberufenen Konferenz erschienen von den Norddeutschen nur Goebbels und Straßer, während Hitler mit zahlreichem süddeutschen Gefolge in der Überzahl war. Goebbels ließ auf dieser Tagung Gregor Straßer im Stich und ging zu Hitler über, womit die organisierte "Parteifronde" ihr Ende fand. Der Beschluß der Generalmitgliederversammlung vom 22. Mai 1926, daß das Parteiprogramm unabänderlich sei, setzte einen Schlußpunkt unter diese Entwicklung.

Das parteiantliche Schrifttum der NSDAP ignorierte diese Vorgänge. So wurden von dieser Seite die Berichte des Kreises um Otto Straßer nicht widerlegt. Im Gegenteil: die spärlichen Daten, die Volz² angibt, bestärkten die Straßersche Überlieferung. Sie ist bis in die jüngste Zeit die Grundlage für wissenschaftliche Darstellungen gewesen. Bullock³, der sich sonst vielfach auf Heiden stützte,⁴ beruft sich für die

¹Wenn in dieser Arbeit von Sozialismus oder sozialistisch gesprochen wird, ist dieser Begriff in nationalsozialistischem, d.h. antimarxistischem Sinne gemeint.

²Hans Volz, Daten zur Geschichte der NSDAP. Berlin und Leipzig 11. Aufl. 1943.

³Alan Bullock, Hitler. Eine Studie über Tyrannei. Düsseldorf 1953.

⁴Dazu Karl Dietrich Bracher, Das "Phänomen" Adolf Hitler. In: Politische Literatur 1, 1952, S. 207ff.

Ereignisse der Arbeitsgemeinschaft ausdrücklich auf "Hitler und ich". Walter Görlitz und Herbert A. Quint¹ nennen keine Quellen, bleiben aber ganz in der Tradition Otto Straßers, ebenso Karl O. Paetel² und Otto Ernst Schüddekopf³.

Dabei hätte die Otto-Straßer-Überlieferung durch einen einzigen Blick in die "Nationalsozialistischen Briefe" erschüttert werden können. Es wäre klar geworden, daß die Arbeitsgemeinschaft früher als angenommen entstanden ist, daß zwar am 22. Nov. 1925, aber auch am 24. Jan. 1926 eine wichtige Tagung stattfand, vor allem, daß sich die vereinigten Gauleiter nicht über die Enteignung der Fürsten einigen konnten, d.h., daß der geschlossene, einheitlich sozialistische gesinnte Straßer-Block eine Legende ist.

Eine neue, wichtige Quelle zur Geschichte der NSDAP in Norddeutschland, das Tagebuch von Goebbels, wurde zuerst von dem Amerikaner Smith wissenschaftlich ausgewertet,⁴ nachdem es schon von Lochner ausführlich zitiert worden war.⁵ Smith hat sich nicht nur auf die Ausschöpfung des Tagebuches beschränkt, sondern dazu gründlich den "Völkischen Beobachter" benutzt sowie Akten aus dem ehemaligen Hauptarchiv der NSDAP. Der "Völkische Beobachter" gab ihm jedoch ein einseitiges Bild von der NSDAP, schlechte Organisation

¹Walter Görlitz und Herbert A. Quint, Adolf Hitler, Eine Biographie. Stuttgart 1952.

²Karl O. Paetel, Otto Straßer und die "Schwarze Front" des "wahren Nationalsozialismus". In: Politische Studien 8, 1957, H.92, S.269ff.

³Otto Ernst Schüddekopf, Linke Leute von rechts. Stuttgart 1960.

Eine ganz oberflächliche Kolportage ist das Buch: Dr. Goebbels. Nach Aufzeichnungen aus seiner Umgebung. Hs. von Boris von Borresholz unter Mitarbeit von Karena Niehoff. Berlin 1949., obgleich die Verfasser als erste das Goebboels-Tagebuch von 1925/26 benutzt haben. Für die Hannoveraner Tagung stützen sie sich auf "Hitler und ich".

⁴Bradley F. Smith, Hitler and the Strasser Challenge, 1925 to 1926. Thesis der University of California 1960.

⁵The Goebbels Diaries 1942 - 1943. Hs. von Louis P. Lochner. New York 1948. Deutsch: Joseph Goebbels, Tagebücher aus den Jahren 1942-43. Hs. von Louis P. Lochner. Zürich 1948.

und zahlreiche Streitigkeiten fielen ihm zu sehr auf. Unter den Akten des Hauptarchivs der NSDAP entdeckte Smith vor allem Berichte der bayrischen Polizei über Hitler - sie sind nützlich für die Rekonstruktion der Bamberger Tagung - und den Straßerschen Programm-entwurf. Es entgingen ihm vier Denkschriften zu diesem Programmentwurf, die andere Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft angefertigt hatten. Sie sprachen sich entschieden gegen Straßer aus. Deshalb kann sich Smith auch nicht von der durch Otto Straßer verbreiteten Behauptung lösen, die Gauleiter der Arbeitsgemeinschaft seien - bis auf Ley - einer Meinung gewesen, obgleich Smith sonst der Überlieferung durchaus kritisch gegenübersteht. Dazu kommen zahlreiche Fehler in den Einzelheiten, die darauf zurückzuführen sind, daß der Verfasser mit den deutschen Verhältnissen nicht ausreichend vertraut ist. Der Sozialismus von Goebbels und den Straßer-Brüdern scheint ihm z.B. durchaus einmalig zu sein.

Die Dissertation von Richard M. Hunt¹ beschäftigt sich eingehend mit Goebbels' Weltanschauung, bringt aber faktisch nichts Neues und kann sich mit der Thesis von Smith nicht messen.

Auch das entsprechende Kapitel aus der Goebbels-Biographie von Heinrich Fraenkel und Roger Manvell² bleibt hinter Smith' Arbeit zurück. Die Autoren benutzten ausgiebig das Goebbels-Tagebuch und ließen sich von Karl Kaufmann³ Erläuterungen geben. So räumen sie zwar die größten Irrtümer Otto Straßers

¹Richard M. Hunt, Joseph Goebbels: A Study of the Formation of His National-Socialist Consciousness (1897-1926). Doctor Thesis der Harvard University. Cambridge Mass. 1960.

²Heinrich Fraenkel und Roger Manvell, Goebbels. Eine Biographie. Köln und Berlin 1960.

³Karl Kaufmann, geb. 1900. Damals Gauleiter von Rheinland-Nord und Freund von Goebbels. 1929 - 1945 Gauleiter von Hamburg.

aus, bleiben aber bei seiner grundsätzlichen Sicht, die Hannoveraner Gauleiter seien im großen und ganzen einig gewesen.¹

Kurz streift Heinrich Bennecke² die Tagung von Hannover.³ Seine Behauptungen sind interessant, da sie aus einer bis dahin nicht benutzten Quelle stammen, nämlich aus Mitteilungen v. Pfeffers⁴. Da Bennecke sie aber nicht an anderen Quellen überprüft, enthalten seine Behauptungen ebensoviel Falsches wie Richtiges.

Von größerem Wert als die Goebbels-Biographie von Fraenkel/Manvell ist die von Helmut Heiber.⁵ Heiber ist der Einzige, der neben Smith auf unserem Gebiet Aktenforschung getrieben hat, und zwar benutzte er den Schriftwechsel der Gauleitung Rheinland-Nord, darunter vor allem die Korrespondenz zwischen Gregor Strasser und Goebbels. Deshalb kann er über die Arbeitsgemeinschaft erheblich mehr berichten als seine Vorgänger. Trotzdem ist er nicht mit der nötigen Sorgfalt vorgegangen; vor allem behauptet er ebenfalls, die "frondierenden nordwestdeutschen Gauleiter"

¹Auch Fehler in den Einzelheiten haben Fraenkel und Manvell nicht vermieden. Z.B. nennen sie statt des 24. Jan. den 25. Jan. 1926 als Termin der entscheidenden Hannoveraner Tagung.

²Heinrich Bennecke, Hitler und die SA. München und Wien 1962.

³Auch er nennt den 25. Jan. 1926.

⁴Franz Pfeffer von Salomon, geb. 1892, damals Gauleiter von Westfalen, von Herbst 1926 bis 1930 Oberster SA-Führer.

⁵Helmut Heiber, Joseph Goebbels. Berlin 1962.

hätten in Hannover "mit Pauken und Trompeten"¹ gesiegt. Auch er übersieht die tiefen Meinungsverschiedenheiten in der Arbeitsgemeinschaft, bleibt also in diesem wichtigsten Punkt der Otto-Straßer-Überlieferung treu, obgleich ihm genug Dokumente vorlagen, die diese Auffassung widerlegten.⁵

Was außerdem bei ihm wie bei den andern genannten Autoren fehlt, ist eine zureichende Vorstellung von der inneren Struktur der norddeutschen NSDAP in den Jahren 1925/26. Der Einfluß Gregor Straßers, die Stellung der Gauleiter in ihren Gauen, die Macht der Münchener Leitung, die innere Kraft der Partei und ihre zahlenmäßige Stärke in den einzelnen Gauen - all das wird nicht erörtert. Es fällt auch aus dem Rahmen seiner Untersuchungen. Auf diese Fragen soll hier so weit eingegangen werden, wie es zum Verständnis der Arbeitsgemeinschaft notwendig ist, obwohl ein völlig ausreichendes Bild auch nicht zu gewinnen war. Eine endgültige Klärung muß Regionaluntersuchungen vorbehalten bleiben.

Die Quellenlage zur Arbeitsgemeinschaft Nord-West ist jetzt verhältnismäßig günstig. Es liegt sogar eine Edition vor,² die einige Akten zur Geschichte und Vorgeschichte der Arbeitsgemeinschaft enthält.³

Am wichtigsten für unser Thema war die Korrespondenz des Gaues Rheinland-Nord, darunter der Briefwechsel zwischen Gregor Straßer und Goebbels.^{3a} Sie wurde ergänzt durch die Akten des Gaues Hannover,⁴ durch den Schriftwechsel einzelner Gaue mit der Münchener

¹Ebd. S. 50f.

²Nationalsozialismus und Revolution. Ursprung und Geschichte der NSDAP in Hamburg. 1922 - 1933. Dokumente. Hs. von Werner Jochmann. Veröffentlichungen der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg 3. Frankfurt am Main 1963.

³Allerdings gehören die Akten, die sich auf die Arbeitsgemeinschaft beziehen, nicht alle wie angegeben zum Bestand "Hauptarchiv der NSDAP" im Bundesarchiv, sondern teilweise zum Bestand "Reichsschatzmeister". Auch sind die Signaturen inzwischen z.T. geändert worden.

^{3a}Bundesarchiv Koblenz, Bestand "Reichsschatzmeister"

⁴Niedersächsisches Staatsarchiv Hannover

Parteileitung¹ und durch Dokumente aus dem ehemaligen Hauptarchiv der NSDAP².

Fotokopien der wichtigsten Akten, die die norddeutsche NSDAP betreffen, befinden sich in der "Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg". Weniger wichtig waren für unser Thema die Fotokopien des "Instituts für Zeitgeschichte" in München. So gut wie wertlos waren die Akten der politischen Polizei.

Unter den gedruckten Quellen nimmt das Tagebuch von Goebbels,³ das Helmut Heiber 1961 ediert hat, einen hervorragenden Rang ein. Es gibt zuverlässige Aufschlüsse über zahlreiche Ereignisse. Strömungen und Tendenzen in der Partei Norddeutschlands und innerhalb der Arbeitsgemeinschaft lassen sich gut ablesen. Daß Goebbels seine eigenen Verdienste und Leistungen ständig herausstellt, ist aufschlußreich für seine Persönlichkeit und wesentlich für ihre Bewertung. Es kann aber ein einseitiges Bild der NSDAP entstehen, wenn von Goebbels rastloser Tätigkeit auf die Aktivität der Partei geschlossen wird.

Die "Nationalsozialistischen Briefe", das Organ der Arbeitsgemeinschaft, sind für die ideologischen Auseinandersetzungen innerhalb der Arbeitsgemeinschaft wichtig, wenn sie auch keine ganz richtige Vorstellung vermitteln, weil Goebbels seinen Einfluß als Schriftleiter benutzte, um seine eigenen Anschauungen in den Vordergrund zu stellen. Die NS-Briefe enthalten nur spärliche Nachrichten über die Organisation, die Hintergründe, Motive, Ziele und Gefährdungen der Arbeitsgemeinschaft.

Wertvolle Hinweise auf die organisatorischen und

¹Bundesarchiv Koblenz, Bestand "Sammlung Schumacher"

²Bundesarchiv Koblenz, Bestand "Hauptarchiv der NSDAP"

³Das Tagebuch von Joseph Goebbels 1925/26. Mit weiteren Dokumenten hs. von Helmut Heiber. Schriftenreihe der VfZ 1. Stuttgart 2. Aufl. 1961.

⁵Unmittelbar vor Drucklegung erschien Reinhard Kühnl (Hr.), Zur Programmatik der nationalsozialistischen Linken: Das Strasser-Programm von 1925/26. Dokumentation. In: VfZ 14, 1966 S. 317ff.

finanziellen Verhältnisse der MSDAP lassen sich dem "Völkischen Beobachter" entnehmen. Die ideologischen Abhandlungen im Parteiorgan sind weniger aufschlußreich.

Wir haben uns bemüht, zur Erpänzung und Klärung einiger spärlicher Quellen Mitteilungen von Zeugen zu erhalten, und haben Dr. Elbrechter¹, Dr. Ludolf Haase², Karl Kaufmann, Franz v. Pfeffer und Dr. Otto Straßer um Angaben und Auskünfte über die Arbeitsgemeinschaft gebeten. Sie haben in einigen Punkten zur Abrundung des Bildes beigetragen. Am genauesten waren die Erinnerungen Kaufmanns, der sein Verhältnis zu Gregor Straßer wohl häufig überdacht hat und deswegen auch die Fakten am besten im Gedächtnis behalten hat. Auch die Mitteilungen v. Pfeffers waren sehr wertvoll, erstens, weil sie die von Karl Kaufmann ergänzten und stützten, und zweitens, weil sie durch ihren entschiedenen Gegensatz zur Otto-Straßer-Überlieferung zu fruchtbarer Fragestellung den Dokumenten gegenüber anregten. Insgesamt gaben die Aussagen Farbe, Leben und Anschauung. Außerdem konnten sie von Geschehnissen berichten, die nicht schriftlich festgehalten worden sind, in unserem Fall von der Beratung über Hitlers Eignung zum Führer. Daß vieles falsch berichtet wurde und daß man einer einzigen Aussage nicht leichtfertig vertrauen darf, sondern höchstens nach sorgfältiger Prüfung aller Umstände, ist selbstverständlich. Es ist aber zu bedenken, daß mündliche Mitteilungen nicht weniger vertrauenswürdiger sind als die Memoirenliteratur.

¹Dr. Helmuth Elbrechter, Zahnarzt und Arzt, war ein älterer Bekannter und Freund Kaufmanns und spielte durch seinen persönlichen Einfluß auf ihn und Goebels eine bedeutende Rolle im Gau Rheinland-Nord.

²Dr. Ludolf Haase, damals Gauleiter von Hannover-Süd, Sitz Göttingen; im Dritten Reich Mitarbeiter Darrés.

Kühnl ist mit den allgemeinen Parteiverhältnissen 1925/26 nicht genügend vertraut. Symptomatisch ist die Unsicherheit in den Daten und die Überschätzung der Otto-Straßer-Überlieferung.

Die Organisation der Nationalsozialisten Mitte der zwanziger Jahre

Während Hitlers Landsberger Zeit

Die NSDAP in Norddeutschland vor dem Hitler-Putsch

Seit 1921 gab es NSDAP-Gruppen in Norddeutschland.

Diese Gründungen gingen zum großen Teil auf Mitglieder des "Deutsch-Völkischen Schutz- und Trutzbundes"¹ zurück, die Hitlers mitreißende Agitation in München kennengelernt hatten. Die Gründung der Göttinger Ortsgruppe war typisch: Hier gehörte Ludolf Haase dem "Deutsch-Völkischen Schutz- und Trutzbund" an. Als er von Hitlers Wirksamkeit vernahm, fuhr er nach München und war begeistert. In Göttingen gründete er darauf unverzüglich eine Ortsgruppe der NSDAP.² Diese Gruppe bestand zunächst aus fünf Mann.³

Es bestimmte die nächsten Jahre der norddeutschen Parteigruppen, daß die NSDAP in Preußen am 18. Nov. 1922 verboten wurde⁴ und daß sich wenig später unter der Führung v. Graefes⁵ radikale Abgeordnete von der DNVP trennten, die alsbald unter dem Namen "Deutschvölkische Freiheitspartei" eine eigene Partei gründeten. In ihr wollte v. Graefe die Mitglieder der verbotenen NSDAP sammeln, um eine feste Anhängererschaft zu erwerben.⁶ Die Nationalsozialisten sollten dadurch die Möglichkeit zu weiterer politi-

¹Dazu Alfred Kruck, Geschichte des Alldeutschen Verbandes 1890 - 1939. Wiesbaden 1954. S.133.

²Verschiedene Daten werden genannt, jedenfalls in der ersten Hälfte des Jahres 1922.

³Ludolf Haase, Aufstand in Niedersachsen. Manuskript im Bundesarchiv Koblenz NS26. Siehe auch VB 9.5.25.

Karl Kaufmann und Artur Dinter, die die NSDAP in Elberfeld bzw. in Thüringen aufbauten, waren ebenfalls Mitglieder des "Deutsch-Völkischen Schutz- und Trutzbundes" und haben Hitler in München kennengelernt. (Mdl. Litt. Kaufmann und mdl. Mitt. von Frau Dinter an Heinrich Falb, Freiburg, der eine Staatsarbeit über Artur Dinter geschrieben hat.) Ähnlich sind die Ortsgruppen von Köln und Hannover entstanden. (Für Köln: Peter Schmidt, Zwanzig Jahre Soldat Adolf Hitlers. S. 41ff. Die Angaben sind durch abgedruckte Dokumente erhärtet. Für Hannover: NS26 - 141)

scher Betätigung erhalten. Hitler stimmte diesen Plänen nach einigem Zögern zu unter der Bedingung, daß v. Graefe in Süddeutschland nicht agitieren sollte. v. Graefe und Hitler vereinbarten eine regionale Trennung der Wirkungsbereiche.¹ Dennoch betrachteten die alten NSDAP-Gruppen weiterhin nur Hitler als ihren Führer.²

Die Ernennung Rosenbergs zum Führer der "Großdeutschen Volksgemeinschaft"

Nach dem mißglückten Putsch beauftragte Hitler kurz vor seiner Verhaftung Rosenberg³ mit der Führung der Partei. Das war eine unerwartete Maßnahme, sogar für Rosenberg selbst,⁴ der bisher nicht sehr hervorgetreten war. Aber er hatte Hitlers Vertrauen und war zu weiterer politischer Tätigkeit fähig, weil er sich nicht durch Planung und Durchführung des Putsches strafbar gemacht hatte. Die Partei wurde jetzt in ganz Deutschland verboten und nahm zur Tarnung den

⁴Es folgten Verbote in Sachsen, Thüringen und Hamburg. Nach Gerd Rühle S.251.

⁵Albrecht von Graefe, geb. 1868. Gutsbesitzer, Gründer der "Deutschvölkischen Freiheitspartei". Gest. 1933.

⁶Jm. Dok. S.63f. und S.104.

¹Jm. Dok. S.63f. und S.104.

²Für sein Ansehen in Norddeutschland z.B. Jm. Dok. S.48ff.

³Alfred Rosenberg, geb. 1893, Balte. Damals Hauptschriftleiter des "Völkischen Beobachters". Ideologe. U.a. seit 1942 Reichsminister für die besetzten Ostgebiete. 1946 hingerichtet.

⁴Alfred Rosenberg, Letzte Aufzeichnungen. Ideale und Idole der nationalsozialistischen Revolution. Göttingen 1955. S.107.

Namen "Großdeutsche Volksgemeinschaft" an.

Wahlerfolge in Thüringen und Bayern

Schon im Februar 1924 erzielten die Völkischen bei den Landtagswahlen in Thüringen unter der Führung Dinters¹ einen Wahlerfolg und errangen 7 von 72 Sitzen. Besonders bedeutungsvoll war es, daß die Rechtsregierung, die im Februar in Thüringen gebildet wurde, auf die Duldung durch die völkische Gruppe angewiesen war, so daß Dinter die Wiederezulassung der NSDAP in diesem Lande durchsetzen konnte.

Bei den bayerischen Landtagswahlen am 6. April 1924 kandidierten die Anhänger Hitlers auf der Liste des "Völkisch-Sozialen Blocks". Nationale und völkische Männer hatten diesen Block für die Wahlen geschaffen. Hitler hatte 1922 jede Beteiligung an Wahlen abgelehnt² und wandte sich auch jetzt zunächst gegen jede Wahlbeteiligung, konnte sich aber nicht durchsetzen.³ Die Kandidaten des "Völkisch-Sozialen Blocks" waren sich einig in der Anerkennung Hitlers als eines hervorragenden Führers und nationalen Mannes, ohne deswegen alle der NSDAP oder ihrer Nachfolgeorganisation, der "Großdeutschen Volksgemeinschaft", anzugehören.⁴

Für den "Völkisch-Sozialen Block" wirkten sich die Sympathien günstig aus, die Hitlers Putsch und sein Bekenntnis zu dieser Tat erzeugt hatten. Die bayerische Landtagswahl brachte wenige Tage nach Hitlers Verur-

¹ Artur Dinter, geb. 1876. 1924 - 1927 Gauleiter von Thüringen, völkischer Schriftsteller und religiöser Reformler. Gest. 1948.

² Denkschrift Hitlers NS26 - 46.

³ Vgl. Alfred Rosenberg, Letzte Aufzeichnungen. S.209f. Ebenso Kurt G.W. Ludecke, d.i. Lüdecke, I Knew Hitler. The Story of a Nazi Who Escaped the Blood Purge. London 12.Aufl. 1938. S.218.

⁴ Für dieses Verhältnis vgl. Rosenberg a.a.O. und Rudolf Buttman, Bayerische Politik 1924 - 1928. München 1928.

teilung dem "Völkisch-Sozialen Block" 23 von 129 Sitzen. Er wurde damit neben der SPD und nach der Bayerischen Volkspartei die zweitstärkste Fraktion im bayrischen Landtag.

Angesichts solcher Erfolge gab Hitler seinen anfänglichen Widerstand gegen die Beteiligung an Wahlen auf.¹

Die Reichstagswahlen im Mai 1924 und die Entstehung der "Nationalsozialistischen Freiheitspartei"

v. Graefe bemühte sich, mit Rosenberg ein Abkommen zu erlangen, das die Zusammenarbeit zwischen der "Deutschvölkischen Freiheitspartei" und der alten NSDAP bei der Reichstagswahl am 4. Mai 1924 ermöglichen sollte.² Rosenberg zögerte mit seiner Zustimmung, weil die alten NSDAP-Gruppen in Norddeutschland vor der Zusammenarbeit mit der "Deutschvölkischen Freiheitspartei" warnten, denn sie glaubten, von den Freiheitlern seit 1922 mißachtet und übervorteilt worden zu sein. Aber Ludendorff³, von vielen Nationalsozialisten als ein Führer neben Hitler angesehen und als Feldherr des Weltkriegs bei der aktivistischen Rechten ein Mann von höchstem Ansehen, förderte die Pläne nachdrücklich, und auch Hitler stimmte zu,⁴ so daß es am 24. Febr. 1924 zu einer Wahlabsprache zwischen Rosenberg und v. Graefe kam.⁵ Bei der Reichstagswahl vom 4. Mai 1924 erhielt die Liste der "Vereinigten Deutschvölkischen Freiheitspartei und NSDAP"⁶ fast 2 Mill. Stimmen und 32 Mandate. Die

¹Vgl. Rosenberg a.a.O. S.109f.

²Beide Parteien waren zwar seit dem Hitlerputsch verboten, das schloß aber nicht aus, daß sich ihre Vertreter bei den Reichstagswahlen bewerben durften. Dazu Gotthard Jasper, Der Schutz der Republik. Studien zur staatlichen Sicherung der Demokratie in der Weimarer Republik. 1922 - 1930. Tübingen 1963.

³Erich Ludendorff, geb. 1865. Generalquartiermeister im 1. Weltkrieg. 1924 - 1930 Reichstagsabgeordneter. Gest. 1937.

⁴In diesem Sinne ein Befehl Ludendorffs an seine Anhänger: Hann 310I 35. Für Hitler: Jm. Dok. S.106.

⁵Abgedruckt in: Ludolf Haase, Aufstand in Niedersachsen. Der Kampf der NSDAP. 1921/24. 2. vermehrte und verbesserte Niederschrift 1942. Ms. Manuskript im Bundesarchiv Koblenz NS26.

Abgeordneten bildeten eine gemeinsame Fraktion mit dem Namen "Nationalsozialistische Freiheitspartei". Ein Gremium, bestehend aus Ludendorff, v. Graefe, die beide Reichstagsabgeordnete waren, und Hitler, wurde als "Reichsführerschaft" der "Nationalsozialistischen Freiheitspartei" gebildet. Ludendorff und v. Graefe bemühten sich in der Folgezeit eifrig, die verschiedenen NSDAP- und Freiheitsparteigruppen fest unter der Reichsführerschaft zu vereinigen und in ganz Deutschland die "Nationalsozialistische Freiheitspartei" als festgefügte Partei mit einheitlicher Organisation zu gründen.

Hitlers Reaktion auf die Fusionsbestrebungen

Zunächst befürwortete Hitler die Verschmelzung der verschiedenen Gruppen.¹ Er hatte dann aber wieder Vorbehalte,² weil sich viele alte Nationalsozialisten gegen die Vereinigung wehrten. Schließlich sah Hitler ein, daß er von der Festung Landsberg aus seine Anhänger nicht führen konnte, denn immer wieder beriefen sich Parteiführer nach einem Besuch bei ihm auf sein Einverständnis oder seinen Auftrag, ohne daß Hitler hinterher ihre Maßnahmen kontrollieren konnte. Auch war es ihm vielleicht nicht immer möglich, sich ein Urteil über die politische Lage zu bilden. Er wollte es auch möglicherweise vermeiden, durch eine klare Entscheidung die Anhänger oder Gegner der Vereinigung vor den Kopf zu stoßen. Aus allen diesen Gründen legte er im Juni 1924 die Führung der Partei nieder und erklärte, sich für die Dauer der Haft jeder politischen Tätigkeit enthalten zu wollen.³

⁶ Das war laut Rosenberg der offizielle Name (Jm. Dok. S.109.).

¹ Jm. Dok. S.114.

² E.F. Jm. Dok. S.90.

³ Jm. Dok. S.77f. und S.90f.

Einen Nachfolger ernannte er nicht, gab aber seine Zustimmung, als Ludendorff Gregor Straßer an Hitlers Stelle in die Reichsführerschaft der "Nationalsozialistischen Freiheitspartei" berief.¹

Der Weimarer Parteitag

Um die Freiheitsparteilern und die Nationalsozialisten endgültig zu einer festen und einheitlichen Partei zusammenzuschließen, berief die Reichsführerschaft einen Parteitag nach Weimar für den 20. Juli 1924.³ Hier verlangte Ludendorff in gebieterischer Weise den Zusammenschluß. Straßer und auch Feder unterstützten ihn. Aber auf der Gegenseite schilderte Rosenberg bereit alle Fälle, in denen er von den Freiheitsparteilern übervorteilt und hintergangen worden war, und lehnte deshalb den Zusammenschluß mit der "Deutschvölkischen Freiheitspartei" ab.² Die meisten Nationalsozialisten hatten ähnliche Erfahrungen gemacht wie Rosenberg und stimmten ihm zu. Deshalb unterblieb die Parteiverschmelzung, und die Versammlung löste sich unter tumultuarischen Umständen auf.

Essers Wirken

Während die Vereinigungsbestrebungen der Reichsführerschaft die Völkischen und Nationalsozialisten im Reich beschäftigten, standen in Bayern die Auseinandersetzungen um Hermann Esser⁴ im Vordergrund. Esser hatte sich nach Kriegsende kurz der Linken zugewandt, war dann aber eines der ersten Mitglieder

¹Jm. Dok. S.94 und S.123.

²Sein Referat in: Jm. Dok. S.103ff.

³Über diese Tagung gibt es drei Denkschriften. Die von Volck und Sunkel siehe Jm. Dok. S.93ff, die von v. Mücke NS26 - 372.

⁴Hermann Esser, geb. 1900. Münchener NSDAP-Agitator. Im Dritten Reich übte er verschiedene untergeordnete Funktionen aus, u.a. war er Staatssekretär für Fremdenverkehr im Propagandaministerium.

der "Deutschen Arbeiterpartei" geworden. Neben Hitler und später Streicher¹ war er der Hauptagitator der jungen Partei. Beim Putsch hielt er sich zurück und flüchtete nach dem Fehlschlag nach Österreich. Zurückgekehrt wurde er im Januar 1924 zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.² Daß er vom "Völkisch-Sozialen Block" nicht als Kandidat für den Landtag aufgestellt wurde, erbitterte ihn erheblich, und er begann alsbald, gegen den Block und seine Führer sowie gegen Rosenberg und andere zu hetzen.³ Als der "Völkisch-Soziale Block" im "Völkischen Kurier" am 14. Juni 1924 in sachlicher und ruhiger Form Essersche Angriffe berichtigte, wandte sich dieser an die "Frankfurter Zeitung" und bat um Abdruck einer Erklärung. Weil dieses Schreiben die großsprecherische und verlogene Art Essers und seine erpresserische, skrupellose Kampfweise charakterisiert, sei es hier wiedergegeben. Es lautete:

"Ich protestiere hiermit feierlich gegen die unerhörten Verlautbarungen der Landesleitung des Völkischen Blocks und der Völkischen Gruppe im Landtag. Diese Erklärung ist sachlich unrichtig und formell anfechtbar. Der Beschluß zu dieser Erklärung wurde gefaßt, ohne mich vorher überhaupt anzuhören. Ich behalte mir zunächst noch vor, zu diesem unwürdigen Vorkommnis Stellung zu nehmen, indem ich die feste Hoffnung ausspreche, daß noch in letzter Stunde gelingen wird, den Zwist unter Ausschaltung der Öffentlichkeit auszutragen. Sollte sich diese Hoffnung zerschlagen, so erkläre ich schon heute allen Ernstes, daß ich fest entschlossen bin, meinen guten,

¹ Julius Streicher, geb. 1885. Seit 1921 Anhänger Hitlers und NSDAP-Mitglied, Gauleiter von Franken bis 1940, Hs. des antisemitischen Hetzblattes "Der Stürmer". 1946 hingerichtet.

² Hermann Esser. Nazi with a Vengeance. In: The Wiener Library Bulletin 9, 1955, S. 50f.

³ Hierfür und für das Folgende: Friedrich Plümer, Die Wahrheit über Hitler und seinen Kreis. München 1925.

ehrlichen Namen sowohl als auch die idealen Hochziele der Hitlerbewegung bis zum letzten zu verteidigen, indem ich das gesamte Material, das mir zur Verfügung steht - und welches auch andere Fälle berührt - der Presse zu überantworten, getreu meinem Wahlspruch: Wer die Wahrheit kennt und spricht sie nicht, der ist fürwahr ein erbärmlicher Wicht.
gez. Hermann Esser"¹

Ein besonderes Sakrileg war es in den Augen der Völkischen, daß Esser sich überhaupt an die "verjudete" "Frankfurter Zeitung" gewandt hatte.

Als die "Großdeutsche Volksgemeinschaft" am 9. Juli 1924 eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberief, gelang es ihm in Zusammenwirken mit Streicher durch seine Rücksichtslosigkeit, durch Verleumdung, Intrige, Wortbruch, Demagogie und geschickte Massenbehandlung, die Führung der Partei an sich zu reißen, der er erst wenige Stunden angehört hatte, Streicher wurde 1., er selbst 2. Vorsitzender.

Auf dem Weimarer Parteitag, wo ihr rüpelhaftes Benehmen allen Beobachtern auffiel, verhielten sie sich inkonsequent.² Sie befürworteten den Zusammen-

¹In der "Frankfurter Zeitung" am 20.6.1924. Friedrich Plümer S.37f. Wortlaut des Artikels auch in NS26 - 843.

²Zu Essers politischen Auffassungen wurde Folgendes berichtet: "Wenn etwas Klares an Essers Ausführungen war, dann seine maßlose Unklarheit. Wenn er wirklich als der Exponent der instinktiv sich gegen die Last des Parlaments wehrenden Bewegungsreste in Bayern aufzufassen ist, dann ist nur zu bedauern, daß diese keimende, errettende, antiparlamentarische Neubewegung ihn als Führer hat. Esser ist für Graefe und die Freiheitspartei, das kostet ihn in Bayern nichts; Esser ist für die Reichsführerschaft und Straßer - aber Straßer soll sich nicht in die bayrischen Verhältnisse mischen; er hat nichts gegen die nationalsozialistische Freiheitspartei - zieht selbst die Großdeutsche Volksgemeinschaft auf; er wettet gegen die Parlamentarier und ist selbst für die Wahlen; er zieht gegen Rosenbergs sämtliche Maßnahmen zu Felde - braucht sich selbst aber 'politisch' den Kopf nicht zu zerbrechen, er will die Juden wieder bekämpfen, und bedient sich der

schluß in Norddeutschland, lehnten ihn aber in Süd-
deutschland ab und wollten sich mit ihrer "Großdeutschen
Volksgemeinschaft" der Reichsführerschaft nicht unter-
stellen. Sie entschlossen sich erst am 19. Oktober
1924, mit der "Großdeutschen Volksgemeinschaft" unter
gewissen Bedingungen in die "Nationalsozialistische
Freiheitspartei" einzutreten.¹ Die Reichsführerschaft
war mit dem Beitritt der "Großdeutschen Volksgemein-
schaft" einverstanden, lehnte aber Streicher und
Esser persönlich ab.¹ Darauf setzte ein wütender
Kampf dieser beiden gegen Ludendorff und Straßer ein.²
Das Ergebnis dieses Streites war, daß Esser und Strei-
cher schließlich bei allen nationalsozialistischen
Gruppen verhaßt waren, weil sie sich im Laufe des
Jahres 1924 sowohl mit den Vereinigungsgegnern wie
mit den -anhängern zerstritten hatten.

'Frankfurter Zeitung' als Organ - im ganzen
das Bild eines völkischen Demagogen, der eine
ziel- und planlose 'Bewegung' führt. (Jm. Dok.

S.99.)

(Bei Zitaten wird Hervorgehobenes unterstrichen, Tip-
fehler werden verbessert und der Name Straßer wird
einheitlich mit "B" geschrieben, weil die Brüder
sich selbst so schrieben.)

¹NS26 - 857.

²Vgl. Plümer a.a.O.

Die Gegensätze zwischen NSDAP und "Deutschvölkischer Freiheitspartei"

Es gab eine Reihe von Gründen, die die meisten alten Nationalsozialisten dazu brachten, den Zusammenschluß mit der "Deutschvölkischen Freiheitspartei" abzulehnen. Diese war im Grunde eine Honoratiorenpartei. Männer von Rang und Ansehen gaben in ihr den Ton an. Dagegen hatten sich in der NSDAP vor allem einsatzbereite, aktivistische Jugendliche gesammelt, die sich aus allen Schichten rekrutierten. Viele befanden sich in unsicherer wirtschaftlicher Lage. Klassendünkel oder Bildungshochmut gab es unter ihnen nicht. Oft stammten sie aus proletarischem Milieu oder lebten darin. Sie brauchten Mut und Opferbereitschaft, um ihre nationalsozialistische Überzeugung in sozialdemokratischer oder kommunistischer Umgebung zu vertreten und zu verbreiten, wie sie es für ihre Aufgabe hielten. Wer unter ihnen am meisten leistete, galt am meisten. Dauernder Einsatz und unermüdliche Werbung waren für sie selbstverständlich. Den Freiheitsparteilern waren diese eifrigen Nationalsozialisten willkommen zur Verteilung von Handzetteln und zum Kleben von Plakaten, aber die politische Führung und die Auswahl der Kandidaten wollten sie sich selbst vorbehalten. Sie verachteten die ungebärdigen und aufbegehrenden Nationalsozialisten, während sich diese von dem Standesdünkel der Freiheitsparteilern abgestoßen und von ihnen immer wieder übervorteilt fühlten.

Die Zusammenarbeit wurde erschwert durch die unterschiedliche Auffassung über die Taktik des politischen Kampfes: Die "Deutschvölkische Freiheitspartei" war eine parlamentarische Partei, die möglichst zahlreiche Abgeordnete stellen wollte, um so politischen Einfluß auszuüben. Die NSDAP dagegen lehnte Wahlen zum großen Teil ab und betrachtete sich als revolutionäre Partei.

Unter diesen Umständen konnte die Zusammenarbeit zwischen Freiheitspartei und NSDAP bei den Reichstags- und Landtagswahlen des Jahres 1924 nur notdürftig funktionieren. Immer wieder fürchteten die alten Nationalsozialisten, sich unterordnen zu sollen, so daß es zu zahllosen Reibereien und Streitigkeiten kam. Diese Auseinandersetzungen gab es anscheinend überall.¹

Die Feindschaft gegen die Freiheitspartei fand ihren stärksten Ausdruck in der Entstehung der "Norddeutschen Verbände" am 3. Juni 1924, einer Vereinigung mehrerer norddeutscher NSDAP-Gruppen zum Schutz vor der "Deutschvölkischen Freiheitspartei" unter der Führung von Volck² und Haase. Beide waren strikt antiparlamentarisch und hitlertreu.³ Sie wollten ihm die völkische Bewegung ihres Gebietes eines Tages ungeschwächt durch Machenschaften des Freiheitspartei zuführen. Die "Norddeutschen Verbände" nannten sich im September 1924 um in "Nationalsozialistische Arbeitsgemeinschaft" und bestanden in scharfer Frontstellung gegen die "Deutschvölkische Freiheitspartei" bis in das Jahr 1925 hinein.⁴

Trotz aller Schwierigkeiten wuchs die NSDAP 1924 in Norddeutschland, denn die Auseinandersetzung mit den Freiheitsparteilern hatte für die Nationalsozialisten die Folge, daß sie innerhalb der völkischen

¹ Alle wesentlichen Aussagen über die NSDAP im Jahre 1924 berichten von diesen Kämpfen. Für das Rheinland z.B. mdl. Mitt. Kaufmann, für Hannover Wenzel (Memorandum über die Geschichte des Nationalsozialismus in Niedersachsen. 1934. Manuskript im Bundesarchiv Koblenz NS26 - 141.), für Dresden NS26 - 372, für Zwickau NS26 - 843, für Schleswig-Holstein Lohse (Der Fall Straßer. Manuskript in der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg.), für Mecklenburg Samml. Sch. 205, für Pommern NS26 - 857.

² Dr. Adalbert Volck, Balte, Führer einer völkischen Gruppe in Lüneburg.

³ Z.B. Jm. Dok. S.85f., S.97, S.186 und S.188.

⁴ Reiches Material zur "Nationalsozialistischen Arbeitsgemeinschaft" in den Jm. Dok.

Bewegung an Profil gewannen. Durch ihre leidenschaftliche Tatbereitschaft zogen sie die aktivistischen Elemente des völkischen Lagers an sich. Auch ehemalige Freiheitsparteiler wandten sich innerlich der NSDAP zu und warteten auf Hitlers Entlassung, um sich ihm anzuschließen, z.B. Rust, der Führer der Völkischen in Hannover, und sein Vertreter Dincklage². Dieser motivierte den Entschluß damit, ausschlaggebend sei die Erkenntnis, "daß die Berliner Richtung [die "Deutschvölkische Freiheitspartei"] nicht durchdrungen ist von der Kernfrage, der sozialistischen Erneuerung unseres Volkes."³

Die Reichstagswahl im Dezember 1924

Die völkische Bewegung als Ganze wurde durch den Twist zwischen ihren beiden stärksten Gruppen geschädigt. Die breiten Massen, die bei der Reichstagswahl für die "Vereinigte Deutschvölkische Freiheitspartei und NSDAP" gestimmt hatten, entschieden sich in der Dezemberwahl nicht einmal mehr zur Hälfte für die völkische Liste. Waren im Mai noch 32 völkische Abgeordnete in den Reichstag gelangt, so waren es im Dezember nur noch 14, unter ihnen 4 Nationalsozialisten, und zwar Gregor Straßer, der gleichzeitig sein bayrisches Landtagsmandat niederlegte,⁴ Feder, Frick⁵ und Dietrich⁶.

²Karl Dincklage, Major a.D., damals neben Rust der bedeutendste Nationalsozialist in Niedersachsen, unermüdlicher Agitator. 1928 SA-Oberführer Nord. 1930 gest.

³Dincklage an Wenzel 27.5.25. Jann 310I A4.

⁴Nach Michael Geismaier, d.i. Otto Straßer, Gregor Straßer. Männer und Mächte 10. Leipzig 1933. S.56.

⁵Wilhelm Frick, geb. 1877. Ab 1933 Reichsinnenminister, 1946 hingerichtet.

⁶Hans Dietrich, Coburg. Später Gauamtsleiter im Gau Westmark.

Die Selbständigkeit der Parteiführer im Jahre 1924

Alle NSDAP-Gruppen hatten 1924 nur eine sehr lockere Organisation. Eine Parteizentrale existierte nicht, denn die Reichsführerschaft wurde entweder abgelehnt oder nur als Führung des Wahlbündnisses akzeptiert. Nur wenige erkannten sie als Parteileitung an. Auch Esser und Streicher, die Führer der "Großdeutschen Volksgemeinschaft", besaßen außerhalb Bayerns keine Autorität. Die einzelnen Parteiführer standen überall auf eigenen Füßen. Wie im Reich waren auch auf regionaler Ebene die Verhältnisse häufig ungeklärt. So gab es 1924 in Hamburg zeitweise drei gewählte Vorstände nebeneinander.¹ NSDAP-Führer aus Schleswig-Holstein traten völlig selbständig der Volk-Haase-Gruppe bei, ohne die Entscheidung ihres Gauleiters Lohse² zu beachten.³ Es gab nirgends feste Unterstellungen und Weisungsbefugnisse, sondern nur lose Treueverhältnisse.

Die Hoffnung auf Hitler

Je näher der voraussichtliche Termin von Hitlers Entlassung rückte, um so mehr wuchsen die Hoffnungen, die die Nationalsozialisten in ihn setzten. Sie erwarteten, daß er die organisatorischen Verhältnisse klären und wieder eine festgefügte Partei schaffen würde. Sein Nimbus äußerte sich z.B. in einem Brief Haases vom 6. Okt. 1924. Es hieß da:

"...eine weitere Inhaftierung Hitlers muß von den schlimmsten Folgen sein. Es gibt auch wirklich Nazis, die der Anschauung huldigen, daß die Ausschaltung Hitlers gut sei, weil

¹ Helga Anschütz, Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei in Hamburg. Ihre Anfänge bis zur Reichstagswahl vom 14. September 1930. Phil. Diss. Hamburg 1956. Ms.

² Hinrich Lohse, geb. 1896. Damals und bis 1945 Gauleiter von Schleswig-Holstein. Gest. 1964.

³ Jm. Dok. S.142 und S.147.

die Berliner d.h. die Freiheitsparteiler derartig in 1 Jahre abgewirtschaftet haben würden, daß Hitler eine ganz reinliche Scheidung leicht fallen würde.

...nichts ist geblieben als der Ruf der alten Nazis nach ihrem Führer.

...wenn Hitler noch nicht zu unterscheiden und dementsprechend zu handeln vermöchte, dann wäre er eben nicht Adolf Hitler. Es wird sich zeigen, ob er Hitler ist. Ich für meine Person glaube daran...

Die Leute sind z.T. rührend. Es melden sich Menschen, die Zimmer usw. für Hitler anbieten. Sie glauben, er habe kein Dach über dem Haupte und würde zu uns kommen."¹

Hitler stand vor mehreren Möglichkeiten. Er konnte die Verschmelzung mit der "Deutschvölkischen Freiheitspartei" akzeptieren, wie die alten Nationalsozialisten fürchteten, und mit Ludendorff zusammenarbeiten. Für diesen Fall soll Esser gedroht haben, sich von Hitler zu trennen.² Aber sehr fraglich war, ob er sich auf Esser und Streicher stützen wollte, und es war unentschieden, ob er überhaupt eine der vorhandenen Organisationen als Ausgangspunkt wählen oder ganz von vorn anfangen wollte. Diese Fragen bewegten die Völkischen.

Bei Hitlers Entlassung am 20. Dezember 1924 soll es zu einem sinnfälligen Vorfall gekommen sein. Straßer und v. Pfeffer waren nach Landsberg geeilt, um Hitler zu empfangen. Aber sie kamen zu spät: Esser und Streicher hatten ihn schon abgeholt.³

¹Jm. Dok. S.160ff.

²Plümer a.a.O. S.54.

³Mdl. Mitt. v. Pfeffer.

Die Organisation der Nationalsozialisten nach der Neugründung der Partei

Die Neugründung

Nach Hitlers Entlassung scheint es den Führern der "Deutsch-völkischen Freiheitspartei" bald klar geworden zu sein, daß er seine Partei neu gründen und nicht mit ihnen zusammenarbeiten wollte. Vor allem wollte er die Reichsführerschaft nicht anerkennen. Ihr blieb nichts anderes übrig, als zurückzutreten.

Um Hitler zuvorzukommen, gründete v. Graefe die "Deutsch-völkische Freiheitspartei" unverzüglich neu.¹

Der Neugründung der NSDAP stand ursprünglich noch ihr Verbot in den meisten Ländern entgegen. Es fiel jedoch in Preußen am 7. Jan. 1925,² in Bayern am 16. Febr. 1925.³ Es ist wohl eher anzunehmen, daß Bayern hier dem preussischen Vorbild folgte, als daß Hitlers Besuch bei dem bayrischen Ministerpräsidenten Held⁴ diese Wirkung hatte, wie es häufig heißt.⁵ Damit war der Weg frei.

Am 26. Febr. erschien die erste Nummer des "Völkischen Beobachters" und kündigte die Neugründung der NSDAP für den nächsten Tag an. Diese fand am 27. Februar 1925 im Bürgerbräukeller, dem Schauplatz des mißlungenen Putsches, statt. Adolf Hitler ging in seiner Rede nicht auf die Streitigkeiten der Vergangenheit ein, sondern erklärte, man möge allen Zwist und Hader zurückstellen, auch die Kritik an ihm. Er werde die NSDAP ein Jahr lang bis zur Generalmitgliederversammlung führen, habe er dann unrecht gehandelt, werde er sein Amt in die Hände der Partei zurücklegen. So lange allerdings werde er sich keinerlei Bedingungen vorschreiben lassen.⁶ Am Ende der Rede kam es

¹Am 17.2.25. nach Rühle S.261.

²VB 14.1.1926

³Gotthard Jasper, Der Schutz der Republik. S.153.

⁴Am 4.1.25. nach Heiden, Geschichte des Nationalsozialismus.

⁵E.B. Heiden, Geschichte des Nationalsozialismus. S.188, Bullock S.125 Und Görlitz/Quint S.246.

⁶VB 7.3.1925.

zu einer öffentlichen Versöhnung, als Esser, Streicher und Dinter von der "Großdeutschen Volksgemeinschaft" sowie Frick, Buttman¹ und - hinzugerufen - Feder vom "Völkisch-Sozialen Block" sich auf offener Bühne die Hände reichten.²

Aber bedeutendere Feinde Essers und Streichers hatten gefehlt. Rosenberg wollte die öffentliche Versöhnung nicht mitmachen,³ und vor allem hatte Gregor Straßer nicht daran teilgenommen. So entstand allgemein und wohl mit Recht der Eindruck, Esser und Streicher hätten den Vorrang bei der Neugründung eingenommen,⁴ denn Hitler wählte seine Mitarbeiter aus der alten "Großdeutschen Volksgemeinschaft": Esser wurde Propagandaleiter der Partei und bekam die Mitgliedsnummer 2,⁵ die seine Stellung in der Parteileitung ausdrückte, Bouhler,⁶ Geschäftsführer der "Großdeutschen Volksgemeinschaft", behielt dieses Amt auch in der NSDAP, Amann⁷ nahm als Leiter des Parteiverlages eine einflußreiche Stellung ein, und Schwarz⁸ wurde Reichsschatzmeister. Straßer, Frick und Buttman erhielten dagegen kein Parteiamt.

Gregor Straßer

Aber schon vor der Neugründung, am 2. Februar 1925, hatte Hitler Straßer beauftragt, die NSDAP in Norddeutsch-

¹Rudolf Buttman, Bibliothekar. Seit 1925 Fraktionsführer der NSDAP im Bayerischen Landtag.

²VB 7.3.1925.

³Alfred Rosenberg, Letzte Aufzeichnungen. S.114.

⁴Z.B. mdl. Mitt. v. Pfeffer.

⁵Das Deutsche Führerlexikon 1934/35. Berlin 1934. Stichwort "Esser".

⁶Philipp Bouhler, geb. 1899. Im Dritten Reich Beauftragter des Führers zum Schutz des NS-Schrifttums. Selbstmord 1945.

⁷Max Amann, geb. 1891. Einflußreicher Leiter des Parteiverlages (Eher-Verlag München). Gest. 1957.

⁸Franz Xaver Schwarz, geb. 1875. 1925 - 1945 Reichsschatzmeister der NSDAP, gest. 1947.

land zu organisieren.¹ Dieser hatte sich ohne zu zögern für Hitler und die NSDAP entschieden.² Über seine Motive erklärte er, Esser und Streicher seien zwar bedenklich und abzulehnen, aber der Nationalsozialismus sei jenseits aller Personen eine notwendige und zukunftssträchtige Bewegung, das hätten ihn seine Reisen durch Norddeutschland und Westfalen gelehrt. "Wenn ich für eine Idee lebe", erläuterte Straßer, "werde ich dem anhängen und Gefolgschaft halten, von dem ich weiß, daß er die Idee, die mir das Höchste ist, am tatkräftigsten und mit der größten Aussicht auf Erfolg vorwärtstreibt. Wenn ich auch in seiner Umgebung Leute sehe, die ich für die Idee schädlich halte, so sage ich mir doch: über allem die Idee. Darum habe ich mich Hitler zur Mitarbeit zur Verfügung gestellt."³

¹Die Tatsache des Auftrages geht hervor aus einem Schreiben des Gaues Rheinland-Süd an Amann am 2.3.25. Samml. Sch. 203., einen Bericht über die Tagung in Hamm (siehe Anhang) und einem Rundschreiben Hobkes an die ehemalige NSAG vom 25.3.25. NS26 - 399.

Unbekannt ist, welche Befugnisse Straßer im einzelnen hatte, ob sein Auftrag **regional beschränkt** war und in welcher Form er überhaupt erteilt worden ist. Bei Hitlers Mißtrauen vor den Ambitionen anderer Führer erscheint es selbstverständlich, daß der Auftrag zeitlich befristet war. Als Straßer im Febr. 1926 Scherwitz mit der vorläufigen Leitung des Gaues Ostpreußen beauftragte, wurde er jedenfalls von der Parteileitung zur Rede gestellt und entschuldigte sich, er habe eine endgültige Regelung weder treffen können noch wollen. (Scherwitz an Parteileitung 9.2.26. Samml. Sch. 207B; Straßer an Boudier 22.5.26. Sam 1. Sch. 199.).

²Anders Heiden, Geschichte des Nationalsozialismus S.190 und 195 und Adolf Hitler. I. S.199 und S.202 sowie Ludecke S.259.

³Nach Heiden, Geschichte des Nationalsozialismus. S.195. Heiden gibt wie immer keine Quellen an, aber die Worte scheinen glaubwürdig zu sein. Sie passen zu allem, was Straßer später gesagt hat: er lehnte Esser und Streicher ab, vermied ein besonderes Loblied auf Hitler und betonte statt dessen die Bindung an die "Idee". Der Hinweis auf Westfalen wurde durch v. Pfeffer bestätigt.

Gregor Straßer war 1892 in Geisenfeld in Oberbayern als Sohn eines Amtsgerichtssekretärs geboren. Er war der Älteste von fünf Geschwistern.¹ Im Weltkrieg, den er von Anfang an mitmachte, wurde er Oberleutnant. Hier bildete sich bei ihm wahrscheinlich seine sozialistische Überzeugung, denn verschiedentlich wird berichtet,² daß einer seiner Soldaten im Krieg erklärt habe, Deutschland könne nicht sein Vaterland sein, denn sein Vater besäße dort kein Land, - ein Erlebnis, das Straßer tief beeindruckte. Nach dem Kriege beendete er sein Pharmaziestudium und wurde Apotheker in Landshut. Hier sammelte er einen Wehrverband um sich, den er Hitler als SA zuführte. Am Münchener Putsch nahm er mit seinem Verband teil, am 6. April 1924 befreite ihn die Wahl in den bayerischen Landtag aus der Haft. Nachdem er von Ludendorff in die Reichsführerschaft berufen worden war, versuchte er, die Parteiverhältnisse zu ordnen und die verschiedenen Gruppen zusammenzuhalten. Dabei lernte er die nationalsozialistischen und völkischen Führer kennen und erwarb ihre Achtung und Sympathie, auch wenn sie die Reichsführerschaft ablehnten und sachlich seine Gegner waren. Vor der Reichstagswahl vom Dezember 1924 war er für die "Nationalsozialistische Freiheitspartei" tätig und sprach u.a. in Westfalen.³ Die Wahl in den Reichstag brachte ihm eine Freifahrkarte, die ihm bei seiner Parteitätigkeit nützlich wurde.⁴ So war Straßer durch seine Erfahrungen, Kenntnisse und Verbindungen am besten geeignet, die NSDAP in Norddeutschland zu organisieren.

Wichtig für das Ansehen, das Straßer sich in Norddeutschland erwarb, waren seine Charaktereigenschaften. Er muß ein persönlich sehr gewinnender Mann gewesen sein. Von

¹ Sein Bruder Paul wurde später Benediktiner und schrieb als Bernhard Straßer 1954 ein Buch über seine berühmten Brüder (Bernhard Straßer O.S.B., Gregor und Otto Straßer. Kurze Darstellung ihrer Persönlichkeit und ihres Wirkens herausgegeben zum 20. Jahrestag der deutschen Bartholomäusnacht am 30. Juni 1934. o.O. o.J. [Külsheim/Baden 1954]).

² Z.B. Hans Diebow, Gregor Straßer und der Nationalsozialismus. Berlin 1932/33. Vgl. Gregor Straßer, Nationaler Sozialismus. "Was heißt das: Vaterland?" In: Kampf um Deutschland. Reden und Aufsätze eines Nationalsozialisten. Berlin 1932. S. 72ff.

³ Mdl. Mitt. v. Pfeffer.

⁴ Dazu besonders Meiden, Geschichte des Nationalsozialismus. S. 195.

breiter, wuchtiger Statur, war er mit urwüchsigem bayrischen Humor begabt, aber auch besessen von der "Idee". Er hatte eine unverwundliche Arbeitskraft und einen praktischen, zupackenden Verstand. Dabei war er kein Doktrinär. Es war ihm gegeben, die Sympathie, oft auch die Freundschaft der meisten zu gewinnen, mit denen er zusammenkam. Volck z.B., obgleich 1924 sachlich sein Gegner, nannte ihn einen Mann von besten Qualitäten.¹ Haase bezeichnete ihn als menschlich sehr sympathisch und bedauerte später nur den Einfluß seines Bruders Otto.² Fobke³ erklärte ihn für "ehrlich, außerordentlich fleißig, wenn auch nicht genial".³ Dr. Elbrechter hielt ihn für einen bedeutenden Politiker.⁴ Der ehemalige Gauleiter Krebs sprach voller Lob von der politischen und menschlichen Größe Straßers,⁵ Lüdecke⁶ erinnerte sich voller Hochachtung an ihn,⁷ und Karl Kaufmann hegte ausgesprochen freundschaftliche Gefühle für Straßer.⁸ Goebbels notierte in sein Tagebuch: "Straßer hat Initiative. Mit ihm kann man arbeiten. Und dabei ein prachtvoller Charakter."⁹ v. Pfefferer unterstrich in seinem Exemplar des Goebbelsschen Tagebuches diese Worte und schrieb an den Rand: "ja".¹⁰ Im übrigen bemerkte Goebbels, Straßer sei ein "prächtiger Karl. Bajuwarisch massiv. Mit einem wundervollen Humor."¹¹ "Man kann gut mit ihm zusammenarbeiten."¹² Straßer scheint

¹Jm. Dok. S.121 und S.125.

²Schr. Mitt. Haase.

³Jm. Dok. S.203.

⁴Mdl. Mitt. Elbrechter.

⁵Albrecht Krebs, Tendenzen und Gestalten der NSDAP. Erinnerungen an die Frühzeit der Partei. Stuttgart 1959. S.183f.

⁶Kurt G. W. Lüdecke, geb. 1890, erledigte zwischen 1922 und 1925 verschiedene Sonderaufträge für die Partei, vor allem im Ausland. Er überwarf sich 1933 mit Hitler und emigrierte.

⁷Lüdecke, d.i. Lüdecke, I knew Hitler. S.226.

⁸Mdl. Mitt. Kaufmann.

⁹Tgb 21.8.25. S.22.

¹⁰v. Pfefferer ließ den Verfasser die Marginalien seines Exemplares abschreiben.

¹¹Tgb 21.8.25. S.21.

¹²Tgb 2.10.25. S.31.

¹³Hermann Fobke, 1924 mit Hitler in Landsberg inhaftiert, Vertreter und enger Mitarbeiter Haases in Göttingen.

mehr von den Kräften des Gemütes als des Verstandes beherrscht worden zu sein, denn Goebbels schrieb einmal: "Straßer: groß, sich wiederholend, gutmütig, anlehnungsbedürftig. Er kommt doch wohl zuletzt mit dem Verstand nicht mit. Mit dem Herzen immer. Ich liebe ihn manchmal sehr."¹ Goebbels gefielen besonders Straßers sozialistische Neigungen. "Er ist zu jeder Radikalisierung der Idee bereit",² schrieb Goebbels, er "ist lange nicht so bourgeois, wie ich anfangs dachte."³

Einige Nationalsozialisten bezeichneten Straßer als mitreißenden Redner. Von ihm und Goebbels behauptete Dindecke, daß sie "zweifelloos das Beste darstellen, was wir an Rednern besitzen."⁴ Dindecke war von Straßers Redegehalt überrascht, er hatte eine Stimme "like the roar of a lion."⁵ Goebbels äußerte einmal begeistert: "Straßer spricht. Glänzend. So habe ich ihn noch nicht gehört. Mit Derbheit, Witz, Schärfe, Sarkasmus, Ironie. Alle Leidenschaften sind los. Ein elektrischer Strom von Wut und Empörung geht durch den Saal."⁶

Die Konferenzen von Hamm und Harburg und die endgültigen Entscheidungen der Gaue und Ortsgruppen für die NSDAP

Schon zum 22. Februar 1925, also vor der eigentlichen Parteineugründung, ließ Straßer durch v. Pfeffer die nationalsozialistischen Führer aus Westdeutschland und z.T. aus Norddeutschland nach Hamm zu einer großen Tagung zusammenrufen. Anwesend waren die Gauführer von Westfalen, Rheinland-Nord, Rheinland-Süd, Hannover, Schleswig-Holstein und Pommern, dazu angeblich über 100 Bezirksführer aus den genannten Gauen.⁷ Vermutlich erklärte Straßer ihnen

¹Tgb 10.6.26. S.83.

²Tgb 30.9.25. S.30.

³Tgb 2.10.25. S.31.

⁴Sept. 1925. Hann 310I A6.

⁵Ludecke S.226.

⁶Tgb 26.10.25. S.37.

⁷Hann 310I A8. Siehe Anhang.

die Lage und unterrichtete sie von der bevorstehenden Neugründung der Partei. Die Versammelten gelobten "unerschütterliche Treue und Gefolgschaft ihrem Führer Adolf Hitler".¹ Der Gegensatz zu den Freiheitsparteilern, den völkischen Bürgerlichen, äußerte sich in sozialistischen Tönen, denn die anwesenden Nationalsozialisten sahen "im nationalen Sozialismus nach wie vor den einzigen Weg zur Befreiung des deutschen Arbeiters und damit zu Deutschlands Erneuerung."¹ Daß auf dieser Tagung auch organisatorische Fragen behandelt worden sind, ist nach Lage der Dinge selbstverständlich. Sicherlich sind bei dieser Gelegenheit die territoriale Abgrenzung der Gaue, die Kompetenzen der Gau- und Bezirksführer u.ä. besprochen worden. Goebbels schrieb später im "Völkischen Beobachter",² in Hamm habe Straßer die prinzipiellen Richtlinien für den Neuaufbau der Partei dargelegt. Haake³ wurde zum Gauführer von Köln⁴ und Lohse zum Gauführer von Schleswig-Holstein ernannt.⁵

Nicht minder bedeutsam war wohl einen Monat später, am 22. März 1925, die Konferenz in Harburg. Hier versammelten sich die Nationalsozialisten des im engeren Sinne norddeutschen Raumes, unter ihnen auch Volck, der auf dieser Konferenz Hitler die Gefolgschaft aufkündigte.⁶ Wohl ähnlich wie in Hamm beauftragte Straßer die bisherigen Parteileiter mit der Führung ihrer Gaue. Rust erhielt eine förmliche "Vorläufige Vollmacht", die Straßer "mit Vollmacht Adolf Hitlers" unterschrieb.⁷ Die anderen Gauleiter werden den gleichen Ausweis erhalten haben. Außerdem wurden die Gaugrenzen genau festgelegt.⁸

¹Hann 310I A8. Siehe Anhang.

²VB 3.7.26.

³Heinrich Haake, geb. 1892. M.d.L. Ab 1933 Reichstagsabgeordneter.

⁴Samml. Sch. 203.

⁵Lohses Bericht an die Parteileitung 3.3.25. Samml. Sch. 208I.

⁶Dincklage an Gau Hannover-Süd 12.1.27. Hann 310I D2.

⁷Rust an Parteileitung 29.3.25. Samml. Sch. 202I.

⁸Zur Harburger Konferenz vgl. Rundschreiben Fobkes an die ehemalige NSAG 25.3.25. NS26 - 899 und 7.4.25. und VB 16.4.25. Diese Konferenzen beweisen, daß die NSDAP 1925 schon

In den nächsten Wochen beriefen die Gauführer Versammlungen ein und legten den Ortsgruppenvertretern die Frage vor, ob sie sich der NSDAP oder der "Deutschvölkischen Freiheitspartei" anschließen wollten. Diese Gaudagungen brachten in fast allen bekannten Fällen klare Entscheidungen für die NSDAP.¹ Dagegen lehnte der Gau Ostmark, der etwa den östlichen Teil der Mark Brandenburg umfaßte, die Neugründung der NSDAP in diesem Gebiet ab,² und in Württemberg hielt Mergenthaler³ den Großteil der Völkischen von den Nationalsozialisten fern und führte seine Anhängerschaft trotz des Rücktritts der Reichsführerschaft weiterhin unter dem Namen "Nationalsozialistische Freiheitspartei".⁴

Nicht nur die Gaue, sondern auch die Ortsgruppen versammelten sich und beschlossen über ihre Zugehörigkeit zur NSDAP oder "Deutschvölkischen Freiheitspartei". So kamen die Völkischen und Nationalsozialisten aus Naumburg, die so lange zum "Völkisch-Sozialen Block" gehört hatten, am 21. März 1925 zusammen und stimmten ab, ob sie sich der neugegründeten NSDAP oder der "Deutschvölkischen Freiheitspartei" anschließen sollten. Bis auf zwei Mitglieder entschieden sich alle für die NSDAP.⁵ Solche Ortsgruppenbeschlüsse meldete der "Völkische Beobachter"

Überall in Norddeutschland vorhanden war und daß nicht Straßer die Partei dorthin gebracht hat. (Z.B. Schäfer, NSDAP. S.10f.). Auch ist es nicht möglich, zu behaupten, Straßer habe in Norddeutschland Gaue gegründet. (So z.B. Meiden, Geschichte des Nationalsozialismus S.200f., Adolf Hitler I. S.209. und Smith S.16.)

¹Sachsen 22.2.25. bzw. 13.3.25. (VB 7.4.25.), Rheinland-Süd 1.3.25. (Peter Schmidt S.66f.), Schleswig-Holstein 1.3.25. (Lohse offizieller Bericht 3.3.25. Samml. Sch. 208I., VB 3.7.26.), Hamburg Mitte März 1925 (Jm. dok. 3.204.), Schlesien April 1925 (VB 21.4.25.) u.a.

Von vielen Gauen fehlen die Quellen, es ist aber anzunehmen, daß in einigen von ihnen ebenfalls solche Tagungen stattgefunden haben.

²Aufzeichnungen des Kottbuser Nationalsozialisten Franz Petri NS26 - 149.

Christian Mergenthaler, geb. 1834, versöhnte sich 1927 mit Hitler. Im Dritten Reich württembergischer Ministerpräsident.

⁴Volz, S.20. Dazu Rundschreiben der Ortsgruppe Stuttgart 13.3.25. Samml. Sch. 209.

noch das ganze Jahr 1925 hindurch.¹ Ebenso zahlreich wie ausdrückliche Erklärungen über die Auflösung der "Nationalsozialistischen Freiheitspartei" oder des "Völkisch-Sozialen Blocks" und die Neugründung einer NSDAP-Gruppe waren die Treuegelöbnisse und Bekenntnisse für Hitler, die ebenfalls die Eingliederung in die NSDAP bedeuteten.² Die Treuegelöbnisse galten in vielen Fällen auch Ludendorff.³

Die Entscheidung für oder gegen Hitler war überall eindeutig. Nur eine Ausnahme ist bekannt geworden: Kasche⁴, der Führer der Völkischen in Sorau (Brandenburg), zögerte und bat wiederholt Ludendorff um Rat. Noch im Mai 1925 plädierte er für ein 2. Triumvirat Ludendorff, Hitler, v. Graefe. Er behielt bewußt für seine Gruppe die Bezeichnung "Nationalsozialistische Freiheitsbewegung" bei und entschied sich erst Ende 1926 zur Eingliederung in die NSDAP.⁵

Die Entscheidung für Hitler bedeutete nicht, daß seine Anhänger nicht auch gegen ihn in einigen Punkten Bedenken gehabt hätten. Sie bedeutete auch nicht, daß von dem Moment an die Zusammenarbeit zwischen der Münchener Zentrale und den einzelnen Gruppen funktioniert habe und daß alles, was sich NSDAP nannte, einheitlich organisiert

⁵Protokollbuch der Ortsgruppe Naumburg NS26 - 872.

¹Z.B. Greifswald (VB 7.4.25), Kassel (23.4.25.), Merseburg (29.5.25.), Stendal (26./27.7.25.) u.v.a.m.

²Vgl. Peter Schmidt S.67f.
Treuegelöbnisse z.B. von Zweibrücken in der Pfalz (VB 21.4.25.), Halberstadt (6.5.25.), Königsberg (9.5.25.).

³Z.B. Gau Hessen-Nassau-Nord (VB 23.4.25.), Ortsgruppe Düsseldorf (VB 21.4.25.).

⁴Siegfried Kasche, geb. 1903. Damals völkischer Führer in Sorau/Brandenburg, später Bezirksleiter und stellvertretender Gauleiter im Gau Ostmark. Ab 1941 Gesandter in Agram, 1947 in Jugoslawien hingerichtet.

⁵Fotokopien des Briefwechsels Ludendorff - Kasche im IZG: Fa88, Fasc.199 und 209.
Auf Grund der Akten Kasche glaubte Bennecke (Heinrich Bennecke, Hitler und die SA. München und Wien 1962.), es habe zwar überall nationalsozialistische Gruppen gegeben, aber sie hätten sich nur z.T. an die Münchener Zentrale angeschlossen, die anderen hätten die Entscheidung hinausgezögert. Er wurde in dieser Auffassung durch v. Pfeffer bestärkt, (Zeugenschrifttum "v. Pfeffer" im IZG), bei dem in diesem Punkte offenbar ein Erinnerungsfehler vorlag.

gewesen sei. Auch schloß die Anerkennung Hitlers die Autorität und Geltung Ludendorffs bei einem großen Teil der Mitglieder nicht aus.¹ Aber nach außen hin formierte sich die NSDAP 1925 und war stärker als jemals zuvor. Der innere organisatorische Ausbau und die geistige Klärung mußten folgen.

Die Stellung der Gauleiter

Die Richtlinien, die die ersten Vorschriften über den organisatorischen Aufbau enthielten, waren sehr vage. Sie wurden vom "Völkischen Beobachter" am Tage vor der Neugründung veröffentlicht.² und ließen den Unterführern freie Hand. Die Parteiführung verzichtete auf die Einsetzung von untergeordneten Leitern und konnte auch nichts anderes tun, denn entweder mußte sie die bestehenden Führer anerkennen oder auf sie verzichten. Letzteres hätte bedeutet, daß die Partei wie 1919 von München aus ohne irgendwelche auswärtige Gruppen hätte anfangen müssen. Diese sollten nicht gegängelt werden, sondern sich "organisch" zu größeren Untereinheiten zusammenschließen nach den Propagandamöglichkeiten und dem "vorhandenen Führermaterial". Grundsatz war: "Erst der Führer, dann die Organisation."

Solche nationalsozialistischen Führer standen bei der Neugründung überall bereit. Es waren Männer, die in einzelnen Landschaftsgebieten, den Gauen,³ eine Anhängerschaft um sich gesammelt hatten und dort Autorität besaßen. Diese hatten sie sich häufig dadurch geschaffen, daß sie die NSDAP in ihrem Gebiet gegründet und weiterhin geleitet hatten, wie z.B. Haase in Göttingen und Hildebrandt in Mecklenburg.⁴ Andere hatten einen Wehrverband geführt

¹ Prominente Ludendorff-Anhänger waren z.B. Dincklage (Hann 310I A5), v. Pfeffer (mdl. Mitt.) und besonders Rosikat, der stellvertretende Gauleiter von Schlesien (z.B. NS1 - 342 - 217).

² VB 26.2.25.

³ Dieser Begriff hatte mit der NSDAP ursprünglich nichts zu tun (mdl. Mitt. v. Pfeffer.).

⁴ Mitteilung der Gauleitung Mecklenburg an das Hauptarchiv der NSDAP NS26 - 150.

und nicht nur militärisches, sondern auch politisches Ansehen bei ihren Leuten genossen, die sie dann in die NSDAP geführt hatten. So haben sich z.B. v. Pfeffer in Westfalen¹ und Straßer in Niederbayern² ihre Stellung erworben. Es waren in jedem Fall politisch aktive, ein-satzbereite Persönlichkeiten. Auf sie griff die NSDAP zurück, so weit sie Hitler als obersten Parteiführer anerkennen und sich ihm unterordnen wollten. Auf den Konferenzen in Hamm und Harburg bestätigte Straßer sie in ihren Stellungen. Er änderte die bestehenden Machtverhältnisse in den Gauen nicht, sondern festigte sie nur. Seine Einwirkung war nicht primär ausschlaggebend, sondern die Gauleiter verdankten ihre Stellung Umständen, die nicht von der Parteileitung abhingen.

Nicht nur Straßer, sondern auch andere führende Persönlichkeiten der NSDAP haben gelegentlich bei der Besetzung der Gauleiterstellen mitgewirkt. Esser veranlaßte 1925 Bachschmid³, die Leitung des Elbe-Havel-Gaues zu übernehmen,⁴ und v. Pfeffer erklärte, bei der Absetzung des späteren Hamburger Gauleiters Krebs mitgewirkt zu haben, ohne durch sein Amt legitimiert gewesen zu sein. Ausschlaggebend waren aber immer die Machtverhältnisse in den Gauen.

Das erwies sich daran, daß sich nach den Konferenzen von Hamm und Harburg viele der von Straßer bestätigten Führer noch einmal in ihren Gauen wählen oder das Vertrauen aussprechen ließen. Ohne die Zustimmung der Unterführer hätten sie sich nur schwer oder gar nicht durchsetzen können. In vielen Fällen war die Autorität der Gauleiter wohl so unbestritten, daß das Votum der Unterführer nur noch pro forma eingeholt zu werden brauchte, denn die Gauleiter wurden häufig ohne Gegenstimme gewählt.⁵

¹Mdl. Mitt. v. Pfeffer.

²Z.B. Michael Geismaier, d.i. Otto Straßer, Gregor Straßer. Leipzig 1933.

³Alois Bachschmid, damals Führer des Elbe-Havel-Gaues.

⁴Bouhler an Bachschmid 25.11.25. Samml. Sch. 204.

⁵Z. B. Elberfeld (Bericht an die Parteileitung 29.9.25. Samml. Sch. 203), Dresden (VB 17.9.25.), Köln (Bericht an die Parteileitung 2.3.25. Samml. Sch. 203.).

Die Zahlen standen im Einklang mit Hitlers damaligen Vorstellungen. In "Mein Kampf" schrieb er: "Die Bewegung vertritt im kleinsten wie im größten den Grundsatz einer germanischen Demokratie: Wahl des Führers, aber unbedingte Autorität desselben."¹ Das hieß, wie er weiter ausführte, daß jeweils der 1. Vorsitzende gewählt wurde, vom Ortsgruppenleiter bis zum Führer der Gesamtpartei.² Hitler mischte sich in die Besetzung der Unterführerstellen nicht ein und meinte, die fähigsten Männer würden sich selbst durchsetzen. Amann erläuterte Hitlers Auffassung, als er an den ehemaligen Mitbegründer der Ortsgruppe Hannover schrieb: "Sie wissen aber aus Ihrer früheren Tätigkeit als bewährter Ortsgruppenführer der National-Sozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei, daß Herr Hitler prinzipiell auf dem Standpunkt steht, daß es nicht Aufgabe der Parteileitung ist, Ortsgruppenführer 'einzusetzen'. Herr Hitler steht heute mehr denn je auf dem Standpunkt, daß der tüchtigste Kämpfer der national-sozialistischen Bewegung der Mann ist, der sich auf Grund seiner Leistungen als Führer durchsetzt. Wenn Sie selbst schreiben, daß in Hannover das Vertrauen fast aller Mitglieder auf Ihrer Seite ist, warum übernehmen Sie denn nicht die Führung der Ortsgruppe?"³

Hitler erkannte die Männer, die sich in ihren Gauen durchgesetzt hatten, als Gauleiter an, ob sie von Straßer in ihrer Stellung bestätigt worden waren oder ob sie sich gegen den von Straßer eingesetzten Gauleiter durchsetzten. So war z.B. Heinrich Haake 1924 als einziger Nationalsozialist in den preußischen Landtag gewählt worden und wurde als prominenter Führer von Straßer in Hamm zum Gauleiter von Rheinland-Süd (Köln) bestimmt. Die Ortsgruppe

¹In: Hermann Hammer, Die deutschen Ausgaben von Hitlers "Mein Kampf". In: VfZ 4, 1956, S.171. Dieser Passus wurde 1928 umgearbeitet.

²Hitlers Ansichten über diesen Punkt waren auch 1925 nicht ganz fest, denn im Juni erklärte er einmal, der Parteiführer bestimme die Ortsgruppenleiter (Hitlerrede in Plauen am 12.6.25. Akten des IZG: Fa88, Fasc59, Bl.5.).

³27.10.25. NS26 - 141.

Köln brachte ihm darauf "einnützig das Vertrauen entgegen" und die Vertretertagung des Gaues Rheinland-Süd wählte ihn "einstimmig wieder".¹ Aber Ley, die dynamischere Persönlichkeit, zog mehrere Unterführer auf seine Seite und setzte sich nach einigen Kämpfen Mitte 1925 durch. Haake legte sein Amt nieder,² und Ley wurde von Hitler als Gauleiter anerkannt. Ob es sich dabei formal um einen Auftrag oder eine Bestätigung handelte, blieb offen. Hitlers Schreiben vom 14. Juli 1925 lautete:

"Ausweis. Herr Dr. Ley, Wiesdorf, Schillerstraße 5a wird an Stelle des Herrn Haake, Köln, Zülpicherstraße 15 hiermit mit der Durchführung der Organisation der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei im Gau Rheinland-Süd (umfassend Reichstagswahlkreise Coblenz, Trier und Köln-Aachen) beauftragt und von mir als verantwortlicher Führer dieses Gaues bis zu einer späteren endgültigen Regelung bestätigt.
gez. Adolf Hitler"³

Das war eine widersprüchliche Formulierung: "Auftrag" und "Bestätigung".⁴

Dinter, der sich in Thüringen nur schwer gegen einige seiner Unterführer durchsetzen konnte,⁵ berief sich im April 1925 ausdrücklich auf die Vollmacht Hitlers, ließ sich dann aber gleichzeitig - als ob die Vollmacht nicht genügte - von der Ortsgruppenführertagung das Vertrauen aussprechen. Der Terminus Wahl wurde vermieden.⁶

Von den Gauleitern, deren Geltung bei ihren Untergebenen unbestritten war, wurden Hitlers Schreiben zunächst nur

¹Köln an Amann 2.3.25. Samml. Sch. 203.

²Haake an Ley 1.6.25. und Ley an Parteileitung 7.6.25. Samml. Sch. 203.

³Als Fotokopie in: Walter Kiehl, Mann an der Fahne. Kameraden erzählen von Dr. Ley. München 5.Aufl. 1940. S.97.

⁴Das endgültige Dokument vom 29.9.28. hieß "Bestätigungs-urkunde", im Text schrieb Hitler dagegen: "Ich ernenne..." (Kiehl, S.113.).

⁵VB 7.5.25. und 4.6.25.

⁶VB 29.4.25. Auch die Gauleiter Ernst (Halle-Merseburg) und Telschow (Münster-Stadt) beriefen sich im "Völkischen Beobachter" auf Hitlers Auftrag (VB 27.6.25. und 28.9.25.).

als wenig bedeutsam, als Formsache, angesehen, wie die Ablösung Ripkes¹ durch Kaufmann beweist. Ripke besaß eine vorläufige Vollmacht von Hitler, die er wohl wie alle Gauleiter anstandslos bekommen hatte. Aber Kaufmann, Goebbels und Flbrechter warfen ihm Unterschlagung von Parteigeldern vor, brachten die Sache vor ein Ehrengericht und beriefen eine Gauversammlung ein. Diese "Vertreterversammlung der Ortsgruppen" wählte Ripke ab. Sie bestimmte einstimmig Karl Kaufmann zum Gauführer des Gaus Rheinland-Nord und bat die Parteileitung, den bisherigen Gauführer des Amtes zu entheben, seine Bestätigung einzuziehen und dem Nachfolger eine neue Bestätigung durch Hitler ausstellen zu lassen.² Diese blieb aus irgendeinem Grunde aus, aber Kaufmann war das anscheinend gleichgültig. Er kümmerte sich nicht darum. Erst als er fünf Monate später nicht zur Bamberger Konferenz (14. Febr. 1926) eingeladen wurde, protestierte er³ und erhielt, nachdem Schwierigkeiten anderer Art überwunden waren, seine Vollmacht anstandslos noch im März 1926.

So zeigt sich, daß es keine festen Regeln für die Besetzung der Gauleiterstellen gab. Auch die Termini selbst waren nicht einhellig. Gewöhnlich wurde von Gauen gesprochen, daneben existierten sogenannte Landesverbände, u.a. Sachsen⁴, Thüringen⁵ und Halle-Merseburg⁶. Im Landesverband Sachsen gab es mehrere Untergaue, erwähnt werden Gau Zwickau⁷, Gau Chemnitz⁸ und der Gau Ostsachsen⁹.

¹Axel Ripke, Balte, 1925 zeitweise Gauleiter von Rheinland-Nord.

²Rheinland-Nord an Ripke 28.9.25. NS1 - 341II - 315 und Rheinland-Nord an Parteileitung 29.9.25. Samml. Sch. 203 - 36.

³12.2.26. Samml. Sch. 203 - 78.

⁴Z.B. VB 19.11.25.

⁵Z.B. VB 29.4.25.

⁶Z.B. VB 27.6.25.

⁷VB 21.8.25.

⁸VB 19.11.25.

⁹VB 17.9.25.

Mutschmann¹ und Dinter nannten sich entsprechend Landesleiter von Sachsen und von Thüringen.² Dagegen wurde stets vom Kreisverband Niederbayern gesprochen,³ und Gregor Straßer war nur der dortige Kreisleiter.⁴ Als in Kaiserslautern eine nationalsozialistische Tagung Bürckel⁵ "die Pflichten eines Kreisvorsitzenden" übertrug, schloß man daraus in München, Bürckel sei nun Gauleiter von Rheinpfalz.⁶

Die Begriffe Gauleiter und Gauführer wurden willkürlich gebraucht. v. Pfeffer erklärte, er habe als Oberster SA-Führer das Wort "Führer" der SA vorbehalten, wodurch die Parteifunktionäre "Leiter" geworden seien.⁷

Da das Amt des Gauleiters und des Parteileiters überhaupt so wenig fest institutionalisiert war, kam es zu zahllosen Machtkämpfen, die sich sonst in geordneteren Bahnen abgespielt hätten. Sobald ein Gauführer sein Ansehen verlor, weil er sich z.B. den organisatorischen Aufgaben nicht gewachsen zeigte oder weil er etwa seinen Untergebenen gegenüber nicht den rechten Ton fand, setzten solche Kämpfe ein, vor allem, wenn eine aktivere Persönlichkeit in seinem Gau die Macht an sich reißen wollte. Aber nicht nur um die Gauführung wurde gekämpft, sondern um alle Parteiämter. Überall in der NSDAP gab es "Widerwärtigkeiten, Unsauberkeiten und moralische Ver lumpung", wie Fobke sich 1926 ausdrückte.⁸ Die Dokumente, die Helmut Heiber im Anhang des Goebbels-Tagebuches veröffentlichte, geben ein anschauliches Bild der Streitigkeiten und In-

¹Martin Mutschmann, geb. 1879. Ab 1925 Landesleiter, später Gauleiter von Sachsen, 1945 in sowjetischer Haft gest.

²VB 21.8.25. bzw. 28.4.25.

³Z.B. Briefwechsel Himmler - Hannover. Hann 310I A11.

⁴VB 27.10.25.

⁵Joseph Bürckel, geb. 1895. Lehrer. Gauleiter der Rheinpfalz.

⁶Bürckel an Parteileitung 24.3.26. und Parteileitung an Bürckel 24.3.26. Samml. Sch. 207B.

⁷IZG: Zeugenschrifttum "v. Pfeffer" und mdl. Mitt.

⁸An Heinrich Dolle 26.1.26. NS26 - 900.

trigen. Insgesamt gesehen, waren die Machtkämpfe jedoch kein Zeichen der Schwäche, und es entsteht ein falsches Bild, wenn man sein Augenmerk zu sehr auf sie lenkt.¹ Sie spielten sich alle innerhalb der NSDAP ab, nicht wie 1924 zwischen verschiedenen Gruppen. Nach außen hin waren alle Widersacher Nationalsozialisten. Sie bewiesen in diesen Auseinandersetzungen ihren Ehrgeiz und ihren Machtwillen, und es setzten sich schließlich, wie Hitler es erwartete, die fähigsten Führer durch. Ihre Eignung lag nicht in politischer Klugheit und Einsicht oder moralischer Sauberkeit, sondern in Härte, Rücksichtslosigkeit, Machtwillen und politischer Aktivität. Zwar stagnierte die Parteiarbeit, wenn eine besonders heftige Krise ausgefochten wurde, wie z.B. Mitte 1926 in Hamburg und etwas später in Berlin. Aber diese Schwierigkeiten konnten überwunden werden, und dann wurde die Propaganda mit Energie, Fanatismus und Opfersinn fortgesetzt. Deshalb war es für Hitler sinnvoll, in diesen Ausleseprozeß nicht einzugreifen. Seine Nichteinmischung in die inneren Kämpfe hatte außerdem den Vorteil, daß seine Autorität in diesen Kämpfen nicht litt. Er stand über den Streitenden. Sie bemühten sich gewöhnlich vergeblich, ihn auf ihre Seite zu ziehen und seine Unterstützung zu gewinnen. Je seltener er eingriff, um so mehr wurde er zur obersten und letzten Instanz.

Die Zusammenarbeit zwischen den Gauen und der Parteileitung Nicht in die Streitigkeiten der Unterführer einzugreifen, entsprach zwar Hitlers taktischer Linie, kann aber auch durch eine gewisse Nachlässigkeit mitverursacht sein. Denn er kümmerte sich überhaupt wenig um die tägliche Parteiarbeit. Schon 1923 hatte sich Feder darüber beklagt, daß er zu wichtigen Sitzungen nicht erscheine.² Sein Ausweichen vor kleineren Entscheidungen wurde so auffallend,

¹So z.B. Heiden und Smith.

²Oron James Hale, Gottfried Feder Calls Hitler to Order: an Unpublished Letter on Nazi Party Affairs. In: Journal of Modern History 30, 1958, S.358ff.

daß die Literatur übereinstimmend davon berichtet. Die Gauführer hatten 1925 zwar Hitlers Führerschaft durch die Entscheidung für die NSDAP anerkannt, waren aber trotzdem keine sklavischen Verehrer Hitlers und kritisierten seine Fehler, wenn sie unter sich waren.¹ Ley war vielleicht der einzige unbedingte Hitler-Anhänger in Norddeutschland, aber gerade dadurch fiel er auf.² Straßer stellte z.B. mit Mißbilligung fest, daß Hitler drei Monate lang die Schriftleitung des "Völkischen Beobachters" nicht besuchte.³ Auch Röhm⁴ beklagte sich 1925 bitter über Hitlers Eigenheiten: Er höre Gesprächspartnern nicht zu und gebe dann ihre Vorschläge mit dem besten Gewissen als eigene aus. Er schwanke und zögere in jeder Lage und entscheide sich erst, wenn sie ganz unerträglich geworden sei. Auf diese Weise ruiniere er die Nerven seiner Mitarbeiter. Aber Röhm fügte hinzu, niemand sei vollkommen und Hitler habe seine großen Qualitäten. Offenbar sei keiner besser als er.⁵

Vorgeworfen wurde Hitler auch, daß er so wenig zu seinen Parteigenossen sprach. Zwar war es ihm in den meisten Ländern verboten,⁶ in der Öffentlichkeit Reden zu halten, aber dieses Verbot erging in Preußen erst am 26. September 1925.⁷ Auch war es ihm erlaubt, in geschlossenen Mitgliederversammlungen zu sprechen,⁸ was zweifellos zur nationalsozialistischen Indoktrination beigetragen und besonders Hitlers eigene Stellung in der Partei befestigt hätte. Aber auch diese Möglichkeit hat er kaum genutzt,

¹Vgl. Krebs, Tendenzen und Gestalten der NSDAP. S.225ff. So z.B. auch mtl. Mitt. Elbrechter.

²Vgl. Fobke über Ley Jm. Dok. S.209.

³Fobke an Dolle 26.1.26. NS26 - 900.

⁴Ernst Röhm, geb. 1887. Protektor Hitlers vor dem Putsch in München, 1924 - 25 Führer des Frontbanns, 1930 bis zu seiner Ermordung 1934 Stabschef der SA.

⁵Ludecke S.265.

⁶In Bayern z.B. Redeverböte am 9.3.25. Schließlich durfte Hitler nur noch in Württemberg, Thüringen, Mecklenburg-Schwerin und Braunschweig reden.

⁷Auf dieses Datum sich beziehend: Polizeipräsidium Essen NS1 - 342 - 330. Vgl. VB 30.9.25.

⁸Bescheid des preußischen Innenministeriums. Haake an AG 4.11.25. NS1 - 340 - 299. Entsprechend genehmigte

im Gegenteil. Am 24. und 25. Oktober 1925 sollte er z.B. in Dortmund und Hamm in geschlossenen Mitgliederversammlungen sprechen.¹ Die Verhandlungen waren abgeschlossen, und v. Pfeffer war nach München gefahren, um Hitler abzuholen. Dieser fuhr jedoch absichtlich langsam zum Bahnhof, so daß sie den Zug verpaßten. Hitler erklärte das als Omen und weigerte sich, einen späteren Zug zu benutzen, so daß v. Pfeffer in Hamm erklären mußte, Hitler sei nicht gekommen, weil Severing ihn verhaften lassen wollte.² Hitler ist tatsächlich unter dieser Begründung überraschend ausgeblieben.³ Severing konnte ihn in einem Rechtsstaat nicht ohne weiteres verhaften lassen, die einfachen Nationalsozialisten glaubten das aber, sie waren Gefangene ihrer eigenen Propaganda vom "Terror der Novemberregierung".

Im Gau Göttingen ist es offenbar zu einem ähnlichen Vorfall gekommen, denn Fobke machte in einem Brief vom 27.1.1926 Hitler schwere Vorwürfe: sein Nichterscheinen in Göttingen sei ein schwerer Rückschlag für die Ortsgruppe gewesen, obwohl er, Fobke, allgemein Severing als den Schuldigen hingestellt habe.⁴

Daß Hitler die Redemöglichkeiten weniger wahrnahm, als es ihm möglich gewesen wäre, war einer der Gründe dafür, daß in der NSDAP 1925/26 über die politischen Methoden und Ziele Uneinigkeit herrschte.

Auch der "Völkische Beobachter" sorgte nicht für eine straffe ideologische Ausrichtung der Partei. Wiederholt wurde seine schwankende Linie beklagt.⁵ Rosenberg handhabte

das Polizeipräsidium Bochum-Gelsenkirchen eine Hitlerrede, das Polizeipräsidium Essen lehnte sie jedoch im gleichen Falle ab (31. bzw. 28.5.26.). NS1 - 342 - 239 bzw. NS1 - 342 - 330.

¹Bouhler an Vahlen 15.10.25. Samml. Sch. 207B., Tgb 3.35ff.

²Mdl. Mitt. v. Pfeffer.

³Tgb 26.10.25. S.37.

⁴NS26 - 900.

⁵Fobke an Dolle 26.1.26. NS26 - 900.

den "Völkischen Beobachter" verhältnismäßig liberal und veranstaltete im Parteiorgan Diskussionen, bei denen gegensätzliche Meinungen zu Wort kamen.¹ Lohse meinte auch, der "Völkische Beobachter" informiere über Norddeutschland nur verspätet und verstümmelt, während er über "jeden lausigen Sprechabend" in Süddeutschland spaltenlang berichte. Diese "elende Sabotage" müsse beendet werden.²

Schwerwiegender war, daß die Parteileitung in München keine rechte Kenntnis der Verhältnisse in Norddeutschland hatte. Das äußerte sich am krassesten darin, daß die Parteileitung seit September 1925, der Absetzung Ripkes im Gau Rheinland-Nord, nicht wußte, wer dort Gauleiter war. Sie vermutete, daß Goebbels dieses Amt inne habe, weil er als Geschäftsführer im Schriftwechsel des Gaues nach außen hin hervor trat. Als im Februar 1926 Kaufmann erklärte, der Gauleiter von Rheinland-Nord zu sein, war die Parteileitung überrascht. Sie hatte keine andere Möglichkeit, als Straßer um Auskunft zu bitten.³ Er kannte die Verhältnisse im Norden besser als die Münchener Zentrale und kümmerte sich auch um die Gaue und Ortsgruppen, so daß seine Autorität hier größer war als die der Parteileitung. Besonders eklatant versagte sie vor den preußischen Kreistagswahlen im Herbst 1925. Der Gauleiter von Pommern, Vahlen⁴, war auf Anfrage von der Zentrale zur Aufstellung eigener Listen aufgefordert worden,⁵ Lohse war das vom

¹ Z.B.: Nationalsozialismus und Bolschewismus. Rede und Gegenrede über das "russische Problem". In: VB 14.11.25. Beilage: Nationalsozialismus und Wirtschaftspolitik Nr 27.

² An Goebbels 1.12.25. NS1 - 341I - 13.

³ Parteileitung an Kaufmann 23.2.26. und Straßer an Parteileitung 5.3.26. Samml. Sch. 203 - 35 und 203 - 91.

⁴ Prof. Dr. Theodor Vahlen, geb. 1869. Ordinarius für reine und angewandte Mathematik an der Universität Greifswald, 1925 und 1926 Gauleiter der NSDAP in Pommern.

⁵ Abschrift der Gauleitung Pommern für Goebbels NS1 - 340 - 392.

Geschäftsführer Bouhler verboten worden.¹ Beide Gauleiter protestierten zusammen mit Rust gegen die widersprüchlichen Auskünfte und plädierten für "den alten Hitlerschen Gedanken" der Nichtbeteiligung an den Wahlen.² Zu gleicher Zeit erschien ein Rundschreiben Essers mit den endgültigen Anweisungen,³ das anscheinend von der Beteiligung mit eigenen Listen absah⁴ und befahl, den drei Internationalen⁵ keine Stimme zu geben.⁶ Gegen diese Parole protestierte Lohse, weil sie "rechtskapitalistisch" sei,⁶ woraufhin Bouhler auch Wahlenthaltung erlaubte.⁷ Auch v. Pfeffer protestierte: wenn man selbst keine Listen aufstelle, müsse man generell Stimmenthaltung empfehlen, das beste sei jedoch, jede sichtbare Pose zu vermeiden und den einzelnen Gauleitern freie Hand zu lassen.⁸ Schließlich schrieb Bouhler an Ley, die Parteileitung wolle der Entscheidung der Gauleiter nicht vorgreifen.⁹

Solche Anweisungen führten dazu, daß diese sich auch ihrerseits nicht sehr um die Münchener Leitung kümmerten. Z.B. verbanden sich am 7. März 1926 Rheinland-Nord und Westfalen zum sogenannten Großgau Ruhr, und v. Pfeffer, Kaufmann und Goebbels übernahmen kollegial die Führung des neuen Gaues.¹⁰ Die Beteiligten und Straßer hatten dieses Projekt lange beraten,¹¹ aber die Parteileitung

¹ Abschrift der Gauleitung Schleswig-Holstein NS1 - 340 - 402.

² Konzept: NS1 - 340 - 398.

³ Es wurde nicht aufgefunden.

⁴ Zu entnehmen: Protest v. Pfeffers NS1 - 340 - 379.

⁵ Die Nationalsozialisten sprachen von der liberalen (goldenen), der katholischen (schwarzen) und der marxistischen (roten) Internationale.

⁶ Protest Lohses am 11.9.25. NS1 - 340 - 394.

⁷ Bouhler an Lohse 16.9.25. Samml. Sch. 208I.

⁸ Empfänger unbekannt. 15.9.25. NS1 - 340 - 379.

⁹ 5.10.25. Samml. Sch. 203.

¹⁰ VB 17.3.26.

¹¹ Vielleicht seit dem 16.9.25., sicher seit dem 16.12.25. Straßer war beteiligt seit dem 16.1.26. (Tgb S.28, 48, 54).

wurde nicht gefragt, sondern von Straßer erst zwei Tage vorher beiläufig unterrichtet.¹ Goebbels meldete die Vereinigung sogar erst hinterher.² Als Straßer zur gleichen Zeit (1. März 1926) den Kampf-Verlag gründete und dort 5 nationalsozialistische Wochenzeitungen herausgab, kündigte er das ebenfalls nicht vorher in München an, sondern berichtete davon erst am 5. März in demselben Brief, in dem er die bevorstehende Vereinigung von Rheinland-Nord und Westfalen mitteilte.¹

Solche Eigenständigkeit war sicher nicht als bewußter Widerstand gegen die Zentrale zu erklären und nicht nur auf das Selbstbewußtsein der Gauleiter zurückzuführen, sondern sie wurde dadurch gefördert, daß in München keine Übersicht herrschte, daß man dort kein sachverständiges Urteil abgeben konnte und daß man dort auch absichtlich die Dinge laufen ließ.

Am besten funktionierte die Zusammenarbeit zwischen den Gauen und der Parteileitung noch auf dem finanziellen Sektor. Die Richtlinien bei der Parteineugründung erklärten kategorisch, daß alle Mitglieder neu aufgenommen werden mußten und daß nur die Parteileitung Aufnahmescheine und Mitgliedsbücher ausgabe.

Diese zentrale Ausgabe der Mitgliedsbücher setzte sich im Sommer 1925 allmählich durch. Zwar bestanden anfangs Schwierigkeiten, weil die Parteileitung dieser Aufgabe noch nicht gewachsen war. Einige Gauleiter beklagten die Saumseligkeit in München.³ Die Ortsgruppe Zwickau mußte in dieser Lage im "Völkischen Beobachter" erklären, wer sich als NSDAP-Mitglied bezeichnen dürfe: alte Mitglieder vor dem Verbot, Mitglieder des "Völkisch-Sozialen Blocks", die sich zur NSDAP rechneten, und neue Mitglieder.⁴

¹ 5.3.26. Samml. Sch. 203 - 91.

² 29.3.26. Samml. Sch. 203 - 104.

³ Rust an Parteileitung 6.3.25. Hann 310I A8. Klant an Parteileitung Jm. Dok. 8.204f.

⁴ VB 9.5.25.

Schwarz, der am 21. März 1925 Reichsschatzmeister wurde,¹ mußte den Apparat erst aufbauen, bis er Anfang April 1925 die ersten Anmeldescheine versenden konnte.² Dann erhoben einige Gauleiter nachdrücklich Einwände gegen die zentrale Ausgabe der Mitgliedsbücher. Rust, Lohse, Fobke und Schultz³ vereinigten sich sogar zu einem gemeinsamen Protest.⁴ Auch v. Pfeffer wandte sich gegen die zentrale Abrechnung in München.⁵ Am widerspenstigsten zeigte sich der Gau Rheinland-Nord. Allerdings war es im besetzten Rheinland bis zum Juni 1925 fast unmöglich, Beitrag zu kassieren.⁶ Im Oktober 1925 sandte die Elberfelder Gauleitung den ersten Beitrag nach München,⁷ gab aber zum gleichen Zeitpunkt noch eigene Mitgliedskarten aus, schickte der Parteileitung keine Anmeldescheine und weigerte sich, die Gebühr für die Neuaufnahme (1 RM) von den alten Kämpfern einzuziehen. Dann spielte sich die Zusammenarbeit zwischen Elberfeld und München allmählich ein, aber dem Gauleiter Kaufmann war die Neuaufnahme so gleichgültig, daß er sich bis März 1926 nicht neu aufnehmen ließ und deshalb so lange offiziell kein Parteimitglied war.⁸

Die zentrale Aufnahme der Mitglieder war unerlässlich, um auf die Dauer chaotische Zustände zu verhindern.

¹Volz. S.20.

²Samml. Sch. 203 - 12.

³Prof. Dr. Walter Schultz, geb. 1874, gest. 1953, damals Gauleiter von Hessen-Nassau-Nord.

⁴Samml. Sch. 202I.

⁵Samml. Sch. 203 - 42.

⁶Ripke an Parteileitung 10.4.25. Samml. Sch. 203 - 104; Rheinland-Nord an Straßer 25.8.25. NS1 - 340 - 217.

⁷Dies und das Folgende: Samml. Sch. 203.

⁸Samml. Sch. 203 - 96.

Auch Joseph Bürckel war bei seiner Wahl zum Gauleiter der Rheinpfalz offiziell nicht Parteimitglied (Parteileitung an Bürckel 24.3.26. Samml. Sch. 207B.).

Auf diese Weise wurde eine feste Organisation geschaffen und die Zugehörigkeit zur NSDAP eindeutig. Die losen Treue- und Abhängigkeitsverhältnisse, die 1924 das Gesicht der völkischen Bewegung bestimmt hatten, waren damit beendet. Die Parteileitung konnte jetzt die Stärke der einzelnen Gaue kontrollieren und wußte, wieviel Geld sie von den Gauen beanspruchen konnte. Doppelaufnahmen von Mitgliedern wurden unmöglich. Wichtig war, daß mit der Zentralkartei Parteiausschlüsse nachgeprüft und durchgesetzt werden konnten.

Die zahlenmäßige Stärke der Partei

Die Gesamtmitgliederzahl der NSDAP betrug Ende 1925, 10 Monate nach der Neugründung, 27 117, Ende des Jahres 1926 gab es 49 523 Mitglieder.¹ Die Partei war in Nord- und Süddeutschland etwa gleich stark. Die Gebiete südlich des Mains mit den Gauen Pfalz und Mainfranken besaßen 1925 190 NSDAP-Ortsgruppen, Mitteldeutschland 200, Norddeutschland mit dem Rheinland 217.²

¹ Z.B. Rühle. S.263f.

² Ortsgruppenstatistik in: NSDAP. Partei-Statistik 1935. Hs. vom Reichsorganisationsleiter der NSDAP. Bd.III: Gliederungen, Ämter, Verbände und gebietliche Organisationen. O.O. o.J. S.175. Dieses Buch war geheim und nur für den Dienstgebrauch von Gauleitungen bestimmt.

Die Ortsgruppenstatistik ist abgedruckt von Wolfgang Schäfer, NSDAP. Entwicklung und Struktur der Staatspartei des Dritten Reiches. S.11.

Ob die Angaben stimmen, muß dahingestellt bleiben, weil wir kein Material besitzen, um sie nachprüfen zu können. Die Kontrolle wird zusätzlich dadurch erschwert, daß die spätere Gaueinteilung zugrunde gelegt worden ist, so daß Gaue erwähnt werden, die damals zusammengehörten (z.B. Westfalen-Süd und -Nord) oder noch gar nicht existierten (z.B. Weser-Ems), daß andererseits aber auch Gaue fehlen, weil sie später verschwunden sind (z.B. der Harzgau).

Der stärkste Gau war Sachsen mit 88 Ortsgruppen, es folgten Bayrische Ostmark (57), Thüringen (46), Süd-Hannover-Braunschweig (40) und Baden (31).

Die genauen Mitgliederzahlen des Gaues Hannover sind aus den Abrechnungen mit München ersichtlich.¹ Sie zeigen zunächst ein eindrucksvolles Wachsen der Partei, aber es fallen auch starke Abgänge auf. Anscheinend haben sich gelegentlich ganze Ortsgruppen aufgelöst und sind aus der NSDAP ausgeschieden. Auch die Ausschlüsse aus der Partei waren wegen der vielen persönlichen Streitigkeiten immer sehr zahlreich. Im Laufe des Jahres 1926 ging in Hannover der Zuwachs zurück, aber die NSDAP als Ganze zeigte diese Erscheinung nicht.

Mit 1860 Mitgliedern am 1.1.1926 war der Gau Hannover vergleichsweise stark, denn die Zahlen anderer Gaue lagen teilweise erheblich niedriger. Aus dem Gau Anhalt schrieb im Februar 1926 der Geschäftsführer und spätere Gauleiter Loeper² an Dincklage, sein Gau habe nur 9 Ortsgruppen,³ das bedeutete zwischen 70 und 300 Mitgliedern, legt man das Verhältnis anderer Gaue zugrunde. Im Gau Lüneburg-Stade hatte der Gauleiter Telschow nur 130 Mitglieder im Januar 1926, im Juni 1925 hatte er sogar nur 14 gehabt.⁴ In Berlin soll es dagegen im Juli 1926 3000 Mitglieder gegeben haben.⁵ Beträchtlich gestiegen hat sich der Landesverband Halle-Merseburg von 260 Mann im November 1925 auf 1246 im März 1926.⁶

Im Gau Ruhr (den vereinigten Gauen Rheinland-Nord und Westfalen) kam eine Aufstellung vom Mai 1926 auf 3730

¹ Siehe Anhang.

² Wilhelm Friedrich Loeper, geb. 1883. Hauptmann a.D., den größten Teil der "Kampfzeit" bis zu seinem Tode 1934 Gauleiter von Anhalt.

³ Hann 310I A11.

⁴ Telschow an Rust, Hann 310I A11.

⁵ NS26 - 133.

⁶ Nach dem Protokollbuch der Ortsgruppe Naumburg NS26 - 372.

Mitglieder.¹

Wichtig ist nicht die einzelne Zahl, sondern es genügt die Größenordnung, um sich ein Bild zu machen. Die Gaue besaßen 1925/26 zwischen knapp 100 und einigen Tausend Parteigenossen. Das ist schon eine Organisation mit erheblichem Eigengewicht. Die NSDAP-Mitglieder waren sicher nicht nur persönlich mit dem Gauführer verbunden, sondern durch ihre gemeinsame Überzeugung geeint. Die Führer konnten ihre Anhänger nicht in eine andere politische Gruppierung führen, ohne schwerste Einbußen hinzunehmen.

Es sei noch ein Blick auf die Ortsgruppen geworfen.

Im Gau Hannover existierte die Partei an 178 Orten,² aber nur an 60 gab es 10 oder mehr Mitglieder, an zahlreichen Orten nur einen Parteigenossen. Die höchsten Mitgliederzahlen hatten Braunschweig (255), Hannover (207), Wolfenbüttel (106) und Oldenburg (56). Im Gau Ruhr hatte Essen 508 Mitglieder, Hattingen 376, Düsseldorf 273, Bochum 213 usw.³ Hier verteilten sich 3730 Mitglieder

¹NS1 - 342 - 99f.

Ob diese Zahlen stimmen, muß dahingestellt bleiben. Z.B. existiert eine Hannoveraner Mitgliederaufstellung, nach Orten aufgeschlüsselt, die von der Parteileitung für den Weimarer Parteitag angefordert worden war. Man würde ihr normalerweise vertrauen, aber sie weist am 31.5.1926 1466 Mitglieder aus, während die monatliche Beitragsabrechnung auf 2213 Mitglieder kommt. Auch behauptete der Gau Hannover, vom 1. Febr. 1925 bis 1. März 1926 214 Ortsgruppen gegründet zu haben (an Parteileitung 31.5.26. Hann 310I A8.), während die genannte Aufstellung nur 178 Orte mit NSDAP kennt. Sicher sind manche Ortsgruppen wieder eingegangen, dennoch ist eher anzunehmen, daß die Ortsgruppenstatistik nicht stimmt und einen älteren Stand widerspiegelt. Die Mitgliederabrechnung mit der Parteileitung ist sicher genauer, weil sie jeden Monat kontrolliert wurde und Namenslisten der Zu- und Abgänge beigelegt waren. Wenn schon die Mitteilung des Gaues Hannover zum Weimarer Parteitag so ungenau ist, sind die anderen Angaben sicher sehr unzuverlässig.

²Nach der ungenauen Aufstellung des Gaues Hannover vom 31.5.1926 (Hann 310I A8). Wieder ist nicht die absolute Zahl, sondern die Größenordnung wichtig.

³Nach der Aufstellung des Gaues Ruhr 31.5.26. NS1 - 342 - 99f.

auf 114 Orte, d.h. in einer Ortsgruppe waren durchschnittlich 33 Parteigenossen, in Hannover waren es nur 8, was wohl an der ländlichen Struktur des Niedersachsengebietes lag. Deutlich wird trotz der vermutlichen Ungenauigkeit der Zahlen, daß es sehr kleine Ortsgruppen und Zirkel von zwei, drei Gesinnungsgenossen gab, daneben bestanden wenige große Ortsgruppen mit einigen Hundert Parteigenossen.

Nahm die NSDAP nach ihrer Neugründung im Februar 1925 ununterbrochen an Mitgliedern zu, so gewann sie vor allem an innerer Geschlossenheit, weil sie nach der endgültigen Trennung von der "Deutschvölkischen Freiheitspartei" ihre Kraft nicht mehr in Auseinandersetzungen mit der Bruderpartei zu verschwenden brauchte. Die Diskussionen über die Führerfrage waren für die einfachen Parteigenossen beendet und die Autorität Adolf Hitlers bei ihnen unbestritten. Aber sie mußten feststellen, daß die Aufmerksamkeit erloschen war, die Hitler durch Putsch und Prozeß errungen hatte und durch die die Wahlerfolge des Jahres 1924 herbeigeführt worden waren. Ab 1925 besaß die NSDAP außerhalb der eigenen Reihen zunächst kaum eine Resonanz. Das erwies sich schon im Frühjahr 1925 bei den Reichspräsidentenwahlen. Die NSDAP nominierte im 1. Wahlgang Ludendorff, der sicherlich von der ganzen Parteianhängerschaft gewählt worden ist, darüber hinaus vielleicht auch noch von manchen völkischen Gruppen und Wehrverbänden, die nicht zur NSDAP standen.¹ Die "Deutschvölkische Freiheitspartei" hatte sich für Jarres ausgesprochen. Ludendorff erreichte nur 285 793 Stimmen, etwas über 1%.

Auch bei den folgenden Wahlen konnte die NSDAP keine Erfolge erzielen. Den ersten Mandatsgewinn seit der Neugründung erreichte sie am 31. Okt. 1926 bei den Landtagswahlen in Sachsen, wo sie besonders stark war, als sie 2 von 96 Abgeordneten durchbrachte, aber auch nur 1,6% der Stimmen auf sich vereinigte.²

¹So auch Bennecke S.115.

²Hans Volz S.23.

Die Parteipropaganda

Die NSDAP war ständig propagandistisch tätig. Hitler verkündete im Mai 1926, die Partei habe im letzten Jahr 2370 Massenversammlungen durchgeführt.¹ Dazu kamen etwa 3500 Sprechabende.² Der Gau Hannover kam alleine schon auf 850 "öffentliche Volks- und Aufklärungsversammlungen", und zwar in der Zeit vom 1. Februar 1925 bis zum 1. März 1926.³

Die Aufstellung von Hannover gibt überhaupt ein anschauliches Bild von der Versammlungstätigkeit der Partei. Die meisten Redner waren im Gau Hannover beheimatet, andere kamen aus Nachbargauen, einige sprachen in ganz Deutschland.⁴ Diese auswärtigen Redner machten meistens ganze Vortragsreisen, wobei die besuchte Ortsgruppe für Fahrtkosten, Unterkunft (oft bei einem Parteigenossen) und Spesen aufkommen mußte. Den größten Teil der Parteikorrespondenz nahmen die Verhandlungen mit Rednern ein. Schon damals war Goebbels einer der prominentesten und eifrigsten Redner.⁷ 189 Mal hat Goebbels vom 1. Oktober 1924 bis zum 1. Oktober 1925 gesprochen, wie er in seinem Tagebuch notierte.⁵ Im Gau Hannover wurde er jedoch noch von Dincklage übertroffen, der in 13 Monaten 290 Reden hielt, davon 38 vom 20. Januar bis zum 1. März 1926. Man muß sich diese Zahlen vergegenwärtigen, um zu ermessen, welcher Fanatismus, welche Zähigkeit und welche Aufopferung manche Mitglieder der NSDAP beseelten, und im Falle Dincklage ohne persönlichen Ehrgeiz. Er besaß genügend Autorität, wie die Gaukorrespondenz deutlich teigt, daß er Rust eventuell hätte verdrängen können. Aber er hat das anscheinend nie versucht. Statt dessen hat er seine Wohnung als Gaugeschäftsstelle zur Verfügung gestellt und war fast Tag für Tag im Gau unterwegs.⁶

¹VB 26.5.26.

²Hitler an v. Graefe VB 19.3.26.

³Hannover an Parteileitung 31.5.26. Hann 310I AB.

⁴Dazu gehörten u.a. Straßer, Feder, Esser und Suchenwirth, der Propagandaleiter der österreichischen Hitlerbewegung.

⁵Tgb 21.10.25.

⁶Er wurde von Bormann und Hitler noch in den "Tischgesprächen" als besonders aktiv genannt (Henry Picker, Hitlers

Insgesamt sprachen 21 Redner im Gau, das ergibt einen Durchschnitt von 40 Reden für jeden. Die 850 Reden erscheinen noch bedeutsamer, wenn man bedenkt, daß die NSDAP im Mai 1926 nur an 178 Orten vertreten war, z.T. nur mit einem Mitglied.¹ An 60 Orten gab es 10 und mehr Mitglieder.

Wist man daran die 850 Reden, erkennt man, daß die Partei nahezu ununterbrochen warb und agitierte. An Energie, Fanatismus und Opfersinn war die NSDAP den meisten Parteien fraglos überlegen. Zugute kam ihr auch die Jugend ihrer Führer, viele waren 1925 noch nicht 30 Jahre alt, z.B. Goebbels, Kaufmann, Koch, Lohse, Hildebrand, Esser, Himmler.²

Die nationalsozialistische Presse spielte bei der Propaganda eine geringere Rolle. Das wichtigste Blatt war der "Völkische Beobachter", lange Zeit die einzige Tageszeitung. Er soll 1925 mit einer Auflage von etwa 10 000 begonnen haben, die 1926 10 997 betrug.³ Da die Partei Anfang 1926

Fischgespräche im Führerhauptquartier 1941-42. Neu hs. von Percy Ernst Schramm. Stuttgart 1963. S.410.

⁷ Lincklage erklärte im Sept. 1925, Goebbels und Straßer seien das Beste, was sie an Rednern besäßen. An Kerrl Mann 310I A6.

¹ Aufstellung des Gaues Hannover für die Parteileitung 31.5.26. Mann 310I A8.

² Heinrich Himmler, geb. 1900, Selbstmord 1945. Himmler war damals Straßers Geschäftsführer in Niederbayern.

³ So in: The Story of the "Völkischer Beobachter". In: The Wiener Library Bulletin 8, 1954, S.36 und 39. Sperlings Zeitschriften-Adressbuch gibt für 1925, 1926 und 1927 eine Auflage von circa 35 000, circa 35 000 und circa 20 000 an. Diesen Zahlen liegen wohl Angaben des VB zu Grunde, der natürlich seine Bedeutung vergrößern wollte. Besonders der angebliche Abfall auf 20 000 bei stark gestiegener Mitgliederzahl macht diese Zahlen unglaubwürdig, auch ist eine Auflage von 35 000 bei 27 000 Mitgliedern kaum denkbar.

etwa 27 000 Mitglieder und am Jahresende etwa 49 000 hatte, bedeutete das, daß der "Völkische Beobachter" von jedem dritten bis fünften Mitglied abonniert worden ist.

Daneben erschienen zahlreiche Wochenzeitungen, z.T. Pflichtorgane bestimmter Gaue. Rheinland-Nord und Westfalen hatten keine Gauzeitung, was eine Ausnahme war. Alle Blätter litten unter notorischem Geldmangel. Im März 1926 wurden sie größtenteils von den Zeitungen des Kampf-Verlages abgelöst. Anscheinend ist diese Presse stärker gelesen worden als der "Völkische Beobachter"; der "Niedersächsische Beobachter", Pflichtorgan für drei Gaue, hat im März 1926 3400 Abonnenten gehabt,¹ was sehr hoch erscheint. Danach hätte etwa jeder Parteigenosse die Zeitung gehalten.

Neben den Zeitungen gab es eine Reihe von Broschüren, die in Massen hergestellt und vermutlich an Außenstehende verteilt wurden.

Hitlers "Mein Kampf" scheint eine bedeutendere Rolle gespielt zu haben, als es bisher erschien. Es wurden 1925 immerhin 9473 Exemplare des 1. Bandes verkauft.² Bei 27 000 Parteimitgliedern ist das eine erhebliche Auflagenhöhe, auch wenn ein größerer Teil von Außenstehenden gekauft sein sollte, 1926 wurden 6913 Exemplare abgesetzt, 1927 5607.

Finanzielle Schwierigkeiten

Die Tätigkeit der Partei wurde immer wieder durch Geldmangel erschwert, nicht nur 1925/26, sondern die ganze Kampfzeit hindurch. Praktisch war die gesamte Partei dauernd verschuldet, die einzelnen Gaue ebenso wie die Ortsgruppen. Goebbels notierte z.B. in seinem Tagebuch: "Wieder viel Sorge wegen des Mammons. Das Geld geht schlecht ein. Mir bis zum Kotzen widerwärtig... Gestern abend lange mit Schmitz³ disputiert über Geldfragen. Wie kommt man zu Geld?"

¹Hannover an die Parteileitung Hann 310I A8.

²Oron James Hale, Adolf Hitler: Taxpayer. In: The American Historical Review 60, 1954/55, 3.830ff. Die Zahlen sind den Akten des Eher-Verlages entnommen.

³Paul Schmitz, Mitarbeiter ~~im~~ der Gaugeschäftsstelle.

Unsere Lage wird auf die Dauer katastrophal. Die Wirtschaftskrise wächst von Tag zu Tag ins Ungemessene."¹ Die Mitgliedsbeiträge konnten oft nicht pünktlich oder gar nicht abgerechnet werden.² Schwarz mußte im "Völkischen Beobachter" immer wieder säumige Gaue und Ortsgruppen ermahnen, mit der Parteileitung abzurechnen.³

Im allgemeinen lebten die Gaue von der Hand in den Mund und deckten ihre Ausgaben mit den Mitgliederbeiträgen und kleineren Spenden. Eine nennenswerte Unterstützung durch die Industrie in dieser Zeit ist nicht erkennbar.⁴ Im Goebbels-Tagebuch ist nur einmal von einem größeren Betrag die Rede, von 1500 RM, die der Gau von einem Hattinger Parteifreund bekam.

Der Mangel an Unterführern

Ogleich es viele einsatz- und opferbereite Männer in der NSDAP gab, konnte der Bedarf an geeigneten Unterführern doch nicht gedeckt werden. Es war schwer, an jedem Ort Leute zu finden, die die Partei mit Schwung und politischer Tatkraft führen konnten. Oft wurden zunächst Unfähige gewählt, die dann vor organisatorischen Schwierigkeiten versagten oder sich von der Kleinheit der Partei und der Größe der gesteckten Aufgabe entmutigen ließen. In solchen Fällen bestand die Gefahr, daß sich ganze Ortsgruppen auflösten. In dieser Situation befand sich im Februar 1926 z.B. die Ortsgruppe Holzminden.⁵ An vielen Orten war die NSDAP überhaupt nicht vertreten, weil die Parteiorganisatoren fehlten. So gab es in Remscheid und Solingen mit 76 680 bzw. 51 930 Einwohnern (1925) zusammen nur 7 Nationalsozialisten,⁶ während die kleine Industrie-

¹Tgb 8.1.26. S.52f.

²Z.B. für Rheinland-Nord Samml. Sch. 203., für Göttingen NS26 - 900.

³Z.B. VB 24./25.1.26.

⁴Vgl. G.F.W. Hallgarten, Hitler, Reichswehr und Industrie. Frankfurt am Main 2.Aufl. 1955.; Louis P. Lochner, Die Mächtigen und der Tyrann. Die deutsche Industrie von Hitler bis Adenauer. Darmstadt 1955. und Seymour Martin Lipset, Der "Faschismus", die Linke, die Rechte und die Mitte. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie, 11, 1959, S.401ff.

⁵Bericht an Rust siehe Anhang.

⁶Aufstellung des Gaues Ruhr 31.5.26. NS1 - 342 - 99f.

stadt Hattingen¹ eine Ortsgruppe von 376 Mann besaß.

Der Mangel an guten Unterführern war organisatorischer Art. Wurde er überwunden, blühte die Partei auf. Sie hatte dann ausgezeichnete Arbeitsmöglichkeiten, wie ebenfalls das Holzmindener Beispiel zeigt. Die nationalsozialistische Propaganda traf bei vielen auf Aufnahmebereitschaft.

Es gibt keine Anzeichen dafür, daß die Weimarer Republik Mitte der zwanziger Jahre etwa wegen der wirtschaftlichen Prosperität gegen den Nationalsozialismus immun gewesen wäre.

Ideologische Strömungen in der NSDAP

Der nationalsozialistische Sozialismus

Konservative Nationalisten und Völkische

Die Ideologie der NSDAP ist immer wieder wegen ihrer "grandiosen Vagheit" kritisiert worden,¹ aber zu Unrecht, denn die weltanschauliche Weite war für die NSDAP die Voraussetzung für die Gewinnung breiter Wählerschichten. Außerdem ist auch die Ideologie demokratischer Parteien ein Konglomerat vieler verschiedener Bestandteile. Es ist festzustellen, daß dieser Zustand überhaupt der normale ist und daß die streng marxistischen Parteien mit ihrer systematisch durchgeformten und ausgearbeiteten Ideologie eine Ausnahme sind, an der man andere Parteien nicht messen darf. In der NSDAP gab es viele Strömungen und Richtungen, was von ihren führenden Mitgliedern auch durchaus erkannt wurde. Das erklärte sich z.T. aus dem Ursprung der Partei, die zuerst als Protestbewegung gegen den Weimarer Staat erschien und dabei alle möglichen demokratiefeindlichen Kräfte an sich zog.

Bei der antidemokratischen Rechten gab es im wesentlichen drei Hauptrichtungen: 1. der konservative Nationalismus, 2. der völkische Gedanke und 3. der Sozialismus. Eine klare Scheidung zwischen diesen Strömungen ist nur idealtypisch möglich. In Wirklichkeit gingen sie ineinander über, und in den einzelnen Persönlichkeiten mischten sich die Elemente der verschiedenen Richtungen. Reine Vertreter waren selten. Hier soll eine idealtypische Skizze versucht werden.

¹Vgl. dazu Kurt Sontheimer, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933. München 1962. S. 169ff.

Der konservative Nationalismus war bei der Rechten die am weitesten verbreitete Ideologie. Die Vertreter dieser Richtung waren im Zweiten Reich großgeworden und bewunderten den Glanz, die Macht und das Ansehen des Kaiserreiches. Die Gegenwart der Weimarer Republik erschien ihnen finster, der Staat ohnmächtig und das einst so ehrenvolle Deutschland mit Schande bedeckt. Ihre Haltung gegenüber der Republik konnte an sich nur bedingungslose Opposition sein. Sie lehnten die Demokratie und den Parlamentarismus ab und traten für die Monarchie und einen starken, autoritären Staat ein. „

Andererseits waren sie gewohnt, sich der Obrigkeit respektvoll unterzuordnen. Deshalb konnten sie zwar wortreich die Republik schmähen und die politische Atmosphäre vergiften, aber nicht die Kraft zu militanteren Formen der Opposition finden. Sie begannen sogar bei prinzipieller Ablehnung des Weimarer Staates in seinem Rahmen mitzuarbeiten und sich an der Politik aufbauend zu beteiligen. Dies war im wesentlichen der Weg der DNVP, die die klassische Partei des konservativen Nationalismus war. Die NSDAP, in den Methoden absichtlich radikaler,¹ blieb für das deutschnationale Bürgertum viele Jahre suspekt, während umgekehrt die NSDAP-Führer sich nicht genug tun konnten, die Lauheit und die Ohnmacht des "Biertisch-Patriotismus" zu verhöhnen. Deshalb waren die Nationalisten, die lediglich rückgewandt dem Kaiserreich nachtrauerten und die Wiederherstellung der Zustände von vor 1914 erhofften, bei den Nationalsozialisten stets in der Minderheit.¹

¹Vgl. Krebs, Tendenzen und Gestalten. S.200 und S.205ff.

Die Völkischen bildeten 1925/26 weitaus die stärkste Gruppe innerhalb der NSDAP, die sich damals mit Recht für eine völkische Partei hielt.¹ Der völkische Gedanke war ein Teil des Konservatismus und reichte mit seinen Wurzeln in die Romantik zurück. Aber er war an eine andere Schicht gebunden als der Hochkonservatismus. War dieser die Ideologie des Adels und der Spitzen des Bürgertums, so wurde die völkische Ideologie ursprünglich im Kleinbürgertum ausgebildet. Insgesamt war der Konservatismus des 19. Jahrhunderts eine Reaktion auf die Bedrohung, die von dem Aufstieg des gehobenen und mittleren Bürgertums ausging, und zwar war dieser Aufstieg doppelter Art: einerseits politisch und ideologisch und andererseits wirtschaftlich. Der Liberalismus bedrohte die Positionen des Adels in der Politik; der einsetzende Kapitalismus die althergebrachte Wirtschaftsweise kleiner Handwerker und Gewerbetreibender. Weil diese modernen politischen und wirtschaftlichen Neuerungen aus dem westlichen Ausland kamen, galt das Althergebrachte als das typisch Deutsche, als Ausprägung des deutschen Wesens und Geistes. Liberalismus, Parlamentarismus und Demokratie erschienen als undeutsch; aus dem gleichen Grunde wurden Industrie, Bank- und Börsenwesen abgelehnt. Der Konservatismus forderte einen gewachsenen, organischen Staatsaufbau aus "deutschem Geist" mit patriarchalisch geordneten und ständisch gegliederten Gemeinschaften.

¹ Hitler gebrauchte z.B. "völkische Idee" synonym mit nationalsozialistische Idee (Mein Kampf S.510ff., Bd.II.). Straßer erklärt den weltanschaulichen und kulturpolitischen Teil der nationalsozialistischen Ideologie für völkisch. (1925 - 1926. Noch ein Rückblick und Ausblick. In: VB 5.1.26. und in: Hammer und Schwert. Ausgewählte Reden und Schriften eines Nationalsozialisten. Teil II: Kampf. Berlin 1928. S.32ff. In: Kampf um Deutschland. S.106ff.). Das Parteiorgan, der "Völkische Beobachter", enthielt eine Spalte: "Aus anderen völkischen Verbänden".

Waren aber die hochkonservativen Schichten durch die Verantwortung, die sie im 19. Jahrhundert noch weitgehend trugen, durch Lebenserfahrung und Weitblick in ihrer Kritik an den modernen Erscheinungen gezügelter und in ihrem Urteil differenzierter, so waren große Teile des Kleinbürgertums radikal und primitiv. Für sie galt weithin der Jude als Verkörperung der Moderne, und er wurde für die entstehenden Schwierigkeiten und Nöte verantwortlich gemacht. Die völkische Ideologie erschien mit Antisemitismus weitgehend identisch. Das Eindringen eines primitiven Sozialdarwinismus führte zur Erweiterung des völkischen Gedankengutes. Die Geschichte erschien nun als Konkurrenzkampf der verschiedenen Völker oder Rassen, wobei das deutsche Volk mit der nordischen oder germanischen Rasse gewöhnlich gleichgesetzt wurde. Da sich die besondere Geistesart jeden Volkes in Staat, Kultur, Religion und Wirtschaft äußern sollte, galt jede Übertragung fremdvölkischer Formen als schädlich. Besonders gefährlich sollten für das deutsche Volk die Ausprägungen des jüdischen Geistes sein, wofür Liberalismus und Demokratie, Kapitalismus und Marxismus galten. Die Völkischen waren größtenteils überzeugt, die Juden versuchten planmäßig, ihre "Wirtsvölker" zu unterjochen und die Weltherrschaft an sich zu reißen. Der Marxismus erschien als der Versuch des Judentums, sich für den letzten gewaltsamen Kampf eine Truppe zu schaffen. Solche Vorstellungen verdichteten sich bei radikalen Völkischen zu der Überzeugung von einer jüdischen Weltverschwörung. Hitler war dafür ein Beispiel.¹

¹Vgl. Mein Kampf. S.338ff.

Viele völkischen Antisemiten begnügten sich jedoch mit einem ziellosen und wüsten Kampf gegen die Juden. Solche "Radauantisemiten" waren in der NSDAP Esser und Streicher.

Andere Völkische wollten die Deutschen vor allem gegen die fremdvölkischen Einflüsse geistig immun machen. Sie sahen in erster Linie eine Erziehungsaufgabe und erstrebten eine geistig-sittliche Neugeburt, wie z.B. Dinter.

Wieder andere sahen die Aufgabe in einer rassischen Höherentwicklung. Sie unterschieden zwischen Höher- und Minderwertigen innerhalb des eigenen Volkskörpers und wollten die wertvollen Bestandteile durch planmäßige Auslese vermehren, die minderwertigen herabdrücken und dezimieren. Hier äußerte sich der völkische Gedanke ausgesprochen aristokratisch und elitär. Vertreter dieser Richtung waren in der NSDAP Haase und v.Pfeffer.

Wieder andere Völkische erstrebten vor allem einen festen Zusammenhalt des eigenen Volkes. Sie sahen ihre Hauptaufgabe in der Überwindung der Klassenspaltung und bemühten sich, die Arbeiterschaft dem - wie sie meinten - jüdischen Einfluß zu entziehen. Sie waren deshalb den Forderungen des 4. Standes und allen sozialen Fragen gegenüber aufgeschlossen. Zu dieser Richtung innerhalb des völkischen Lagers gehörte Reventlow, damals "Deutschvölkische Freiheitspartei".

Mit den Konservativen hatten die Völkischen die Feindschaft gegen Liberalismus, Parlamentarismus, Demokratie und Marxismus und die Verherrlichung althergebrachter, bodenständiger Ordnungen gemeinsam. Sie schwärmten davon, daß "aus den Tiefen der deutschen Seele" eine "deutsche Kultur" erblühen sollte, während der "westliche" oder "jüdische Geist" nur "Zivilisationsleistungen" hervorbringen könne. Die Grundstrukturen konservativen und völkischen Denkens waren gleich.¹ Aber die Völkischen

¹Das konservative und völkische Denken kann nicht schlechthin als irrational und das liberal-demokratische und marxistische Denken als rational beschrieben werden. Vgl. Rezension des Buches von Kurt Sontheimer, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. durch Klaus Epstein in: HZ 197, 1963 S.657ff.

waren radikaler in der Abneigung gegen alles Fremde. Sie waren sich alle einig in ihrem Haß auf den Katholizismus, und einige lehnten das Christentum überhaupt ab. Während sich viele Konservative, besonders aus dem Adel und den Gebildeten, bei aller Hochschätzung der deutschen Kultur einen freien Blick für die Leistungen anderer Völker bewahrten und sich von einem allzu engen Nationalismus frei hielten, verehrten die meisten Völkischen die germanische Vergangenheit. Sie hatten auch im Zweiten Reich dauernd in der Furcht gelebt, "fremdvölkische" Einflüsse überwucherten das deutsche Volk, und sie hatten dem Kaiser ein gut Teil Mitschuld an dieser Gefahr gegeben. Sie waren deshalb in der Mehrzahl keine ausgesprochenen Monarchisten. Ob ihr autoritärer Staat eine monarchische Spitze haben würde oder nicht, war ihnen gleichgültig, wenn nur die Reinerhaltung deutscher Art und Sitte gewährleistet wurde.

Die nationalen Sozialisten

Der nationale Sozialismus wurzelte ebenso wie die völkische Bewegung im Konservativismus des 19. Jahrhunderts. Die ersten Ansätze zeigten sich in Versuchen von konservativer Seite, "die soziale Frage zu lösen", und gingen von der Überzeugung aus, daß die Gesellschaft, deren Stufung und Gliederung grundsätzlich bejaht wurde, reformiert werden müsse, um den 4. Stand einzuordnen und die Gefahr einer egalitären Massengesellschaft abzuwenden. Alle diese Versuche blieben politisch mehr oder minder ergebnislos. Erst als der Weltkrieg Bürgertum und Arbeiterschaft in engen Kontakt brachte, entstand durch das Erlebnis der Frontkameradschaft die Voraussetzung für eine massenwirksamere Propagierung des nationalen Sozialismus.

Einzelne begannen auf der Rechten, das Gewicht und den Ernst der sozialen Probleme zu begreifen, die man vorher weitgehend ignoriert hatte. Viele erkannten auch, daß dauerhafte politische Lösungen in Deutschland ohne die Zustimmung der Arbeiterschaft nicht mehr möglich waren. Ein gesundes staatliches Leben konnte es nur geben, wenn der Klassenantagonismus überwunden wurde. Diese Erkenntnis überdauerte zunächst noch die Revolution. Ohne ein Entgegenkommen gegenüber der Arbeiterschaft schien keine Zukunft für Deutschland möglich zu sein. Das Wort "Sozialismus" zeigte auch auf der Rechten eine gewisse Anziehungskraft.

In dieser Situation wurden die Werke geschrieben, die dem nationalen Sozialismus der Weimarer Republik fortan als richtungsweisend und vorbildlich galten. Möller van den Bruck "Drittes Reich"¹ erweist sich mit seiner Wendung gegen Liberalismus und Internationalismus und mit seinem Eintreten für einen gegliederten, abgestuften, autoritären Staatsaufbau als ein typisches Werk des Konservatismus. Revolutionäres Pathos und romantische Rückwendung zum Mittelalter mischen sich eigentümlich. Möller charakterisiert den Sozialismus folgendermaßen:

"Wir sprechen schon heute von einem deutschen Sozialismus. Wir meinen damit nicht den demokratischen Sozialismus, in den sich die Partei nach ihrem und unserem Zusammenbruche flüchtete, noch den nach wie vor konsequent-marxistischen Kommunismus, der den Klassenkampfgedanken der Internationale noch immer nicht aufgeben will. Wir verstehen unter deutschem Sozialismus vielmehr eine körper-schaftliche Auffassung von Staat und Wirtschaft, die vielleicht revolutionär durchgesetzt werden muß, aber alsdann konservativ gebunden sein wird. Wir nennen Friedrich List einen deutschen Sozialisten, weil sein außenpolitisches Denken so durchaus ein wirtschaftspolitisches war. Und im innenpolitischen Umkreise weist der Berufsständegedanke auf den Freiherrn v. Stein zurück, wie der Rätegedanke auf das Zunftwesen des Mittelalters zurückweist. Gedanken aus ältester Überlieferung und Gedanken der jüngsten

¹ Möller van den Bruck, Das Dritte Reich. Berlin
3. Aufl. 1931.

Zielerfassung weisen auf diesen deutschen Sozialismus hin. Der Gedanke der Gemeinwirtschaft weist auf ihn hin, der das Leben in der Zelle erfaßte. Und der Führergedanke einer neuen Jugend weist auf ihn hin, der das Leben nicht dem Menschen überläßt, welcher folgt, sondern demjenigen, welcher vorangeht. Dieser deutsche Sozialismus ist nicht atomistisch. Er ist organisch Er setzt einen Menschen voraus, der zu unterscheiden weiß, und nicht, wie der Mensch des Westens, immer nur summiert. Wir wollen nicht, daß die Unterschiede trennen. Wir wollen, daß sie verbinden. Sozialismus ist für uns: Verwurzelung, Staffellung, Gliederung."¹

Als zweiter Protagonist des nationalen Sozialismus galt Spengler mit seinem Buch "Preußentum und Sozialismus". Er entwarf das Modell eines straff organisierten Beamtenstaates unter Berufung auf preußische Tradition. Er grenzte davon den englischen Wikingerstaat ab, in dem jeder für sich das Leben eines Gentleman genießt, während im preußischen Beamtenstaat alle für alle arbeiten. Hier ist das Leben Pflicht. Friedrich der Große war nur der erste Diener seines Staates. Spengler forderte den Zusammenschluß aller in einem von Pflicht, Arbeit und Disziplin geprägten Orden, wie er im preußischen Heer und in der preußischen Beamtenschaft sowie in der von Bebel organisierten Arbeiterschaft schon verwirklicht gewesen sei. Alle gesellschaftlichen Kräfte sollten für den Staat nutzbar gemacht werden. Preußentum und Sozialismus sind für Spengler identisch. Das preußische Prinzip bedeutet für ihn,

"mit der vollen germanischen Achtung vor dem Eigentum doch die in ihm ruhende Macht nicht dem einzelnen, sondern der Gesamtheit, dem Staate zuzuweisen. Das heißt Sozialisierung ..

¹Das dritte Reich. S. 75.

²Oswald Spengler, Preußentum und Sozialismus. München 1920.

Der altpreußische Gedanke war, unter sorgfältiger Schonung des Eigentums- und Erbrechtes die gesamte Produktivkraft in ihrer Form der Gesetzgebung zu unterstellen, die persönliche Unternehmungslust, das Talent, die Energie ... unter Regeln und mit der Freiheit, welche gerade die Beherrschung der Regeln gewährt, arbeiten zu lassen Sozialisierung bedeutet die langsame, in Jahrzehnten erst sich vollendende Verwandlung des Arbeiters in einen Wirtschaftsbeamten, des Unternehmers in einen verantwortlichen Verwaltungsbeamten mit sehr weitgehender Vollmacht, des Eigentums in eine Art erblichen Lehens im Sinne der alten Zeit, das mit einer gewissen Summe von Rechten und Pflichten verbunden ist Den preußischen Beamtentypus, den ersten der Welt, haben die Hohenzollern gezüchtet. Er bürgt für die Möglichkeit einer Sozialisierung durch seine ererbten sozialistischen Fähigkeiten ... In diesen Typus muss der Arbeiter hineinwachsen, wenn er aufhört, Marxist zu sein, und dadurch beginnt, Sozialist zu werden. Der "Zukunftsstaat" ist ein Beamtenstaat.¹

Möller und Spengler bekannten sich zu einem Sozialismus und zur Überwindung der Klassenspaltung, um einen möglichst starken Staat zu etablieren. Sie wollten die Autorität des Staates nach innen und seine Macht nach außen stärken. Sozialismus war für sie im wesentlichen ein Mittel, der starke Staat das Ziel. Die Vertreter dieser Richtung waren sozialistische Nationalisten.

Daneben gab es eine zweite Richtung, für die Herstellung sozialer Gerechtigkeit ein wirkliches Ziel und die damit verbundene Stärkung der Nation nur ein erwünschter Nebeneffekt war, der allerdings häufig propagandistisch unterstrichen wurde. Diese Richtung war von wirklicher Anteilnahme an dem Los der Arbeiter erfüllt, ihre Empörung über soziales Unrecht war echt. Sie stellte den eigentlichen nationalen Sozialismus dar.

¹Preußentum und Sozialismus. S.89f.

Beide Richtungen traten für einen gestuften, auf den Ständen beruhenden Staats- und Wirtschaftsaufbau ein. Soziale Gerechtigkeit sollte nach dem Motto: "Jedem nach seinen Leistungen!" verwirklicht werden.

"Suum cuique!" - diese konservative Losung, gewöhnlich zur Rechtfertigung altüberkommener patriarchalischer Zustände gebraucht, konnte auch im fortschrittlichen Sinne verwandt werden, wenn nämlich die bisherigen Verhältnisse als ungerecht empfunden wurden und eine Neuverteilung von Einkommen, Einfluß und Ansehen gefordert wurde. Das war wenigstens bei der zweiten, der konsequenten Richtung des nationalen Sozialismus der Fall. Beide Richtungen bejahten aber entsprechend ihrem konservativen Ausgangspunkt prinzipiell das Privateigentum. Der Sozialismus sollte Privat- und Gemeineigentum miteinander in Einklang bringen. Dazu wurde ein ganzer Fächer von Möglichkeiten vorgeschlagen. Die am weitesten rechts stehenden Sozialisten wollten nur die bisherige Unternehmensführung mit einem neuen Geist erfüllen. Sie sollte nämlich nicht mehr unter dem Gesichtspunkt des Profits wirtschaften, sondern für das Gesamtwohl und im Einklang mit der Belegschaft. Andere Vorschläge gingen dahin, dem bisherigen Eigentümer zwar noch die Verfügungsgewalt, nicht aber den Rechtstitel des Eigentums an seinem Besitz zu lassen. Der Gedanke des Erblehens war ein Beispiel. Die radikaleren Sozialisten gingen so weit, die Sozialisierung einiger Industrien, Gewinnbeteiligung und gewisse innerbetriebliche Mitbestimmung zu fordern.

Zur Arbeiterbewegung nahmen die nationalen Sozialisten keine eindeutige Stellung ein. Diejenigen, für die der Sozialismus nur ein Mittel war, um die innere Einheit des Staates herzustellen, bekämpften den Klassenkampf unbedingt und uneingeschränkt. Er hinderte in ihren Augen die Festigung der Nation. Den Klassenkampf zu unterbinden war ihr Ziel.

Demgegenüber bekämpfte die zweite Richtung innerhalb der nationalen Sozialisten nicht so sehr den Klassenkampf als vielmehr den Klassenunterschied. Diese Sozialisten waren überzeugt, daß die sozialen Verhältnisse ungerecht seien und daß soziale Not und Mißachtung überwunden werden müßten. Sie erkannten darum die Arbeiterorganisationen an und hatten Verständnis für den Klassenkampf, dessen grundsätzliche Berechtigung sie nicht leugneten. Trotzdem befanden sie sich in einem Dilemma, weil die Führung der Arbeiterbewegung in fremden Händen lag und die klassenbewußte Arbeiterschaft sich nicht von ihren Führern trennen und für die nationalen Sozialisten gewinnen ließ. Diese waren alle einig in der Ablehnung der demokratischen, der fortschrittsgläubigen und humanitären Tendenzen im Gedankengut der Arbeiterbewegung. Vor allem bekämpften beide Richtungen des nationalen Sozialismus den Marxismus. Ein größerer Gegensatz als zwischen diesen beiden Ideologien war auch kaum denkbar. Die marxistische These, daß die ökonomischen Gegebenheiten den geistigen Überbau bestimmten, war den konservativen Überzeugungen der nationalen Sozialisten diametral entgegengesetzt. Als Erben des deutschen Idealismus und der Romantik konnten sie für den dialektischen und historischen Materialismus kein Verständnis aufbringen. Jedoch drangen nur die wenigsten so weit zur Kenntnis des Marxismus vor. Meistens wandten sie sich nur gegen die klassenkämpferischen und egalitären Tendenzen des Marxismus sowie gegen den Internationalismus.

Andererseits gab es einige Gemeinsamkeiten zwischen Marxisten und nationalen Sozialisten. Teilweise verwandte man dieselben Schlagworte, wie Kapitalismus, Sozialismus, Bourgeois, Ausbeutung, Reaktion u.a. Die Kommunisten stimmten mit den nationalen Sozialisten in der Ablehnung des Weimarer Staates und der Demokratie überhaupt überein. Mehr noch traf man sich im Fanatismus, und da die Sozialisten mehr affektbestimmt als

rational waren, rief die kämpferische Haltung und die militärische Disziplin der Kommunisten ihre Hochachtung hervor. Respektvoll lobten sie das "gute Menschenmaterial" in der Arbeiterschaft. Persönliche Verbindungen zwischen der äußersten Rechten und der äußersten Linken waren nicht selten.¹

Insgesamt gesehen zeichneten sich die nationalen Sozialisten durch ein hohes Maß von Politikfremdheit aus. Die tatsächlichen Gegebenheiten blieben ihnen unbekannt. Über das Funktionieren der Wirtschaft, das sie doch hätte besonders interessieren sollen, hatten sie z.B. völlig dilettantische Vorstellungen. Genauere Kenntnisse hielten sie nicht für nötig, weil sie das Bestehende sowieso ablehnten und entschlossen waren, alles von Grund auf zu ändern. Sie machten tabula rasa, und entwarfen, unbekümmert um die Gegenwart, ihre Denkschriften und Programme für die Zukunft. Diese Entwürfe aus dem Nichts widersprachen völlig dem Geist organischen Wachstums, dem sie verpflichtet zu sein vorgaben.

Der Unkenntnis praktischer Politik und wirklicher Gegebenheiten entsprach bei den Sozialisten auch ein enger Horizont in ideologischen Fragen. Eine eingehendere Beschäftigung mit feindlichen Weltanschauungen betrieben sie nicht, und die Kenntnis über ihre Gegner reduzierte sich auf die Beherrschung einiger Schlagworte. Noch erstaunlicher ist, daß sie auch von den Bestrebungen ihrer Gesinnungsgenossen in Deutschland und im Ausland zumeist nichts wußten. Ihre Programme und Denkschriften erwecken den Eindruck, als seien sie unbeeinflußt von irgendwelchen Vorarbeiten entstanden und als eröffneten sie zum ersten Male eine ganz neue Aussicht, als würden Gedanken ausgesprochen und Vorschläge gemacht, die noch

¹Dafür besonders Otto Ernst Schüddekopf, Linke Leute von rechts. Stuttgart 1960.

niemals vorher geäußert worden seien. Obgleich Möller van den Bruck und Spengler später als Vorkämpfer des nationalen Sozialismus galten, ist direkte Bezugnahme auf ihre Gedanken kaum festzustellen. Die Bemühungen in den außerdeutschen Ländern, soziale Gerechtigkeit in einer gegliederten, auf den Berufsständen beruhenden Gesellschaft zu verwirklichen, blieben völlig unbekannt. Solche Bestrebungen waren weit verbreitet. Salazar, Dollfuß, Franco und Petain haben versucht, den Staat auf den Ständen aufzubauen, teilweise unter Berufung auf die katholische Soziallehre. Die antidemokratischen Richtungen und Tendenzen hatten gesamteuropäischen Charakter, und die deutsche Rechte war nur ein Teil dieser breiten Strömung, ohne daß es ihr bewußt war.

Die nationalen Sozialisten waren mit den konservativen, Nationalisten im Negativen weitgehend einig. Was sie unterschied, war das neue Lebensgefühl der Sozialisten. Die konservativen Nationalisten blickten rückwärts und sahen das Ideal in der Vergangenheit, die nationalen Sozialisten schauten vorwärts und machten Entwürfe für die Zukunft. Sie kritisierten das Kaiserreich wegen seiner sozialen Ungerechtigkeit und bürgerlichen Verspießerung. Diese Ressentiments wurden teilweise von den Idealen der Jugendbewegung genährt, der sie weitgehend angehört hatten. Konservative Nationalisten und nationale Sozialisten gehörten fast alle zwei verschiedenen Generationen an.

Von den Völkischen unterschieden sich die nationalen Sozialisten in der Judenfrage. Als Antisemiten bekannten sich die Sozialisten gelegentlich zwar auch, aber der Antisemitismus war für sie doch peripher und keine bedeutende Frage. Für die Völkischen war er der Kern ihrer Überzeugung.

Den konservativen Nationalisten, den Völkischen und den nationalen Sozialisten war ein autoritätsgläubiger Nationalismus gemeinsam. Ein nach innen und außen starker Staat war die allgemeine Sehnsucht der Rechten. Die einzelnen Richtungen entstanden nur durch das verschiedene Gewicht, das sie ihren besonderen Wünschen und Zielen gaben, ohne daß sie sich deshalb ausschlossen. Man konnte z.B. wie Reventlow durchaus Völkischer und Sozialist sein. Bedeutender war, daß die Rechte überhaupt wenig dogmatisch dachte,¹ sondern sich vor allem durch Sentiments und Ressentiments bestimmen ließ. Im Haß auf Weimar und Versailles wußten sich alle einig. Ihre Polemik war affektgeladen, und Affekte waren ihnen wichtiger als Argumente. Deshalb schieden sich die einzelnen Richtungen kaum voneinander und zeigten einen weitgehenden Synkretismus. Was für die Rechte als Ganze gilt, gilt auch für die einzelnen Anhänger. Sehr viele waren Nationalisten, die sich zum Führerprinzip bekannten, ohne darüber hinaus genauere Ziele angeben zu können. Dieser undifferenzierte Nationalismus nahm in der NSDAP im Laufe der "Kampfzeit" mit wachsender Mitgliederzahl immer mehr zu.² Diese Parteigenossen und -anhänger waren gewöhnlich fanatische Gegner der Weimarer Republik und bekämpften sie, wo sich ihnen eine Gelegenheit bot, obwohl ihre ideologische Position ungeklärt und vage war. Die NSDAP, von Anfang an ein Sammelbecken mehrerer antidemokratischer Richtungen, vermied absichtlich eine programmatische Klärung und konnte deshalb allen rechtsradikalen Feinden der Demokratie eine Heimstatt bieten.

¹Das gilt am wenigsten für die Völkischen, wo es Ansätze zu doktrinärem Dogmatismus gab. Das ist einer von mehreren Gründen für die vielen Richtungskämpfe innerhalb der völkischen Bewegung.

²Es sei betont, daß eine undifferenzierte und ungeklärte weltanschauliche Haltung nicht nur die Mitglieder der NSDAP auszeichnete, sondern für alle Massenbewegungen typisch ist.

Der Sozialismus bei Straßer

Der führende Vertreter der Sozialisten in der NSDAP war Gregor Straßer. Seine Überzeugung brachte er in zahlreichen Reden und Artikeln zum Ausdruck, z.B. in einem Aufsatz zum Jahreswechsel 1925/26.¹ Er erklärte dort, die Nationalsozialisten seien völkisch, der völkische Gedanke sei aber nur der weltanschauliche und kulturpolitische Teil ihrer Überzeugung, im übrigen seien sie fanatische Sozialisten. Sie hätten nämlich erkannt, daß die Schicksalsgemeinschaft des deutschen Volkes zu einer Brotgemeinschaft erweitert werden müsse. Sie kämpften nicht nur für nationale Freiheit, sondern für soziale Gerechtigkeit.

Straßers antikapitalistischer Affekt ging so weit, daß er für den Fall von Streik und Revolution, den "Ausbruch der geknechteten Volksmassen", erklärte:

"Schon heute müssen wir Nationalsozialisten uns klar darüber sein, daß wir in diesem Fall nicht daran denken können, etwa unter dem Motto "Ruhe und Ordnung" oder "Rettung vor dem Bolschewismus" gemeinsam mit vaterländischen Verbänden Sturm-bataillone abzugeben für Stresemann - Held - Koch! Daß wir nicht daran denken, uns zu Verteidigern des kapitalistischen Systems zu machen oder durch mißverstandenen "Antibolschewismus" uns zu Scherendiensten für das internationale Kapital mißbrauchen zu lassen!"²

Straßer wollte nicht nur ein Prinzip, die soziale Gerechtigkeit, verwirklichen, sondern er hatte ein lebendiges Gefühl für die Nöte der Arbeiter. Auch die verachtete Stellung des Arbeiters im Staat wollte er heben. "Jenes Wirtschaftssystem des Kapitalismus", rief er aus, "... mit seiner unsittlichen Wertung des Menschen nach Besitz und Geld statt nach innerem Adel und Leistung" muß ersetzt werden "durch eine neue, gerechte, kollektivistische Wirtschaftsordnung."³ Dabei forderte er nicht in erster

¹1926-26. Noch ein Rückblick und Ausblick. In: VB 5.1.26 und in Hammer und Schwert. Teil II; Kampf. Berlin 1928. S.32ff. In: Kampf um Deutschland. S.106ff.

²Ebd. S. 36 bzw. 112f.

³Reichstagsrede vom 25.11.25. In: Hammer und Schwert. S.14 Vgl. in: Kampf um Deutschland. S. 101.

Linie eine Hebung des materiellen Besitzes, sondern verwarf das Denken an Gewinn und materielle Güter an sich. Das sei Materialismus, der überwunden werden müsse, "Arbeit ist mehr als Besitz, Leistung mehr als Dividende!"¹ "Gesteigerte Ansprüche verdoppeln die menschliche Sklaverei, die eine Sklaverei des Geistes ist, der an der Stelle der Seele die Herrschaft angetreten hat über das Leben! Was wissen die heutigen Menschen denn noch, was Leben ist?! Sie rennen und hetzen sich ab, quälen sich, mühen sich, fronen wie Galeerensklaven - um ein Leben zu führen, dessen Inhaltlosigkeit grauenerregend ist!"² Für Straßer war der Kapitalismus ein Kampf aller gegen alle, der Sozialismus ein Dienen aller für alle.³ Um dem Arbeiter eine angemessene und würdigere Stellung zu geben, sollte er "Mitbesitzer", Mitberater, Mitbeherrscher" werden.⁴

Straßer war überzeugt, dass die sozialistische Befreiung des deutschen Arbeiters die nationale Befreiung nach sich ziehe. Er verwies auf den Freiherrn von Stein und behauptete, daß dessen "soziale Revolution" die Voraussetzung des späteren Befreiungskampfes gewesen sei.⁵ Man darf jedoch daraus nicht schließen, für Straßer sei der Sozialismus nur Mittel zur Stärkung der Nation und zur Vorbereitung eines Krieges gegen die Versailler Mächte gewesen. Beides war gleichermaßen Ziel. Er wünschte

¹Gedanken über Aufgaben der Zukunft. In: NS-Briefe Nr. 18, 15.6.26 und in: Freiheit und Brot. Ausgewählte Reden und Schriften eines Nationalsozialisten. Teil I: Idee. Berlin 1925. S.57ff. In: Kampf um Deutschland. S. 132.

²Ebd. In: Kampf um Deutschland. S. 131f.

³Für einen Bund der unterdrückten Völker! In: VB 12./13. 7.25.

⁴Das dritte Versailles. In: Hammer und Schwert. S. 15. In: Kampf um Deutschland. S. 103.

⁵Die Entente - der Schrittmacher des Bolschewismus. In: VB, Antibolschewistische Sondernummer Aug. 1925.

auch deshalb die nationale Befreiung, weil er sie als Voraussetzung für den deutschen Sozialismus ansah. "Wir wollen die soziale Revolution, um zur nationalen Revolution zu kommen! Wir wollen die nationale Revolution, um die soziale Revolution zu erhalten!!"¹ Diese Wendung wurde formelhaft und von Straßer immer wiederholt. Gegen den Dawesplan und den Vertrag von Locarno wandte er sich nicht nur aus außenpolitischen und nationalen Gründen, sondern behauptete, sie verhinderten oder erschwerten den nationalen Sozialismus. Bezüglich des Dawesplanes erklärte er z.B., die Auslieferung der deutschen Industrie an die "Finanzdiktatoren der Wall-Street" mache jeden Streik wirkungslos.

"Und gerade hier ist die Stelle, wo das nationale Interesse Deutschlands am sichtbarsten sich überschneidet mit dem sozialen Interesse der deutschen Arbeitnehmerschaft. Die deutsche Industrie... in den Händen des internationalen Franzkapitals... das ist das Ende jeder Möglichkeit der sozialen Befreiung, das ist das Ende aller Träume eines sozialistischen Deutschlands, das ist das Grab jeder Sehnsucht, jeder Hoffnung der deutschen Arbeitnehmerschaft."^{1a}

Daß Straßer nicht nur den deutschen Arbeiter "national machen" wollte, zeigte er auch in einem Brief an die Partelleitung.² Er schrieb von jenen berühmten, intellektuellen Völkischen, "die von der letzten Konsequenz des Nationalsozialismus so weit entfernt sind wie das deutsche Bürgertum von der Tat und den notwendigen Opfern zur Befreiung Deutschlands. Diese Leute gestehen uns nur eine Existenzberechtigung zu, wenn wir den deutschen Arbeiter wieder 'national' machen, worunter sie verstehen: Wiederherstellung ihrer Vormachtstellung und Kuschen der deutschen Arbeitnehmer." Solche nichtsozialistischen Völkischen lehnte Straßer ab.

¹Das dritte Versailles. In: Hammer und Schwert. S.16.

^{1a}Die Entente - der Schrittmacher zum Bolschewismus.

²30.12.25. Samml. Sch. 203-66.

Primitiver Antisemitismus und ein "ebenso lauter wie ehrlicher" Nationalismus genügten ihm nicht.¹

Wie sein sozialistischer Staat in Wirklichkeit aussehen sollte, sprach Straßer in seinen Reden und Artikeln nicht aus, abgesehen von kurzen Hinweisen. Das kam in seinem Programmentwurf zum Ausdruck.

Festzuhalten ist, daß der Sozialismus Straßers eigentliches Thema war, das ihn bewegte und worüber er immer wieder sprach. Entsprechend wandte er sich in seiner Agitation an Arbeiter, wenn er nicht zu Parteigenossen oder zum Reichstag sprach. Sein "Hitler-Büchlein"² war in seiner Argumentation und Sprechweise eindeutig und ausschließlich für Arbeiter geschrieben.

Der Sozialismus bei Goebbels

Neben Gregor Straßer war Goebbels 1925/26 der bedeutendste Sozialist der NSDAP, an den sich v.Pfeffer heute noch als "rot" erinnert.³ Er hat in seinen programmatischen Propagandaschriften⁴ in scharfer Form seine sozialistische Überzeugung formuliert. Auch für ihn war der Sozialismus eine Forderung der Gerechtigkeit:

"Wir wollen kein Mitleid, wir wollen keine soziale Gesinnung. Wir pfeifen auf den Quark, den Ihr 'soziale Gesetzgebung' nennt. Das ist zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel. Wir wollen das Recht, das uns nach Natur und Gesetz zusteht.

¹Vgl. z.B. Brief an Spengler (8.7.25) Oswald Spengler, Briefe 1913 - 16. München 1963. S.397ff.

²Das Hitler-Büchlein. Ein Abriß vom Leben und Wirken des Führers der nationalsozialistischen Freiheitsbewegung Adolf Hitler. Berlin o.J.

³Mdl. Mitt. v. Pfeffer.

⁴Das kleine abc des Nationalsozialisten. Im Auftrage der Arbeitsgemeinschaft Nordwest hs. von Dr. Joseph Goebbels. Elberfeld 2.Aufl. o.J. 1.Aufl. 1925 und Der Nazi - Sozi. Fragen und Antworten für den Nationalsozialisten. Elberfeld o.J. (1926).

Wir wollen vollen Anteil am Ertrag dessen, was der Himmel uns gab und was wir durch unserer Fäuste und Stirnen Arbeit schufen.

Das ist Sozialismus!"¹

Die Lage des Arbeiters beschrieb Goebbels in fast marxistischer Weise:

"17 Millionen Proletarier sind bedingungslos dem Kapitalismus ausgeliefert, der alle Produktionsmittel in seiner Hand vereinigt, sie sind somit gezwungen, zum billigsten Preise ihr eigenes, einzigstes Kapital, die Arbeitskraft, zu verkaufen."

Er fuhr fort:

"Darum fühlen sie sich aus einer Gemeinschaft, mag sie Volk, Staat oder Nation heißen, die das schweigend duldet, mit Recht ausgestoßen. Unter diesen Verhältnissen zerbricht der innere Halt des Volkes, das Volk zerfällt in zwei Teile, einen, der den Staat beschützt wissen will, einen, der gegen diesen Staat anrennt. Damit wird dieses Volk als Machtfaktor aus der großen Geschichte ausgeschaltet."²

Dieser Gedanke, daß die Klassenspaltung der Nation schade und deshalb überwunden werden müsse, trat sonst bei Goebbels wenig auf. Klassenkampf lehnte Goebbels zwar ausdrücklich ab,³ aber er war doch immer wieder nahe daran, ihn zu bejahen, wenn er z.B. schrieb:

"Wenn auf der linken Seite 17 Millionen Proletarier im Klassenkampf die letzte Rettung sehen, so nur deshalb, weil man es sie auf der rechten Seite 60 Jahre lang durch die Praxis lehrte. Woher wollen wir die sittliche Berechtigung nehmen, gegen den proletarischen Klassenkampfgedanken anzurennen, wenn nicht zuerst der bürgerliche Klassenstaat grundsätzlich zertrümmert und abgelöst wird durch eine neue sozialistische Gliederung der deutschen Gemeinschaft."³

¹Der Nazi - Sozi S. 3

²Der Nazi - Sozi S.14

³Der Nazi - Sozi S. 5

Damit verband Goebbels eine Schwärmerei für die Masse und das Proletariat. Ich glaube an das Proletariat, schrieb er. "Ich glaube an den Opferwillen, an die Berserkerhaftigkeit der Freiheit, die im Proletariat schlummert und einst erwachen wird. Ich glaube an den Sozialismus im Proletariat. Ich glaube an den Rhythmus der Massen, ich glaube an die Zukunft der Geschichte."¹

Noch ausgeprägter war seine Verachtung des Bürgers, des Bourgeois, des Spießers, die sich überall ausdrückt. Dadurch erschien Goebbels wesentlich radikaler als Straßer. "Wir werden erst dann ans Ziel gelangen", schrieb er z.B., "wenn wir den Mut haben, lachend zu zerstören, zu zertrümmern, was uns einst heilig war als Tradition, als Erziehung, als Freundschaft und menschliche Liebe."²

Für Goebbels wie für Straßer war der Sozialismus das Hauptstück der nationalsozialistischen Lehre, wenn auch bei beiden antisemitisches Gedankengut nicht fehlte. Goebbels erklärte, der Antisemitismus sei die positivste moderne Forderung, die Lösung der Judenfrage der erste Schritt zur Lösung der sozialen Frage, der Jude solle beseitigt werden, weil er der Hauptträger des "schamlosen kapitalistischen Systems" sei.³

Ganz unzweideutig erklärte Goebbels, daß die NSDAP nicht die Mehrheit wolle, sondern die Revolution. Danach käme die nationalsozialistische Diktatur, die in eine berufsständisch gegliederte Gemeinschaft einmünden werde. In dieser sozialistischen Gesellschaft würden der Boden und die

¹ Die Radikalisierung der Idee. (Geschrieben gegen v. Pfeffer) In: NS-Briefe Nr. 9, 1.2.26. Unter dem Titel: Der Glaube an das Proletariat. in: Die zweite Revolution. S.55ff.

² Denker und Prediger. In: Die zweite Revolution. S.62.

³ Nationalsozialismus im Westen. In: Beilage zum VB. Nr.7: Nationalsozialismus/Wirtschaftspolitik. 28./29.6.25. Unter dem Titel: Forderung. in: Die zweite Revolution. S.36ff.

Bodenschätze prinzipiell dem Volk gehören, der jeweilige Besitzer sei nur Verwalter. Die Produktion bleibe beim einzelnen (bei Gewinnbeteiligung), nur Truste, Konzerne, Eisenbahnen u.ä. gingen in den Besitz des Staates über.¹

War Goebbels in seinem Haß auf das Bürgertum und die bestehende Ordnung radikaler als Straßer, so fehlte ihm doch die Anteilnahme und das Mitgefühl für die Arbeiter. Seine Radikalität grenzte an Nihilismus. Erschien er in seiner Rhetorik auch unbedingter als Straßer, so war das eine Täuschung: er kämpfte nicht für etwas, sondern gegen etwas, ja er kämpfte um des Kampfes willen aus Freude am "Predigen" und am "Zerstören". Seine übrigens glänzenden Propagandaschriften und Pamphlete schrieb er sichtlich mit Freude an demagogischer Rhetorik, voll Sarkasmus, Verachtung und Ironie. Führten seine Reden zu Saalschlachten, notierte er das stolz in sein Tagebuch, ruhige Versammlungen nannte er lau. Radikalität war für ihn eine Selbstbestätigung. Sie erlaubte ihm, sich in die Rolle des Helden, des Predigers, ggf. auch des Märtyrers zu versetzen. Am Sozialismus selbst lag ihm weniger, als es schien.

Die Einstellung Hitlers

Adolf Hitler erkannte wie die Sozialisten, den Arbeitern Rechte zu. In seiner Stuttgarter Rede,² die als besonders sozial galt, erklärte er: "Der wahre soziale Gedanke verlangt nicht "Opfer", sondern die Wiederherstellung der Gerechtigkeit... Solange die Besitzenden Geld als Opfer rechnen, solange dürfen sie nicht Blut von anderen verlangen." Solche Aussage war nicht vereinzelt. Im "Kampf" schrieb Hitler z.B. von der "Vermählung von Nationalismus und sozialem Gerechtigkeitssinn."³ In solchen Äußerungen

¹Der Nazi - Sozi.

²Sie wurde als Flugschrift gedruckt, ist aber in deutschen Bibliotheken anscheinend nicht mehr vorhanden. Der VB brachte am 19.12.25 eine ausführliche Inhaltsangabe unter dem Titel: Die soziale Mission des Nationalsozialismus.

³Adolf Hitler, Mein Kampf. Bd.I: Eine Abrechnung. Bd.II: Die nationalsozialistische Bewegung. München 78.-84.Aufl. 1933. S.474 (Bd. II).

konnten sich die Sozialisten wiedererkennen. Wenn er von der "himmelschreienden Entrechtung" des 4. Standes im Bismarckreich sprach, von "12-bis-14-Stunden-Arbeitstag und Kinderarbeit in denkbar schlechten, sozialen Verhältnissen"¹ klang seine Empörung ebenfalls überzeugend. Ähnliche Passagen konnte der Sozialist im "Kampf" nachlesen.²

Man muß aber die Gesamtrichtung seiner Argumentation beachten. Hitler warf in seiner Stuttgarter Rede dem Bürgertum vor, es hätte versäumt, den entstehenden 4. Stand für den nationalen Gedanken zu gewinnen, darum habe Deutschland auch den Weltkrieg verloren, denn Macht beruhe nicht auf Waffen allein, sondern auf dem Willen zum Kampf.¹ Daß den Arbeitern im Weltkrieg der Kampfwille gefehlt habe, sei die Schuld des Bürgertums gewesen. Dieser Gedankengang war ein fester Bestandteil seiner Überzeugung.³ Somit erschienen Hitlers soziale Forderungen als Mittel, als Mittel zur Herstellung einer innerlich geeinten und nach außen schlagkräftigen Nation. v.Graefe gegenüber betonte er z.B., die Gewinnung des international eingestellten Arbeiters sei die erste und einzige Voraussetzung für die Wiedergewinnung der deutschen Freiheit.⁴ Im "Kampf" erklärte Hitler:

"Wenn die völkische Idee... zu einem klaren Erfolg kommen soll, dann muß sie... bestimmte Leitsätze herausgreifen, die ihrem Wesen und Inhalt nach geeignet sind, eine breitere Menschenmasse auf sich zu verpflichten, und zwar diejenige, die allein den weltanschauungsmäßigen Kampf dieser Idee gewährleistet. Das ist die deutsche Arbeiterschaft."⁵

Hitler fühlte sich nicht in sozialer Solidarität mit der Arbeiterschaft verbunden.⁶ Nur um sie zu gewinnen, bediente

¹Die soziale Mission des Nationalsozialismus. In: VB 19.12.25

²Z.B. Mein Kampf. S.24ff. und S.348 (Bd.I).

³Vgl. Mein Kampf.

⁴VB 19.3.26.

⁵Mein Kampf S.510f. (Bd. II).

⁶So auch Broszat S.39 und S. 47.

er sich des Sozialismus. Er erklärte: "Um die Masse der nationalen Erhebung zu gewinnen, ist kein soziales Opfer zu schwer,"¹ aber er dachte nicht an Gewinnbeteiligung oder innerbetriebliche Mitbestimmung. Seine Auffassung reduzierte sich oft auf die bloße Überwindung des Standesdünkels.

Dennoch konnten die Sozialisten der Partei bei Hitler immer wieder auch Hinweise auf die Notwendigkeit sozialen Verhaltens und auf die Rechte der Arbeiter finden. Daß Hitler das aus nationalen Nützlichkeitsbetrachtungen forderte, konnte ihnen nicht fremd sein, denn Straßer tat es teilweise auch.

Hitler sah die eigentliche Aufgabe in der Gewinnung der Arbeiterschaft als der einzigen, kampfbereiten Schicht und verachtete das feige Bürgertum. "Das Reservoir, aus dem die junge Bewegung ihre Anhänger schöpfen soll, wird also in erster Linie die Masse unserer Arbeitnehmer sein", erklärte er. "Ein Gewinnen des bürgerlichen Wahlstimmviehs aber darf niemals das Ziel dieser Bewegung sein."² Das entsprach der sozialistischen Auffassung. Freilich hielt Hitler sich dann wenig an diese taktische Linie. Das zeigt sich deutlich in seinen Reden. Straßer und Goebbels stellten den Sozialismus stets in den Mittelpunkt ihrer Ausführungen. Er war ihr eigentliches Thema. Bei Hitler muß man die Gedanken suchen, die sich mit sozialen Dingen beschäftigen. Hitler war in erster Linie völkischer Nationalist, und soziale Gedanken tauchen nur gelegentlich bei ihm auf. Dagegen hatte Hitler gegen Straßers und Goebbels' sozialistische Agitation nichts einzuwenden, sie entsprach seiner theoretisch konzipierten Taktik, die Arbeiterschaft zu gewinnen.

¹Mein Kampf S.369. (Bd. I).

²Mein Kampf. S.374f. (Bd. I).

Der Unterschied zwischen Hitler und Straßer bestand - im wesentlichen - darin: Hitlers soziale Forderungen waren ausschließlich zur Stärkung der Nation gedacht, bei Straßer nur teilweise. Hitlers soziale Forderungen waren begrenzter als Straßers. Bei Hitler waren sie peripher, bei Straßer zentral.

Bei Einstellung zur "Deutschvölkischen Freiheitspartei".

Die Unterschiede zwischen den nationalsozialistischen Sozialisten und Hitler zeigten sich auch in der Einstellung zur "Deutschvölkischen Freiheitspartei". Die Sozialisten warfen den Freiheitsparteilern vor, sie hätten die soziale Frage nicht erfaßt. In den "Nationalsozialistischen Briefen" hieß es z.B.: "Die Freiheitsparteiler sind die völkischen Bürgerlichen. Wir sind die völkischen Sozialisten!!... Wir sind Revolutionäre, politische und wirtschaftliche Revolutionäre. Die Freiheitsparteiler sind Reaktionäre, politische und wirtschaftliche Reaktionäre."¹

Hitler dagegen kritisierte nicht die Ziele der "Deutschvölkischen Freiheitspartei", sondern ihre Methoden. Sie hätten dem Kommunismus keine Arbeiter entrissen, sondern nur Leute an sich gezogen, die sowieso schon national gesinnt gewesen seien. Im Unterschied zu den Sozialisten hatte Hitler an den Absichten der Freiheitsparteiler nichts auszusetzen, sondern verurteilte nur ihre Arbeitsweise.

Die Frage der außenpolitischen Orientierung

In zwei Punkten gingen die Anschauungen Hitlers und der Sozialisten weit auseinander: Sie unterschieden sich in ihrer Einstellung zur Fürstenabfindung und zur außenpolitischen Orientierung.

Goebbels fühlte sich in seiner Radikalität und seinem Haß auf die bürgerliche Ordnung besonders mit den Kommunisten einig. "Lieber mit dem Bolschewismus den Untergang, als mit dem Kapitalismus ewige Sklaverei", schrieb er in sein Tagebuch.² Er fand es grauenhaft, daß sich Kommunisten

¹Deutschvölkische Freiheitspartei und wir. In: NS-Briefe Nr. 13 1.4.26.

²Tgb 23.10.25. S.36f.

und Nationalsozialisten gegenseitig die Köpfe einschlugen.¹ Solche Äußerungen waren 1925 nicht selten bei ihm. Obgleich er jedoch im Bolschewismus den Erlösungswillen ganzer Generationen von Knechten verkörpert fand,² kritisierte er ihn wegen der Ignorierung volks- und rassemäßiger Bedingungen. Am Ende des Bolschewismus stünden der Terror und das Chaos.² So symathisierte er einerseits mit dem Kommunismus und bekämpfte ihn andererseits. Als die Arbeiterparteien gegen die Fürstenabfindung protestieren wollten, erlaubte Goebbels den Nationalsozialisten die Teilnahme am Demonstanzugszug, wenn ohne Fahnen demonstriert würde.³ Er war also bereit, mit den Marxisten Seite an Seite zu marschieren, aber nicht, das Hakenkreuz neben der Roten Fahne wehen zu lassen.

Mit der Haltung gegenüber dem Kommunismus stand die Einschätzung Rußlands in engem Zusammenhang. Für Goebbels war Rußland 1925 ein nationales Land. Er behauptete, Lenin hätte die westlich-jüdischen Teile der kommunistischen Lehre aufgegeben und statt dessen den russischen Bauern Eigentum und Freiheit gegeben.⁴

"Rußland, der russische Bolschewismus stehen nicht vor dem Zusammenbruch. Aber nicht deshalb hält sich das russische Rätssystem, weil es bolschewistisch, weil es marxistisch, weil es international ist, sondern weil es national, weil es russisch ist. Kein Zar hat je das russische Volk so in seiner Tiefe, in seiner Leidenschaft, in seinen nationalen Instinkten erfaßt wie Lenin."⁵

¹Tgb 31.1.26. S.56.

²Das Ringen um die Diktatur. In: VB, Antibolschewistische Sondernummer Aug. 1925.

³Kaufmann an Ortsgruppe Menden 25.1.26. NS1 - 341III - 239.

⁴Nationalsozialismus oder Bolschewismus? In: NS-Briefe Nr.2, 15.10.25. Mit dem Untertitel: "Rede und Gegenrede über das "russische Problem". in: VB 14.11.25. Unter dem Titel: National oder international? In: Die zweite Revolution. S.40ff.

⁵Die zweite Revolution. S.41.

Goebbels trat entschieden für eine außenpolitische Zusammenarbeit mit Rußland ein. "Darum schauen wir nach Rußland", schrieb er, "weil es am ehesten mit uns den Weg zum Sozialismus gehen wird. Weil Rußland der uns von der Natur gegebene Bundesgenosse gegen die teuflische Verseuchung und Korruption des Westens ist."¹ Er erläuterte seine Haltung in den NS-Briefen und behauptete, der Antibolschewismus sei nur der "egozentrische Verzweiflungskampf des Nationalkapitalismus um Leben und Existenzberechtigung."² Im Kampf gegen den kapitalistischen Westen werde Deutschland auf die Hilfe des nationalen und sozialistischen Rußland angewiesen sein. "Mit dem Zusammenbruch Rußlands müssen wir auf Ewigkeit unsere Träume von einem national-sozialistischen Deutschland begraben."³ Allerdings könne die Ostpolitik erst nach dem Sieg des Nationalsozialismus in ganzem Umfang begonnen werden. "Ein national-sozialistisches Deutschland kann sich selbst mit dem Teufel verbinden, ohne Schaden an seiner Seele zu nehmen."³

Goebbels' prorussische Linie in der Außenpolitik wurde in erster Linie durch Sentiments bestimmt: durch seine Abneigung gegen den bürgerlich-kapitalistischen Westen und durch seinen Affekt für sozialistische Radikalität.

Straßer urteilte wesentlich rationaler, kam aber zum gleichen Ergebnis. Er behauptete, der Völkerbund diene nur dazu, die Friedensverträge der Pariser Vororte zu verewigen, wobei Frankreich die wirtschaftliche, England die politische Niederhaltung Deutschlands garantierten.⁴ Der Westen habe darüber hinaus Interesse an einem Raubkrieg

¹Das russische Problem. In: NS-Briefe Nr. 4, 15.11.25.
In: Die zweite Revolution. S.44ff.

²West- oder Ost-Orientierung. In: NS-Briefe Nr. 8, 15.1.26

³Ebd.

⁴Zu den außenpolitischen Zielen des Jungdeutschen Ordens.
In: NS-Briefe Nr. 8, 15.1.26.

gegen Rußland. Deutschland müsse dagegen versuchen, die Ketten des Versailler Friedens zu brechen und die Vormachtstellung in Mitteleuropa zu gewinnen. In diesem Bestreben sei Rußland selbstverständlich der natürliche Bundesgenosse.¹

Straßer überlegte, ob er nicht über die außenpolitische Orientierung eine Sondernummer der NS-Briefe bringen solle. Er schrieb an Goebbels, die Frage sei außerordentlich wichtig, evt. müsse man Spenden in der Arbeitsgemeinschaft sammeln. Jedenfalls solle ihre Auffassung als die Linie der Arbeitsgemeinschaft durchgesetzt werden.²

Das Bündnis mit Rußland sollte nach Straßers Auffassung ergänzt werden durch einen Bund mit allen unterdrückten Völkern. Den Versailler Siegermächten wollte er einen "Völkerbund der Entrechteten" entgegenstellen.³ "In jeder Zone", schrieb er, "in jeder Himmelsrichtung, in jedem Erdteil war diese Zweiteilung geschaffen, diese Zweiteilung in Sieger und Besiegte, in Unterdrücker und Unterdrückte, in Ausbeuter und Ausgebeutete, und überall schwelt, wie bei uns, der nationale Haß der Besiegten, der Unterdrückten, der Ausgebeuteten, schlägt zur Flamme auf hier und dort ... hier gilt es die gegenseitige Unterstützung und Förderung, und hier gilt es vor allem einheitliche Führung!"³ Führer dieses Bundes könne nur Deutschland sein, schrieb Straßer, weil Rußland selbstsüchtige Ziele verfolge. Er nannte als Bundesgenossen Marokko, die "Angora-Türkei", Persien, Indien und China.³

Rußland beurteilte Straßer nicht ganz so wie Goebbels. Zwar sprach er von dem "national-russisch" gewordenen

¹ Zu den außenpolitischen Zielen des Jungdeutschen Ordens. In: NS-Briefe Nr. 8, 15.1.26.

² 11.11.25. NS1 - 340 - 208.

³ Für einen Bund der unterdrückten Völker! Nieder mit Stresemann! In: VB 12./13.7.25.

Kommunismus",¹ stellte aber andererseits die Tendenz fest, daß die "jüdische Führung des Sowjetregimes" immer mehr ausländisches Kapital heranziehe und so dem amerikanischen Kapitalismus Rußland allmählich zur Ausbeutung überlasse.¹ Um Deutschland auf diese Weise ausbeuten zu können, hätten die Westmächte auch Deutschland bolschewisieren wollen.²

Daß Börse und Bolschewismus zusammenwirken, behauptete auch Hitler. Aber das war bei ihm zu einem klaren und in sich schlüssigen System ausgearbeitet. Hitler glaubte, daß der Bolschewismus der Endzustand des jüdischen Welt-herrschaftsstrebens sei und die Sowjetunion ein durch und durch jüdischer Staat. Darum kam Rußland als Bundes-genosse für ihn nicht in Frage. Weil Deutschland seines Erachtens auch Siedlungsraum im Osten erobern mußte, war Rußland für Hitler der Hauptfeind, gegen den sich ein nationalsozialistischer Staat mit aller Kraft zu wenden habe.³ Verbinden mußte sich Deutschland dabei mit England und Italien.

Dieser Auffassung Hitlers war die der Sozialisten diametral entgegengesetzt. Sie wollten in erster Linie den Versailler Vertrag annullieren. Hitler wollte Deutschlands Lage durch Landgewinn im Osten grundlegend ändern. Sie sahen in den Westmächten ihre eigentlichen Feinde, er in England den potentiellen Verbündeten. Sie wollten sich mit Rußland verbünden, er wollte im Osten Land erobern. Sie hielten - wenigstens teilweise - das kommunistische Rußland für einen national-russischen Staat, Hitler glaubte, dort habe das Judentum gesiegt. Während die Sozialisten

¹Zu den außenpolitischen Zielen des Jungdeutschen Ordens. In: NS-Briefe Nr. 8, 15.1.26.

²Die Entente - der Schrittmacher des Bolschewismus. In: VB, Antibolschewistische Sondernummer Aug. 1925.

³Hitler legte seine Auffassung über die außenpolitische Orientierung im 2. Band von "Mein Kampf" in einem eigenen Kapitel dar. (Ostorientierung oder Ostpolitik. S.725ff.)

für einen Bund der unterdrückten Völker schwärmten, erklärte Hitler, die Kolonialvölker seien zu schwach, um sich selbst zu befreien, und es sei ihm als Germanen immer noch lieber, die Engländer beherrschten Indien als irgendjemand anders.¹

Die Einstellung einzelner Parteigenossen und -gruppen zum Sozialismus.

Hitler hielt sich jedoch das ganze Jahr 1925 in dieser Frage zurück, wenn man von der Veröffentlichung des 1. Bandes von "Mein Kampf" absieht, der aber gerade für die außenpolitische Orientierung nur wenig enthielt. Hitlers Standpunkt wurde währenddessen von Rosenberg vertreten. Er ließ Goebbels zwar im Völkischen Beobachter zu Wort kommen und veröffentlichte Goebbels' Aufsatz "Nationalsozialismus oder Bolschewismus, berichtigte jedoch anschließend Goebbels' Ansichten.² Er erklärte, der Bolschewismus bedeute "die Dienstbarmachung und Machtenteignung nichtjüdischer Völker zugunsten des jüdischen Geldes, der jüdischen Herrschaft". Daß sich dieser rein jüdischen Angelegenheit der russische Nihilismus verbunden habe, sei auf eine "östlich-tatarisch-mongolische Rassenmischung" zurückzuführen, mit der "das ursprünglich Nordisch-Russische" in verzweifelterm Kampf liege. Das Wort "National-Bolschewismus" sei ein Widersinn, nicht Rußland stehe auf dem Rubel, sondern "Sowjet-Judäa".² Dieser Entgegnung auf Goebbels Artikel standen andere Äußerungen Rosenbergs zur Seite, z.B. sein Aufsatz "Wesen des Bolschewismus" in der Antibolschewistischen Sondernummer des Völkischen Beobachters³ und sein Buch "Pest in Rußland".⁴

¹ Mein Kampf, S.747. (Bd.II).

² Z.B. Nationalsozialismus und Bolschewismus. Rede und Gegenrede über das "russische Problem". In: VB 14.11.25. (Beilage: Nationalsozialismus und Wirtschaftspolitik Nr.27)

³ Aug. 1925

⁴ Alfred Rosenberg, Pest in Rußland. Der Bolschewismus, seine Häupter, Handlanger und Opfer. München 1937. (Die 1.Aufl. erschien 1922.)

Rosenberg beurteilte die Sowjetunion wie Hitler und ähnelte ihm auch in seiner Auffassung des nationalen Sozialismus. Zwar erklärte er, soziale Gerechtigkeit bleibe ein leerer Spruch, wenn sie Mildtätigkeit bedeute statt Anerkennung einer Pflicht des Staates, und behauptete, soziale Gerechtigkeit sei ein Ziel, kein Mittel,¹ aber dieser Gedanke interessierte ihn kaum und blieb bei ihm völlig peripher. Seine Forderung, es dürfe innerhalb des deutschen Volkes keine grundsätzlichen Klassenkämpfe, aber auch keinen Standesdünkel geben,² scheint typisch für ihn zu sein. Sie zeigt in der Reihenfolge wie in der Gegenüberstellung Klassenkampf - Standesdünkel, daß er über die Ursachen der Klassenkämpfe kaum nachgedacht hatte und die Aufgabe des Nationalsozialismus wesentlich auf die Überwindung des Standesdünkels beschränkt sah.

Die Einstellung der norddeutschen Gauleiter zu ermitteln, ist oft nicht möglich, weil sie ihre Ansichten nicht niedergeschrieben haben oder weil sie nicht erhalten sind. So ist z.B. Leys Einstellung zum Sozialismus nicht sicher festzustellen. Die Otto-Straßer-Überlieferung behauptete stets, er sei der einzige Nichtsozialist unter den norddeutschen Gauleitern gewesen. Seine allerdings spärlich überlieferten Äußerungen sprechen jedoch dafür, daß er den Sozialisten der Partei durchaus nahe stand bzw. ihnen zuzurechnen war. Von den übrigen Gauleitern in Norddeutschland unterschied er sich dadurch, daß er ein bedingungsloser Hitleranhänger war.³ Fobke urteilte damals über ihn: "Unbedingter Anhänger der Person Hitlers. Nicht aggressiv, aber stur, mißtrauisch, in allem gegen München gerichtete Sonderbestrebungen witternd."⁴

¹Der völkische Staatsgedanke. Untergang und Neugeburt. München 2. Aufl. 1924. Ebenso in: Wesen, Grundsätze und Ziele der NSDAP. Das Programm der Bewegung. Hs. und erläutert von Alfred Rosenberg. München 15. Aufl. 1937. (Die 1. Aufl. erschien 1923)

²Wesen, Grundsätze und Ziele der NSDAP. A.a.O.

³Mdl. Mitt. Kaufmann.

⁴Jm. Dok. S. 209.

Ebenso wie Straßer scheint Ley über die menschliche Lage der Arbeiter nachgedacht zu haben, er hat anscheinend das Entwürdigende schwerer und eintöniger körperlicher Arbeit gefühlt. Diese Arbeit könne keine Freude mehr machen, erklärte er 1925,¹ sie erniedrige den Menschen zu einer Arbeitsmaschine. Der Sozialismus wolle dagegen das Streben der Menschen nach innerer Harmonie verwirklichen.² Ley forderte "Freiheit in der Entwicklung der Fähigkeiten, Gleichheit in der Bewertung der Menschen nach dem Wert ihrer Arbeit und Brüderlichkeit im Helfen und Stützen der Schwachen." Ley ging es um eine geistige Hebung der Arbeiterschaft, sein Sozialismus war dem klassischen Humanitätsideal verwandt. Entsprechend hielt er nicht so sehr eine Hebung des Lebensstandards für wichtig, wenn er auch soziale Gerechtigkeit für eine selbstverständliche Forderung erklärte, sondern er behauptete, der Arbeiter wolle Persönlichkeit werden und nicht Sklave mit hohen Löhnen sein.⁴ Als praktische Maßnahmen schlug Ley individuelle Berufswahl und -ausbildung, wissenschaftliche Arbeitsanalyse und Lehrlingswerkstätten vor.⁵ Jedes Arbeiterkind solle ein Handwerk lernen, äußerte er im VB.⁴ Können wir Leys Auffassung auch nur zwei Artikeln entnehmen, so scheinen sie doch ein richtiges Bild zu geben, zeigte doch auch die DAF später das Bemühen, die Arbeiter bei niedrigen Löhnen durch kulturelle Veranstaltungen, durch Reisen u.ä. zur "Persönlichkeit zu machen". Nationalistische Töne klangen in Leys Artikeln nicht an, antisemitische kaum. Den Juden als den eigentlichen Ausbeuter zu erklären, war auch bei den Sozialisten üblich. Dazu sprach er von dem "Glauben an den erwachenden nordisch-germanischen Geist"⁴, um die erwartete geistige Erhebung des Arbeiters zu kenn-

¹Aufsatz Leys in: Walter Kiehl, Mann an der Fahne. Kameraden erzählen von Dr. Ley. München 5. Aufl. 1940. S.166ff.

²Ebd. S. 169.

³Ebd. S. 171.

⁴VB 17.10.25.

⁵Kiehl S. 168ff.

zeichnen.

Der radikalste Sozialist in der Partei war damals wohl Otto Straßer, den sogar Goebbels einen halben Marxisten nannte.¹ Rosenberg meinte später, Otto Straßer sei nicht in die Partei gekommen, weil er Nationalsozialist gewesen sei, sondern um in ihr seine Anschauungen durchzusetzen.² Otto Straßer war aber 1925 in der Partei so gut wie unbekannt, Bedeutung hat er höchstens durch Einfluß auf seinen Bruder gehabt.

Das Zentrum der nationalsozialistischen Sozialisten war wohl der Gau Rheinland-Nord, wo nicht nur Goebbels wirkte, sondern auch der Gauleiter Kaufmann fest auf einem sozialistischen Standpunkt stand, wenn auch Unterschiede zwischen Goebbels und Kaufmann bestanden zu haben scheinen.³

Einer der entschiedensten Sozialisten war Erich Koch, damals Bezirksführer des Bergischen Landes (Gau Rheinland-Nord), der Goebbels nach seinem Abfall auf unschöne Weise angriff⁴ und noch nach dem Ermächtigungsgesetz 1933 die sozialistische Linie pries und mit Hochachtung und Verehrung von den Brüdern Straßer sprach, die offiziell als Verräter galten.⁵

Von Otto Straßer wurde auch der Breslauer Ortsgruppenleiter und stellvertretende Gauleiter Rosikat als überzeugter

¹Tgb. 10.6.26. S.83.

²Alfred Rosenberg, Letzte Aufzeichnungen. Göttingen 1955. S. 112.

³Vgl. Tgb 11.9.25. S.27.

⁴Vgl. Dokumente im Anhang des Tgb S.113ff.

⁵Erich Koch, Die NSDAP. Idee, Führer und Partei. Männer und Mächte 15. Leipzig 1933.

Sozialist genannt. Das scheint zu stimmen. Rosikat schrieb im Jan. 1926 an die Arbeitsgemeinschaft, sie möge den alten völkischen Irrtum ausrotten, daß es zwei Sorten Kapitalisten gebe.¹ "Der 29. August 1924² hat diesen Irrtum aufgedeckt, aber nicht beseitigt. Schlägt ihn tot, liebe Parteifreunde! Es lebe der Sozialismus als unerläßliche Grundlage nationaler Politik! Heil!"³ An anderer Stelle wandte er sich gegen den einseitigen Antisemitismus.⁴

Auch der mecklenburgische Gauleiter Hildebrandt scheint Sozialist gewesen zu sein. Er betonte, daß die Kandidatur eines Adligen in Mecklenburg ein Drittel der Wähler kosten würde.⁷

Rusts Haltung wurde nicht deutlich. Zeitweise scheint er entschieden auf der Seite der Sozialisten gestanden zu haben. Er hat davon gesprochen, daß Deutschland nur durch einen Anschluß an Rußland zu retten sei und erklärte, er stehe den Kommunisten sympathischer gegenüber als allen Sozialdemokraten und den sogenannten schwarz-weiß-roten Führern Deutschlands.⁵ Das waren entschieden sozialistische Töne, aber man vermißt dergleichen drei Monate später, als er über die völkische Zersplitterung im Völkischen Beobachter einen Aufsatz schrieb, ohne die sozialistische Richtung der NSDAP hervorzuheben.⁶

¹D.h. nationale und jüdisch-internationale (schaffende und raffende) Kapitalisten.

²Annahme des Dawesplanes im Reichstag mit einem Teil der deutschnationalen Stimmen.

³NS1 - 338I - 322.

⁴An Goebbels 4.4.26. NS1 - 338I - 301. Ähnlich in: Zum Landvolkprogramm. In: NS-Briefe Nr.14, 15.4.26.

⁵Polizeibericht über eine Rede Rusts am 22.1.26. Des. 80 Hann. II Nr. 718 S.452.

⁶Die völkische Zersplitterung. In: VB 1.4.26.

⁷Hildebrandt an Frick 4.4.28. Samml.Sch. 205.

Vielleicht waren sich die Hannoveraner Führer über ihre eigene Haltung nicht klar. Als einer ihrer Abgeordneten im braunschweigischen Landtag gegen ihre Direktive für die Fürstenabfindung stimmte, schlossen sie ihn aus der Partei aus, bemerkten aber - als hätten sie Verständnis für seine fürstenfreundliche Haltung - er habe es nicht nötig gehabt, so zu stimmen, weil genug rechts gerichtete Stimmen vorhanden waren.¹

Ein Gegner der sozialistischen Richtung war wohl der Gauleiter von Pommern, der Mathematikprofessor Vahlen, mit dem die Elberfelder im kleinen Kreise eine harte Auseinandersetzung hatten.² Vahlen vertrat die Ansicht, erst müsse man die Arbeiter "national machen", dann könne man an den Sozialismus denken, wogegen sich die Elberfelder mit Entschiedenheit wandten.²

Schultz, der Gauleiter von Hessen-Nassau-Nord, war ebenfalls kein Anhänger der - wie er schrieb - "national-kommunistischen"³ Linie. Zwar hielt er sie im Industriegebiet für werbewirksam, aber in seinem landwirtschaftlichen Gau für völlig unbrauchbar.³

v.Pfeffer war ein erklärter Gegner der sozialistischen Linie, ebenso wie Haase in Göttingen. Das sollte sich bei der Auseinandersetzung um das Straßer-Programm zeigen, als beide einen extrem elitären Standpunkt einnahmen.

¹ Geschäftsführer Homann an Dincklage 20.10.25.
Hann 310I A6. Ausschluß 28.10.25. Hann 310I A6.

² Tgb 19.9.25. S.27.

³ Briefwechsel Schultz-Goebbels Dez./Jan. 1925/26. NS 1 - 341I - 157, 158, 160.

Allerdings bekämpfte Haase eine antirussische Außenpolitik und sprach davon, die Sowjets würden im Falle eines Krieges zum nationalen Freiheitskampf gegen das westlerische Kapital aufbieten und russisch-nationale Töne anschlagen.¹ Später erklärte er allerdings, nur Literatenhirne hätten auf die Idee kommen können, im Bolschewismus so etwas wie die "völkische Bewegung Rußlands" zu sehen.²

Geht man von den Zuschriften einzelner Parteigenossen an die "Nationalsozialistischen Briefe" aus - sie sind nicht sehr zahlreich - so gab es etwa ebensoviele Proteste gegen die sozialistische Linie wie zustimmende Äußerungen.

Gar keine Verbindung gab es 1925 zwischen den Sozialisten der deutschen NSDAP und der sudetendeutschen Partei, obwohl beide Gruppen ideologisch übereinstimmten. Die sudetendeutsche Partei war aus zwei Wurzeln zusammengewachsen, d.h. einer wegen des Volkstumskampfes deutschen, nichtmarxistischen Gewerkschaftsbewegung, und aus Ablegern von Schönerers "Alldeutscher Partei", also einer ausgesprochen völkischen Richtung. Entsprechend behielt die Partei lange über den Weltkrieg hinaus ein Janusgesicht: einerseits war sie im Selbstverständnis und wohl auch in ihrer Zusammensetzung eine Arbeiterpartei, eine Standesvertretung, andererseits pflegte sie Rassegedanken und ähnliche Vorstellungen. Beherrschend war in ihr sozialistisches Gedankengut. Eine Verbindung zu den norddeutschen Sozialisten und zu Straßer kam jedoch erst im Januar 1926 zustande, als Rudolf Jung³ an Goebbels schrieb, er verfolge voller Freude die Arbeit in den Nationalsozialistischen Briefen.⁴ Er ist dann zur Hannoveraner Tagung der Arbeitsgemeinschaft am 24.Jan.26 eingeladen worden⁵, erschien

¹ Zu den außenpolitischen Zielen des Jungdeutschen Ordens. In NS-Briefe Nr. 7, 1.1.26.

² Marxismus und Nationalsozialismus. Die Ablösung der Zerstörung durch organischen Aufbau. In: Nationalsozialistische Monatshefte 1, 1930, S.208.

³ Rudolf Jung, geb.1882. Langjähriger Führer der sudetendeutschen NSDAP. Im Dritten Reich kaltgestellt. 1945 Selbstmord.

⁵ NS1 - 340 - 264.

⁴ NS1- 341II - 364.

aber erst zur Vereinigung der Gaue Rheinland-Nord und Westfalen im März 1926 und arbeitete an den Nationalsozialistischen-Briefen mit.¹ Weitere Folgen hatte die Zusammenarbeit nicht.

Ganz außerhalb dieser Flügelbildung zwischen sozialistischen und mehr rassistisch-elitär eingestellten Nationalsozialisten stand Gottfried Feder. Er hatte schon bei den allerersten Anfängen der Partei eine Rolle gespielt, als er in dem erregten München des Jahres 1919 seine Theorie von der Brechung der Zinsknechtschaft verkündete. Ursprünglich lief sie darauf hinaus, daß die Steuern fast völlig von den Zinsen der Staatsschulden aufgezehrt würden, daß deshalb die Staatsschulden getilgt und alle Zinsen abgeschafft werden müßten. Damit verband er Vorschläge, daß der Staat Geld drucken müsse, statt es zu leihen u.ä. - im ganzen eine krause und wirre Theorie. Feders Zahlenkolonnen und seine Behauptung, man werde keine Steuern mehr zu bezahlen brauchen, wenn seine Theorie Wirklichkeit geworden sei, scheinen dennoch Eindruck gemacht zu haben. Hitler berichtete, Feders "Ausführungen waren in allen grundsätzlichen Fragen so richtig, daß die Kritiker derselben von vornherein weniger die theoretische Richtigkeit der Idee bestritten, als vielmehr die praktische Möglichkeit ihrer Durchführung anzweifelten."² Hitler glaubte, in Feders Theorie eine Voraussetzung für die Schaffung einer Partei gefunden zu haben.²

Nach seinem Parteieintritt hielt Feder sich immer mehr für den Theoretiker der Bewegung und schrieb 1922/23 seine programmatische Schrift "Der deutsche Staat auf nationaler und sozialer Grundlage"³, die u.ä. ein vollständiges Parteiprogramm enthielt, angeblich nur eine andere

¹Nationalsozialismus. In: NS-Briefe Nr.12, 15.3.26 und Nr. 17, 1.6.26.

²Mein Kampf. S.229. (Bd.I).

³Mit dem Untertitel: Neue Wege in Staat, Finanz und Wirtschaft. München 4. Aufl. 1924.

Formulierung der offiziellen 25-Punkte. Hitler hat anscheinend schon 1923 Feders Arbeit nicht mehr ernst genommen, denn im August 1923 beklagte sich Feder, Hitler kümmere sich nicht um sein Buch, obgleich so viel zu besprechen sei.¹ Hitler schrieb erst am 8. Nov. 1923 ein Vorwort zu diesem Buch, als seine Gedanken sicher schon bei dem am Abend beginnenden Putsch waren.² Dieses Vorwort stellte Feder allerdings völlig zufrieden, denn Hitler erklärte, mit diesem Buch habe das Schrifttum der Bewegung seinen Katechismus bekommen.

Feder hatte in diese Schrift auch antisemitisches Gedankengut aufgenommen, das ursprünglich bei ihm fehlte; dennoch war Brechung der Zinsknechtschaft nach wie vor seine Hauptforderung. Dieses Postulat war keineswegs sozialistisch, denn Steuerdruck und Schuldforderungen sind nicht Gravamina des 4. Standes.³ Feder gehörte - seiner Lehre nach - auch nicht zu den Rassisten, sondern er war eindeutig mittelständisch orientiert. Nach der Inflation beschäftigte er sich als Reichstagsabgeordneter mit Aufwertungsfragen, auch das war eine mittelständische Angelegenheit.

¹Oron James Hale (Hs.), Gottfried Feder Calls Hitler to Order: an Unpublished Letter on Nazi Party Affairs. In: Journal of Modern History 30, 1958. S.358ff.

²Feder, Der deutsche Staat... Vorwort zur 3. Aufl.

³Heiber behauptet dagegen, Feder habe auf dem linken Flügel gestanden und sei wegen Hitlers zunehmend bürgerlicher Orientierung kaltgestellt worden (Tgb S.43). Ähnlich Rämisch (Raimund Hubert Rämisch, Die berufsständische Verfassung in Theorie und Praxis des Nationalsozialismus. Wiso.Diss. FU Berlin.1957. Ms.) Broszat spricht mißverständlich davon, Feder sei zur innerparteilichen, ideologischen Fronde gegen Hitler gestoßen. (Broszat S.15).

Feder war in der Partei ziemlich unbeliebt. Hitler, Straßer und Rosenberg hatten eine persönliche Abneigung gegen ihn,¹ Goebbels nannte ihn: "Zinsknecht, Aufwertungskaktus und erster Programmatiker der Bewegung".² Letzteres war ironisch gemeint, denn Feder liebte es, sich auf Versammlungsplakaten als "der Programmatiker unserer Bewegung" ankündigen zu lassen.³ Im ganzen war er ein Außenseiter in der NSDAP. Seine spätere Kaltstellung verdankte er neben persönlichen Gründen der sachlichen Unhaltbarkeit seiner Theorie, nicht einer angeblichen "Linksorientierung".

Die Diskussion über Wahlbeteiligung

Ob die Partei sich an Wahlen beteiligen sollte, beschäftigte die Nationasolzialisten 1925/26 sehr. Diese Frage wurde immer wieder diskutiert, zumal die Stellung der Parteileitung nicht eindeutig war. Hitler hatte 1922 die Beteiligung an Wahlen abgelehnt,⁴ 1924 war gewählt worden. Damals hatten sich aber einige Gruppen dem parlamentarischen Kurs widersetzt, besonders die Nationalsozialistische Arbeitsgemeinschaft, in der Haase und Fobke aus Göttingen eine bedeutende Rolle spielten. Ihr Führer Volck hatte Hitler in der Frage der Präsidentschaftswahlen die Gefolgschaft aufgekündigt, die Göttinger wählten zwar mit, wandten sich jedoch anschließend so entschieden gegen die Beteiligung, daß sie auch Hitler selbst in scharfem Ton kritisierten. "So mußte auch eine eigene Präsidentschafts-Kandidatur

¹Notiz v. Pfeffers in seinem Exemplar des Goebbels-Tagebuches.

²Tgb 25.1.26. S.55.

³Feder an Goebbels 28.11.25. NS1 - 341I - 229.

⁴Denkschrift Hitlers NS26 - 46.

die Bewegung schädigen", schrieb Haase. "Die Niederlage war nicht nur eine Ablehnung des Generals, sondern ebenfalls des entarteten Nationalsozialismus. Ein Führer kann nicht beliebig mit dem Gefühl seiner Anhänger schalten. Die aus der Volksseele kommende Bewegung ist nicht seine Bewegung, sondern sie hat ihn hochgetragen."¹

In Hannover wurde (wohl von Rust) eine ergänzende Denkschrift verfaßt, die zwar Präsidentschaftswahlen nicht ablehnte, weil nicht für ein Parlament gewählt würde, aber im übrigen Haases Standpunkt unterstützte.²

Auf diese Denkschriften antwortete Heß am 25. April 1925:

"Hinsichtlich Herrn Hitlers Stellung zum Parlamentarismus hat sich nichts geändert. Er lehnt ihn nach wie vor unbedingt ab. Nachdem aber einmal - gegen seinen Willen - ins Parlament hineingegangen wurde, ist er der Ansicht, daß die 'parlamentarische Betätigung' neben vielen anderen Waffen als ein Kampfmittel zu benutzen ist. Aber nicht Betätigung in 'positiver Mitarbeit' - wie bisher unsere Fraktionen geübt - sondern in Obstruktion und ständiger, schärfster Kritik am gegenwärtigen System. Den Parlamentarismus im Parlament selbst ad absurdum führen! Bekämpfung des Parlaments aus dem Parlament heraus!"³

Hitler behauptete auch im Mai 1926 auf der Generalmitgliederversammlung, er habe immer die Beteiligung an Wahlen abgelehnt.⁴

Bekämpfung des Parlaments von innen heraus genügte Haase jedoch nicht. Als die Arbeitsgemeinschaft am 10. Sept. 1925 in Hagen gegründet wurde, brachte er die Frage erneut aufs Tapet und erklärte, er werde sich auf keinen Fall an irgendwelchen Wahlen⁵ beteiligen, ganz gleich, welche Weisung die Parteileitung ausgeben würde.⁶ Haase erreichte eine ein-

¹Denkschrift Haases (undatiert) Hann 310I A3.

²April 1925 Hann 310I A8.

³Hann 310I A8.

⁴VB. 26.5.26. Anders Rosenberg, Letzte Aufzeichnungen. S.110. und Ludecke, I knew Hitler. S.217f.

⁵Die preußischen Kommunal- und Provinziallandtagswahlen standen bevor.

⁶Bericht Fobkes über die Hagener Konferenz. Jm Dok.S.207ff. Der Brief an Hitler wurde nicht aufgefunden, obwohl er existiert hat (Hinweis NS1 - 340 - 399).

stimmige EntschlieÙung der anwesenden Gauleiter, sich in diesem Sinne gemeinsam an Hitler zu wenden.¹ Allerdings war Gregor StraÙer nicht anwesend, der sich vermutlich dem antiparlamentarischen BeschluÙ widersetzt hätte.

So einmutig, wie Fobke in seinem Bericht schrieb, ist der BeschluÙ vielleicht auch nicht gewesen, denn Vahlen und Haake hatten sich wenigstens vor der Diskussion für Wahlbeteiligung ausgesprochen.¹ Rust, laut Fobke Antiparlamentarier,¹ wollte in Wirklichkeit für die bevorstehenden Wahlen einige Kandidaten aufstellen.² v.Pfeffer beschloÙ Mitte September, sich an den Wahlen mit einigen örtlichen Listen zu beteiligen, weil einzelne Kandidaten in den örtlichen Parlamenten nützlich sein könnten. Seiner Argumentation merkte man es an, daÙ er kein Gegner der parlamentarischen Beteiligung war.³ Da die Parteiführung in dieser Frage keine eindeutige Anweisungen gab, handelte jeder Gauleiter nach eigenem Ermessen.

Die Diskussion um die Frage Bewegung oder Partei, d.h. antiparlamentarische oder parlamentarische Taktik, wurde in den Nationalsozialistischen Briefen lebhaft fortgeführt. Im ersten Beitrag von Haase wurden alle antiparlamentarischen Gesichtspunkte zusammengefaÙt.⁴ Haase erklärte, das parlamentarische System sei durch und durch jüdisch verseucht, denn Presse und Geld machten die Wahlen und der Jude verfüge darüber. Die Herrschaft der Mehrheit

¹Bericht Fobkes über die Hagener Konferenz. Jm.Dok.S.207ff. Der Brief an Hitler wurde nicht aufgefunden, obwohl er existiert hat (Hinweis NS1 - 340 - 399.).

²Rust an Parteileitung 26.8.25. Hann 310I A 8.

³An Arbeitsgemeinschaft NS1 - 340 - 378f.

⁴Parlament und nationalsozialistische Bewegung. In: NS-Briefe Nr.2 und Nr.3. 15.10. und 1.11.25.

sei an sich ein Unsinn, denn Einsicht gebe es nur bei wenigen. Parlamentarische Regierungen seien verantwortungslos und riskierten bei schlechter Amtsführung höchstens ein Mißtrauensvotum und Mandatsverlust. Aber auch das Parlament als Ganzes könne nicht zur Verantwortung gezogen werden; diese anonyme Masse schließe Kompromisse und mache politische Geschäfte, so daß dort über kurz oder lang jeder korrumpiert werde. Sogar der Wähler werde durch seine besonderen Interessen verderbt und durch Wahlversprechungen bestochen. Die Folge sei allgemeine Charakterlosigkeit. Freifahrkarte, Immunität und Diäten seien nur eine besonders geschickte Form der Bestechung. Weil das parlamentarische System als solches schon übel sei, müsse es auch für die NSDAP verderblich werden, wenn sie das Parlament von innen heraus bekämpfen wolle. Es bestehe die Gefahr, daß die Führung von einer starken Einzelperson an eine anonyme Vielheit, die Fraktion, übergehe. Der Wahlkampf verflache die Idee; die Anhängerschaft könne nicht mehr geführt werden, sondern man müsse um ihre Gunst buhlen; der große Gesichtskreis ginge verloren, kleinliche Bonzenarbeit trete an ihre Stelle. Die wenigen Führer und Redner würden durch unfruchtbare Parlamentstätigkeit lahmgelegt, während der Kontakt zwischen Führer und Gefolgschaft abrisse. Die parlamentarische Arbeit biete auch keinen Agitationsstoff, schon weil die Presse in jüdischer Hand sei, im Gegenteil finde der Jude so viele Blößen an den völkischen Abgeordneten, daß die Wirkung auch deshalb schädlich sei. Die Anhänger glaubten, daß völkische Abgeordnete ihre Interessen auch durchsetzen würden, und seien enttäuscht, wenn sich dann kein greifbarer Erfolg zeige. Jeder Wahlsieg müsse daher einen Rückschlag zur Folge haben. Es sei Selbstbetrug, von einer Bewegung mit einem "parlamentarischen Arm" zu sprechen, die Erfahrung lehre, daß solche Bewegungen schließlich reine parlamentarische Parteien würden. "Die Parlamentarisierung der Protestbewegung gegen Parlamentarismus usw. ist eine Inkonsequenz. Durch

eine einmalige Inkonzsequenz aber werden weitere Inkonzsequenzen notwendigerweise bedingt."¹ Haase lehnte es ab, sich von der Immunität irgendwelche günstigeren Arbeitsmöglichkeiten zu erhoffen.

Interessant ist die strikte Behauptung, daß es für die völkische Bewegung die Möglichkeit, parlamentarisch zu siegen, überhaupt nicht gebe. Die Mehrheit könne der Nationalsozialismus erst nach der Erringung der politischen Macht gewinnen.

Zu diesem Artikel von Haase hatte Straßer anonym ein Vorwort geschrieben, in dem er die Vorwürfe gegen den Parlamentarismus unterstrich und betonte, daß der Kampf um die Macht, den der Nationalsozialismus einst führen werde, niemals im Reichstag entschieden werde. Aber Straßer fragte, ob die Nationalsozialisten nicht doch die nationale Opposition im Reichstag verstärken sollten, statt auf jede Einflußnahme zu verzichten, und erklärte dann, bei klarer Führung und entschlossenem Willen sei die Parlamentsbeteiligung von untergeordneter Bedeutung. Wegen dieses Vorworts wandte sich Haase empört an Goebbels, den er für den Urheber hielt, und warf ihm vor, er sei von der antiparlamentarischen Sache abgefallen, die er immer verfochten habe.² Goebbels antwortete, Straßer habe das Vorwort verfaßt, er selbst sei weiterhin Antiparlamentarier und gewillt, radikal in jeder Beziehung vorzugehen.³

Der Haasesche Artikel rief eine längere Diskussion in den Nationalsozialistischen Briefen hervor, an der sich - zum

¹Parlament und nationalsozialistische Bewegung. In: NS-Briefe Nr. 2 und Nr. 3. 15.10. und 1.11.25

²7.11.25. NS1 - 341I - 250.

³10.11.25. NS1 - 341I - 249.

ersten Mal - vor allem Otto Straßer als Verfechter der parlamentarischen Richtung beteiligte. Bei aller prinzipiellen Ablehnung des parlamentarischen Systems wies er auf die sich bietenden Vorteile hin: Immunität, Freifahrkarten, Diäten und die Möglichkeit, für Hitler Redeerlaubnis zu erkämpfen. Gregor Straßer betrachtete sich .z.B. als "ein vom Feinde bezahlter Agitator".¹ Zwar ging die Diskussion in den "Briefen" noch einige Zeit hin und her, aber Otto Straßer behielt das letzte Wort.

Die Frage kam trotzdem noch nicht zur Ruhe. Auf dem Weimarer Parteitag im Juli 1926 wurde eine Resolution gegen die Wahlbeteiligung vorgelegt,² zu der Hitler bemerkte, sie enthalte viel Richtiges, aber die Nichtbeteiligung könne Parteiverbot oder doch Redeverbot zur Folge haben. Die Abgeordneten müßten eben immer wieder verpflichtet werden, nur der Partei zu dienen und keine positive Mitarbeit zu leisten.³ Hitler ließ Fobke durch Heß bitten, den antiparlamentarischen Standpunkt in Weimar zu vertreten.³

In keiner Äußerung, auch von Hitlers Seite nicht, wurde damals die Möglichkeit erwähnt, durch das Parlament die Macht im Staate zu erobern, im Gegenteil, auch Befürworter der Wahlbeteiligung hielten das für ausgeschlossen.¹ Die Dokumente der Jahre 1925/26 erwecken den Eindruck, daß Hitler sorgsam jeden Anschein von Illegalität vermeiden wollte, aber daß er sein Konzept, die Macht durch Wahlen zu gewinnen, damals noch nicht besaß. Von den Zeitgenossen behauptete nur Lüdecke das Gegenteil.⁴ Broszat meint, Hitler habe diesen Plan erst mit den Wahlerfolgen 1929/30 gefaßt,⁵ v.Pfeffer bestätigte diese Auffassung.⁶

¹Wahlbeteiligung oder nicht. In: NS-Briefe Nr.5, 1.12.25.

²v.Corswant. NS26 - 900.

³NS26 - 900.

⁴Lüdecke, I knew Hitler. S. 217f.

⁵Broszat, Der Nationalsozialismus. S.52.

⁶Mdl. Mitt.v. Pfeffer.

Vermutlich hatte Hitler damals überhaupt keine Vorstellung, wie die NSDAP die Macht erobern könnte. Das mag 1925/26 zu seiner Passivität und seiner gelegentlichen Mutlosigkeit beigetragen haben, äußerte er doch im Dezember 1925, es könnten noch 20, vielleicht auch 100 Jahre vergehen, bis der Nationalsozialismus in Deutschland Wirklichkeit geworden wäre.¹ Seine Anhänger aber glaubten wohl größtenteils an bewaffnete Revolution, wie Goebbels' "Nazi-Sozi" und eine Göttinger Denkschrift zeigten.²

Die "Arbeitsgemeinschaft Nord-West"

Die Partei und die Esser-Streicher-Gruppe

Straßer hatte schon im August 1925 Goebbels von der "Sau- und Luderwirtschaft in der Zentrale" berichtet.³ Dabei scheint er besonders auf Esser geschimpft zu haben.

Esser und neben ihm Streicher, z.T. auch Dinter waren damals die verhaßtesten Männer in der Partei. Dieser Haß war 1924 entstanden, als sie in der "Großdeutschen Volksgemeinschaft" Rosenberg gestürzt hatten, auf dem Weimarer Parteitag die Gegner der Vereinigung und anschließend das Direktorium angegriffen hatten. Esser verstärkte 1925 die Abneigung gegen sich durch seine Tätigkeit in der Parteileitung, während Streicher und Dinter in ihren Gauen blieben und weniger in Erscheinung traten. So konzentrierte sich aller Zorn auf Hermann Esser.

Straßer haßte ihn seit den Kämpfen zwischen dem Direktorium und der "Großdeutschen Volksgemeinschaft". Goebbels notierte im Tagebuch Straßers Berichte über Esser. Im

¹VB 17.12.25.

²Von unserem Machtkampf. Undatiert. Handschriftl. Vermerk (wohl aus dem Hauptarchiv der NSDAP): "Denkschrift Haase-Fobke". NS26 - 896.

³Tgb 21.8.25. S.21

August schrieb er z.B., Straßer habe "viel Trauriges" aus München erzählt, Hitler sei von falschen Leuten umgeben, Esser sei ein Verhängnis.¹ Goebbels bemerkte Straßers Haß auf "Esser und München".² Im Oktober hieß es: "In München sind Lumpen am Werke. Dummköpfe, die keinen Kopf neben sich dulden."³ Der Hauptvorwurf im Tagebuch war, daß Esser und seine Freunde niemanden an Hitler heranließen und ihn ungünstig beeinflussten. "Verdammter Idiot Hermann Esser", schrieb Goebbels, "ich mache diesen Byzantinismus nicht mehr lange mit. Wir müssen an Hitler herankommen."⁴ Als Goebbels Esser kennenlernte, fand er ihn "grauenhaft".⁵ Über Streicher und Dinter äußerte er sich seltener, aber ebenfalls abfällig. Als Straßer auf einer Parteiversammlung in Chemnitz mit Esser zusammentraf, war er offenbar nahe daran, einen Skandal zu entfachen und es abzulehnen, mit Esser auf einer Versammlung zu reden. Er überwand sich aber und sprach wenig später auch in Weimar und Nürnberg bei Dinter und Streicher, wie er sie als Besonderheit an Goebbels berichtete.⁶ Seine Ansicht über Esser und Streicher faßte er nach wie vor als "egozentrischen, aber gewandtes Maulheldentum" zusammen.⁶

v.Pfeffer teilte die allgemeine Abneigung gegen die Münchner "Clique".⁷ Goebbels bemerkte Pfeffers "Stinkwut" auf Hermann Esser, "den Vampir der Bewegung".⁸ Kaufmann

¹Tgb 21.8.25. S.21.

²Tgb 2.10.25. S.31

³Tgb 12.10.25. S.34

⁴Tgb.19.10.25. S.35.

⁵Tgb 6.11.25. S.40.

⁶11.11.25. NS1 - 340 - 209.

⁷Mdl.Mitt. v.Pfeffer.

⁸Tgb 12.3.26. S.65

zufolge wurde "die Clique" auch wegen ihres wilden Antisemitismus abgelehnt.¹ Auch Klant äußerte sich ablehnend über Esser,² ebenso sein Nachfolger Krebs.³ In Hannover beschwerte sich der Geschäftsführer Homann über den Ton der Esserschen Rundschreiben.⁶

Einer der entschiedensten Gegner Essers scheint Fobke gewesen zu sein, der den Kampf gegen ihn koordinieren wollte, indem er von einem Parteifreund Material gegen Esser erbat und gleichzeitig mit Rosenberg in Verbindung trat, der nach Fobkes Information Hitler ein Ultimatum gestellt hatte, zwischen ihm oder Esser, Streicher und Amann zu wählen.⁴ Diese Frontstellung, die auch im Goebbels-Tagebuch deutlich wurde⁵ und die sich noch in Rosenbergs "Letzten Aufzeichnungen" niederschlug, trieb Rosenberg an die Seite der norddeutschen Esser-Feinde, so wenig er ideologisch mit manchen gemein hatte.

Als im Sommer 1925 hauptsächlich durch Esser der "National-Soziale Volksbund" des Parteigründers Drexler zerschlagen wurde, in dem Plümer eine Rolle spielte, waren die Sympathier der Partei, soweit feststellbar, auf seiten des Volksbundes.⁷

Fobke empfahl für "unser völkisches Verbrecher-Album, Kapitel Esser" das Buch von Plümer. Es sei zwar stark einseitig, bringe aber manche Tatsache.⁸

¹Mdl. Mitt. Kaufmann.

²Jm. Dok.S.205

³Tendenzen und Gestalten der NSDAP. S.203.

⁴11.9.25. NS 26-899.

⁵Tgb 12.10.25. S.34.

⁶Homann an Dincklage 24.9.25. Hann 310I A6.

⁷Brief eines Nienburger Parteigenossen an Gau Hannover Hann 310I A5. Lohse an Goebbels 26.9.25. NS1 - 340 - 374. Tgb 26.9.25 S.30.

⁸Fobke an Goebbels 1.12.25. NS1 - 341I - 253.

Hitler scheint sich über Essers menschliches Verhalten keine Illusionen gemacht zu haben. Er sei ein Windhund, hat er Fobke gegenüber geäußert und dabei auch über Streicher abfällig gesprochen.¹ Dennoch hielt er trotz aller Kritik 1925 an beiden fest. Er begegnete allen Einwänden mit dem Hinweis auf ihre Zweckmäßigkeit,² wobei er wohl besonders an Streicher dachte, dessen Wirksamkeit er noch in den "Tischgesprächen" hoch einschätzte.³ Außer dieser Zweckmäßigkeitserwägung mögen noch andere Gründe mitgespielt haben. Hitler betrachtete innerlich unabhängige Menschen mit stillem Argwohn und konnte in dieser Beziehung Esser, Streicher, auch Bouhler voll vertrauen, die sich in Ergebenheitserklärungen überboten.⁴ Das machte andererseits auch Hitler von der "Clique" abhängig, da er das Steuer nicht völlig herumwerfen konnte.

Esser hat Hitler zwei Mal gedroht, und zwar vor Hitlers Entlassung⁵ und als er selbst 1926 sein Amt als Propagandaleiter niederlegen mußte.⁶ Ob er Hitler wirklich mit Enthüllungen drohen konnte, ihn also wirklich erpreßte, wie behauptet worden ist,⁷ muß wegen der Fragwürdigkeit der Quelle⁸ dahingestellt bleiben.

¹Jm. Dok. S.123.

²Fobke-Bericht Jm.Dok. S.207ff. und gegenüber Lüdecke S.255.

³Henry Picker, Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941 - 1942. Neu hg. von Percy Ernst Schramm, Stuttgart 1963 S. 262.

⁴Mdl. Mitt. v.Pfeffer.

⁵Laut Plümer S.54.

⁶Bericht der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 28.4.26. NS26, Hitlerakte. Abgedruckt von Bradley F. Smith S.133.

⁷Hermann Esser, Nazi with a Vengeance. In: The Wiener Library Bulletin 9,1955, S.50f.

⁸Unveröffentlichtes Manuskript von Adolf Vogl im IZG.

Die Arbeitsgemeinschaft bis zur 2. Hannoveraner Konferenz.

Die Gründung der Arbeitsgemeinschaft

¹Im Sommer 1925 beschloß Straßer, einige norddeutsche Gaue organisatorisch enger zusammenzufassen. Er beabsichtigte, eine eigene Zeitschrift herauszugeben, die ungeklärte programmatische Fragen erörtern und besonders die sozialistische Linie herausarbeiten sollte. Diesen Plan faßte er spätestens im Juni 1925, als er Oswald Spengler vergeblich um Mitarbeit an der Zeitschrift bat.¹

Am 20. August 1925 unterrichtete er die Elberfelder Gauleitung von seiner Absicht, einen "Westblock"² zu gründen, der bis Hannover und Göttingen reichen solle.³ Auch Haase und Fobke aus Göttingen und Prof. Schultz, Kassel, wurden von seinem Vorhaben unterrichtet, die übrigen Gauleiter anscheinend nicht.⁴ Goebbels lud in Straßers Auftrag⁴ folgende Gauleiter zu einer Besprechung nach Hagen ein: Ley (mit Haake) aus Rheinland-Süd, v. Pfeffer (Westfalen), Schultz (Hessen-Nassau-Nord), Rust (Hannover), Haase (Göttingen), Telschow (Lüneburg-Stade), Lohse (Schleswig-Holstein), dazu die Gauleitung Rheinland-Nord und einige weitere Nationalsozialisten dieses Gaues.⁵

Das Treffen sollte am 10. Sept. 1925 stattfinden. Von den Eingeladenen blieb Schultz aus, und Dincklage kam statt Rust. Dafür erschienen überdies Vahlen, der Gauleiter von Pommern, und Fobke und Uhlendorf aus Göttingen.⁶

¹Oswald Spengler, Briefe 1913 - 36. München 1963. Brief vom 2.6.25. S.391ff.

²Tgb 21.8.25. S.22.

³Tgb 21.8.25. S.21f.

⁴Straßer an Goebbels 29.8.25. NS1 - 340 - 404.

⁵Goebbels an Straßer 31.8.25. NS1 - 340 - 216.

⁶Anwesenheitsliste NS1 - 340 - 406f.

Kaufmann war wohl nicht dabei, denn er fehlte auf der Anwesenheitsliste und wurde auch nicht in den Berichten über die Konferenz erwähnt. Die Aufzeichnung von Fobke nannte Goebbels als Gauführer von Rheinland-Nord.¹

Der Initiator der Tagung, Gregor Straßer, erschien ebenfalls nicht in Hagen. Seine Mutter erkrankte und rief ihn zu sich nach Deggendorf.² Straßer schickte ein Telegramm nach Elberfeld ("Kommen unmöglich. Meine Mutter schwer erkrankt. Besprechung durchführen. Neue Zusammenkunft verabreden.")³ und fuhr nach Deggendorf, obwohl dort auch sein Vater und sein jüngster Bruder waren. Straßer stellte die Familienbande über seine politischen Pläne, ein Verhalten, das ihn ehrte, aber auch die Grenzen seiner politischen Leidenschaft und Willenskraft zeigte.

Dennoch konnte die Arbeitsgemeinschaft ins Leben gerufen werden.⁴ Es zeigte sich, daß alle Gauleiter einem engeren Zusammenschluß zustimmten, z.T. geradezu begeistert waren.⁵ Die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft erschien nicht nur möglich, sondern sogar "dringend notwendig". Nur Ley, der eine Beeinträchtigung von Hitlers Führerstellung befürchtete, erhob Einwände, gab sie aber auf, als einmütig geäußert wurde, der Zusammenschluß dürfe sich nicht gegen München richten. Vorgeschlagen wurde der Name "Arbeitsgemeinschaft der nordwestdeutschen Gauleiter der NSDAP". Straßer sollte die Arbeitsgemeinschaft leiten, die Wahl eines Sitzes ihm überlassen bleiben. Da Goebbels schon die Einladungen versandt hatte und die Elberfelder Geschäftsstelle die Aufgaben der Arbeitsgemeinschaft technisch

¹ Jm. Dok. S.209.

² Rundschreiben Straßers, undatiert NS1 - 340 - 395.

³ NS1 - 340 - 214.

⁴ Als Quellen für die Konferenz von Hagen dienten, soweit nicht anders angegeben, die Niederschrift von Fobke (Jm. Dok.S.207ff.), die u.a. kurze Skizzen einiger Gauleiter enthält, und Goebbels' Bericht an Straßer (siehe Anhang).

⁵ v. Pfeffer, Lohse und Vahlen. Tgb 11.9.25. S.26.

bewältigen konnte, bedeutete das praktisch, daß dort die Geschäfte durch Goebbels erledigt werden würden, was aber nicht offiziell beschlossen wurde.¹ Dazu wurde die Herausgabe eines 14-tägigen Informationsblattes, der Nationalsozialistischen Briefe, beschlossen, die programmatische Fragen durch freien Meinungsaustausch klären sollten. Gregor Straßer sollte Herausgeber und Goebbels Schriftleiter sein. Diese Entschlüsse kamen ohne Schwierigkeit zustande, wie sie von Straßer geplant worden waren. Der Zweck der Arbeitsgemeinschaft sollte organisatorische Hilfeleistung untereinander sein, Austausch von Rednern und Werbematerial, Vereinheitlichung der Propaganda, Erfahrungsaustausch u.ä. - lauter Aufgaben, die an sich eine fähige Parteileitung hätte übernehmen müssen. Die Bereitwilligkeit der Gauleiter, die Arbeitsgemeinschaft zu gründen, zeigte, wie wenig die Parteileitung ihren Aufgaben gerecht geworden war.

Ausdrücklich wurde festgehalten, daß die Arbeitsgemeinschaft keine speziell norddeutsche oder preußische Separation sein wollte.²

Die Versammelten beschlossen, gelegentlich gemeinsam zu politischen Fragen Stellung zu nehmen. Auch dieser Entschluß wurde mindestens so sehr durch das Versagen der Parteileitung bestimmt wie durch die Absicht, die eigene Auffassung durchzusetzen. Schon die erste gemeinsame Stellungnahme in Hagen - Ablehnung der Wahlbeteiligung - wurde durch die widersprüchlichen und unüberlegten Anweisungen von München ermöglicht und wurde dann durch die fanatischen Parlamentsgegner aus Göttingen durchgesetzt.

¹ Daß Goebbels das als festen Beschluß ins Tagebuch schrieb, zeigt sein Bestreben, sich selbst in diesen Papieren herauszustreichen. (Tgb 11.9.25. S.26)

² Undatierte Aktennotiz der Gauleitung Hannover NS20 - 57 - 1.

Hinter diesen offiziellen und nicht nur vorgeschobenen Aufgaben standen andere. Eine Hauptaufgabe der Arbeitsgemeinschaft sollte es sein, einen Machtblock innerhalb der Partei darzustellen, mit dem Straßer einige verhaßte Leute, hauptsächlich Esser, aus der Partei drängen konnte. Zwar wurde dies nicht als Ziel der Arbeitsgemeinschaft genannt, geht aber aus Folgendem hervor: Als Straßer Goebbels in seine Pläne einweihte, hatte er vor allem auf die Leute in Hitlers Umgebung geschimpft.¹ Aus der Fobkeschen Aufzeichnung über die Hagener Tagung² wurde dieser Zweck noch deutlicher. Fobke sprach ausführlich über die unheilvolle Tätigkeit Essers, bevor er von dem Widerstand gegen die "Esserdiktatur" sprach. Gegen sie ein Gegengewicht zu schaffen, sei der Zweck der Konferenz in Hagen gewesen, schrieb Fobke und schilderte dann ihren Verlauf. Straßer hatte die Göttinger vorher in seine Absichten eingeweiht.³ Auch Fobkes Briefe vom 11. Sept. 1925 an Rosenberg und einen anderen Parteigenossen, mit denen er den Kampf gegen Esser koordinieren wollte, zeigten den gegen Esser gerichteten Zweck der Arbeitsgemeinschaft.⁴ Kaufmann sprach im Febr. 1926 davon, er hätte den Kampf gegen die "süddeutschen Ohrenbläser und negativen Schreier" immer als Hauptzweck der Arbeitsgemeinschaft angesehen.⁵ Goebbels Tagebucheintragung vom 19. Okt. 1925⁶ läßt dieselbe Absicht erkennen.

¹Tgb 21.8.25. S.21.

²Jm. Dok. S.207ff.

³Straßer an Goebbels 29.8.25. NS1 - 340 - 404.

⁴NS26 - 899.

⁵Siehe Anhang

⁶S.35.

Ob allerdings alle Gauleiter hierin den Zweck der Arbeitsgemeinschaft sahen, muß bezweifelt werden. Immerhin hat selbst Goebbels im September Esser zum Reden nach Rheinland-Nord eingeladen.⁶ Als das Thema Esser in Hagen angeschnitten wurde, rief das "allgemeines Entsetzen" hervor.¹ Der Leiter der Versammlung, Dr. Elbrechter aus Elberfeld, vertagte die Frage. Auch daß Goebbels an Straßer schrieb, die Arbeitsgemeinschaft solle sich nach dem Willen der Beteiligten nicht gegen München richten, kann Zweifel an der allgemeinen Ablehnung Essers aufkommen lassen. Sicher ist, daß Straßer die Arbeitsgemeinschaft gegen die Münchener "Clique" gerichtet sehen wollte.

Straßers zweite Absicht war, programmatische Fragen zu klären. Zu diesem Zweck sollten vor allem die Nationalsozialistischen Briefe dienen, wie er schon im Juni an Spengler geschrieben hatte.² Straßer erwartete nicht so sehr eine direkte politische Einflußnahme, sondern glaubte, die gleichgesinnten Kräfte sammeln zu können.³ An anderer Stelle bezeichnete er es als Aufgabe der Arbeitsgemeinschaft, richtungsbildend zu sein.⁴ Auch Goebbels Tagebuch bestätigte diese Aufgabe.⁵ Klärung des Programms konnte bei Straßer natürlich nur Stärkung der sozialistischen Linie bedeuten.

Straßer schuf sich mit der Arbeitsgemeinschaft ein Instrument zur Durchsetzung seiner Absichten in der Partei: Festigung der sozialistischen Richtung und Beseitigung der Esser-Streicher-Gruppe.⁷ Gleichzeitig stärkte er seine persönliche Stellung, die bisher im wesentlichen auf Autorität beruht hatte, denn er konnte jetzt als Leiter der

¹Jm. Dok. S.210.

²Briefe 1913 - 36. S.391ff.

³Ebd. S.397ff.

⁴An Goebbels 11.11.25. NS1 - 340 - 209.

⁵30.9.25. S.31 und 19.10.25. S.35.

⁶22.9.25. Samml. Sch. 203. Ebenso Viereck am 3.10.25 (Samml. Sch. 204.)

⁷So auch schr. Mitt. Haase.

Arbeitsgemeinschaft auftreten. Er erwartete, daß sich gemeinsame Willenserklärungen so vieler Gaue nicht überhören lassen würden und durchgesetzt werden könnten. Aber er unterschätzte vielleicht die Schwierigkeiten, die ihm bevorstanden, denn die vereinigten Gauleiter unterschieden sich beträchtlich in ihrer Überzeugung.

Gegen Hitler richtete sich die Arbeitsgemeinschaft nicht, wenigstens nicht in der Intention der Gauleiter. Dafür gibt es zahlreiche Beweise. Die Goebbels'sche Mitteilung an Straßer, die Arbeitsgemeinschaft solle sich nicht gegen München richten,¹ ist offenbar so zu deuten; eine Hannoveraner Aufzeichnung hält das ausdrücklich fest,² die gemeinsamen Kundgebungen ließen später keinerlei Spitze gegen Hitler erkennen, sondern appellierten immer wieder an ihn und forderten ihn praktisch zur Entscheidung auf. Auch das Goebbels'sche Tagebuch läßt keinerlei Frontstellung gegen Hitler vermuten, sondern vermerkt hoffnungsvoll, wenn sich die Beziehungen zu Hitler günstiger zu gestalten schienen.³ Straßer schrieb in demselben Sinne an Goebbels, wenn er mit Hitler in ein besseres Verhältnis gekommen zu sein glaubte.⁴ Kaufmann erklärt heute, Straßer habe Hitler von seiner Umgebung befreien wollen, die Arbeitsgemeinschaft habe sich nur indirekt gegen Hitler, nämlich gegen seine Personalpolitik gerichtet.⁵ Damals sprach Kaufmann von dem großen und an sich erwünschten Einfluß des "Führers", der wegen Esser-Ieyscher Information zu Komplikationen für die Arbeitsgemeinschaft führe

¹ Siehe Anhang

² Undatiert NS 20 - 57 - 1.

³ Tgb 11.9.25. S.27.

⁴ 11.11.25. NS1 - 340 - 208.

⁵ Mdl. Mitt. Kaufmann.

könne. Man müsse zunächst das Terrain bei Hitler sondieren.¹ Daß Straßer damals jede Besserung im Verhältnis zu Hitler begrüßte, spricht am meisten für seine Loyalität gegenüber dem Parteiführer.

Dennoch bleibt ungewiß, was in der Brust Straßers vor sich ging. Lohse behauptete, Straßer sei im Juli 1925 etwas resigniert gewesen, weil er 1924 neben Ludendorff und Graefe Führer gewesen sei und ein Jahr später nur noch Zweiter, offiziell nicht einmal Mitglied der Parteileitung.² Goebbels bemerkte, daß Straßer nicht ohne Ehrgeiz war.³ Er stand Hitler mit innerem Abstand und eigenem Urteil gegenüber.⁴ Dem Grafen Reventlow soll er geklagt haben, Hitler sei bei näherem Zusehen eben doch nur ein Redner und kein Politiker und Staatsmann, sein ewiges Ausweichen vor konkreten politischen Entscheidungen sei den besten Kräften der Partei nicht verborgen geblieben.⁵ Dem entsprach recht genau, was Straßer v. Pfeffer über Hitler erzählte: der Putsch habe gezeigt, daß Hitler doch die letzten Führerqualitäten fehlten, er könne zwar gut reden, sei aber kein Mannsbild.⁶

¹An Straßer 10.10.25. NS1 - 340 - 360.- Da die Unterschrift fehlt, ist nur zu erschließen, daß Kaufmann der Verfasser war. Auch Smith kommt - hauptsächlich auf Grund des Goebbels-Tagebuches - zu dem Ergebnis, Straßer habe durch die Arbeitsgemeinschaft seine beiden Hauptziele nicht gegen Hitler, sondern mit Hitler durchsetzen wollen. Alle Pläne seien - auch in der Absicht Straßers und Goebbels' - auf die Zustimmung Hitlers angewiesen gewesen. (Bradley F. Smith S.24.)

²Hinrich Lohse, Der Fall Straßer. A.a.O.

³Tgb 2.10.25. S.31.

⁴Mdl. Mtt. v. Pfeffer.

⁵Nach Heiden, Geschichte des Nationalsozialismus. S.209. Wie immer gibt Heiden keine Quelle an.

⁶Mdl. Mitt. v. Pfeffer.

Auch Straßers spätere Tätigkeit läßt nicht erkennen, wie weit seine Vorbehalte gegen Hitler wirklich gingen. Es bleibt unklar, ob er jemals Hitler bewußt bekämpft hat oder ob er nur um Einfluß gerungen hat. Die Entwicklung der Arbeitsgemeinschaft zeigt jedenfalls, daß die Gauleiter schon 1925/26 bei aller Kritik an der Parteileitung doch Hitler zu folgen bereit waren, so daß ein Kampf gegen ihn sehr schwierig, vielleicht aussichtslos war. Aber es ist sehr fraglich, ob Straßer so etwas beabsichtigt hatte.

Die Arbeitsgemeinschaft wurde anscheinend rasch von den Gauleitern als Realität anerkannt. Schon als v.Pfeffer im Sept. 1925 zur Wahlbeteiligung und zu einer Münchener Anordnung betreffs monarchistischer Kundgebungen Stellung nahm, setzte er gleichzeitig die Arbeitsgemeinschaft in Kenntnis, und zwar jeweils Straßer und Goebbels.¹ Sogar Ley, den Goebbels am liebsten aus der Arbeitsgemeinschaft ausgestoßen hätte,² schrieb Anfang November, er halte das Zusammenarbeiten der einzelnen Gaue "nicht nur für begrüßenswert, sondern sogar für notwendig" und werde sich bemühen, dabei vorbildlich zu sein.³ Um dieselbe Zeit konnte Goebbels an Straßer berichten, er habe auf seinen Reisen in Braunschweig, Hamburg und Hannover erfahren, daß die Arbeitsgemeinschaft fest im Herzen aller Gauleiter begründet sei.⁴

Die organisatorische Ausgestaltung der Arbeitsgemeinschaft war in Hagen ausdrücklich Straßer überlassen worden. Dieser arbeitete zusammen mit Goebbels im Oktober die Statuten der Arbeitsgemeinschaft aus.⁵ Folgendes wurde festgelegt: Wie schon in Hagen bestimmt, sollte Gregor Straßer

¹ NS1 - 340 - 378ff.

² Tgb 30.9.25. S.30f.

³ Ley an Gau Rheinland-Nord NS1 - 340 - 302.

⁴ 16.11.25. NS1 - 340 - 212.

⁵ NS1 - 340 - 254 und 319f. Jm. Dok. S.212f.

die Arbeitsgemeinschaft der Nord- und Westdeutschen Gaue"¹ leiten; Goebbels sollte ihre Geschäfte in der Elberfelder Gauleitung führen. Die Mitgliedsгаue waren Rheinland-Nord, Rheinland-Süd, Westfalen, Hannover, Hannover-Süd, Hessen-Nassau², Lüneburg-Stade, Schleswig-Holstein, Groß-Hamburg, Groß-Berlin und Pommern. Von diesen Gaue hatten drei nicht an der Hagener Gründungsversammlung teilgenommen, nämlich Hessen-Nassau-Nord und Hamburg, deren Gauleiter (Schultz und Klant) durch Fobke bzw. Lohse für die Arbeitsgemeinschaft geworben werden sollten,³ und der Gau Berlin, den vermutlich Straßer selbst gewonnen hat, da er sich als Reichstagsabgeordneter häufig dort aufhielt.

Die offizielle Zielsetzung - Erfahrungsaustausch, nachbarliche Zusammenarbeit, im Bedarfsfall gemeinsame Stellungnahme zu politischen Tagesfragen - schlug sich auch in den Statuten nieder. Die Gauleiter wollten sich bei Bedarf zu gemeinsamer Beratung versammeln. Das Organ der Arbeitsgemeinschaft sollten die zweimal im Monat erscheinenden "Nationalsozialistischen Briefe" sein, die Straßer herausgeben und Goebbels redigieren sollte.

"A.G. und Nationalsozialistische Briefe bestehen mit ausdrücklicher Genehmigung Adolf Hitlers." So lautete der § 4, wodurch die Loyalität gegenüber dem Parteiführer klar ausgedrückt wurde. Für die Nationalsozialistischen Briefe wiederholte Straßer noch einmal diese Behauptung in seinem "Geleitwort".⁴ Daß er Hitlers Einverständnis wirklich eingeholt hat, ist wohl anzunehmen, da er sonst zu leicht hätte widerlegt werden können. Allerdings ist es auch denkbar, daß er Hitler nur unterrichtet hat, eine förmliche Erlaubnis nicht abwartete

¹Es setzte sich dann der kürzere Ausdruck "Arbeitsgemeinschaft Nord-West" durch.

²So in den Statuten. Korrekt hätte es Hessen-Nassau-Nord heißen müssen.

³Siehe Anhang.

⁴NS-Briefe Nr. 1, 1.10.25. und Jm. Dok. S.218f.

und auf Hitlers Passivität rechnete.¹ Jedenfalls zeigen auch diese Erklärungen, daß die Arbeitsgemeinschaft nicht gegen Hitler gerichtet war, denn dann hätte sie kaum sein Einverständnis für nötig gehalten.

In anderer Formulierung, aber nicht inhaltlich verändert, wurden diese "Richtlinien" auf der Tagung vom 22. Nov. 1925 in Hannover einstimmig angenommen.²

Neben der Arbeitsgemeinschaft schuf Straßer noch einen "Freundeskreis". Während die Arbeitsgemeinschaft der organisierte und institutionell gefestigte Zusammenschluß mehrerer Gaue war, an dem z.B. auch Ley teilnahm, der durch seine unkritische Hitlerverehrung in die Nähe der Münchener "Clique" geriet, umfaßte der "Freundeskreis" locker und unorganisiert die bedeutenden Freunde Straßers unter den Parteigenossen. Mit ihnen wollte er offenbar seine Stellung in der Partei weiter festigen. In seinem ersten Rundschreiben an die "Freunde" sprach er von einem "geistigen Generalstab".³ Sie sollten einen "Kristallisationspunkt" bilden, schrieb er an Goebbels.⁴

Der "Freundeskreis" blieb anscheinend ganz im Privaten, die Rundschreiben haben sich nicht erhalten. Über die Mitglieder läßt sich nichts sagen, annehmen möchte man, daß sie nicht nur auf die Arbeitsgemeinschaft beschränkt waren und daß z.B. Gauleiter Brückner⁵ von Schlesien zum "Freundeskreis" gehörte, weil er an den Hannoveraner Tagungen der Arbeitsgemeinschaft teilnahm, ohne ihr mit seinem Gau anzugehören.

¹ Entsprechend sollen später Straßer und v. Pfeffer eigene Anordnungen als Befehle Hitlers ausgegeben haben, um ihre eigene, aber auch seine Autorität zu stärken. (Mdl. Mitt.)

² In: NS-Briefe Nr. 5, 1.12.25. v. Pfeffer.)

³ Otto Straßer an Goebbels 30.12.25. NS1 - 341I -48.

⁴ 11.11.25. NS1 - 340 - 209.

⁵ Helmuth Brückner, geb. 1896. Gauleiter in Schlesien von 1925 - 1934; 1933/34 Oberpräsident von Ober- und Niederschlesien. Er wandte sich dann gegen Hitler, wurde abgesetzt und kam in ein KZ.

Die "Nationalsozialistischen Briefe"

Die Nationalsozialistischen Briefe, das Organ der Arbeitsgemeinschaft, waren von Straßer ausdrücklich als ein Gegenstück zu den "Sozialistischen Monatsheften" geplant worden.¹ Im August 1925 hatte er sich zu dem endgültigen Titel entschlossen und Goebbels als Redakteur vorgesehen.² Nachdem am 10. Sept. 1925 die Gauleiter in Hagen der Gründung der Arbeitsgemeinschaft und der Herausgabe der "Briefe" zugestimmt hatten, erschien die 1. Nummer der 14-tägigen Zeitschrift am 1. Oktober 1925. Straßer schrieb das Geleitwort.³ Er betonte, die nationalsozialistische Bewegung, Trägerin einer neuen Weltanschauung, ringe noch um die "letzte Ausgestaltung" ihrer Ziele und Programmpunkte. Sie brauche eine Plattform, um die miteinander ringenden Meinungskämpfe unter Ausschluß der breiten Öffentlichkeit austragen zu können. Die "Briefe" sollten außerdem als Unterrichts- und Aufklärungsmaterial für die Redner dienen. Nur höhere und besonders interessierte Parteigenossen sollten die "Briefe" beziehen können.³

Das Erscheinen der Zeitschrift war anfangs mit erheblichen Schwierigkeiten organisatorischer Art verbunden. Sie erschien unpünktlich und wurde nicht regelmäßig zugestellt. Ein gut Teil Schuld trug daran zunächst die "Vorpommersche Buch- und Kunstdruckerei" in Greifswald, die durch Vahlens Vermittlung mit dem Druck beauftragt worden war. Dieses Unternehmen war offenbar nicht leistungsfähig und ging im Winter 1925/26 ein.⁴ Schon von Nummer 3 an wurde die Zeitschrift in Elberfeld gedruckt, trotzdem blieb die Zustellung lange unregelmäßig,⁵ so daß Goebbels schon die

¹ Straßer an Spengler 2.6.25. Spengler, Briefe 1913 - 36 S. 391ff.

² Tgb 21.8.25. S.22. Der farbige Bericht, den Otto Straßer von der Anstellung Goebbels' als Hilfsredakteur gegeben hat (Fraenkel/Manvell S.73), erscheint unglaublich. Goebbels hat Otto Straßer anscheinend erst im November 1925 kennengelernt (Tgb 28.11.25. S.44.).

³ In: Nr.1. 1.10.25 und JM. Dok. S.218f.

⁴ Straßer an Parteileitung 5.3.26. Samml.Sch. 203 -91.

⁵ Z.B. Straßer an Goebbels 10.12.25. NS1 - 340 - 198 und Beschwerde Himmlers 7.1.26. NS 1 - 341III - 191.

Post der Sabotage beschuldigte.¹

Dennoch wurde der Bezieherkreis durch Goebbels' intensive Werbung weit ausgedehnt. Er wollte in persönlichen Schreiben eventuell interessierte Parteigenossen ansprechen² und veröffentlichte Inserate in Ludendorffs "Deutscher Wochenschau" und im "Völkischen Beobachter".³ Als Straßer auf den beabsichtigten vertraulichen Charakter der "Briefe" hinwies,⁴ antwortete Goebbels, sie müßten sich finanziell tragen und würden sowieso nicht vertraulich bleiben.⁵ Die Folge war, daß das Organ der Arbeitsgemeinschaft in kurzer Zeit in der ganzen Partei verbreitet war. In Süddeutschland warb u.a. Himmler für die "Briefe",⁶ in Sachsen Goß, der Gauführer in Dresden.⁷ In der sudetendeutschen Partei wurde die Zeitschrift von Rudolf Jung⁸ und in Österreich von den Führern Schulz und Haubenberger⁺ gelesen.⁹

Auch einige Völkische außerhalb der NSDAP beschäftigten sich mit den "Briefen", z.B. hat Graf Reventlow Straßer gebeten, die Zeitschrift beziehen zu dürfen,⁹ ein Zeichen für die Verbundenheit der beiden Parlamentarier, die nach dem Übertritt Reventlows zur NSDAP noch enger wurde.

Dem Geleitwort gemäß sollten die "Briefe" theoretische Fragen erörtern und Unterrichtsmaterial für Unterführer

¹Goebbels an Straßer 11.12.25. NS1 - 340 - 200f.

²Goebbels an Dincklage 21.10.25. Hann 310I A5.

³Goebbels an Straßer 29.10.25. NS1 - 340 - 306.

⁴An Goebbels 28.10.25. NS 1 - 340 - 309.

⁵NS1 - 340 - 306.

⁶An Goebbels 7.1.26. NS1 - 341II - 191.

⁷An Goebbels 19.11.25. NS1 - 341II - 271.

⁸Jung an Goebbels 8.1.26. NS1 - 341II - 364.

⁹Straßer an Goebbels 2.12.25. NS1 - 338I - 190.

⁺Karl Schulz und Leo Haubenberger, damals die Führer des Hitler-Flügels der NSDAP in Österreich.

enthalten. Entsprechend wurden einige Aufsätze in autoritativer Form dargeboten, an die sich die Parteiredner halten sollten und gegen die sich kein Widerspruch erhob, z.B. Straßers Analysen der politischen Lage in den ersten Nummern. Andere Aufsätze gaben lediglich organisatorische Informationen und Anleitungen zur praktischen Parteiarbeit. Den größten Umfang nahmen jedoch ernsthafte Diskussionen über offene Fragen ein, z.B. die Diskussion über die Wahlbeteiligung und die Stellung zum Parlamentarismus, die Diskussion über die "Deutschvölkische Freiheitspartei", über die "Vaterländischen Verbände", über den völkischen Blutsadel u.ä. Dadurch unterschieden sich die "Briefe" von allen anderen Publikationen der NSDAP, auch wenn im Völkischen Beobachter gelegentlich diskutiert wurde. Aber die Auseinandersetzungen wurden gelenkt, denn Goebbels sorgte dafür, daß die sozialistische Linie sich durchsetzte. Er unterdrückte z.B. einen Aufsatz v.Pfeffers, der sich gegen die Enteignung der Fürsten wandte,¹ so daß Otto Straßer mit einem fürstenfeindlichen Artikel das letzte Wort behielt. v.Pfeffers Drohung, einen Aufsatz im Völkischen Beobachter zu veröffentlichen,¹ blieb ohne Wirkung. Spritzig und auflockernd sind die Artikel von Goebbels, häufig in Briefform verfaßt. Aber sie wirken gleichzeitig unangenehm: leichtfertig, unernst und zu rhetorisch. Sie machen den Eindruck, als berausche sich der Schreiber an dem gekonnten Wechsel zwischen Sarkasmus und wehevolem Ton, ohne von dem Ernst seiner Sache durchdrungen zu sein. Dagegen bemerkt man Aufrichtigkeit und leidenschaftlichen Ernst an den weit weniger glänzenden und auch geistig anspruchslosen Artikeln der anderen Einsender. Der nihilistische Zug von Goebbels' Radikalismus wird auch in seiner Diktion spürbar.

¹ v. Pfeffer an Goebbels 1.2.26. NS1 - 339I - 279.

Die Nationalsozialistischen Briefe bestanden wesentlich länger als die Arbeitsgemeinschaft. Nach dem 39. Brief im Mai 1927 schied Goebbels als Schriftleiter aus, und Kaufmann trat an seine Stelle. Ab 1928 wurden sie von Otto Straßer geleitet und gingen nach seinem Ausscheiden aus der Partei ein.

Die 1. Hannoveraner Konferenz

Die erste Zusammenkunft der Arbeitsgemeinschaft sollte am 25. Okt. 1925 in Hamm stattfinden, wo Hitler vor Parteigenossen reden wollte. Anscheinend wollten die Gauleiter zwanglos mit Hitler zusammentreffen und mit ihm sprechen. Goebbels z.B. setzte große Hoffnungen auf dies Treffen. "Ich erwarte alles von Hamm", notierte er im Tagebuch. "Könnte man einmal auf zwei Stunden mit Hitler allein sein. Dann müßte sich alles klären. Aber er ist umkreist wie eine alte Majestät. Aber in Hamm komme ich doch an ihn heran. Jetzt muß die letzte Klarheit kommen."¹ Weniger arglos stand Kaufmann diesem Ereignis gegenüber. Zwar begrüßte er ebenfalls eine Aussprache mit Hitler, befürchtete aber eine Komplikation für die Arbeitsgemeinschaft, weil Essers und Leys Informationen auf Hitler negativ wirken müßten und andererseits die Arbeitsgemeinschaft noch nicht gefestigt genug sei, um Vorwürfen "unseres Führers" standzuhalten.² Trotzdem wurden die Gauleiter der Arbeitsgemeinschaft nach Hamm eingeladen,³ aber die Zusammenkunft mit Hitler fand nicht statt, weil er - wie erwähnt - in München blieb.

Die erste offizielle Tagung der Arbeitsgemeinschaft nach ihrer Gründung fand am 22. Nov. 1925 in Hannover statt, denn das Treffen in Hamm war nur als formlose Zusammenkunft mit Hitler gedacht gewesen. Die Wahl Hannovers ging

¹Tgb 12.10.25. S.34.

²An Straßer 10.10.25. NS1 - 340 - 360.

³Z.B. NS1 - 340 - 352.

vermutlich auf den Wunsch Lohses zurück.¹ Der Ort lag zentral und verkehrsgünstig, und die Gauleiter mußten mit Geld sparen.

Am 27. Okt. 1925 wurden von Goebbels die Einladungen verschickt,² auf Wunsch von Straßer wurde eine Woche später auch die Gauleiter Schlange⁹ (Berlin) und Brückner (Schlesien) eingeladen.³ Rosikat, der stellvertretende Gauleiter von Schlesien und Ortsgruppenführer von Breslau, sagte in letzter Minute ab.⁴ Anscheinend aus eigenem Antrieb lud der Gau Hannover den Führer des Harzgaues, Viereck aus Halberstadt, zur Tagung ein.⁵ Auf diese Weise stieß der kleine und unbedeutende Harzgau zur Arbeitsgemeinschaft. Er wurde zwar in den "Richtlinien" nicht genannt, die auf der Konferenz gebilligt und in den Nationalsozialistischen Briefen veröffentlicht wurden, aber das war ein Versehen, für das sich die Geschäftsstelle in Elberfeld bei Viereck entschuldigte.⁶

Die Konferenz begann um 11 Uhr vormittags und fand in der Gaugeschäftsstelle, Braunschweiger Str. 2, statt. Anwesend waren außer Straßer Goebbels, Kaufmann und Elbrechter (Rheinland-Nord), Schultz (Hessen-Nassau-Nord), v. Pfeffer (Westfalen), Fobke und Schröder (Hannover-Süd), Rust, Dincklage, Hoamnn und Barke (Hannover), Kohlmann⁷ (Lüneburg-Stade), Viereck (Harzgau), Schlange (Berlin), Lohse (Schleswig-Holstein), Vahlen (Pommern) und Brückner (Schlesien).⁸ Elf Gaue waren also größtenteils durch ihre

¹An Goebbels NS1 - 340 - 370.

²NS1 - 340 - 318.

³NS1 - 340 - 310.

⁴NS1 - 340 - 282.

⁵Hann 310I A.6.

⁶12.12.25. NS1 - 341II - 23.

⁷Vertreter des Gauführers Telschow.

⁸Siehe Anhang: Bericht über die Tagung der Arbeitsgemeinschaft der Nord- und Westdeutschen Gauleiter in Hannover am 22. Nov. 1925. Soweit nichts anderes angegeben wurde, diente dieser Bericht als Quelle für die Ereignisse der Konferenz.

⁹Dr. Ernst Schlange, geb. 1888. Damals Gauleiter von Berlin, 1930 - 1933 Gauleiter von Brandenburg.

Führer vertreten. Ley (Rheinland-Süd) und Klant (Hamburg) fehlten. Die Tagung, für die Goebbels in Straßers Auftrag eine Tagesordnung hatte aufstellen sollen,¹ begann mit einem Treuegelöbnis für Hitler.² Daran schloß Straßer ausführliche Darlegungen der innerpolitischen Lage an, wonach die mehrmals erwähnten Richtlinien bzw. Statuten der Arbeitsgemeinschaft von den versammelten Nationalsozialisten einstimmig angenommen wurden.³

Im folgenden scheint es lange Debatten über zahlreiche Probleme gegeben zu haben: die Frage der Vereinheitlichung der Presse wurde diskutiert und der Wunsch nach einem größeren Umfang der "Briefe" geäußert. Um die finanziellen Grundlagen dafür zu schaffen, sollten sie für die Führerschaft der Ortsgruppen zum Pflichtorgan erklärt werden. Über die Frage "West- oder Ostpolitik" und über die Einstellung zu Rußland wurde ebenfalls gesprochen, ohne daß anscheinend eine einheitliche Stellungnahme erzielt werden konnte. Verwiesen wurde auf die verschiedenen Artikel des Völkischen Beobachters. Eine Diskussion dieses Komplexes in den "Briefen" wurde angekündigt.

Da es an geeignetem Propagandamaterial fehlte, wurden Straßer, Goebbels und Rosikat mit der Ausarbeitung von Flugblättern beauftragt.

Die Frage, ob man eigene Gewerkschaften schaffen sollte, die immer wieder in der NSDAP auftauchte, wurde auf Wunsch des Gaues Hannover⁴ besprochen und der Beschluß gefaßt, der Parteizentrale die Entscheidung zu überlassen. Der Schlußatz der betreffenden Entschließung, die NSDAP habe mit von Arbeitgebergeld gespeisten sogenannten gelben Organisationen grundsätzlich nichts zu tun, zeigte den Einfluß der sozialistischen Richtung. In einem Rund-

¹ Straßer an Goebbels 11.11.25. NS1 - 340 - 208.

² So jedenfalls der Goebbelssche Bericht in den "Briefen". (Siehe Anhang)

³ Richtlinien ebd.

⁴ Homann an Goebbels 11.11.25. NS1 = 341III - 74.

schreiben ordnete die Arbeitsgemeinschaft wenig später an, daß die Bindung an einen projektierten Großdeutschen Beamtenbund" bis zur Entscheidung der Parteileitung verboten bleibe.¹

Die sozialistische Richtung setzte sich vor allem beim Beschluß über die "Vaterländischen Verbände" durch. Jedes gemeinsame Auftreten und jede Zusammenarbeit wurde abgelehnt, weil, wie es in der Entschließung hieß, der "sozialistische Befreiungswille" des "Nationalen Sozialismus" nicht durch die "unpolitischen" Wehrverbände" beeinflusst werden dürfe.

Die Wahlbeteiligungsdebatte, die Goebbels erwartet hatte,² fand anscheinend nicht statt.

Das wichtigste Ereignis der Tagung war, daß die Auseinandersetzung um ein neues Parteiprogramm begonnen wurde. Straßer teilte mit, er habe einen ausgedehnten Entwurf ausgearbeitet. Es wurde beschlossen, daß er in den nächsten Tagen den Gauleitern in dreifacher Ausfertigung zugehen sollte. Goebbels und Kaufmann wurden mit der Ausarbeitung eines zweiten Entwurfes beauftragt, der ebenfalls den Gauleitern zugesandt werden sollte. Diese sollten bis etwa 10. Jan. zu den Entwürfen Stellung nehmen. Am 24. Jan. sollte dann eine zweite Konferenz in Hannover die "grundsätzliche Klärung" aller Fragen herbeiführen.

Straßer konnte mit dem Verlauf der Konferenz zufrieden sein. Die organisatorische Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft - die "Briefe", Herausgabe von Flugblättern - war begrüßt und gefördert worden, in theoretischen Fragen hatte sich die sozialistische Richtung z.T. durchgesetzt (in der Ablehnung der Wehrverbände), z.T. die Frage in der Schwebe gehalten (außenpolitische Orientierung). Straßer konnte

¹17.12.25. NS1 - 340 - 288.

²Goebbels an Haase 10.11.25. NS1 - 341I - 249.

hoffen, seinen Standpunkt durch Diskussion in den "Briefen" noch durchsetzen zu können.

Vor allem hatte er die Debatte über ein neues Parteiprogramm eingeleitet. Von der Notwendigkeit oder Nützlichkeit eines neuen Programms waren anscheinend alle überzeugt gewesen. Da außer seinem Entwurf nur noch einer von Kaufmann und Goebbels ausgearbeitet werden sollte, erwartete er vermutlich, daß sich die sozialistischen Forderungen im endgültigen Entwurf der Arbeitsgemeinschaft durchsetzen würden, trotz der z.T. abweichenden Einstellung der übrigen Gauleiter.

Die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft im Winter 1925/26

Ab Dezember 1925 begann die Arbeitsgemeinschaft, von jedem Gau einen Mitgliedsbeitrag von 10.- RM zu erheben.¹ Vermutlich wurde der entsprechende Beschluß auf der Hannoveraner Tagung gefaßt. Die Tatsache einer Beitragserhebung zeigt, welch verhältnismäßig feste organisatorische Form die Arbeitsgemeinschaft inzwischen gewonnen hatte.

Goebbels schrieb im Winter 1925/26 im Auftrage der Arbeitsgemeinschaft die Flugschrift "Das kleine abc des Nationalsozialisten".² Sie stellte thesenartig die wichtigsten Punkte der nationalsozialistischen Überzeugung dar und war in ihrem Schlagwortcharakter ein geschicktes Propagandamittel. Das "Kleine abc" war 1926 die wichtigste und beliebteste Broschüre der NSDAP, die von den Gauen immer wieder in Elberfeld bestellt wurde und mehrmals aufgelegt werden mußte. Im März 1926 erschien das 31. - 40. Tausend, im April stieg die Auflage auf 50 000, im Januar 1927 auf 75 000,³ das bedeutet, daß diese Schrift auch, vielleicht

¹ Goebbels an Gauleitung Hannover 8.12.25. Hann. 310I A5, Rundschreiben der Arbeitsgemeinschaft 5.1.26. NS 20 - 57 - 11.

² Elberfeld 2. Aufl. o.J. (1926).

³ Anzeigen in den NS-Briefen Nr.11, 13 und 30.

in erster Linie, an Außenstehende verteilt wurde, denn die NSDAP hatte Ende 1925 nur 27 000, Ende 1926 49 000 Mitglieder. Z.T. wurde diese Broschüre und ähnliche (z.B. Goebbels' "Nazi-Sozi"¹) kostenlos auf Versammlungen verteilt, wobei der Preis (anfangs 10, später 15 Pfg.) im Eintrittspreis einkalkuliert wurde.²

Im Dezember 1925 beantragte der Gau Mecklenburg nach Rücksprache mit Vahlen und Goebbels die Aufnahme in die Arbeitsgemeinschaft.³ Goebbels nahm den Gau umgehend als "korrespondierendes Mitglied" auf.⁴ Straßer war über den Terminus "korrespondierend" erstaunt.⁵ Ihm erklärte Goebbels, dadurch habe man eine Rückendeckung gegenüber München, im übrigen habe Mecklenburg dieselben Rechte und Pflichten wie die übrigen Mitglieder.⁶ Goebbels merkte anscheinend, daß man nicht gut alle Gaue in der Arbeitsgemeinschaft zusammenfassen und so eine zweite Parteileitung neben der Münchener etablieren konnte, ohne sich dem berechtigten Vorwurf der Illoyalität auszusetzen.

Mit der Aufnahme von Mecklenburg hatte die Arbeitsgemeinschaft ihre größte territoriale Ausdehnung erreicht und umfaßte im großen und ganzen Norddeutschland vom Rhein bis zur Oder. Es fehlten eigentlich nur der Gau Anhalt und der Elbe-Havel-Gau, dessen Führer Bachschmid Esser-Anhänger war.⁸ Die Ausstrahlungen der Arbeitsgemeinschaft gingen noch weiter. Ein freundschaftliches Verhältnis

¹Der Nazi-Sozi. Fragen und Antworten für den Nationalsozialisten. Elberfeld o.J. (1926).

²Mitteilung in: NS-Briefe Nr. 33, 1.2.1927.

³11.12.25. NS1- 341II - 121.

⁴NS1 - 341II - 122.

⁵NS1 - 340 - 199.

⁶NS1 - 340 - 202.

⁸Bachschmied an Parteileitung 18.12.25. Dazu Bouhler an Bachschmied 25.11.25. Samml. Sch. 204.

scheint zu Mutschmann bestanden zuhaben, denn Otto Straßer berichtete später, der Gau Sachsen habe zum Einflußgebiet der sozialistischen Richtung gehört. Als die Arbeitsgemeinschaft eine eigene Presse aufbaute, bezog jedenfalls, wie auch der Elbe-Havel-Gau, Sachsen den "Nationalen Sozialisten".¹

Von den Beziehungen der Arbeitsgemeinschaft zu Schlesien wurde schon gesprochen. Der Gauleiter Brückner war auf beiden Hannoveraner Tagungen anwesend. Sein Vertreter Rosikat arbeitete in den "Briefen" mit und wurde am 22. November 1925 mit der Ausarbeitung eines Flugblattes beauftragt. Vermutlich gehörten beide dem "Freundeskreis" an. Schlesien bezog nach Gründung des Kampf-Verlages ebenfalls den "Nationalen Sozialisten".

Auch Munder², der Gauleiter von Württemberg, war wohl einer der "Freunde". Er wurde ebenso wie der badische Gauleiter Robert Wagner³ zur 2. Tagung von Hannover eingeladen⁴ und erhielt Rundschreiben der Arbeitsgemeinschaft.⁵ Er erklärte, er lege auf lebhaften nachbarlichen Gedankenaustausch mit der Arbeitsgemeinschaft großen Wert und bitte, auch künftig über alles auf dem Laufenden gehalten zu werden.⁵

Als Goebbels im März 1926 zu Reden nach Süddeutschland reiste, mußte er Straßer berichten, wie er die Partei dort beurteilte. Danach waren dort allerdings die Chancen für die Sozialisten gering: In Baden hetzte der Gauleiter gegen die Arbeitsgemeinschaft, die Stuttgarter NSDAP war völlig bürgerlich, die Ortsgruppe Schwenningen etwas besser.

¹Nationalsozialistisches Jahrbuch 1927. S.82.

²Eugen Munder, 1925 - 1928 Gauleiter von Württemberg.

³Robert Wagner, geb. 1895. Ab 1925 Gauleiter und später Reichsstatthalter in Baden. 1946 hingerichtet.

⁴NSI- 340 - 264.

⁵Antwort Munders auf ein nicht aufgefundenes Rundschreiben 5.2.26. NSI - 339II - 248.

Nur Streicher wurde von Goebbels mit uneingeschränktem Lob bedacht.¹ Vermutlich zeigte dieses Urteil schon Goebbels' Schwenkung zur Parteileitung an.

Im Winter 1925/26 begann eine Beratung über den Aufbau einer nationalsozialistischen Wochenzeitung, die von der Arbeitsgemeinschaft herausgegeben werden sollte. Anscheinend faßten Straßer und Goebbels diesen Plan unabhängig voneinander. Straßer teilte am 21. Dez. 1925 Goebbels seine Absicht mit,² eine nationalsozialistische Wochenzeitung für die gesamte Arbeitsgemeinschaft zu schaffen. Dadurch erst entstehe eine wirklich tragfähige Verankerung für die Arbeitsgemeinschaft, meinte Straßer und erklärte, er halte den Wert dieser Zeitungen für so groß, daß kein anderer Plan von gleicher Bedeutung sei. Würden die Zeitungen nur halbwegs als Pflichtorgan eingeführt und würde sich Sachsen beteiligen, sei mit einer Auflage von 15 000 zu rechnen. Otto Straßer nannte gleichzeitig den Zeitungsplan eine "Lebensfrage der Bewegung".³

Goebbels protestierte zunächst gegen dieses Vorhaben, vor allem weil Straßer mit der Griefswalder Druckerei zusammenarbeiten wollte, mit der die Elberfelder beim Druck der "Briefe" schlechte Erfahrungen gemacht hatten. Hinzu kam, daß Goebbels ebenfalls die Gründung eines Verlages für die Arbeitsgemeinschaft und die Herausgabe einer Wochenzeitung vorgesehen hatte, wenn auch der Elberfelder Plan noch nicht so weit gediehen war. Es verletzte seinen Stolz, daß ein "hinterpommersches Käseblatt" an die Stelle einer geplanten westdeutschen Zeitung treten sollte, die, so schrieb er, ihre Leser durch Qualität, nicht durch ein Zwangsabonnentensystem gewinnen würde.⁴

¹Goebbels an Straßer 22.3.26. NS1 - 340 - 157f.

²NS1 - 340 - 196f.

³Otto Straßer an Goebbels 23.12.25. NS1 - 340 - 194.

⁴An Straßer 29.12.25. NS1 - 340 - 190ff. Ebenso an Otto Straßer NS1 - 341I - 56f.

Otto Straßer antwortete umgehend mit einem sechsseitigen Brief,¹ in dem er Goebbels' Bedenken zu zerstreuen suchte und u.a. erklärte, der Mitarbeiterstab solle etwa dem "Freundeskreis" entsprechen. Eine nationalsozialistische Wochenzeitung sei unbedingt notwendig, weil der Völkische Beobachter als Tageszeitung für die meisten Parteigenossen zu teuer sei. Otto Straßer drückte die Hoffnung aus, die Zeitung werde in der ganzen Partei gelesen werden, so daß sie die nationalsozialistische Wochenzeitung sein werde, so wie der Völkische Beobachter die Tageszeitung und der "Weltkampf"² die Monatsschrift seien.

Goebbels und Gregor Straßer einigten sich am 15. Jan. 1926 mündlich.³ Goebbels gab seine Pläne auf, so daß Straßers Vorhaben nichts mehr im Wege stand. Nur die Zustimmung der Arbeitsgemeinschaft stand noch aus. Sie sollte auf der nächsten Tagung am 24. Jan. 1926 eingeholt werden.

Die Programmdiskussion

Noch wichtiger als die Zeitungspläne der Arbeitsgemeinschaft war im Winter 1925/26 die Beratung über ein neues Parteiprogramm. Diese Beratung geschah ohne Erlaubnis Hitlers und auf eigene Initiative Straßers, denn Hitler widersetzte sich jeder Programmänderung. Er hatte im Juni 1925 erklärt, wenn man eine Idee verbreiten wolle, dürfe man es dem Einzelnen nicht erlauben, seine eigene Meinung zu verkünden, denn dann entstünde nur ein Gemengsel von Meinungen ohne jede Stoßkraft.⁴ Trotzdem bemühte sich die Arbeitsgemeinschaft nicht sonderlich, die Beratung des neuen Programms vor Hitler geheim zu halten, denn nach der Tagung vom 22. Nov. 1925 wurde in den Nationalsozialistischen Briefen offen berichtet, daß Gregor Straßer einen neuen Programm-entwurf ausgearbeitet habe, der beraten werden solle.

¹ NS1 - 341I - 47ff.

² Hs. von Rosenberg.

³ Tgb 16.1.26. S.54.

⁴ Hitler in Plauen am 12.6.25. Abschrift im IZG: Pa88, Fasc. 59, Bl.4.,

Dieses Vorhaben war sicherlich sehr bedeutungsvoll, und die Stellung der Sozialisten wäre sehr gestärkt worden, wenn sie ein Programm hätten durchsetzen können, das ihren Vorstellungen entsprach. Dennoch wußte Straßer, daß ein Programm nicht entscheidend ist für das Wollen einer Partei.¹ Die Sozialisten hätten auch mit einem sozialistischen Programm noch nicht die Oberhand in der Partei gehabt. Aber es sollte sich zeigen, daß sich ein solches Programm nicht durchsetzen ließ, nicht einmal innerhalb der Arbeitsgemeinschaft.

Wer das Programm ausgearbeitet hat, das Gregor Straßer der Arbeitsgemeinschaft zur Diskussion vorlegte, läßt sich nicht mit letzter Sicherheit sagen. Herbert Blank, der erste Autor der Otto-Straßer-Überlieferung, behauptete, Gregor Straßer habe es ausgearbeitet.² Paul Straßer erklärte seinen Bruder Otto für den Verfasser.³ Kaufmann, Haase und v.Pfeffer waren geneigt, Otto den entscheidenden Anteil am Programm zuzuerkennen.⁴ Dieser selbst erklärte, Gregor habe es geschrieben und er habe ihm bei der Formulierung geholfen.⁵ Dies ist wahrscheinlich richtig. Hätte Otto Straßer den Entwurf alleine geschrieben, hätte er es vermutlich mitgeteilt, wäre Gregor der alleinige Verfasser, dann hätten Kaufmann, v.Pfeffer und Paul Straßer wohl kaum Otto Straßer den größten Anteil an der Entstehung des Programms zugeschrieben.

Straßers Programmentwurf⁶ war weitgehend ein Verfassungs-

¹ Straßer an Spengler 8.7.25. Spengler, Briefe 1913 - 36. S.397ff.

² Weigand von Miltenberg, Adolf Hitler - Wilhelm III. S.71.

³ Bernhard Straßer OSB, d.i. Paul Straßer, Gregor und Otto Straßer. O.O. o.J. Kulsheim 1954.

⁴ Mdl. und schr.Mitt.

⁵ Mdl. Mitt. an Bradley F. Smith. Hitler and the Strasser Challenge, 1925 to 1926. S.117. Schriftl.Mitt.Otto Straßer.

⁶ Reinhard Kühnl (Hr.), Zur Programmatik der nationalsozialistischen Linken: Das Strasser-Programm von 1925/26. Dokumentation. In: VfZ 14, 1966 S.317ff.

entwurf. An der Spitze des Staates sollte ein auf sieben Jahre gewählter, mit weitgehenden Befugnissen ausgestatteter Präsident stehen nach amerikanischem Vorbild. Die zweite wichtige Instanz sollte eine Reichsständekammer sein, eine aus indirekter Wahl hervorgegangene Vertretung der 5 Stände: Landwirtschaft, Industrie und Handel, Arbeiter, Beamte und Angestellte, freie Berufe. Den Präsidenten sollten Reichsständekammer und Nationalrat wählen. Der Nationalrat bestand im wesentlichen aus den Präsidenten der Landschaften (12 bis 14 Landschaften an Stelle der Reichsländer). Die Landschaftspräsidenten wurden vom Reichspräsidenten berufen. Die Befugnisse der Reichsständekammer waren beschränkt, immerhin hatte sie Informations-, Interpellations- und Initiativrechte, konnte Gesetze durch Wiederholung der Ablehnung nach einem Jahr zu Fall bringen und das Kabinett durch zwei Mißtrauensvota, zwischen denen ein Jahr liegen mußte, zum Rücktritt zwingen.

Das war ein sehr autoritärer Staatsaufbau. Fast alle Macht lag bei der Führung, beim Reichspräsidenten und dem von ihm berufenen Kabinett. Diese Macht wurde dadurch verstärkt, daß er auch die Präsidenten der Landschaften berief sowie 10 Mitglieder der Reichsständekammer. Auch diese war durch indirekte Wahl noch einmal gegen direkte demokratische Einflüsse abgeschirmt. Der ganze Entwurf zeigte gläubiges Vertrauen zur Staatsführung und Ablehnung der Parteienherrschaft, eine Haltung, die der größte Teil des Bürgertums in der Weimarer Republik teilte. Dennoch fehlten die demokratischen Elemente nicht ganz. Sie lagen im Parlament, das aus den Berufsständen gebildet wurde. Nur übersahen Straßer und die zahlreichen Anhänger einer berufsständischen Ordnung, daß der Egoismus der Berufsstände den der Parteien noch überbieten würde, daß die Interessenkämpfe und die Verhandlungen hinter den Kulissen ausschließlich die Politik bestimmen würden und daß die Verbandsbürokratie noch fester wäre als die Parteibürokratie. Innenpolitik wäre nur noch Verwaltung und Interessenkampf gewesen.

Um privatwirtschaftliches und allgemeines Interesse zu verbinden, sah Straßers Entwurf vor, alle Betriebe von 20 Beschäftigten an in Aktiengesellschaften umzuwandeln. Je nach Wichtigkeit der Betriebe sollten 49 oder 51% der Aktien an die Allgemeinheit überführt werden, und zwar 30% an das Reich, 10% an die Belegschaft und der Rest an Landschaft und Gemeinden.

10% der Aktien für die Belegschaft - darauf beschränkte sich Straßers Sozialismus. Das zeigt, wie wenig die Sozialisten der NSDAP wirklich unter Sozialismus verstanden. Dabei war Straßer, wie wir erklärt haben, einer der ernstesten und überzeugtesten Sozialisten in der Partei und ihr Wortführer. Aber nur Nuancen trennten seinen Sozialismus von den Auffassungen Hitlers. Innerhalb der NSDAP erschienen sie freilich groß und waren und blieben wichtig.

Kleinere Betriebe wollte Straßer zu Zwangsinnungen zusammenfassen - eine dieser romantischen, aus der Abneigung gegen die Moderne geborenen, mittelalterlichen Reminiszenzen, ebenso wie die Umwandlung des landwirtschaftlichen Besitzes in Erblehen. Betriebe über 1000 Morgen sollten aufgesiedelt werden. Freier Verkauf von landwirtschaftlichen Erzeugnissen wurde verboten, der Handel über Genossenschaften abgewickelt.

Daß Straßer den Geldverkehr durch weitgehende Naturalentlohnung für Beamte und Naturalabgaben der Bauern an den Staat einschränken wollte, ist ein weiteres Beispiel für ein mittelalterliches Wirtschaftsideal.

In dieselbe Richtung wies seine Forderung, möglichst germanisches Recht wieder einzuführen.

Die Juden sollten wie im offiziellen Parteiprogramm das deutsche Staatsbürgerrecht verlieren und zu Ausländern erklärt werden.

Bemerkenswert ist, daß den christlichen Konfessionen aus-

drücklich der Schutz des Staates zugesichert wurde und die Konfessionsschulen, wenn auch eingeschränkt, erhalten blieben.

Die freie Presse wurde durch Entzug der Anzeigen geschädigt, aber nicht aufgehoben.

Auf außenpolitischem Gebiet forderte Straßer die Vereinigung aller Deutschen in einem Reich, also Wiederherstellung der Grenzen von 1914 unter Einbeziehung von Österreich mit Südtirol und dem Sudetengau. Das Deutsche Reich sollte ein mittelafrikanisches Kolonialreich erhalten. Am überraschendsten war seine Forderung, die Vereinigten Staaten von Europa zu schaffen, und wenn das nicht zu erreichen sein sollte, wenigstens einen Zollverband herzustellen.

Dies war der eigentümlichste Punkt seines Programmes. Alle anderen Forderungen entsprachen verbreiteten Vorstellungen in der Partei. Die Vereinigung aller Deutschen war eine alte völkische Forderung, ein berufsständischer, autoritärer Staatsaufbau das allgemeine Ideal der Rechten, auch in der NSDAP. Anklänge daran zeigte Punkt 25 des offiziellen Programms. Der Gedanke des Erblehens wurde häufig geäußert. Weithin war man in der NSDAP der Meinung, daß bei Wahrung der Einzelinitiative die Allgemeinheit stärker an der Produktion beteiligt werden müsse.

Bemerkenswert am Straßer-Programm war deshalb nur die Propagierung der Vereinigten Staaten von Europa und die Schwäche der sozialistischen Vorstellungen. Dieses Programm war zwar ausführlicher und durchdachter als die fast willkürlich zusammengestellten 25-Punkte, aber sachlich war der Unterschied nicht sehr groß.

Die Bedeutung des Straßer-Programms lag weniger im Inhaltlichen, als vielmehr darin, daß es Straßers Bemühungen um eine Verfassung zeigt. Wer eine Willkürherrschaft errichten will, braucht sich nicht um eine Verfassung zu kümmern.

Straßer wollte den Führer des Staates an Normen binden. Einen obrigkeitlich-autoritären Rechtsstaat kann man das nennen, was ihm vorschwebte.

Diesen Programmentwurf schickte Straßer am 2. Dez. 1925 in 30 Exemplaren¹ nach Elberfeld, wo er noch korrigiert werden sollte.² Otto Straßer verzögerte die Versendung des Programms an die Gauleiter.³ Er schlug vor, es nur an den "Freundeskreis" zu schicken, damit die Beratung der Parteiführung gegenüber unverbindlicher und weniger offiziell erscheine.⁴ Gregor Straßer hielt es für ausreichend, wenn der Programmentwurf "vertraulich" versandt würde, denn dann könne man der Parteileitung gegenüber von einem "Versuch bzw. informatorischer Arbeit" sprechen.⁵ Am 11. Dez. 1925 wurde der Entwurf abgeschickt⁶ mit der Aufforderung, bis zum 10. Jan. 1926 dazu Stellung zu nehmen, damit die programmatischen Fragen am 24. Jan. 1926 in Hannover "endgültig" geklärt werden könnten.⁷

Das Programm wurde an die Gauleiter der Arbeitsgemeinschaft geschickt. Statt Ley und Rust bekamen es ihre Vertreter Haake und Dincklage. Außerdem erhielten Otto Straßer, Brückner (Schlesien), der Führer der österreichischen Nationalsozialisten Karl Schulz, Alfred Rosenberg als Verbündeter Straßers gegen die Esser-Streicher-Gruppe und Ludendorff als ehemaliger Führer der Völkischen den Straßer-Entwurf.⁸ Gauleiter Munder, Stuttgart, der um einen Entwurf gebeten hatte,⁹ hat anscheinend keinen bekommen.

¹Ersichtlich aus NS1 - 340 - 258.

²NS1 - 338I - 190.

³Otto Straßer an Goebbels 7.12.25. NS1 - 340 - 281.

⁴Gregor Straßer an Goebbels NS1 - 340 - 203.

⁵Gregor Straßer an Goebbels NS1 - 340 - 203.

⁶Goebbels an Straßer NS1 - 340 - 200f.

⁷Rundschreiben der Arbeitsgemeinschaft 11.12.26. NS1 - 340-289

⁸Empfängerliste NS1 - 340 - 258. Vielleicht ist diese Liste nicht ganz zuverlässig, denn Gauleiter Hildebrand (Mecklenburg) behauptete später, er habe keinen Entwurf bekommen (5.2.25.) NS1 - 340 - 235.). Vielleicht wollte er ihn aber nur mit dieser Ausrede zurückbehalten.

⁹Straßer an Goebbels NS1 - 340 - 198.

Von den Gauen gingen die Programme z.T. an andere Parteigenossen weiter. Im Gau Rheinland-Nord bekam ein Mitglied aus Kleve den Entwurf zugesandt,¹ im Gau Hannover erhielten die Bezirksführer Kerrel² und Elsner v. Gronow den Entwurf, im Gau Hannover-Süd u.a. ein Parteigenosse Brändel.³

Goebbels und Kaufmann sollten einen weiteren Programmentwurf ausarbeiten, so war am 22. Nov. in Hannover beschlossen worden.⁴ Offensichtlich war jedoch nur Goebbels daran beteiligt. Er nahm seine Arbeit sehr ernst und schrieb ein umfangreiches Programm (eine Zeitlang diktierte er täglich 10 Seiten in die Maschine⁵), so daß er in Zeitnot kam⁶ und seinen Entwurf nicht mehr wie ursprünglich vorgesehen bis zum 15. Dez. 1925 fertigstellte. Er beabsichtigte schließlich, ihn am 24. Jan. 1926 in Hannover vorzulesen. Entsprechend benachrichtigte er die Gauleiter der Arbeitsgemeinschaft, außerdem Munder und Wagner (Württemberg und Baden) sowie Gottfried Feder.⁷ Am 6. Jan. 1926 hatte Goebbels seinen Entwurf nach "vielen Mühen und Arbeiten" ausgearbeitet.⁸ Er hatte zum Schluß die "ganze Materie" in 24 grundsätzliche Forderungen zusammengefaßt und erwartete einen scharfen Kampf mit der Arbeitsgemeinschaft. Da er aber alle Einwände schon im Voraus durchdacht hatte, glaubte er, man werde ihm nichts Ernsthaftes entgegenhalten können.⁸

¹NS1 - 340 - 258.

²Hann 310I A6.

³Hann 310I #5.

⁴NS-Briefe Nr. 5, 1.12.25. Siehe Anhang.

⁵Tgb 18.12.25. S.49.

⁶Goebbels an Straßer 16.12.25. NS1 - 340 - 202.

⁷Am 5.1.26. NS1 - 340 - 255.

⁸Tgb S. 52.

Sehr geheim war die Programmberatung nicht, wie wir festgestellt haben, weil sie in den "Briefen" bekannt gemacht worden war und zahlreiche Parteigenossen Entwürfe bekommen hatten, u.a. Rosenberg. Dennoch erschrak Straßer, als er hörte, daß Feder den Programmentwurf erhalten habe, über die Verbreitung ohne sein und Hitlers Wissen wütend sei und Hitler "scharfmachen" wolle.¹

Als Gegenmaßnahme schickte Straßer an Hitler einen Entwurf mit dem Bemerken, daß er, Straßer, lediglich die Ansichten verschiedener Parteigenossen als Unterlage für eine spätere definitive Programmfestsetzung sammeln wolle. Er als "inoffizielle Person" sei dazu besonders geeignet gewesen. Daß Feder etwas wußte, wollte Straßer nicht erwähnen. Goebbels schrieb an den Rand des Briefes "gut".²

Aber diese Taktik war wohl nicht die beste. Straßer begab sich damit auf die schiefe Bahn der Ausreden und Entschuldigungen. Es wäre vermutlich besser gewesen, wahrheitsgemäß zu erklären, die 25-Punkte würden für unzulänglich gehalten, über ein neues Programm werde die Arbeitsgemeinschaft in Kürze beraten und dieses Programm werde man dann Hitler zur Prüfung vorlegen. Statt dessen wollte Straßer in einem Rundschreiben die Unverbindlichkeit seines Entwurfes noch einmal unterstreichen.²

Gregor und Otto Straßer bedauerten jetzt, den Entwurf außerhalb des "Freundeskreises" verschickt zu haben.³

Straßer hatte betont, sein Programm sei nicht unfehlbar,⁴ und die Empfänger waren zur Stellungnahme aufgefordert worden. Deshalb wurden zahlreiche Ergänzungs- und Änderungsvorschläge angefertigt, u.a. von Kaufmann und

¹Jm. Dok. S.220. (NS1 - 340 - 256.)

²Ebd.

³An Goebbels NS1 - 340 - 256 und NS1 341I - 42.

⁴Gauleitung Hannover an Kerrl 14.12.25. Hann 310I A6.

Dr. Elbrechter,¹ von Rosikat (Breslau),² von den Gauleitern Schlange (Berlin)³ und Viereck (Halberstadt)⁴ sowie von Himmeler.⁵ Aufgefunden wurden 4 Denkschriften,⁶ die von Haase und v.Pfeffer und zwei unbekannten Parteigenossen stammen.

Alle vier sprachen sich heftig gegen Straßers Programm aus. Rosenberg hatte ebenfalls Bedenken.⁷ Auch andere Einsender scheinen es abgelehnt zu haben. Goebbels, der es selbst "mangelhaft" fand,⁸ schrieb an Straßer, manche Gauleiter seien ja unerhört mit dem Entwurf umgegangen, man müsse die Arbeitsgemeinschaft trennen.⁹

Von den vier aufgefundenen Denkschriften gegen das Straßer-Programm waren die beiden von Haase und v.Pfeffer wegen ihres prinzipiellen Standpunkts die wichtigsten. v.Pfeffer schrieb seine Denkschrift unter seinem Pseudonym "Frederik" und nannte sie "Zucht. Eine Forderung zum Programm".¹⁰ Er verbreitete sie verhältnismäßig weit und schickte sie u.a. auch Hitler, Ludendorff und Rosenberg.¹¹ Diese Denkschrift war die konsequenteste der vier.

v.Pfeffer warf Straßer vor, er huldige der "jüdisch-liberal-demokratisch-marxistisch-humanitären Grundauffassung", alle Menschen seien gleich.¹² v.Pfeffer führte dagegen

¹Mdl. Mitt. Kaufmann.

²NS1 - 339II - 312.

³NS1 - 340 - 177.

⁴NS1 - 341II - 28.

⁵NS1 - 341III - 185.

⁶NS26 - 896.

⁷Rosenberg, Letzte Aufzeichnungen. S.112.

⁸Tgb 18.12.25. S.49.

⁹11.1.26. NS1 - 341II - 184.

¹⁰NS26 - 896.

¹¹NS1 - 340 - 242.

¹²Zucht. S. 3.

Folgendes aus: Man muß davon ausgehen, daß alle Deutschen ungleich und ungleichwertig, d.h. von verschiedenem Nutzen für das deutsche Allgemeinwohl sind. Entsprechend ungleich müssen die Anteile an der Staatsmacht, an Besitz und Kultur verteilt werden. "Jedem das Seine!"¹ Da ein Volk sich dauernd verändere, erwerbe der einzelne weitere Macht- und Besitzanteile durch Leistung. Bei Versagen verliere er sie wieder. Jede Stabilisierung sei schädlich. Es sei die Aufgabe des Staates, die Hochwertigkeit zu vermehren und zu heben, die Unterwertigkeit zu vermindern. Das bedeute Menschenzüchtung nach den Prinzipien der Tierzucht. Dort wende man alle Sorgfalt den besten Tieren zu und vermehre sie. Die schlechten würden ausgemerzt, eine Hebung aller Tiere sei nicht möglich.

Die Aufgaben des "Dritten Reiches" seien deshalb folgende:

Feststellung des Wertes der einzelnen nach ihren Berufsleistungen, nach ihren körperlich-rassischen Voraussetzungen, nach geistig-moralisch-kulturellen Eigenschaften und nach ihren Erbanlagen, gemessen an Eltern und Großeltern.

Staffelung und Klassifizierung in zahlreiche Stufen.

Alle Macht, aller Besitz und aller lohnende Verdienst an die hochwertigsten $\frac{2}{3}$ der Bevölkerung bei scharfer Staffelung.

Vorkehrungen, daß sich nicht einige wenige aller Anteile bemächtigen können.

Sicherung starker vertikaler Mobilität (schneller Aufstieg, noch schnellerer Abstieg).

v. Pfeffer betonte, daß man von diesem Geist durchdrungen sein müsse, wenn man ein neues Programm schreibe. Von dieser Grundposition aus machte er Vorschläge, die in Landwirtschaft und Industrie den Besitz dem Wert des Inhabers entsprechend verteilen sollten. Insbesondere erwartete er vom freiwilligen Volksheer die Krönung der Auslese.

¹ Zucht. S.6.

Zum Schluß betonte v.Pfeffer, erst müsse man sich über das Ziel seines Wollens klar werden und dann die Möglichkeiten der Durchführung untersuchen, ehe man ein Programm formuliere. Zuletzt müsse man überlegen, welche Teile propagandistisch hervorgehoben werden könnten.

Die Denkschrift Haases¹ glich der v.Pfeffers in vielen Punkten. Haase kritisierte Straßers Vorstellungen als "national-liberal" und behauptete, Straßer wolle die Demokratie noch einmal fest verankern. Dagegen komme es darauf an, die Blutzusammensetzung des deutschen Volkes zu verbessern, eine neue völkische Oberschicht zu schaffen und gesunde Urzellen (Einzelmensch, Familie, Sippe) wiederherzustellen. Vom Kleinsten müsse man organisch aufbauen und dürfe nicht "schematisch amerikanische Muster wie eine Käseglocke auf unser so ungemein kompliziertes Volk stülpen".² Gleiche Rechte seien demokratisch, betonte Haase, der völkische Staat vergebe dagegen Vorrechte mit Sonderpflichten. Durch Züchtung, Siedlung und ähnliche Auslesemaßnahmen müsse ein neuer Adel geschaffen werden. Daneben sei eine Art Wehrbauernstand einzurichten, damit das deutsche Volk sich im kommenden Jahrtausend gegen Osten ausdehnen könne. (Straßer wurde Pazifismus vorgeworfen.) "Grenzen der Landnahme sind hierbei gar nicht zu setzen."³

Haase kritisierte im zweiten Teil seiner Denkschrift nahezu alle Einzelpunkte des Straßerschen Entwurfes. Fobke äußerte zu einem Göttinger Parteigenossen, Straßer habe "vollendeten Bockmist fabriziert".⁴

Diese Kritik war im einzelnen nicht so bedeutsam, weil Haases Grundlinie ebenso wie v.Pfeffers (beide tauschten ihre Denkschriften in mehreren Exemplaren miteinander aus)⁵ sowieso der Straßerschen Konzeption diametral entgegengerichtet

Der Nationalsozialismus. Göttinger Antwort auf die Denkschrift von Herrn Straßer. NS26 - 896.

²Ebd. S.2.

³Ebd. S.8.

⁴19.1.26. Hann 310I G5.

⁵NS1 - 341I - 254.

setzt war.

Straßer wollte dem Staat eine autoritäre Form geben und dabei auch soziale Absichten verwirklichen. Seiner Konzeption lag immer noch ein relativ egalitäres Prinzip zugrunde. Haases und v.Pfeffers Vorstellungen waren dagegen durch und durch aristokratisch und elitär. Im Vergleich mit ihnen stand selbst Hitler "links". Sie zeigten durch den Kontrast, daß Straßer innerhalb der Partei immer noch gemäßigt, demokratisch und sozial war.

Von den anderen beiden Denkschriften wandte sich die eine scharf gegen Einzelheiten von Straßers Landwirtschaftsprogramm,¹ weil es einen zu großen, bürokratischen Apparat erfordere, die andere kritisierte Straßers Sozialisierungspläne, weil sie zu mechanisch und äußerlich seien. Sozialismus sei das Treueverhältnis zwischen Führer und Gefolgschaft, also in erster Linie eine Frage der Erziehung.²

Wenn man diese vier Denkschriften in ihrer kompakten Ablehnung des Straßer-Programms betrachtet und sich vergegenwärtigt, daß auch der Sozialist Goebbels Straßers Entwurf "mangelhaft"³ nannte, dann wird deutlich, daß die Arbeitsgemeinschaft wohl das 25-Punkte-System ablehnen, aber sich ihrerseits nicht auf ein neues einigen konnte. Dazu war sie innerlich zu gespalten. Eine einheitlich sozialistisch gesinnte Gemeinschaft, wie die Literatur das behauptet, war sie eben nicht, sondern enthielt die Auffassungen und ideologischen Richtungen der NSDAP in ihrer ganzen Breite und Vielfalt.

Die Fürstenabfindung

Im Winter 1925/26 wurde die Frage der Fürstenvermögen

¹Elsner v.Gronow, Kurzer Umriß einiger Gedanken zur Agrarpolitik. NS26 - 896.

²Harnisch, Gedanken zur Wirtschafts- und Sozialpolitik. NS26 - 896.

³Tgb 18.12.25. S.49.

aktuell und zwang auch die NSDAP zur Stellungnahme. Einigen Nationalsozialisten ist das anscheinend unangenehm gewesen,¹ denn sie mußten sich zwischen der Unantastbarkeit des Privateigentums und dem propagierten Sozialismus entscheiden. An diesem Prüfstein mußte sich erweisen, wer sozialistisch dachte und welche Stellung die Partei in ihrer Gesamtheit einnahm.

In einzelnen Reichsländern war diese Frage schon vorher akut gewesen. So war in Braunschweig am 17. Okt. 1925 ein Vergleich mit dem Herzogshaus gebilligt worden,² bei dem sich der einzige nationalsozialistische Abgeordnete, ein Lehrer Riese, der Stimme enthielt, obwohl ihm die Gauleitung befohlen hatte, mit "Nein", d.h. gegen die Fürsten, zu stimmen. Der Abgeordnete wurde daraufhin - wie berichtet - aus der NSDAP ausgeschlossen.³ Diese Maßnahme sollte nicht nur die Disziplin der Anhänger bewahren helfen, sondern auch dazu dienen, vor den Arbeitern als überzeugte Sozialisten zu erscheinen. Die erste Reaktion der Unterführer bei der Stimmenthaltung Rieses war nämlich die Sorge vor den Vorwürfen der Arbeiterparteien.⁴ Obwohl der Ausschluß Rieses durch die Hannoveraner Gauleitung konsequent sozialistisch erschien, war er doch in erster Linie von taktischen Erwägungen bestimmt.

Anfang Dezember 1925 wurde die Frage der Fürstenvermögen für das ganze Reichsgebiet aktuell, weil im Reichstag die Kommunisten die entschädigungslose Enteignung der Fürsten forderten, während die Demokraten und Sozialdemokraten die Regelung durch Landesgesetz befürworteten. (Vorher wurden die Fürstenvermögen privatrechtlich behandelt.)

Mitte Dezember schrieb Otto Straßer einen Artikel zur

¹Mdl. Mitt. v. Pfeffers.

²Deutscher Geschichtskalender. 41.Jg. Abt.A. II. S.310f.

³Hann 310I A6.

⁴Homann an Dincklage 20.10.25. Hann 310I A6.

Fürstenabfindung für die Nationalsozialistischen Briefe,¹ den Goebbels ganz "famos" fand.² Otto Straßer wandte sich äußerst scharf gegen jede Abfindung und gegen jeden Vergleich, indem er wie die Kommunisten und Sozialdemokraten auf die Notlage des Volkes und das Elend der Kriegshinterbliebenen und -beschädigten hinwies. Das juristische Recht sei kein Maßstab, es habe sich als größtes Unrecht erwiesen. Statt dessen müsse gelten: "Gemeinnutz vor Eigennutz!" Gleichzeitig warf Otto Straßer den Sozialdemokraten Doppeltzungigkeit vor und wies darauf hin, sie hätten in früheren Jahren die Enteignung abgelehnt.

Otto Straßer schlug in dem Begleitschreiben zu seinem Artikel vor, eine Diskussion über diese Frage in den "Briefen" möglichst zu vermeiden, so daß sein Standpunkt, der auch von seinem Bruder geteilt werde, gleichsam offiziell als der der Arbeitsgemeinschaft erscheine. Er müsse unbedingt zur Auffassung der ganzen Partei gemacht werden.³ Das entsprach Goebbels' Anschauungen, denn er unterdrückte einen Aufsatz v. Pfeffers, der sich offenbar für die Fürsten eingesetzt hatte.⁴

Aber daß der sozialistische Standpunkt Otto Straßers als einziger in den "Briefen" zu Wort kam, genügte nicht, ihn in der Arbeitsgemeinschaft durchzusetzen. Als die Frage der Fürstenvermögen auf der Hannoveraner Tagung am 24. Jan. 1926 beraten wurde, kamen auch die Enteignungsgegner zu Wort und bestimmten die Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft mit.

¹Ulrich von Hutten, d.i. Otto Straßer, Wir und die Fürstenabfindung. In: NS-Briefe Nr. 6, 15.12.25.

²An G. Straßer 11.12.25. NS1 - 340 - 200f.

³NS1 - 340 - 281.

⁴v. Pfeffer an Goebbels 1.2.26. NS1 - 399I - 279.

Die 2. Hannoveraner Konferenz

Vorbemerkungen

Die Tagung, die am 24. Jan. 1926 in Hannover stattfand, wurde der Höhepunkt im Wirken der Arbeitsgemeinschaft und bezeichnet den Augenblick der größten Selbständigkeit, den Nationalsozialisten jemals gegenüber Hitler gewonnen haben. Diese Konferenz zeigt, wie weit einmal in der Geschichte der NSDAP Flügelbildung möglich gewesen ist. Ihrer Bedeutung gemäß ist die Konferenz in der Literatur über den Nationalsozialismus immer wieder erwähnt,¹ wenn auch fast immer unter falschem Datum und in Unkenntnis der Quellen. Otto Straßer und die von ihm beeinflussten Berichte unterstrichen immer wieder die Bedeutung dieser Konferenz. v.Pfeffer erklärte, sie sei 1925/26 das "weitau wichtigste Ereignis" gewesen, eine "historisch entscheidende Tagung".²

Einladungen und Teilnehmer

Die Einladungen für die Konferenz wurden am 14. Jan. 1926 verschickt³ und gingen an die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft und die Gauführer Brückner (Schlesien), Munder (Württemberg) und Wagner (Baden). Auch Himmler wurde eingeladen, der damals Straßers Geschäftsführer in Landshut war. Um die Fahrtkosten zu sparen, wollte Himmler im Gau Hannover reden. Straßer empfahl ihn, und der Gau Hannover erklärte sich einverstanden, trotzdem zerschlug sich das Vorhaben im letzten Moment.⁴ Am 15. Januar 1926 wurde Rudolf Jung aus Troppau eingeladen;⁵ drei Tage später, also

¹ Z.B. Bullock S.132f., Görlitz/Quint S.256, Heiber, Goebbels. S.51f.

² Marginalien in seinem Exemplar des Goebbels-Tagebuches.

³ NS1 - 340 - 264.

⁴ NS1 - 338I - 190; NS1 - 341II - 187; NS1 - 339I - 88; Hann 310I All.

⁵ NS1 - 340 - 264.

vier Tage nach den übrigen Einladungen, auch Otto Straßer,¹ dessen Anwesenheit ursprünglich offenbar nicht vorgesehen war und wohl nur wegen der Pressepläne nötig erschien. Es war die einzige Konferenz der Arbeitsgemeinschaft, an der Otto Straßer teilnahm.

Es wollten noch mehr Parteigenossen an der Tagung teilnehmen, aber Raumschwierigkeiten und die "Gefahr endlosen Palavers" ließen weitere Einladungen nicht zu.²

Eine Tagesordnung war zwar von Fobke gewünscht³ und von Goebbels angekündigt worden,⁴ wurde aber wohl erst am Tage vorher ohne viel Vorbereitung aufgestellt, denn Straßer hielt das für ausreichend.⁵

Am Vorabend der Konferenz begegneten sich Goebbels und Ludendorff in Hannover.⁶ Seine Erwähnung im Tagebuch konnte zu der Auffassung führen, er habe an der Gauleitertagung teilgenommen.⁷ Ludendorff befand sich jedoch wegen gleichzeitiger Versammlungen des Verbandes "Hindenburg" und des "Deutschvölkischen Offiziersbundes" in Hannover.⁸

Die Nationalsozialisten trafen sich schon am Samstag, dem 23. Januar 1926, denn sie hatten ein zwangloses Beisammensein im Restaurant "Hubertus" vereinbart.⁹

Am anderen Morgen begann die Konferenz um 8 Uhr im Hause von Rust, Waldhauser Str. 11. Wer alles versammelt war,

¹NS1 - 340 - 264.

²Goebbels an Lohse 22.12.25. NS1 - 341I - 3.

³Fobke an Goebbels 1.12.25. NS1 - 341I - 253.

⁴Rundschreiben der Arbeitsgemeinschaft 11.12.25. NS1-340-289.

⁵An Goebbels NS1 - 340 - 180.

⁶Tgb 25.1.26. S.55.

⁷Bradley F. Smith S.60.

⁸Programm in: Hann 310I All.

⁹Einladung Dincklage Hann 310I All.

läßt sich nicht genau ermitteln, denn die Anwesenheitsliste ist nur unvollständig erhalten.¹ Danach nahmen an der Konferenz teil: Gregor Straßer, Otto Straßer, Goebbels, die Gauleiter Kaufmann, Vahlen, Hildebrand, Viereck, Schlange, Lohse, Ley, Klant, Telschow, außerdem Elbrechter, Haake, Fobke, Elsner v. Gronow und Klagges². Anwesend waren auch v. Pfeffer³, Haase¹⁰, Brückner⁴, Rust als Gastgeber und vermutlich Uhlendorf aus Göttingen⁵. Von anderen Nationalsozialisten bleibt es ungewiß, ob sie an der Tagung teilnahmen, so von Schultz, dem Gauleiter von Hessen-Nassau-Nord, und von Dincklage. Von den Eingeladenen erschienen nicht Himmler und Rudolf Jung, wahrscheinlich auch nicht Munder und Wagner, da ihre Anwesenheit wohl im Goebbelsschen Tagebuch oder von Otto Straßer als besonders bedeutend festgehalten worden wäre. Otto Straßer hat in seinen Büchern einige Parteigenossen als Teilnehmer erwähnt, die sicher nicht dabei waren, nämlich Rosikat⁶, Koch und Lutze⁷, von anderen (Holtz⁸ und Kerrl) bleibt es ungewiß.

Feders Erscheinen

Außerdem erschien uneingeladen Feder zur Konferenz. Sein Erscheinen war ein Affront gegen Straßer⁹, denn Feder wirkte - oder erklärte sich - als Beauftragter der Parteileitung. Die Arbeitsgemeinschaft war nicht mehr unter

¹ NS1 - 340 - 249ff.

² Dietrich Klagges, geb. 1891. Programmatisch interessiert, damals Mittelschullehrer in Holstein. Später braunschweigischer Ministerpräsident.

³ Tgb 25.1.26. S. 55f.

⁴ Jm. Dok. S. 222.

⁵ Quartierbestellung Göttingen Hann 310I All.

⁶ Absage NS1 - 338I - 322.

⁷ Viktor Lutze, SA-Führer im Gau Rheinland-Nord, nach Röhm Stabschef der SA. Ihre Abwesenheit geht hervor aus Hann 310I All, Goebbels an Gau Hannover

⁸ Damals Berlin, später vorübergehend Gauleiter von Brandenburg

⁹ Mdl. Mitt. v. Pfeffer.

¹⁰ Sch. Mitt. Haase.

sich, und die Anwesenden mußten befürchten, daß er ihre Äußerungen nach München weiterleiten werde. Feders Ankunft wirkte anscheinend überraschend¹, auch auf Goebbels², obgleich dieser von Feders Absicht zu kommen unterrichtet war.³ Otto Straßer berichtete stets davon, man habe Feder beinahe nicht zur Konferenz zugelassen.⁴ Aber die nord-westdeutschen Gauleiter konnten ihn schlecht ausschließen, da doch mancher teilnahm, dessen Zugehörigkeit zur Arbeitsgemeinschaft zweifelhaft war, z.B. Elbrechter und Brückner. Die Arbeitsgemeinschaft konnte nicht gut exklusiv sein, ohne sich von der Partei zu trennen.

Die einzelnen Beratungen

Zunächst wurden auf der Konferenz einige "kleine Vorlagen"⁵ erledigt. Bei dieser Gelegenheit wurde vermutlich über den Austausch von Rednern gesprochen, wie Rust es gewünscht hatte.⁶

Bezüglich der "Vaterländischen Verbände" wurde der Beschluß der letzten Tagung wiederholt und jede Zusammenarbeit abgelehnt.⁷

Außerdem wurde beraten über den Wunsch weiterer Gauleiter, sich der Arbeitsgemeinschaft anzuschließen.⁸ Unter ihnen befand sich vermutlich Brückner, dessen Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft besonders eng war. Aber die Versammelten lehnten das ab, weil das nicht mehr in den Rahmen der gestellten Aufgabe passe, und prüften sogar die

¹ Otto-Straßer-Überlieferung und schr.Mitt. Haase.

² Tgb 25.1.26. S.55.

³ Feder an Goebbels 23.12.25. NS1 - 341I - 228.

⁴ z.B. Hitler und ich. S.112.

⁵ Tgb 25.1.26. S.55.

⁶ Rust an Goebbels 22.12.25. NS1 -340 - 265.

⁷ O. Straßer an Goebbels 26.1.26. Jm. Dok.S.221ff.
NS1 - 340 - 263.

⁸ Über diese Beratung und das Ergebnis: Rundschreiben der Arbeitsgemeinschaft 5.2.26. NS20 - 57 - 12.

Zugehörigkeit der bisherigen Grenzgaue Pommern, Mecklenburg, Berlin-Brandenburg, Hessen-Nassau und Rheinland-Süd. Sie kamen überein, daß Pommern und Mecklenburg aus der Arbeitsgemeinschaft ausscheiden sollten.

Die Gauleiter wußten, daß sich zwar einige wenige Gaue zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenschließen konnten, um Erfahrungen über organisatorische und propagandistische Arbeit auszutauschen, daß aber eine solche Arbeitsgemeinschaft nicht die Mehrzahl der Parteigaue umfassen durfte, wenn man einen Bruch mit der Parteiführung vermeiden wollte. Was die Arbeitsgemeinschaft Nord-West wirklich einte, nämlich die Hochschätzung Gregor Straßers und die Ablehnung der Esser-Streicher-Gruppe, war sowieso inoffiziell und konnte nicht öffentlich als Sinn der Arbeitsgemeinschaft proklamiert werden. Die nordwestdeutschen Gauleiter standen in dieser Frage - wie bei der Zulassung Feders zur Konferenz - vor einem Dilemma: sie mußten wählen, ob sie ihre eigenen Reihen verstärken oder ob sie sich loyal zur Parteiführung verhalten wollten. Es sollte sich auf dieser Konferenz zeigen, daß sich die Arbeitsgemeinschaft keineswegs einhellig für Letzteres entschied.

Weiterer Beratungspunkt war die Frage einer eigenen Presse. Hier stand der Plan der Brüder Straßer zur Debatte, ab 1. März 1926 im neuzugründenden "Kampf-Verlag" nationalsozialistische Wochenzeitungen herauszugeben. Mit Goebbels hatte sich Straßer am 15. Jan. schon geeinigt.¹ Der Plan wurde "einstimmig als dringende Notwendigkeit anerkannt und begrüßt",² nur gegen den vorgesehenen Namen "Der Nationale Sozialist" machte sich Widerspruch geltend,³ be-

¹Tgb 16.1.26. S. 54.

²Jm. Dok. S.221.

³Tgb 25.1.26. S.55.

sonders v. Pfeffer protestierte.¹ Er trat für "Nationalsozialist" ein,² denn "Nationaler Sozialist" klang offenbar sehr sozialistisch, was aber Straßer beabsichtigt hatte.³ Er betonte beim Erscheinen der Zeitung, ihr Name trage wie eine Fanfare den Kampfruf der Bewegung und den Inhalt der Idee in die deutschen Lande.⁴

Nach dem Zeitungsplan wurde eine gemeinsame Stellungnahme zur Frage der Fürstenabfindung besprochen. Die Sozialisten hatten eine Resolution ausgearbeitet, stießen jedoch auf entschiedenen Widerspruch, so daß ihr Entwurf abgeändert werden mußte,⁵ um wenigstens eine formale Übereinstimmung herzustellen. Einige Stellen der Resolution zeigten noch die ursprüngliche Enteignungsabsicht: Es hieß da, die Fürstenabfindung sei nicht nur eine rechtliche, sondern auch eine soziale Frage.

"Die ungeheure Notlage, in die das deutsche Volk... geraten ist, läßt es nicht zu, daß unter Berufung auf ein formales Recht hunderte von Millionen den ehemaligen Fürsten, die in ihrer übergroßen Mehrheit die völkischen Aufgaben Deutschlands nicht kannten oder förderten, bewilligt werden."⁶

Das klang eindeutig. Aber eine spätere Passage hob diese Absicht wieder auf. Sie lautete:

"Wir verlangen... für den Fall der Annahme des marxistischen Antrags auf entschädigungslose Enteignung der Fürstenhäuser auch die entschädigungslose Enteignung aller seit dem 1. August 1914 eingewanderten Ostjuden sowie die Einziehung sämtlicher seit dem 1. August 1914 eingetretenen Vermögensvergrößerungen unter besonderer Berücksichtigung der Bank- und Börsengewinne."⁶

¹Jm. Dok. S.221.

²Tgb 25.1.26. S.55.

³Mdl. Mitt. Kaufmann.

⁵Jm. Dok. S.221.

⁶Resolution der Arbeitsgemeinschaft Nordwest der N.S.D.A.P. zur Frage der Fürstenabfindung. In: NS-Briefe Nr.9, 1.2.26.

Das bedeutete Ablehnung der Fürstenenteignung, wenn nicht gleichzeitig die "Bank- und Börsenvermögen" beschnitten würden. Da das nicht ernstlich zu erwarten war, diente diese Forderung nur dazu, die Ablehnung der Fürstenenteignung propagandistisch zu verschleiern. Diese Taktik entsprach v.Pfeffers Intentionen.¹

So empfahl die Resolution als Ganze schließlich weder Ablehnung noch Unterstützung der Fürstenabfindung und wirkte konfus und nichtssagend, zumal ausdrücklich betont wurde, daß die Arbeitsgemeinschaft die Entscheidung der Parteizentrale keineswegs vorwegnehmen wolle.²

Das Hauptthema der Konferenz war nach Karl Kaufmann³ die Beratung über ein neues Parteiprogramm. Ein endgültiger Beschluß war sachlich kaum möglich, da nicht nur zwei vollständige Entwürfe vorlagen, von Straßer und von Goebbels⁴, sondern auch zahlreiche Denkschriften, Ergänzungen und Änderungen. Entsprechend kam es zu einem "endlosen Wust von Debatte"⁵. Offenbar ging es um die Grundfrage, ob das Straßer-Programm in seinen sozialistischen Grundlinien erhalten bleiben sollte oder nicht. Die Sozialisten standen den Nichtsozialisten gegenüber. Die Elberfelder, Brückner, Otto Straßer, der der radikalste war, und Rust in Wendung gegen Haase haben Gregor Straßer unterstützt; während Vahlen, v.Pfeffer, Ley und vor allem Feder ihn angriffen.⁶ Feder sprach "klug, aber stur dogmatisch".⁷ Wahrscheinlich verteidigte er das 25-Punkte-Programm,

¹Mdl. Mitt.v. Pfeffer.

²Resolution in: NS-Briefe Nr. 9, 1.2.26.

³Mdl. Mitt. Diesen Eindruck macht auch das Goebbelssche Tagebuch (S. 54ff.).

⁴Ob Goebbels seinen Entwurf wie geplant verlesen konnte, steht dahin. Das Tagebuch und andere Quellen sagen nichts darüber.

⁵Tgb 25.1.26. S.55.

⁶Mdl.Mitt. Kaufmann und schr. Mitt. Haase.

⁷Tgb 26.1.26. S. 55.

hatte er es doch selbst interpretiert¹ und damit, wie Hitler sich ausgedrückt hatte, den "Katechismus" der Bewegung² geschaffen. Aber Feder blieb vor allem persönlich isoliert.³ Ungünstig aufgenommen wurde besonders, daß er sich "von allen in der Hitze des Kampfes gesprochenen Unvorsichtigkeiten" Notizen machte.³

Eine weitgehende, auch von den Gegnern des Straßer-Programms⁴ geteilte Ablehnung des offiziellen Parteiprogramms konnte Feder nicht verhindern. Es nützte nichts, daß er feststellte, er sei der Seismograph der Bewegung und registriere Erdbeben.⁵

Bei dieser Programmdebatte kam auch die außenpolitische Orientierung und die Einschätzung Rußlands zur Sprache. Goebbels notierte darüber ins Tagebuch:

"Und dann Rußland. Maßlose Angriffe gegen mich. Während ich draußen eine Zigarette rauche. Und dann lege ich los. Rußland, Deutschland, Westkapital, Bolschewismus, ich spreche eine halbe, eine ganze Stunde. Alles lauscht in atemloser Spannung. Und dann stürmische Zustimmung. Wir haben gesiegt. Hier und da legt der eine oder der andere noch einen Aufwertungs- oder Aufordnungskaktus. Aber es fehlt ihm der rechte Mut. Schluß: Straßer schüttelt mir die Hand. Feder klein und häßlich. Punkt. Punkt."⁶

Aber Goebbels übertrieb seine Wirkung,⁷ denn er beendete die Diskussion nicht, wie die Erwähnung der "Aufwertungs- und Aufordnungskakteen" zeigt.⁸ Die Rassisten, wie v.Pfeffer und Haase, überließen den Sozialisten nicht das

¹Der Deutsche Staat auf nationaler und sozialer Grundlage. München 4.Aufl. 1924.

²Geleitwort Hitlers. Ebd..

³Jm. Dok. S.222.

⁴Z.B. v.Pfeffer (Mdl. Mitt.).

⁵Mdl.Mitt. Kaufmann.

⁶Tgb 25.1.26. S.56.

⁷v.Pfeffer behauptete sogar, die ganze Tagebucheintragung sei reine Phantasie. Aber v.Pfeffer unterschätzte Goebbels' Bedeutung überhaupt, außerdem bestätigte Kaufmann Goebbels' Rede.

⁸So auch mdl. Mitt. Kaufmann.

Feld und verhinderten die Annahme des Straßer-Programms.¹ Schließlich machte sich allgemeiner Überdruß über die Programmdiskussion bemerkbar,² und in dieser Situation kam es wieder zu einer formalen Einigung. Es wurde beschlossen, die Beratung im kleineren Kreise unter Leitung von Gregor Straßer fortzusetzen. Da eine Entscheidung nicht erzielt werden konnte, wurde sie vertagt.³ Wieder wurde erklärt, daß die Arbeitsgemeinschaft der Parteileitung die letzte Entscheidung überlassen wolle. Auch dem offiziellen Parteiprogramm wurde Reverenz erwiesen. Die Resolution lautete:

"In der Erkenntnis, daß die richtunggebenden allgemeinen Leitsätze der 25 Thesen vor allem im Hinblick auf die Durchschlagskraft der Propagandaarbeit für die sich zuspitzende pol. Situation der Ergänzung eines mehr ins Einzelne gehenden Aktionsprogramms bedürfen, übergibt die Tagung der Arbeitsgemeinschaft vom 24.I. in Hannover die von verschiedenen Parteigenossen eingereichten Anregungen einer Studienkommission unter Leitung des Parteigenossen Gregor Strasser zur Klärung und Bearbeitung, mit dem Auftrag, das gesichtete Material dann der Parteizentrale zur weiteren Verwertung zuzuleiten."⁴

Diese Resolution war nur der erste Absatz einer umfangreicheren Entschlieûung, die aber nicht mehr verlesen wurde.⁴

Auf dieser Hannoveraner Tagung kam es auch zu einer Dis-

¹Die Otto-Straßer-Überlieferung behauptete, das Straßer-Programm sei von allen außer Ley und Feder angenommen worden (Z.B. O.Straßer, Exil. S.40). Kaufmann erklärte, es sei im grundsätzlichen bejaht worden, wenn auch kein echter Beschluß zustande gekommen sei (mdl.Mitt.)v.Pfeffer behauptete, der Straßer-Entwurf sei einmütig abgelehnt worden (mdl.Mitt. und Zeugenschrifttum "v.Pfeffer" im IZG). Diese Aussagen sind ein Beispiel, wie sich die Erinnerungen ins Gewünschte ändern.

²Mdl. Mitt. v.Pfeffer.

³Jm. Dok. S.223 (NS1 - 340 - 262.).

⁴Jm. Dok. S.222 (NS1 - 340 - 263.). Die vollständige Entschlieûung fand sich nicht in den Akten.

⁵Reinhard Kühnl erklärt, das Straßer-Programm sei angenommen oder als Grundlage für weitere Beratungen angenommen worden (VfZ 14, 1966 S.317 und S.321). Das ist nicht richtig.

kussion über Hitler und seine Fähigkeiten als Führer.¹ Langgestaute Unzufriedenheit brauch sich Bahn. Die Gauleiter fragten sich, ob sie sich Hitler noch länger unterstellen sollten.² Alle Gauleiter hatten Einwände gegen Hitler. v.Pfeffer monierte Hitlers österreichische Herkunft und bemängelte, daß er Katholik war. Er sei ungebildet, habe die Esser-Streicher-Clique begünstigt und Ludendorff aus der Bewegung herausgedrängt.³ v.Pfeffer nahm vor allem Anstoß daran, daß Hitler kein Offizier gewesen sei, d.h. noch nie im Ernst und Kampf geführt und Verantwortung getragen habe. Bei seiner ersten Probe, dem Putsch 1923, habe er versagt.

Andere Gauführer werden an anderen Eigenschaften Hitlers Anstoß genommen haben: Die Sozialisten haben sicher einen klareren sozialistischen Kurs bei ihm gewünscht. Bestimmt

¹ Die Tatsache dieser Diskussion betonten entschieden Kaufmann und v.Pfeffer in mündlichen Mitteilungen. Daraufhin deutet auch das angebliche Goebbels-Wort vom Ausschluß des kleinen Bourgeois Hitler (Otto-Straßer-Überlieferung). Akten oder ähnliche Dokumente gibt es hierüber nicht. Daß eine solche Diskussion im Kreise der hohen Parteiführer möglich war, zeigt Krebs, Tendenzen und Gestalten der NSDAP., der mit Rust 1929 (S.227) und ähnlich mit Röver (S.225f.) eine solche Unterhaltung führte. Haase meinte allerdings, die Vorwürfe gegen Hitler seien erst auf der folgenden Tagung in Hannover laut geworden. (Schr. Mitt.Haase.). Wir glauben, daß Hitler auch auf der 3. Hannoveraner Tagung kritisiert worden ist, daß aber die große Auseinandersetzung über ihn am 24. Jan. 1926 stattfand, denn sonst könnte sich Kaufmann nicht daran erinnern, der an der folgenden Hannoveraner Konferenz nicht teilnahm. (Absage NSI - 340 - 168.)

² Mdl. Mitt. Kaufmann und v.Pfeffer. Dieser erklärte allerdings, die Gauführer seien bis zu dieser Tagung selbständig gewesen und hätten sich erst hier nach langer Diskussion und unter erheblichen Bedenken für Hitler entschieden.

³ Die allgemeine Ablehnung der "Clique" und die Verehrung Ludendorffs von einem Teil der Partei ist oben behandelt worden.

ist über seine Unentschlossenheit bei kleineren Entscheidungen gesprochen worden und über sein Desinteresse an der Parteiarbeit. Von den Göttinger Antiparlamentariern mag seine parlamentarische Taktik gerügt worden sein. Die Unzufriedenheit mit ihm und besonders mit seiner Umgebung war allgemein, so daß die radikalsten (Otto Straßer und die Elberfelder)¹ zum Bruch mit Hitler bereit waren.²

¹Mdl. Mitt. Kaufmann.

²Kaufmann erklärte, sie seien zum Bruch bereit gewesen (Mdl. Mitt.). Das ist auch die Tendenz der Otto-Straßer-Überlieferung. Da auch v. Pfeffer die schweren Bedenken gegen Hitler betonte und die Entscheidung für den Parteiführer keineswegs als Selbstverständlichkeit hinstellte, erscheint die Möglichkeit einer Parteispaltung nicht unglaublich. Ob allerdings die Elberfelder wirklich ernsthaft und mit ruhiger Überlegung diesen Schritt befürworteten, ist aus mehreren Gründen zweifelhaft: Goebbels' Tagebuch läßt niemals eine Spitze gegen Hitler erkennen, sondern nur die Absicht, ihn umzustimmen. (Z.B. 12.10.25 und 15.2.26 S.34 und S.61.) Als Hitler in Bamberg seine Meinung zur Fürstenabfindung, zum Sozialismus und zur Ostpolitik kund tat, war Goebbels entsetzt, d.h. überrascht. (Tgb 15.2.26. S.60.) Kaufmann schrieb wenig später an Straßer, die Arbeitsgemeinschaft wirke nicht nur im Interesse der Bewegung, sondern auch ihres Führers. (8.2.26. NSI - 338I - 155f. Siehe Anhang.)

Bei Kaufmanns Erinnerungen kann es sich darum handeln, daß er die damaligen Ereignisse so sieht, wie er sie heute sehen möchte. Diese Erscheinung haben wir bereits mehrfach beobachtet. Jedenfalls stimmten die Elberfelder dem weiteren Zusammengehen mit Hitler ohne größeren Widerstand zu. Es ist deshalb anzunehmen, daß sie nur in der Hitze des Gefechtes gegen den Parteiführer sprachen, ohne eine Trennung herbeiführen zu wollen, und daß sie sich nur gegen Hitler entschieden hätten, wenn die Mehrzahl der übrigen Parteiführer von sich aus dazu bereit gewesen wäre.

In diesen Zusammenhang gehört das angebliche Goebbels-Wort: "Unter diesen Umständen beantrage ich, daß der kleine Bourgeois Hitler aus der Nationalsozialistischen Partei ausgeschlossen wird."¹ Ob das Wort so gefallen ist, muß dahingestellt bleiben.² Karl Kaufmann konnte sich nicht an diesen Ausspruch erinnern, erklärte aber, der Sache nach habe Goebbels den Bruch mit München befürwortet.

Gregor Straßer, der zusammen mit Vahlen der Besonnenste war,³ mußte die Hitzköpfe beruhigen.⁴ Er erklärte, er wolle die Münchener Leitung reformieren.⁵ v.Pfeffer und Ley traten gleichfalls für Hitler ein, wenn auch wenigstens v.Pfeffer kein eingeschworener Hitler-Anhänger war,⁶ denn er hätte sich den übrigen Gauleitern angeschlossen, wenn sie sich einmütig für einen anderen Führer entschieden hätten.⁶ Aber wen hätte man statt Hitler wählen können?⁷ Es gab niemanden unter den völkischen Persönlichkeiten, der sich mit ihm vergleichen konnte. "Ein großer Trumpf war das Wort: 'Lieber einen Führer mit Mängeln als gar keinen.'"⁸ Hitler war eine starke Persönlichkeit und ein

¹Nach Otto Straßer, Hitler und ich. Konstanz 1948. S.113

²Helmut Heiber weist zwar darauf hin, daß auch Hans Hinkel, Mitarbeiter im "Kampf-Verlag", sich an dieses Wort erinnert habe, (Tgb S.56) aber die späte Erwähnung dieses Ausspruches in den Büchern der Otto-Straßer-Überlieferung macht recht skeptisch. (Zuerst 1940 in den fremdsprachigen Ausgaben von "Hitler und ich" sowie in Reed, "Nemesis?".)

³Mdl.Mitt. Kaufmann.

⁴Nach Otto Straßer, Kaufmann, v.Pfeffer.

⁵Mdl.Mitt. Kaufmann.

⁶Mdl. Mitt. v.Pfeffer.

⁷So argumentierte auch früher Lüdecke gegenüber Reventlow. Lüdecke, I knew Hitler. S.263.

⁸Zeugenschrifttum "v.Pfeffer" im IZG.

unbedingter Kämpfer. Er galt als Revolutionär, energisch, klug, tapfer, motorisch und furchtlos. Seine Rednergabe war schlechthin unübertroffen. Und die Norddeutschen hielten sich für Manns genug, die Fehler Hitlers ausgleichen zu können.

Dieser Gedankengang¹ setzte sich durch. Niemand erhob schließlich noch Einwände, und eine Trennung von München wurde abgelehnt.² Aber die Gauleiter beschlossen, sich einen stärkeren Einfluß in der Zentrale zu sichern,³ und zwar präzisierten sie ihren Willen dahingehend, daß erstens Straßer und daß zweitens ein Norddeutscher in die Parteileitung aufgenommen werden sollten und daß drittens die SA Hitlers Kommando entzogen werden sollte.⁴ Straßer sollte

¹ Nach mdl. Mitt. v. Pfeffers. Von Kaufmann im wesentlichen bestätigt. Ebenso dachte - wie erwähnt - Röhm, der sich über Hitler beklagte, aber hinzufügte, niemand sei vollkommen, Hitler habe seine großen Qualitäten, offenbar gebe es keinen besseren Führer. (Ludecke S.265).

² Mdl. Mitt. Kaufmann und v. Pfeffer.

³ Mdl. Mitt. Kaufmann.

⁴ Mdl. Mitt. v. Pfeffer. Während alle anderen mündlichen Mitteilungen entweder nur ergänzender Art waren oder von einem zweiten Zeugen bestätigt wurden, sind wir hier lediglich auf v. Pfeffers Mitteilung angewiesen. Kaufmann und Haase erinnerten sich nicht mehr an diese drei Forderungen. v. Pfeffer behielt sie anscheinend deshalb gut im Gedächtnis, weil ihn, den ehemaligen Offizier, die Rang- und Befehlsverhältnisse viel mehr interessierten als die Programmdiskussion. Außerdem ist er als Folge dieser Beschlüsse oberster SA-Führer geworden. Wir schenken ihm deshalb in diesem Punkt Glauben, zumal eine innere Wahrscheinlichkeit für seine Aussage spricht. Sie paßt zu den Verhältnissen und den Gedanken der Gauleiter 1925 und erklärt die Berufung Straßers und v. Pfeffers 1926 in die Parteileitung. Kaufmann stimmte dem zu, indem er sagte, es könne sich so verhalten haben, wie v. Pfeffer erzählte.

als Wortführer der Hannoveraner ihre Wünsche bei Hitler durchsetzen.¹

Nach der eigentlichen Konferenz² kamen Straßer und v. Pfeffer überein, daß es das beste sei, wenn v. Pfeffer als Norddeutscher und Preuße in die Parteileitung gehe und dort die Führung der SA übernehme.³ Straßer wollte das bei Hitler durchsetzen.³

Urteile von Teilnehmern nach der Konferenz

Die nordwestdeutschen Gauleiter verließen Hannover mit gemischten Gefühlen. Straßer mußte sich sagen, daß er in zwei Punkten Niederlagen erlitten hatte: er hatte sich weder bei der Programmberatung noch bei der Fürstenresolution durchsetzen können. Er war deswegen verstimmt.⁴ Sein Bruder Otto war wütend, wie er selbst schrieb,⁵ tröstete sich aber mit den erreichten, formalen Resolutionen und meinte, er habe, alles in allem, doch nicht das Gefühl eines vergeblichen Tages.⁵ Kaufmann meinte sogar, die Tagung sei über Erwarten gut verlaufen, das Erreichbare sei durchgesetzt und es sei zu hoffen, daß die Arbeit in "unserem Sinne", wenn auch langsam, weitergehen werde.⁶ Rust befürchtete aber anscheinend, daß die Beratungen über

¹So auch mdl.Mitt. Kaufmann.

²Goebbels hat Hannover verlassen, bevor die übrigen Gauleiter auseinander gingen. (Goebbels an Straßer 25.1.26. NS1- 340 - 171). Vielleicht hat er deshalb die Diskussion über Hitler und den Beschluß, Straßer und einen zweiten Norddeutschen in die Leitung zu senden, nur noch z.T. oder gar nicht miterlebt. Das würde erklären, warum sein Tagebuch darüber schweigt.

³Mdl.Mitt. v. Pfeffer.

⁴Rust an Straßer 5.2.26. Hann 310I A12.

⁵Jm. Dok. S.222 (NS1 - 340 - 263).

⁶An einen Ortsgruppenleiter 28.1.26. NS1 - 341III - 108.

ein neues Parteiprogramm gescheitert seien, und wollte deshalb ein zusammenfassendes Urteil über die Konferenz an die Teilnehmer und an Hitler schicken,¹ um "den weiteren Weg für programmatische Arbeit offen zu halten."⁴

Den Straßer-Entwurf forderte Goebbels in den ersten Februartagen von einigen Parteigenossen zurück,² da das Programm ja nur noch von einer "Studienkommission" beraten werden sollte.

Zusammenfassung

Die nordwestdeutschen Gauleiter waren in Hannover zusammengekommen, um ein neues Parteiprogramm zu beraten. Sie ahnten und wußten z.T., daß sie damit gegen den Willen ihrer Führung handelten. Sie hatten vor allem Hitler freimütig und heftig kritisiert und alle schwere Bedenken gegen ihn erhoben, so daß der Gedanke eines Bruches bei einigen von ihnen auftauchte, wenn auch sicher nur in der Hitze des Gefechtes. Die Arbeitsgemeinschaft hatte durchaus selbständig gehandelt und beschlossen, selbst in die Leitung einzudringen.

Aber weiter ging ihre Einigkeit nicht. In allen anderen Fragen war sie durch Uneinigkeit gelähmt, größere Aktionsfähigkeit war nicht zu erwarten.³ An Hitler hatte jeder etwas anderes auszusetzen. In der Programmfrage standen sich Sozialismus und Auslesegedanken unüberbrückbar gegenüber. Nicht einmal bei der Fürstenabfindung konnte eine klare Entscheidung erzielt werden.

¹ Dieses Schreiben hat Rust wohl wegen der Bamberger Konferenz nicht mehr fertiggestellt, denn es fand sich nicht bei den Akten.

² Z.B. von Dincklage 1.2.26. Hann 310I A11.

³ So Kaufmann an Straßer 8.2.26. NS1 - 338I - 158.

⁴ Rust an Straßer 5.2.26. Hann 310I A12.

In demokratischen Parteien hätte sich die jeweilige Mehrheit durchgesetzt. Aber die NSDAP lehnte solche parlamentarischen Gepflogenheiten ab, und sie wurden auch von den Parteigenossen nie gefordert, soweit wir gesehen haben. Deshalb mußte ganz automatisch die Parteiführung die Schiedsrichterrolle über die uneinigen Gauleiter behalten. Hinzu kam die starke Persönlichkeit Hitlers, die sich auf der Bamberger Konferenz überzeugend zeigen sollte.

Die Bamberger Konferenz

Motive für Bamberg

Hitler, dem ja Straßer seinen Entwurf geschickt hatte, war wütend über dieses Programm.¹ Besonders erregte ihn vermutlich die Tatsache der Programmberatung als solche,² denn er war fest davon überzeugt, daß programmatische Diskussionen die Stoßkraft der Idee schwächen müßten.³ Wichtiger war für Hitler vielleicht noch, daß seine Autorität in Hannover stark gelitten hatte. Er selbst war kritisiert, die Zusammensetzung der Parteileitung war beanstandet worden, die Einheit der Partei schien gefährdet, es fehlte an klaren Richtlinien, z.B. für die Fürstenabfindung. Wollte Hitler seine unangefochtene Führerstellung wiederherstellen, und die Einheit der Partei sichern,⁴ dann mußte er handeln. Seine Umgebung bestärkte ihn sicher bei diesem Vorsatz, Feder wollte seine Hannoveraner Niederlage wettmachen und an der Verbindlichkeit des Parteiprogramms festhalten.⁵ Die Münchener Parteileitung hatte die Arbeitsgemeinschaft schon immer mit scheelen Augen betrachtet.⁶ Jetzt empörte sie wahrscheinlich, daß Straßer

¹Tgb 6.2.26. S. 58.

²So mdl.Mitt. v. Pfeffer.

³Z.B. erklärte er das sehr entschieden in "Mein Kampf" S.513f.

⁴Das waren die beiden Hauptgründe für Hitler nach mdl.Mitt. Kaufmann und v.Pfeffer.

⁵Mdl.Mitt. Kaufmann.

⁶Straßer an Dincklage 9.10.25. Hann 310I A5.

und ein weiterer Norddeutscher in die Leitung kommen wollten. Das Straßer-Programm lehnten sie ebenfalls ab.¹ Hinzu mag eine Abneigung gegen das Norddeutsch-Preussische gekommen sein.² Esser und die "Clique" merkten vielleicht auch, daß sich die Tendenz der Arbeitsgemeinschaft zu einem großen Teil gegen sie richtete.

Befürchtungen und Erwartungen der Norddeutschen

Hitler handelte schnell. Am 4. Febr. 1926 berief er eine Tagung nach Bamberg für Sonntag, den 14. Febr. 1926, ein.³ Für einen Bewohner südlich des Mains liegt Bamberg auf der Grenze nach Norddeutschland, Hitler war deshalb sicherlich überzeugt, einen zentralen Ort gewählt zu haben. In der norddeutschen Tiefebene erscheint Bamberg jedoch schon als ausgesprochen süddeutsch. Die Gauleiter der Arbeitsgemeinschaft fanden darum die Lage des Ortes sehr ungünstig und die Anreise weit und teuer.⁴

Besonders Kaufmann war voller Befürchtungen, die er in einem langen Brief Straßer mitteilte:⁵ Die Wahl des Ortes, die, wie ihm schien, willkürlichen Einladungen irgendwelcher Führer (er selbst war nicht eingeladen worden, aber man glaubte in München, Gaebbels sei der Gauleiter) und die kurze Frist zwischen Einladung und Tagung machten seines Erachtens eine starke norddeutsche Vertretung unmöglich. Besorgt bat er, Straßer möge doch die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft auf die Wichtigkeit der Tagung hinweisen, einen gemeinsamen Aktionsplan ausarbeiten und als Sprecher der Truppe auftreten. Wenn man Fragen totschweige, die die Arbeitsgemeinschaft interessierten, müsse Straßer die Initiative ergreifen. Die geistige

¹Mdl. Mitt. Kaufmann.

²Mdl. Mitt. v. Pfeffer.

³Einladung für Rust Hann 310I A8.

⁴Viereck an Arbeitsgemeinschaft 6.2.26. NS1 - 338II - 209. Kaufmann an Straßer 8.2.26. NS1 - 338I - 155f. Otto-Straßer-Überlieferung.

⁵Siehe Anhang.

Mobilmachung sei jedenfalls unbedingt geboten, leider könne er selbst aus Geldmangel nicht kommen.

v.Pfeffer riet Straßer ab, überhaupt nach Bamberg zu gehen.¹ Er selbst fuhr auch nicht hin, indem er finanzielle Schwierigkeiten vorschob.² Das wäre für Straßer vielleicht auch das Klügste gewesen. Er hätte versuchen können, die Gauleiter zum Fernbleiben von Bamberg zu bewegen. Vielleicht wäre ihm das in Anbetracht der hohen Reisekosten auch weitgehend gelungen, und Hitlers Schlag wäre ins Leere gegangen. Aber das hätte bedeutet, einen Bruch mit Hitler zu riskieren, und dazu war Straßer anscheinend nicht bereit.

Goebbels war optimistischer. Seine Eintragungen in den letzten Tagen vor der Konferenz lauteten:³

"Nächsten Sonntag Bamberg. Hitler lädt ein.
Steh und ficht! Es kommt da die Entscheidung...

...Zusammenkunft mit Straßer. Wegen Bamberg.
Das wird ja ein liebliches Theater geben! 'Zum Kampf der Wagen und Gesänge...' Sing, Nachtigall Feder!...

Wir werden in Bamberg die spröde Schöne sein
und Hitler auf unser Terrain locken. In allen
Städten bemerke ich mit heller Freude, daß unser,
d.h. der sozialistische Geist marschiert. Kein
Mensch glaubt mehr an München. Elberfeld soll
das Mekka des deutschen Sozialismus werden...⁴

Nach Bamberg! Hoffentlich eine Etappe!..."

¹Mdl. Mitt. v. Pfeffer.

²Bouhler an v.Pfeffer 16.2.26. Samml.Sch. 203-81. Ebenso Viereck am 11.2.26 an Hitler (Samml.Sch.204). Auch Fobke blieb der Tagung anscheinend fern (Fobke an Heß 10.2.26. Samml.Sch. 202I.). Vgl. dagegen Tgb 22.2.26 S.61.

³Tgb ab 6,2,26. S.58f.

⁴Die Eintragung dieses Tages war auch sonst sehr optimistisch. Man kann sie kaum für Goebbels, gar nicht für die übrige Arbeitsgemeinschaft verallgemeinern, wie Heiber es tut. (Tgb S.59).

Rust begrüßte sogar den Schritt Hitlers. Er schrieb an Straßer, er freue sich, daß Hitler nach dem Ruder greife.¹

Straßers taktisches Konzept

Straßer selbst hatte erfahren, daß Feder bei Hitler offenbar auf der ganzen Linie gesiegt hatte.² Straßer beabsichtigte daher, sein Programm zurückzuziehen und zu erklären, er habe nur den Anstoß zur Klärung notwendiger Fragen geben wollen.² Er wollte also nicht seinen sozialistischen Programmwurf verteidigen, sondern lediglich die Diskussion in Gang halten. Vermutlich glaubte er, daß in Bamberg sein sozialistischer Kurs verurteilt würde, wenn darüber diskutiert würde. Deshalb wollte er Zeit gewinnen und die Tür für weitere Beratungen offenhalten, um seine Überzeugung unter günstigeren Umständen doch noch durchzusetzen.

Eine Tagesordnung war den eingeladenen Parteigenossen nicht bekannt.³ Straßer und Goebbels bemühten sich unabhängig darum, sich vor der Konferenz zu treffen, um eine taktische Route zu überlegen.⁴ Goebbels holte Straßer am Morgen der Konferenz um 6 Uhr 44 von der Bahn ab, wo dieser, von Plauen kommend, eintraf.⁵ Straßer war guten Mutes, mit Rust und Vahlen entwarfen sie einen "Schlachtplan".⁶

¹5.2.26. Hann 310I A12.

²Straßer an Rust 4.2.26. Hann 310I A11.

³Viereck an Arbeitsgemeinschaft 6.2.26. NS1 - 338II - 209.

⁴Straßer an Goebbels 11.2. und 13.2.26 NS1 - 340 - 172 u.174.
Hannover im Auftrage von Goebbels nach Bamberg 12.2.26
Hann 310I A12.

⁵NS1 - 340 - 172 und Tgb S.59f. (15.2.26).

⁶Tgb 15.2.26. S.60.

Hitlers Rede

An der Konferenz nahmen alle wichtigen Führer der NSDAP teil.¹ Goebbels nannte im Tagebuch² Straßer, Vahlen, Rust, Klant, Lohse, Schlange, Ernst (den Gauleiter von Halle-Merseburg), Ley und Haake. Von den Süddeutschen erwähnte er Streicher, Esser, Feder und Ziegler.³ Auch Rosenberg⁴ und Hildebrand⁵ waren anwesend.

Die Konferenz sollte um 11 Uhr vormittags im Gasthof "Stöhren", Langestraße 11 beginnen.⁶ Unter den etwa 60 bis 65 NSDAP-Führern⁵ blieb die Arbeitsgemeinschaft in der Minderzahl, da sie kaum durch ihre Gauleiter vertreten war. Hitlers Ankunft löste schon stürmischen Applaus aus.⁵ Nach einer Mittagspause begann die eigentliche Tagung um 12 Uhr 30.

Hitler hielt mit aller Überzeugungskraft, die ihm zur Verfügung stand, eine vierstündige Rede,⁷ in der er zunächst ausführlich seine außenpolitischen Ansichten erläuterte.⁸

¹Aber nicht Otto Straßer.

²Tgb 15. und 22.2.26. S.59ff.

³Dr. Hans Severus Ziegler, geb. 1893. Damals Stellvertreter Dinters in Thüringen, im Dritten Reich thüringischer Stattdirektor und Direktor des Weimarer Staatstheaters.

⁴Rosenberg, Letzte Aufzeichnungen, S.112.

⁵Polizeibericht über die Bamberger Konferenz NS26 - 1735. Abgedruckt von Bradley F. Smith, Hitler and the Strasser Challenge, 1925 to 1926. S. 131.

⁶Einladung an Rust Hann 310I A8.

⁷Das Goebbels-Tagebuch (15.2.26 S.60) spricht erst von einer zwei-, dann von einer vierstündigen Rede mit anschließend einer halben Stunde Diskussion. Goebbels wollte vermutlich denselben Stilzug benutzen wie bei: "Ich spreche eine halbe, eine ganze Stunde." (S.56) Der Polizeibericht erklärte, Hitler solle mit ganz kurzen Unterbrechungen ca.5 Stunden gesprochen haben. Reden dieser Länge sind nicht unmöglich.

⁸Der Bericht über Hitlers Rede (Die Bamberger Tagung. In: VB 25.2.26.) betonte die außenpolitischen Passagen und übergang die innerparteilichen.

Er erklärte, daß Frankreich der "nächste, unbedingtste Todfeind" Deutschlands sei und daß England als potentieller Bundesgenosse in Frage käme. Vor allem müsse man mit Italien zusammengehen, wobei man den Südtirolern leider nicht helfen könne. Ein Bündnis mit Rußland sei undenkbar und führe zur Bolschewisierung Deutschlands. Statt dessen müsse man an den deutschen Ostgrenzen Grund und Boden für das deutsche Volk gewinnen, damit dort die Rasse gesunden könne.

Bezüglich der Fürstenabfindung erklärte Hitler, es dürfe den Fürsten nichts gegeben werden, was ihnen nicht gehöre, und es dürfe ihnen nichts genommen werden, was ihnen gehöre, denn die NSDAP stehe auf dem Standpunkt des Rechts. Erst sollten die nichtdeutschen "Fürsten" des Geldes, der Börse, des Handels und der Wirtschaft enteignet werden, nur sei das leider in der Novemberrepublik nicht denkbar.¹

Bezüglich des Programms untersagte Hitler aufs schärfste jede weitere Diskussion. Die 25-Punkte seien unantastbar. Wer an ihnen rüttle, verrate die nationalsozialistische Weltanschauung. Sie müßten aufrecht erhalten bleiben wie die Dogmen der Religion.²

¹VB 25.2.26.

Diese Ausführungen widersprachen zwar der Überzeugung der Sozialisten, aber die Arbeitsgemeinschaft als Ganze hatte ähnlich entschieden. So forderten denn die Nationalsozialisten bei den kommenden Auseinandersetzungen die gleichzeitige Enteignung der "Bank- und Börsenfürsten" und lehnten das Volkbegehren für die entschädigungslose Enteignung der Fürstenhäuser und den anschließenden Volksentscheid ab.

Maßgebende Richtlinien im VB 13.3.26. Entsprechende Abstimmungen der Nationalsozialisten im Reichstag am 6.5.26. (Deutscher Geschichtskalender. 42.Jg. Abt.A. I. S.174ff.)

²Hinrich Lohse, Der Fall Straßer. Unveröffentlichtes Manuskript in der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg.

Goebbels' Reaktion

Diese Rede widersprach allen Überzeugungen von Goebbels. Er hatte sich nur einmal gegen Hitler gewandt, auf der Hannoveraner Tagung, und hatte gehofft, man könne Hitlers süddeutsche Umgebung beseitigen, um ihn zur sozialistischen Seite herüberzuziehen. Nun mußte Goebbels erleben, daß Hitler in allen Punkten anders dachte als er selbst. Sein Tagebuch spiegelte die Rede und den Verlauf der Konferenz folgendermaßen wider:

"Hitler redet. 2 Stunden. Ich bin wie geschlagen. Welch ein Hitler! Ein Reaktionär? Fabelhaft ungeschickt und unsicher. Russische Frage: vollkommen daneben. Italien und England naturgegebene Bundesgenossen. Grauenhaft! Unsere Aufgabe ist die Zertümmerung des Bolschewismus. Bolschewismus ist jüdische Mache! Wir müssen Rußland beerben! 180 Millionen!!! Fürstenabfindung! Recht muß Recht bleiben. Auch den Fürsten. Frage des Privateigentums nicht erschüttern! (sic!) Grauensvoll! Programm genügt! Zufrieden damit. Feder nickt. Ley nickt. Streicher nickt. Esser nickt. Es tut mir in der Seele weh, wenn ich Dich in der Gesellschaft seh!!! Kurze Diskussion. Strasser spricht. Stockend, zitternd, ungeschickt, der gute ehrliche Strasser, ach Gott, wie wenig sind wir diesen Schweinen da unten gewachsen! Eine halbe Stunde Diskussion nach einer vierstündigen Rede! Unsinn, du siegst! Ich kann kein Wort sagen! Ich bin wie vor den Kopf geschlagen."¹

Straßers Situation auf der Konferenz

Hitler hatte mit seiner Rede die Norddeutschen praktisch überfahren. Er scheint außerordentlich eindrucksvoll gesprochen zu haben. Kein Teilnehmer konnte sich der Wirkung dieser "sehr tief schürfenden" Rede entziehen, die "etwas von dem politischen, religiös anmutenden Fanatismus Hitlers ahnen ließ", wie Lohse sich später ausdrückte.²

¹Tgb 15.2.26. S.60. Das Sic und die Ausrufezeichen im Original.

²Hinrich Lohse, Der Fall Straßer. A.a.O. S.5.

Gregor Straßer war in übler Lage. Von der nächtlichen Bahnfahrt ermüdet,¹ hatte er vier Stunden lang der überzeugenden und mitreißenden Kraft einer Hitlerrede standhalten müssen. Die meisten Parteigenossen im Raume waren schon von vornherein für Hitler gewesen und nun aufs neue enthusiastisch begeistert. Straßers taktisches Konzept war wertlos geworden, die Tür zu weiteren Programmberatungen zugeschlagen. Was sollte Straßer tun? Er mußte entweder Hitler leidenschaftlich und fanatisch widersprechen und kein Jota von seinem Programm ablassen: das bedeutete den Bruch. Diese Möglichkeit hat Straßer wohl gesehen, denn Straßer soll Rosenberg während der Konferenz gesagt haben: "Ich müßte jetzt aus der Partei austreten, aber mit mir würden mehrere Gauleiter gehen, das kann ich also nicht tun."² Straßer blieb in der Partei, vielleicht aus Treueempfinden, vielleicht auch aus nüchterner Kräfteerwägung. Denn ihm wären sicher nur wenige gefolgt. Vielleicht die Elberfelder, die während der Hannoveraner Konferenz zu einem Bruch mit Hitler bereit waren,³ vielleicht noch der eine oder andere Gau- oder Bezirksführer. Aber das Gros der Arbeitsgemeinschaft war nicht so auf Straßer eingeschworen, daß sie ihm zu Liebe Hitler und die NSDAP verlassen hätten,⁴ zumal sie Hitlers Ausführungen z.T. zustimmten. Straßer wäre mit einer hoffnungslosen Splittergruppe allein geblieben.

So blieb ihm nur die andere Möglichkeit: sich beugen, die Niederlage in möglichst guter Form hinnehmen und darauf sinnen, sie wettzumachen. Diese Möglichkeit wählte Straßer. Sie schien auch aussichtsreicher, wenn er seine sozialistischen Gedanken eines Tages verwirklicht sehen wollte. Straßer wußte, daß die Gesinnung und der Geist einer Partei wichtiger waren als das Programm.⁵ Gesinnung und Geist konnte er zu formen versuchen.

¹Vgl. Karte Straßers an Goebbels NS1 - 340 - 172.

²Rosenberg, Letzte Aufzeichnungen . S.112.

³Mdl. Mitt. Kaufmann.

⁴Mdl. Mitt. v. Pfeffer.

⁵Straßer an Spengler 8.7.25. In: Spengler, Briefe 1913 - 36. S. 397ff.

Aus all diesen Gründen sprach Straßer nur "stockend, zitternd und ungeschickt"¹ in der Diskussion. Feder wandte sich scharf gegen Straßers Programm, wobei ihn Ley durch zustimmende Zwischenrufe unterstützte.² Die Debatte endete - nach dem Völkischen Beobachter - mit völliger Einigung. Hitler übertrug Feder auf dieser Konferenz die letzte Entscheidung über alle programmatische Fragen.³

Die Arbeitsgemeinschaft wurde offenbar nicht verboten,⁴ denn Goebbels hätte ein Verbot sicher im Tagebuch erwähnt, und aus den Akten geht es nicht hervor. Die Nationalsozialistischen Briefe erschienen weiterhin "im Auftrage der Arbeitsgemeinschaft".⁵

Goebbels' Verhalten

Goebbels selbst schwieg auf dieser Konferenz. Das legt nicht nur seine Tagebucheintragung nahe, sondern wird auch durch einen Brief Lohses vom 18. Febr. 1926 an Goebbels erhärtet, in dem er ihm Vorwürfe macht, weil er in Bamberg "kampflos das Feld geräumt" habe.⁶ Sicherlich hat Goebbels nicht für Hitler gesprochen, wie die Otto-Straßer-Überlieferung behauptet,⁷ die über Bamberg noch schlechter unterrichtet ist als über Hannover.⁸

¹Tgb 15.2.26. S.60.

²SchmMitt. Haase.

³Früheste Nachricht: Feder an Goebbels 26.2.26. NS1 - 338I - 60. und Feder, Das Programm der NSDAP. S.12.

⁴Anders Weigand von Miltenberg, Adolf Hitler - Wilhelm III. S.72. Danach u.a. Heiden, Geschichte des Nationalsozialismus. S.215 und Volz, Daten der Geschichte der NSDAP. S.22.

⁵Kopf der Zeitschrift.

⁶NS1 - 338I - 92.

⁷Zuerst Weigand von Miltenberg S.72f.

⁸Man vergleiche z.B. Otto Straßer, Hitler und ich. S.115ff. und Exil. S.41ff.

Goebbels' Enttäuschung über Hitler war echt. Er schrieb ins Tagebuch:

"Mir tut das Herz so weh!...Ich möchte weinen. Traurige Heimfahrt. Mit Haake und Dr. Ley. Ich sage kaum ein Wort. Eine grauenvolle Nacht! Wohl eine der größten Enttäuschungen meines Lebens. Ich glaube nicht mehr restlos an Hitler. Das ist das Furchtbare: mir ist der innere Halt genommen. Ich bin nur noch halb... Kaufmann. Ich möchte ihn umarmen. Wir reden uns aus... Das Resultat: Wir sind Sozialisten."¹

Hätte Goebbels in Bamberg seine "sozialistischen Freunde verraten", hätte ihm das Lohse vorgeworfen.² Vor allem hätten Streicher³, Buttman⁴ und Ziegler⁵ wohl kaum gegen Goebbels gehetzt, was noch einen längeren Briefwechsel zur Folge hatte.

Die Bedeutung der Bamberger Konferenz

Der Verlauf der Bamberger Konferenz ist einigen Parteigenossen damals nicht sehr bedeutsam erschienen. Kaufmann hatte den Eindruck, es sei nichts Entscheidendes passiert.⁶ v.Pfeffers Reaktion war eine gewisse Schadenfreude, weil Straßer gegen seinen Rat nach Bamberg gefahren war. Daß dort jede weitere Programmdiskussion untersagt wurde, hielt v.Pfeffer nicht für wichtig. Ausschlaggebend war seines Erachtens, daß die Beschlüsse der Hannoveraner Konferenz bestehen blieben, die die Aufnahme Straßers und eines weiteren Norddeutschen in die Parteileitung forderten.⁷

Aber die Konferenz war doch bedeutsam. Die Arbeitsgemeinschaft war entstanden, als die Parteileitung organisatorisch schwach war und schlecht arbeitete. Das offizielle

¹Tgb. 15.2.26. S.60.

²Lohse an Goebbels 18.2.26.. NS1 - 338I - 92.

³Goebbels an Streicher 18.2.26. in: Tgb S.61. Streicher an Goebbels NS1 - 333II - 28. Briefwechsel Heß - Rust in dieser Angelegenheit: Hann 310I A8.

⁴Tgb 22.2.26. S.61.

⁵Brief eines Erfurter Parteigenossen an Rust 8.3.26. Hann 310I A11 und Tgb 27.3.26. S.67.

⁶Mdl. Mitt. Kaufmann.

⁷Mdl. Mitt. v. Pfeffer.

Ziel der Arbeitsgemeinschaft war hauptsächlich, diese Schwäche durch nachbarliche Zusammenarbeit auszugleichen (Austausch von Rednern und Propagandamaterial, gemeinsame politische Stellungnahme u.ä.). Das war sehr schnell selbstverständlich geworden, so daß die Arbeitsgemeinschaft bald nur noch mit programmatischen Fragen (Programm, Fürstenteignung) beschäftigt war. Durch Hitlers diktatorische Entscheidungen verlor die Arbeitsgemeinschaft diese Aufgaben und damit ihren Sinn. Denn die Pressepläne ließen sich auch ohne engeren Zusammenschluß verwirklichen, und den Kampf gegen Esser und Streicher konnte Straßer alleine fortsetzen, wie sich zeigen sollte. So beendete die Bamberger Tagung die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft, obwohl ein eigentliches Verbot nicht ausgesprochen worden war. Damit war der einzige Ansatz zu einer organisatorisch verfestigten Flügelbildung in der NSDAP unterbunden und die Macht und der Einfluß Hitlers in dieser heterogenen Partei ungemein gefestigt.

Straßer, Goebbels und das Ende der Arbeitsgemeinschaft Nord-West

Die 3. Hannoveraner Konferenz

Am Tage nach der Bamberger Konferenz schickten Straßer, Lohse und Vahlen ein Telegramm an Goebbels mit den Worten: "Keine Übereilung".¹ Damit wollten sie offenbar verhindern, daß Goebbels aus Enttäuschung über Hitlers Haltung die Trennung von der Münchener Parteileitung proklamierte.² Das Telegramm zeigt, daß die Arbeitsgemeinschaft Goebbels einen solchen Schritt zutraute und daß sie ihn nicht mitmachen wollte. Aber Goebbels hat, wie aus dem Tagebuch hervorgeht, nicht daran gedacht und immer noch gehofft, man könne Hitler gewinnen, wenn man den Einfluß der süd-

¹Tgb 15.2.26. S.61. Das Original wurde nicht aufgefunden.

²So auch mdl. Mitt. v.Pfeffer.

deutschen "Lumpen" beseitige. Deshalb wollte er mit Kaufmann und Straßer zu Hitler gehen, um "eindringlichst" mit ihm zu reden".¹

Als Goebbels am Mittwoch Straßer traf, war der schon wieder gefaßt.² Vermutlich unterschätzte er ähnlich wie Kaufmann die Bedeutung der Bamberger Niederlage. Die Erneuerung des Programms war gescheitert, aber das schien nicht entscheidend zu sein, wenn nur der Geist der Partei sozialistisch wurde.

Um in diesem Sinne die Arbeitsgemeinschaft zu instruieren, lud Straßer sie für den kommenden Sonntag, den 21. Febr., zu einer "Beratung in allerwichtigster Angelegenheit" nach Hannover ein. Seine "persönliche Einladung" sollte vertraulich bleiben.³

Am 21. Febr. 1926 war die Arbeitsgemeinschaft anscheinend ziemlich vollzählig versammelt.⁴ Straßer sprach noch einmal über die Erlebnisse von Bamberg und beschwerte sich besonders über Hitler. Dieser könne einen ausgesprochen liebenswürdig und freundlich behandeln, obgleich er schon beschlossen habe, den Betreffenden fallenzulassen. Es kam zu einer langen Beratung mit dem Resultat, den Münchenern den "Pyrrhussieg" zu überlassen, aber in der Stille die eigene Position auszubauen, um dann erneut für den Sozialismus zu kämpfen. Goebbels bemerkte dazu: "Gut so." Lohse hatte opponiert, stimmte Straßer aber schließlich zu.

¹Tgb 15.2.26. S.61.

²Tgb 22.2.26. S.61.

³Einladung an Kaufmann Jm. Dok. S. 224 (NS1 - 340 - 257.).

⁴Dies und das Folgende: Tgb 22.2.26. S.62 und schr. Mitt. Haase.

Straßers "Gedanken über Aufgaben der Zukunft"

In dieser Absicht schrieb Gregor Straßer seine "Gedanken über Aufgaben der Zukunft"¹. Dieser Aufsatz war ein letzter Ausläufer der Programmdiskussion. Straßer erklärte, Gedanken, wie er sie äußere, seien "augenblicklich noch nicht" Gegenstand der Parteiarbeit.²

Es zeigte sich, daß Haase, v. Pfeffer und Ley den Urheber des Straßer-Programms mit ihren Argumenten tief beeindruckt hatten.

Im einzelnen erklärte er, es müsse zwar das gesamte alte Wirtschaftssystem vernichtet und durch ein neues ersetzt werden, aber vor allem müsse der Geist der Spekulation und Habgier, der Geist des Materialismus überwunden werden. "Gereizte Begehrlichkeit", schrieb er, "steigert nur immer die Ansprüche, gesteigerte Ansprüche verdoppeln die menschliche Sklaverei, die eine Sklaverei des Geistes ist, der an Stelle der Seele die Herrschaft angetreten hat über das Leben!... Es geht nicht um Mehrproduktion, ... sondern es geht um die Seelen der Menschen!"³ Diese Gedanken waren denen Leys sehr verwandt. Straßer fuhr fort, man müsse den Arbeitern natürlich Anteil am Gewinn, am Besitz und an der Leistung geben, aber gewertet werden muß nach der Verantwortung, die jemand trägt, und nach dem, was er leistet.

Besonders der Auslesegedanke hatte Straßer beeindruckt. Er verdamnte den liberalen "Irrwahn von der Gleichheit aller Menschen" und erklärte, wer am meisten für die Gemeinschaft leiste, müsse bevorzugt werden. So werde eine neue Führerschicht entstehen. Beeinflußt durch v. Pfeffer, wollte Straßer die Vorrechte an den Dienst im freiwilligen Volksheer knüpfen und die Frauen nach der Kinderzahl einstufen.

¹In: NS-Briefe Nr.18, 15.6.26; in: Freiheit und Brot. Ausgewählte Schriften und Reden eines Nationalsozialisten. Teil I; Idee. Berlin 1928. S.57ff. und in: Kampf um Deutschland. Reden und Aufsätze eines Nationalsozialisten. München 1932. S.129ff.

²Gedanken über Aufgaben der Zukunft. In: NS-Briefe Nr.18, 15.6.26.

³Ebd.

Seine Reformen sollten gekrönt werden durch einen neuen Geist. Da der Mensch von heute im Religiösen keinen Halt mehr finde und eine schreckliche "Relativität" um sich gegriffen habe, müsse man versuchen, den Menschen eine neue, innere Orientierung zu geben. Das lasse sich zwar kaum organisieren, aber man könne das Gefühl für Ehre und Pflicht wieder lebendig machen.¹

Dieser Aufsatz zeigte noch klarer als der Programmentwurf, wie wenig eigentlich Straßer von seinen Gegnern in der Partei trennte und daß man schon innerhalb der NSDAP stehen mußte, um diesen Unterschied als groß zu empfinden.

Der "Nationale Sozialist"

Der Propagierung sozialistischen Gedankengutes sollten die Wochenzeitungen dienen, die schon länger geplant worden waren. Die Zeitungen erschienen wie vorgesehen am 1. März 1926 im dazu gegründeten "Kampf-Verlag". Gregor Straßer war der Herausgeber. Leiter des "Kampf-Verlages" wurde praktisch Otto Straßer, der dadurch zum ersten Male in der Partei Bedeutung gewann, nachdem er vorher nur durch Artikel in den Nationalsozialistischen Briefen und im Völkischen Beobachter hervorgetreten war, und zwar mit Vorliebe unter dem Pseudonym Ulrich von Hutten. Otto Straßer blieb vorläufig weiterhin als Chemiker tätig.²

Es entstanden folgende Blätter: "Der nationale Sozialist für Rhein und Ruhr", "...für Westdeutschland", "... für Norddeutschland"; "... für die Ostmark" und "Die Berliner Arbeiterzeitung". Sie erschienen für die Gaue Rheinland-Nord und Westfalen; Rheinland-Süd; Hessen-Nassau-Nord und Göttingen; Lüneburg-Stade, Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg und Pommern; Schlesien, Ostpreußen und Grenzmark; Berlin, Brandenburg und für den Elbe-Havel-Gau.

¹Gedanken über Aufgaben der Zukunft. In: NS-Briefe Nr. 18, 15.6.26.

²Otto Straßer an Goebbels 8.5.26. NS1 - 342 - 184.

Im Gau Hannover erschien weiterhin der "Niedersächsische Beobachter", der mit dem "Nationalen Sozialisten" durch Artikeltausch eng verbunden war.¹ Im Laufe des Jahres 1926 dehnte sich die Kampf-Verlags-Presse auch nach Sachsen aus.

Die Arbeitsgemeinschaft warb sehr intensiv für diese Blätter.² Dadurch erreichten sie schnell eine befriedigende Auflagenhöhe. Schon im April 1926 gab es 3000 Abonennten (Straßer fand das so schön, daß er es fast nicht glauben konnte, wie er an Goebbels schrieb³), Mitte 1927 waren es knapp 8000.⁴ Damit trug sich die Zeitung etwa selbst.⁴

Die Gründung des Großgaus Ruhr

Am 6. und 7. März wurden die Gaue Rheinland-Nord und Westfalen zum Großgau Ruhr vereinigt. Dieser Plan war schon im Dezember 1925 gefaßt worden.⁵ Die Beteiligten versprachen sich davon eine Stärkung ihrer Position; Goebbels schrieb ins Tagebuch: "Dann haben wir einen Machtfaktor, der etwas bedeutet."⁵

Die Zustimmung der Parteileitung ist ebensowenig wie bei der Gründung des "Kampf-Verlages" eingeholt worden. Straßer benachrichtigte die Münchener Leitung von beiden Ereignissen erst am 5. März 1926.⁶

Die Vereinigung der beiden Gaue wurde feierlich als "Parteitag" angekündigt und begangen, obwohl der Völkische Beobachter erklärte, es handle sich nur um eine Gautagung

¹ Briefwechsel Otto und Gregor Straßer - Rust. Febr. 1926. Hann 310I A11 und A12.

² Z.B. Rundschreiben der Arbeitsgemeinschaft 14.4.26. NS1 - 340 - 224.

³ NS1 - 340 - 152.

⁴ Dokumente im Anhang des Goebbels-Tagebuches S.136.

⁵ Tgb 16.12.25. S.48..

⁶ Samml.Sch. 203-91.

zu dem Zweck, die Ortsgruppenführer mit Hitlers Bamberger Richtlinien vertraut zu machen.¹ Die groß aufgemachte Ankündigung in den Nationalsozialistischen Briefen² zählte als Gäste die vier nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten auf, die Gauleiter Vahlen, Brückner, Schlange, Hildebrand, Lohse, Klant, Telschow, Rust und Haase sowie Jung, den NSDAP-Führer aus der Tschechoslowakei.

Zwischen Goebbels und Feder kam es zu einem scharfen Briefwechsel, denn Goebbels hatte ihm nur eine halbe Stunde Redezeit zugebilligt, Feder verlangte aber 1 1/2 Stunden, weil, wie er erklärte, im Gau Ruhr die programmatischen Grundlagen des Nationalsozialismus besonders ungeklärt seien, sonst hätte das "berüchtigte" Straßer-Programm nicht entstehen können.³ Feder konnte sich jedoch nur z.T. durchsetzen.⁴

Die "bisherigen Führer" v. Pfeffer, Kaufmann und Goebbels blieben die Gauleiter des Großgaus Ruhr.^{4a} Damit wurde an der Ruhr ein Kollegialitätsprinzip etabliert, das inoffiziell auch sonst bestand (Z.B. Rust - Dincklage, Haase - Fobke, Kaufmann - Goebbels vor der Vereinigung), das aber doch in dieser offiziellen Form in der Partei des Führerprinzips seltsam erschien.⁵ Die Kompetenzen wurden folgendermaßen verteilt: v. Pfeffer Organisation, SA; Kaufmann innere Fragen der Bewegung, Ortsgruppenführerfragen u.ä.; Goebbels Propaganda, Rednerverpflichtungen, Versammlungstätigkeit, Presse, Flugblätter.⁶

¹VB 5.3.26.

²Nr.11, 1.3.26.

³NS1 - 338I - 38, 41 und 60.

⁴Goebbels an Fobke 12.3.26. NS1 - 338II - 159.

^{4a}VB 17.3.26.

⁵v. Pfeffer erklärte, in Wirklichkeit sei er der Gauleiter gewesen (mdl.Mitt.). Kaufmann bestritt das (mdl.Mitt.), die Dokumente lassen auch nichts davon erkennen.

⁶Goebbels an die Parteileitung 29.3.26, Samml. Sch. 203-104.

Die Gründung des "Kampf-Verlags" und die Herausgabe der neuen Wochenzeitungen stärkten sicherlich die sozialistische Position, während man das von dem neugebildeten Großgau Ruhr wohl nicht sagen konnte, denn v.Pfeffer war kein Sozialist, und Goebbels ging bald in Hitlers Lager über.

Rückziehung des Straßer-Programms

Ein schwerer Schlag für die Sozialisten war es, daß Hitler Straßer dazu brachte, den Programmentwurf energisch zurückzufordern.¹ Bedeutend war dabei nicht, daß das Programm nun in der Partei nicht mehr greifbar war,² sondern daß Straßers Bitte um Rückgabe als Demütigung erscheinen mußte. Sein Werk wurde nicht nur abgelehnt, sondern vernichtet, und er selbst mußte dazu die Hand reichen. Warum Straßer sich dazu bereit fand, wissen wir nicht. Vielleicht glaubte er, die Einziehung des Programms sei unwichtig, da weitere Beratungen in der bisherigen Form doch nicht mehr stattfinden konnten. Aber er bedachte nicht, daß er nicht nur innerlich und faktisch von Hitler unabhängig bleiben mußte, wenn er seine Vorstellungen verwirklichen wollte, sondern daß er auch vor seinen Anhängern als unabhängige und selbständige Kraft erscheinen mußte.

Der "Abfall" von Goebbels

Viel bedeutsamer für die Arbeitsgemeinschaft war der Übergang von Goebbels in Hitlers Lager. Die Bamberger Rede hatte ihn erschüttert und wirkte nach. Er gab seine sozialistische Überzeugung nicht sofort auf. Die Aussprache

¹Jm. Dok. S.225. Vgl. Hann an Kerrl 16.3.26. Hann 310I All.

²Es gab allerdings noch einigewenige Exemplare. Das Exemplar des Bundesarchivs kommt anscheinend aus Fobkes Besitz.

mit Karl Kaufmann am Morgen nach der Konferenz faßte Goebbels zusammen: "Wir sind Sozialisten."¹ Eine Woche später billigte er ausdrücklich den Beschluß der 3.Hannoveraner Konferenz, die eigene Position auszubauen und dann für den Sozialismus zu kämpfen.²

Aber er hat weiter über die Bamberger Ereignisse nachgedacht, denn in den folgenden Wochen machte er sich mehr und mehr Hitlers Auffassungen zu eigen. Als Hauptgrund dafür gilt Opportunismus: Goebbels sah in Bamberg das glänzende Auftreten und die Autos der süddeutschen Führer und begriff, daß "Hitler lohnte".³ So urteilte schon Otto Straßer,⁴ und dieser Auffassung waren auch v.Pfeffer und Dr. Elbrechter.⁵ Wir wollen zwar nicht bestreiten, daß hier ein Antrieb zu Goebbels' "Verrat" gelegen haben kann, wie die Sozialisten seinen Schritt später nannten; aber wir glauben, daß die Bindung an die starke Persönlichkeit Hitlers ausschlaggebend war.

Goebbels war nämlich im Grunde einhaltloser Mensch, wie sein Tagebuch zeigt: unausgeglichen, sanguinisch, in seinen Urteilen und Gefühlen zwischen den Extremen schwankend.⁶ Er zerfloß zeitweise vor Selbstmitleid. Z.B. schrieb er: "Von Ruhm zu Erfolg gehe ich dem Untergang entgegen. Wie grauenvoll ist doch dieses Leben!... Wieder eine ganze Woche heimatlos. O, du grauenvolle, mitleidlose Welt! Draußen schneit es weiße Flocken! Weh

¹Tgb 15.2.26. S.60.

²Tgb 22.2.26. S.62.

³Helmut Heiber im Goebbels-Tagebuch S.14 und S.60, Ebenso Heiber, Joseph Goebbels. S.52f.

⁴Z.B. Hitler und ich. S.116.

⁵Mdl.Mitt.

⁶Zu Goebbels' Charakter vgl.Heibers Einleitung zum Goebbels-Tagebuch S. 5ff und Heiber, Joseph Goebbels.

dem, der keine Heimat hat!"¹ Dieser Mensch fand in sich keinen Halt. Mühsam stilisierte er seine Eintragungen, um sich selbst kurze Zeit das Bild des "Opfers" vorzuspiegeln, so wie er an anderen Stellen in Zynismus machte und den Menschenverächter spielte. ("Der Mensch ist und bleibt ein Tierchen. Hier Raubtier, dort Haustier! ").² Wie sich selbst, belog er auch seine Umwelt. Ihr spielte er den "eiskalten Intellektuellen" oder damals den "glühenden Revolutionär" vor, der den Mut hat, "lachend zu zerstören...", was uns einst heilig war als Tradition, als Erziehung, als Freundschaft und menschliche Liebe."³

Das unterschied Goebbels' Sozialismus von Straßers: Dieser hatte die feste, durch Erfahrung und Überlegungen gewonnene Überzeugung, daß die gesellschaftliche Ordnung ungerecht und die soziale Frage noch nicht gelöst sei. Goebbels aber liebte Radikalität um ihrer selbst willen, genauer: weil sie ihm die Rolle des Fanatikers zu spielen erlaubte, wobei er zugleich seinen aus Minderwertigkeitskomplexen geborenen Haß auf den "spießigen Bourgeois" abreagieren konnte. Deshalb war sein Sozialismus keine sehr feste Überzeugung.

Als der 28jährige Goebbels Hitler in Bamberg begegnete, konnte er sich der faszinierenden Wirkung des Parteiführers nicht entziehen. Hitlers Überzeugungskraft hatte Goebbels nichts entgegenzusetzen. Er mußte der stärkeren Persönlichkeit unterliegen. Nicht das Auftreten der süddeutschen Führer beeindruckte ihn in erster Linie, sondern die Willenskraft Hitlers. Deshalb halten wir seinen Abfall von Straßer nicht für Verrat, sondern für eine Konversion,

¹Tgb 28.11.25. S.44f.

²Tgb 16.8.25. S.21.

³Denker und Prediger. In: Die zweite Revolution. S.62.

denn Goebbels war subjektiv ehrlich in seiner Entscheidung.¹ Nur glaubte man ihm später nicht recht, wenn er sich als bedingungsloser Verehrer des Führers ausgab, sondern hielt eher den "eiskalten Rechner" für wahr. In Wirklichkeit war es umgekehrt.

Goebbels' Übergang zu Hitler läßt sich Schritt für Schritt verfolgen. Kurz nach der 3. Hannoveraner Tagung schrieb Goebbels einen Aufsatz zur Südtirolfrage, indem er zwar nicht den Verzicht auf Südtirol aussprach, aber doch den von der Rechten geforderten Boykott italienischer Waren ablehnte und volle Sympathie mit Mussolini äußerte.

Mit Julius Streicher söhnte Goebbels sich bald aus und bemerkte, dieser sei "nicht der Schlechteste von allen."³

Im Dezember 1925 hatte Goebbels begonnen, seinen Vortrag "Lenin oder Hitler" niederzuschreiben.⁴ Den ersten Teil des Manuskriptes schickte er Ende Februar/Anfang März an den "Streiter-Verlag" in Zwickau.⁵ Mit dem Rest ließ Goebbels auf sich warten. Anscheinend überprüfte er seine Ansichten.

¹ Zum selben Ergebnis kommen auf Grund des Tagebuches Bradley F. Smith, Hitler and the Strasser Challenge, 1925 to 1926. S.77ff. und Richard M. Hunt, Joseph Goebbels. A Study of the Formation of this National-Socialist Consciousness (1897-1926). S.221ff. Ebenso Hans Bernd Gisevius, Adolf Hitler, Versuch einer Deutung. München 1963. S.113.

² Tgb 24.2.26. S.62. Aufsatz: Der Apfelsinenkrieg. In: NS-Briefe Nr. 12, 15.3.26.

³ Tgb 12.3.26. S.65f. Ebenso an Straßer 22.3.26. NS1 - 340 - 157.

⁴ Tgb S.50.

⁵ NS1 v 339II - 351.

Schließlich behauptete er in seiner Broschüre,¹ daß der Jude heute Rußland beherrsche. Goebbels schied streng zwischen Lenins Agrarreform und Lenins Industriereform. Letztere sei genau nach marxistischen Grundsätzen durchgeführt worden, d.h. sie haben den "russischen Blutsauger" beseitigt und den Juden an seine Stelle gesetzt. Als dann die russische Wirtschaft zusammengebrochen sei, habe man Wallstreet zu Hilfe gerufen. Es zeige sich, daß der Bolschewismus nichts anderes sei als "ein Spielzeug in den Händen des Kapitals... eine Etappe zur restlosen Vollendung der Börsendiktatur."² Damit hatte er seine Auffassung von einem "wahrhaft nationalen und sozialistischen Rußland"³, vom "national-bolschewistischen Staat"⁴ revidiert.

Trotzdem behielt er Teile seiner früheren Überzeugung bei und übernahm teilweise wörtlich ganze Passagen seiner Aufsätze. Die Leninsche Agrarreform pries er weiterhin als national-russische Tat und verglich sie mit der Steinschen Bauernbefreiung. Lenin selbst und das russische Volk schilderte er mit Sympathie. Er äußerte die Erwartung, daß es in Rußland ein Erwachen geben werde "grauenvoller als der Krieg", das den sozialistischen Nationalstaat bringen werde.⁵

So ist "Lenin oder Hitler?" gerade bei Goebbels' Übergang von Straßer zu Hitler entstanden (der Rest des Manuskriptes wurde dem Verlag am 3. April 1926 geschickt)⁶ und spiegelte beide Auffassungen wider.

¹ Joseph Goebbels, Lenin oder Hitler? Eine Rede. gehalten am 19. Febr. 1926 im Opernhaus in Königsberg i.Pr. Zwickau o.J. (1926).

²Ebd. S.18.

³Das russische Problem. In: NS-Briefe Nr. 4, 15.11.25 und in: Die zweite Revolution. S.44ff.

⁴Nationalsozialismus oder Bolschewismus? In NS-Briefe Nr.2, 15.10.25, in: VB 14.11.25. und in: Die zweite Revolution. S. 40ff.

⁵Lenin oder Hitler? S.31.

⁶NS1- 339II - 341.

Daß Goebbels seit dem Februar 1926 keine Vorträge mehr über das Thema "Lenin oder Hitler?" hielt,¹ ist wohl damit zu erklären, daß er seiner Broschüre einen größeren Absatz sichern wollte.

Goebbels richtete sich auch nach Hitlers Richtlinien für die Fürstenfrage² und bekehrte sich Mitte März zu Hitlers außenpolitischer Konzeption.³

Am 8. April mußten Goebbels' Freunde zum ersten Mal an seiner Gesinnung Zweifel bekommen. Goebbels war zu einer Rede nach München eingeladen worden, die er in Anwesenheit zahlreicher höherer Parteiführer halten sollte. Es war vereinbart worden, daß Goebbels die sozialistische Agitation in natura vorführen solle.⁴ Goebbels hatte Straßer vorher auf dessen Bitte versprochen, jedes Wort auf die Goldwaage zu legen.⁵ In der Rede betonte er jedoch vor allem, daß die Klassenspaltung innerhalb des Volkes überwunden werden müsse, um eine nach außen hin starke Nation zu schaffen. Der Sozialismus erschien als Mittel zum nationalen Zweck, nicht als Selbstzweck.⁶ v.Pfeffer und Kaufmann bekamen den Eindruck, er habe die sozialistische Linie verraten, um sich in München anzubiedern.⁷ Beide machten ihm am nächsten Morgen Vorwürfe.⁸

Eine Woche später unterhielt sich Goebbels mit Hitler über Ost- oder Westpolitik. Er behielt zwar noch einige Vorbehalte gegen Hitlers Rußlandauffassung, stellte im übrigen aber fest, Hitlers Beweisführung sei zwingend.⁹

¹Rundschreiben 23.2.26. NS1 - 340 - 261.

²Tgb 12.3.26. S.64.

³Tgb 13.3.26. S.65.

⁴Mdl. Mitt. Kaufmann und v.Pfeffer. Hinweis darauf: Rosikat an Goebbels 4.4.26. NS1- 338I - 301.

⁵Straßer an Goebbels NS1 - 340 - 154. Goebbels an Straßer NS1 - 340 - 152.

⁶Versamlungsbericht VB 10.4.26.

⁷Mdl. Mitt. Kaufmann und v.Pfeffer.

⁸Tgb 13.4.26. S.71

⁹Tgb 16.4.26. S.73

Zur gleichen Zeit häuften sich im Tagebuch die verehrenden Aussprüche über den Parteiführer, z.B.: "Adolf Hitler, ich liebe Dich, weil Du groß und einfach zugleich bist. Das was man Genie nennt."¹

Goebbels verstand es, im Sommer 1926 die Brüder Straßer über seinen Gesinnungswechsel zu täuschen. Gregor Straßer argwöhnte zwar im Juni, daß Goebbels mit München "kompromisselt" habe,² aber dieser redete ihm das aus,² und Otto Straßer schrieb mehrmals an Goebbels, er freue sich über die Einheitlichkeit der Auffassung besonders bezüglich der sozialistischen Grundidee.³

Hitler gewann Goebbels endgültig für sich, als beide einige Tage zusammen auf dem Obersalzberg verbrachten. Goebbels' Tagebucheintragungen verrieten fast pseudoreligiöse Verzückungen, und zum Abschluß schrieb Goebbels:

"Diese Tage waren mir Richtung und Weg! Aus tiefer Bedrängnis leuchtet ein Stern! Ihm fühle ich mich bis zuletzt verbunden. Nun ist mir der letzte Zweifel geschwunden. Deutschland wird leben! Heil Hitler!"⁴

Als im August 1926 Goebbels' Gesinnungswandel immer deutlicher wurde und die Partei von seinem "Damaskus" sprach, schrieb er an die Brüder Straßer und machte sie noch einmal glauben, er werde in "alter Freundschaft und Zuverlässigkeit Schulter an Schulter" mit ihnen kämpfen.⁵

In den "Briefen" erklärte er den Parteigenossen, es sei kein Damaskus, wenn sie geschlossen hinterdem Führer der Idee ständen. Wir beugen uns nicht vor ihm aus byzantinischem Zwang, schrieb er, sondern "mit jenem alten Männerstolz vor Königsthronen, mit jenem Gefühl der Sicherheit, daß er mehr ist als Du und ich."⁶

¹Tgb 19.4.26. S.74.

²Tgb 10.6.26. S.82.

³Juni, Juli und Sept. 1926 NS1 - 340 - 78, 91 und 145.

⁴Tgb 25.7.26. S.94.

⁵Otto Straßer an Goebbels 11.9.26. NS1 - 340 - 145.

⁶Die Revolution als Ding an sich. In: NS-Briefe Nr.24, 15.9.26 in: Wege ins dritte Reich. Briefe und Aufsätze für Zeitgenossen. S.44ff. und in: Tgb S.110ff.

Als Hitler am 26. Oktober 1926¹ Goebbels zum Gauleiter von Berlin ernannte, schickte er einen ihm ganz ergebenen Mann auf diesen Posten. Aber auch Straßer war es recht, daß Goebbels nach Berlin ging. Vielleicht war er sich immer noch nicht ganz klar über Goebbels' Gesinnung, vielleicht hoffte er, der neue Gauleiter werde wie der alte an den Berliner Schwierigkeiten scheitern, vielleicht wollte er ihn auch aus dem Ruhrgebiet, der sozialistischen Hochburg, entfernen. Dr. Elbrechter versuchte, Straßer in diesem Sinne zu überzeugen.² Vielleicht glaubte er auch, sein Bruder würde Goebbels an das sozialistische Lager binden. Otto Straßer hatte im Sept. Goebbels' Anwesenheit wenigstens für zwei bis drei Monate gewünscht.³

Goebbels blieb fortan ein unbedingter und ergebener Hitler-Anhänger. Obwohl seine Propaganda bis zur Machtergreifung dem sozialrevolutionären und antibürgerlichen Affekt treu blieb, leistete er sich doch keine eigentlichen ideologischen Abweichungen mehr. Zum aristokratischen Bluts- und Rassenideal bekannte er sich schon Ende 1926 und erklärte, "Masse ist gestern, Persönlichkeit ist morgen".⁴ Diese Auffassung hatte er noch im Februar desselben Jahres v. Pfeffer vorgeworfen.⁵

Was er 1934 zum Sozialismus zu sagen wußte, zeigte keine Spur seiner früheren Radikalität mehr.⁶

¹VB 28.10.26.

²Mdl. Mitt. Elbrechter.

³Otto Straßer an Goebbels NS1 - 340 - 145.

⁴Der neue Typ. In: Nationalsozialistisches Jahrbuch 1927. München 1926. S. 129.

⁵Die Radikalisierung des Sozialismus. In: NS-Briefe Nr.9, 1.2.26. und in: Die zweite Revolution. S. 55ff.

⁶Joseph Goebbels, Wesen und Gestalt des Nationalsozialismus. Schriften der Deutschen Hochschule für Politik. Hs. von Paul Meier-Benneckenstein. Heft 8. Berlin 1934.

Die Generalmitgliederversammlung

Anscheinend hat Feder als erster behauptet, auf der Münchener Generalmitgliederversammlung vom 22. Mai 1926 sei die Unveränderlichkeit des Parteiprogramms beschlossen worden.¹ Volz,² Rühle³ und Maier-Hartmann⁴ wiederholten diese Behauptung, die dann auch in die Literatur einging.⁵

Zu dieser Generalmitgliederversammlung wurden die Gauleiter am 10. Mai 1926 von der Parteileitung eingeladen.⁶ Im Völkischen Beobachter wurde sie am 16./17. Mai angekündigt. Auf dieser Versammlung sollten vor allem die Beschwerden gegen Parteiausschluß behandelt werden, eine Satzungsänderung beschlossen und der Vorstand neu gewählt werden.⁷ Diese Wahl war gesetzlich vorgeschrieben, wie verschiedentlich betont wurde,⁸ denn an sich lehnte die Partei ja solche parlamentarischen Gepflogenheiten ab.

Die Versammlung fand im Bürgerbräukeller statt, der mit der Geschichte der NSDAP durch den 8. Nov. 1923 und die Neugründung der Partei schon eng verbunden war. Sie war von 657 Parteigenossen besucht und dauerte von 8 Uhr 20 bis 10 Uhr 45.⁹ Nachdem die Ausschlußbeschwerden einem Sonder-

¹Das Programm der N.S.D.A.P. und seine weltanschaulichen Grundgedanken. München 16. Aufl. 1930. S.11.

²Daten zur Geschichte der NSDAP. S.22.

³Das Dritte Reich. Vorband: Die Kampffahre 1918-1933.S.130.

⁴Dokumente der Zeitgeschichte. Hs. von Adolf Dresler, verfaßt von Fritz Maier-Hartmann. München 1938.

⁵Z.B. Bullock S.134.

⁶Einladung für Rust Hann 310I A8.

⁷Rundschreiben der Parteileitung Hann 310I A8.

⁸Z.B. in den "Grundsätzlichen Vorschriften für die Arbeit der Vorsitzenden und Schriftführer der Sondertagungen am Reichsparteitag" NS26 - 389, Hitler mündlich gegenüber Kaufmann (Kaufmann an einen Duisburger Parteigenossen NS1 - 342 - 264). Ebenso VB 26.5.26.

⁹"Niederschrift über die Generalmitgliederversammlung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei - Nationalsozialistischer Deutscher Arbeiter-Verein e.V...." im IZG: Fa88, Fac.91, Bl.13f.

ausschuß überwiesen worden waren und Xaver Schwarz' Rechenschaftsbericht gebilligt worden war, hielt Hitler sein Referat über den Stand der Bewegung und die politische Lage;¹ "nicht ganz auf der Höhe", meinte Goebbels.² Darauf wurde die neue Satzung verlesen und einstimmig gebilligt. Sie sei an drei Stellen gegenüber der früheren abgeändert, hieß es, und die Gauleiter sollten vorher über die Änderungen unterrichtet werden.³ In Wirklichkeit war die neue Satzung in den meisten Paragraphen neu formuliert worden, die sachlichen Änderungen aber nicht so bedeutsam.⁴

Die Stellung Hitlers war schon vorher nahezu unangreifbar, vor allem durch die Personalunion zwischen Parteileitung und Münchener Ortsgruppe. Sie wurde verstärkt, indem jetzt die außerordentliche Mitgliederversammlung, die den Vorsitzenden zur Verantwortung ziehen konnte, von 1/10 der Mitglieder einberufen werden mußte, während bisher auch ein Ausschuß, bestehend aus dem 2. Vorsitzenden, den beiden Schriftführern und beiden Kassierern, genügte.⁵ Auch konnte man bei Parteiausschuß nicht mehr an die Generalmitgliederversammlung appellieren, sondern der 1. Vorsitzende war letzte Instanz.⁶

Der Passus über das Parteiprogramm blieb wortwörtlich gleich. Er lautete:

"Vereinsprogramm ist das am 24. Februar 1920 zu München herausgegebene grundsätzliche Programm der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei. Dieses Programm ist unabänderlich. Es findet seine Erledigung nur durch seine Erfüllung."⁷

Die Wiederwahl Hitlers erfolgte einstimmig. Er schlug als

¹ Abrechnung Hitlers mit dem gegenwärtigen "Deutschland". In: VB 26.5.26.

² Tgb 24.5.26. S.80.

³ Rundschreiben der Parteileitung Hann 310I A8.

⁴ Alte Satzung: Fotokopien des IZG: Fa88, Fasc.91, Bl.2ff. Neue Satzung: ebd.: Bl.17ff. und Hann 310I A8.

⁵ Vereinssatzung § 8.

⁶ Vereinssatzung § 4.

⁷ Vereinssatzung § 2.

übrige Vorstandsmitglieder Schatzmeister Schwarz und Schriftführer Schneider vor, die einstimmig gewählt wurden.¹

v.Pfeffer und Kaufmann hatten Richtlinien für die Generalmitgliederversammlung ausgearbeitet: Wenn Hitler seinen Vertreter und den 2. Vorsitzenden diktatorisch ernennen würde, sollte man das stillschweigend hinnehmen. "Wenn er aber fragt oder wählen läßt", hieß es weiter, "dann alle anderen als Straßer unter allen Umständen ablehnen; selbst Straßer vorschlagen; auf 5.000 Stimmen pochen; Vertagung bis Weimar beantragen."² Dazu kam es aber nicht; Goebbels, der einzige Vertreter des Gaues Ruhr,³ rührte sich nicht.⁴

Die Generalmitgliederversammlung hatte keine wesentliche Neuerung gebracht. Die neue Satzung hatte wie die alte die Unveränderlichkeit des Parteiprogramms festgelegt, aber diese Bestimmung war im Winter 1925/26 von der Arbeitsgemeinschaft ignoriert worden und hätte auch später ignoriert werden können. Auch eine neue Änderung der Satzung wäre theoretisch denkbar gewesen. Die Entscheidung über Programmfragen und auch die Stellung des 1. Vorsitzenden hing nicht von den Paragraphen der Parteistatuten ab, sondern von der Macht und dem Ansehen Hitlers.

Die Beratung der Arbeitsgemeinschaft hatte die Programmfrage in die Diskussion gebracht. Darum fiel jetzt der Satzungsparagraph mit der Unverletzbarkeit des Programms auf, obgleich er schon vorher existiert hatte.

Das Ende der Arbeitsgemeinschaft

Die Arbeitsgemeinschaft zeigte seit der 3. Hannoveraner Konferenz keinerlei Tätigkeit mehr, sie "schief ein".

¹VB 26.5.26.

²NS1 - 342 - 312.

³Kaufmann an einen Duisburger Parteigenossen NS1 - 342 - 264.

⁴Tgb 24.5.26. S.80.

Manche Gauleiter hatten wahrscheinlich in Bamberg Lust und Mut zur Weiterarbeit mit Straßer verloren; die Programmberatung, die Haupttätigkeit der Arbeitsgemeinschaft im Winter 1925/26, war verboten worden, und Goebbels, der unermüdliche Geschäftsführer, war im stillen zu Hitler übergegangen. Deshalb bestand die Arbeitsgemeinschaft nur noch pro forma weiter. Eine Tagung wurde nie wieder vorgesehen, nur Otto Straßer meinte, es werde wohl bald nach dem Weimarer Parteitag¹ eine Konferenz der Arbeitsgemeinschaft stattfinden,² was aber wohl nur ein Versuchsballon bei Goebbels war, denn es wurde sonst nicht mehr davon gesprochen.

Hitler stellte im April Straßer und Goebbels wegen der Arbeitsgemeinschaft und dem Großgau Ruhr zur Rede, aber ein Verbot der nordwestdeutschen Gauleitervereinigung erfolgte hierbei anscheinend ebensowenig wie in Bamberg.³

Die Arbeitsgemeinschaft wurde erst am 1. Juli 1926 aufgelöst, und zwar in wenig auffallender Form. Hitler gab umfangreiche "Richtlinien für Gaue und Ortsgruppen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei"⁴ heraus, die u.a. den Satz enthielten: "Da die N.S.D.A.P. eine große Arbeitsgemeinschaft darstellt, so haben kleinere Arbeitsgemeinschaften als Zusammenschluß einzelner Gaue keine Berechtigung."

Widerstand meldete sich nirgends, soweit feststellbar. Hitlers dilatorische Behandlung dieser Frage hatte sich als erfolgreich erwiesen. In Bamberg hätte ein Verbot vielleicht zum Abfall einiger Gaue von Hitler und der NSDAP führen können, aber im Juli 1926 bestand diese Gefahr nicht mehr.

¹Am 3./4. 7.1926.

²An Goebbels 29.6.26. NS1 - 340 -91.

³Tgb 13.4.26. S.71.

⁴In: Hann 310I A8.

Nach außen wurde das Ende der Arbeitsgemeinschaft noch nicht gleich sichtbar, weil die Nationalsozialistischen Briefe weiterhin "im Auftrage der Arbeitsgemeinschaft der nordwestdeutschen Gaue der N.S.D.A.P."¹ erschienen. Das hörte erst auf mit Brief Nr. 25 am 1. Okt. 1926, als dieses Organ ein Jahr bestanden hatte. Gregor Straßer schrieb dazu:

"Ich gebe in diesem Zusammenhang noch bekannt, daß in Verfolg der Richtlinien der N.S.D.A.P. vom 1. Juli 1926 die Arbeitsgemeinschaft der nordwestdeutschen Gaue, deren Arbeit einen wesentlichen Teil an dem siegreichen Vorschreiten der Idee Adolf Hitlers im Norden hatte, sich aufgelöst hat."²

Dincklage richtete noch am 14. Okt. 1926 einen Brief an die "Arbeitsgemeinschaft Nordwest der N.S.D.A.P.",³ seitdem gehörte dieser Zusammenschluß der Vergangenheit an.

Die Berufung Straßers und v.Pfeffers in die Parteileitung.

Straßer gelang es jedoch anscheinend nach der Bamberger Tagung, das durchzusetzen, was von Anfang an ein Hauptziel der Arbeitsgemeinschaft gewesen war: nämlich Esser zu stürzen und selbst an seine Stelle zu treten.

Auf der Hannoveraner Tagung vom 24. Januar 1926 hatten die Gauleiter beschlossen, daß Straßer und mit ihm ein weiterer Norddeutscher in die Parteileitung kommen sollten. In diesem Punkt war die ganze Arbeitsgemeinschaft einer Meinung gewesen. v.Pfeffer behauptete sogar, diese Bedingungen habe Hitler akzeptieren müssen, sonst hätten die norddeutschen Gauleiter ihn nicht als Führer anerkannt. Dazu paßt, was Straßer zu Reventlow geäußert haben soll:

¹Kopf der NS-Briefe.

²Rückblick und Ausblick! In: NS-Briefe Nr.25, 1.10.26.

³Hann 310I A9.

Hitler sei bei näherem Zusehen doch nur ein Redner, kein Politiker und Staatsmann.¹ Den besten Kräften der Partei sei das auf die Dauer nicht verborgen geblieben; namentlich das ewige Ausweichen Hitlers vor konkreten politischen Entscheidungen, sein mehr philosophisches als politisches Predigen mache eine Arbeit mit ihm fast unmöglich. Er, Straßer, glaube, wenn er zusammen mit Goebbels Hitler vor die Alternative stelle: Neuaufteilung der Parteiführung oder Parteispaltung, dann werde Hitler nachgeben und sich mit dem Posten eines nominellen Vorsitzenden und Hauptredners begnügen.²

Ob sich Straßer so zu Reventlow geäußert hat, ob besonders die letzten Worte gefallen sind, ist zweifelhaft. Sicher ist, daß der Wille der Arbeitsgemeinschaft, Straßer solle in die Parteileitung, fest und einmütig war. In Hannover war dabei die Möglichkeit einer Parteispaltung aufgetaucht, und Straßer konnte damit drohen.

Am 1. April 1926 schrieb Straßer an Goebbels, er habe mit Hitler bis jetzt nur allgemein gesprochen und warte auf den nächsten Besuch.³ Daraus ist zu entnehmen, daß Straßer eine wichtige Sache mit Hitler besprechen wollte. Straßer erwähnte sie nicht, weil er es für selbstverständlich hielt, daß Goebbels wußte, worum es sich handelte. Dabei kann es sich nach Lage der Dinge nur um die Umgestaltung der Parteileitung gehandelt haben.

Wahrscheinlich ist es ein Ergebnis dieser Unterhandlung, daß Hitler im April mit Esser brach. Zwar behauptete Heiden, ein üble Frauengeschichte sei der Grund gewesen,⁴ aber diese Affäre mag Hitler nur als Vorwand für Essers Entlassung gedient haben, hätte Hitler doch auf keinen Fall zugeben können, daß er Esser auf Straßers Druck hin entlasse.

¹Ähnlich schilderte v. Pfeffer Straßers Vorbehalte gegen Hitler.

²Heiden, Geschichte des Nationalsozialismus. S.209.
Wie immer ohne Quellenangabe.

³Straßer an Goebbels NS1 - 340 - 154.

⁴Vgl. Heiden, Geschichte des Nationalsozialismus. S.217f.

Diese Entscheidung wird zwischen dem 1. und 28. April gefallen sein, denn am 28. April stellte die bayrische Polizei tiefgreifende Unstimmigkeiten zwischen Esser und Hitler fest, deren Ursache sie nicht ermitteln konnte. Esser sei kaltgestellt worden, bekomme zwar noch 3 Monate Abfindung, beginne aber zu drohen.¹ Im Mai erfuhr Goebbels von dieser Entscheidung und hoffte noch einmal auf einen Sieg der Sozialisten. Er notierte: "Hitler hat mit Esser gebrochen. Deo gratias! Ein Lump weniger in der Reihe. Das gibt neue Konstellationen! Elberfeld wird siegen!"²

Im gleichen Monat deutete die Parteileitung an, die SA könne "zusammengefaßt" werden.³ Am 30. Juli 1926 war die Entscheidung endgültig gefallen, daß v.Pfeffer Oberster SA-Führer würde.⁴ Nach Billung⁵ trat er sein Amt im Sept. 1926 an, seinen ersten SA-Befehl (SABE 1)⁶ erteilte er jedoch erst am 1. November 1926.

Ebenfalls im September 1926 löste Straßer Esser als Propagandaleiter der NSDAP ab. Der Völkische Beobachter teilte ~~das~~ am 16. Sept. 1926 der Partei mit, zwei Tage später folgte die erste offizielle Mitteilung Straßers in seinem neuen Amt.⁷ Die Gleichzeitigkeit, mit der er und v.Pfeffer in die Parteileitung eintraten, spricht ebenfalls dafür, daß dieses Ereignis auf dieselbe Ursache,

¹Polizeibericht über den Bruch Hitler - Esser NS26 - 1739. Abgedruckt von Bradley F. Smith S.133.

²Tgb 8.5.26. S.78.

³Heinrich Bennecke, Hitler und die SA. München und Wien 1962. S.128.

⁴Tgb 30.7.26. S.95.

⁵Richard Billung, N.S.D.A.P. Die Geschichte einer Bewegung.

⁶Veröffentlicht: Bennecke S.237f., Jm.Dok. S.241f.

⁷VB 18.9.26

den Beschluß der Hannoveraner Tagung und Straßers Verhandlung, zurückzuführen ist.

Esser wurde die "propagandistische und organisatorische Leitung und Bearbeitung" der Kreise Oberbayern (außer München) und Schwaben übertragen.¹ Damit rückte Esser in eine Art Gauleiterstellung ein, denn auch Streicher war offiziell nur mit der "propagandistischen und organisatorischen Leitung" von Franken "beauftragt".² Als Fobke gegen Essers Weiterverwendung protestierte, erhielt er zur Antwort, Herr Hitler habe das angeordnet, damit erledige sich jede Kritik.³

Hitler war die Berufung v. Pfeffers leicht gefallen, denn der Ruf des westfälischen Freikorpsführers hatte ihm ziemliche Hochachtung abgenötigt.⁴ Um so schwerer war es ihm geworden, Straßer in die Parteileitung aufzunehmen. Hitler betrachtete ihn mit stillem Mißtrauen, weil Straßer ihm mit innerem Abstand gegenüberstand.⁵ Darum war es ein ausgesprochenes Zugeständnis Hitlers, Straßer als Propagandaleiter zu berufen.⁶

¹VB 18.9.26.

²Nationalsozialistisches Jahrbuch 1927. S.86.

³Uchla München an Fobke 9.11.26. NS26 - 900.

⁴Mdl.Mitt. v. Pfeffer.

⁵Mdl. Mitt. v. Pfeffer.

⁶Mdl. Mitt. Kaufmann.

Schluß

Straßers Stellung zu Hitler

Damit war Straßer in die Parteileitung eingedrungen. Er konnte dort später seine Stellung noch beträchtlich verstärken, als er Ende 1927¹ Reichsorganisationsleiter wurde. Er hatte damit das bedeutendste Amt nach der Parteiführung inne, weil ihm die Besetzung der wichtigeren Parteiämter unterstand. Durch eine geschickte Personalpolitik - die er aber nicht betrieb -² hätte er den Parteiapparat mit persönlichen Anhängern und mit Sozialisten durchsetzen können. Hitlers Gleichgültigkeit gegenüber der täglichen Parteiarbeit und sein Zögern vor kleineren Entscheidungen wären für Straßer nützlich gewesen. Er hätte versuchen können, Hitler von der Partei zu isolieren, ihn unzureichend zu unterrichten und sein Ansehen bei der Anhängerschaft zu untergraben.³

Aber Straßer war zu einem solchen Kampf gegen Hitler nicht fähig. Er hatte sich, als er aus dem Krieg zurückkam, zunächst ganz seinem Studium gewidmet, dann eine Apotheke gekauft und eine Familie gegründet. Die politischen Verhältnisse erfüllten ihn mit Zorn und Empörung. Es lag ihm nicht, die Republik nur mit Wort und Schrift zu bekämpfen, sondern er griff in seiner urwüchsigen, kräftigen Vitalität zu, wo es ihm am wirksamsten zu sein schien: er gründete einen Wehrverband. Er sammelte die alten Soldaten von Landshut um sich und verstand es sogar, sie mit einem vollen Artilleriezug auszurüsten. 1923 stand er zum Losschlagen bereit. Dann erkannte er, daß die Zeit für bewaffnete Putsche vorbei war. Wer den Weimarer Staat bekämpfen wollte, mußte sich einer Partei anschließen und - wenigstens vorläufig - die Spielregeln des Parlamentarismus einhalten. Gregor Straßer ließ sich vom "Völkisch-Sozialen-Block" aufstellen und in den Bayerischen Landtag wählen. Dieser Schritt in die Politik war bei

¹Wolfgang Schäfer, NSDAP. S.12.

²Mdl.Mitt. v.Pfeffer. Ähnlich Krebs S.188ff.

³Straßer und v.Pfeffer stärkten aber bei jeder Gelegenheit Hitlers Autorität, indem sie ihn als Initiator hinstellten, wenn sie irgendwelche Befehle erließen. (Mdl.Mitt.v. Pfeffer.)

ihm das Ergebnis einer bewußten Entscheidung. Es waren für ihn andere Lebensweisen denkbar, denn er hatte einen Grund unter den Füßen: die Familie und den Beruf. Hitler konnte nur Politiker werden, Goebbels hätte ebensogut alles andere werden können, Straßer ging aus Verantwortungsgefühl in die Politik. Seine praktische Natur trieb ihn dazu, für seine Überzeugung durch die Tat zu wirken. Sein Ziel war ein außenpolitisch freies und sozial gerechtes Deutschland. Dafür kämpfte er. Partei und Parteiführer mußten für ihn hinter dem Ziel zurücktreten. Straßer schloß sich Hitler nicht aus kritikloser Begeisterung an, sondern weil er in ihm den gefährlichsten Feind der Weimarer Republik erkannt hatte. Deshalb hatte Straßer der politischen Tätigkeit, der Partei und Hitler gegenüber Vorbehalte. Die Politik ergriff nicht seine ganze Persönlichkeit. Aber 1925 leistete er der NSDAP zunächst sehr wertvolle Dienste, als er die Parteiarbeit in Norddeutschland koordinierte. Dabei kamen ihm seine persönlichen Eigenschaften zu Hilfe.

Gregor Straßer war eine starke, urwüchsige Natur. Schon äußerlich war er mit seiner kräftigen Statur und seiner mächtigen Stimme eine imponierende Erscheinung. Dem entsprach sein Wesen: gerade, aufrecht, ehrlich, mit prachtvollem Zorn auf seine Feinde, voller mitreißender Vitalität, optimistisch und zuversichtlich. Ein solcher Charakter mußte Vertrauen und Freundschaft bei einer großen Anhängerschaft gewinnen. Aber ihm fehlte Leidenschaft und verbissene Stetigkeit.¹ Sein Zorn, bestimmt einer der Hauptantriebe seines Handelns, verbrauchte bald wieder. Auch Niederlagen verschmerzte er sehr schnell, und dann kam die optimistische Grundstimmung seiner Persönlichkeit wieder zum Vorschein. Er war ein Sanguiniker,

¹Es ist bezeichnend, daß er die Gründung der Arbeitsgemeinschaft versäumte, um ans Krankenbett seiner Mutter zu eilen.

²Wenige Tage nach der Bamberger Niederlage hatte Straßer sich wieder gefaßt. "Der gute Alte!", bemerkte Goebbels dazu. (Tgb 22.2.26. S.61)

der eine mitreißende Rede über Locarno halten konnte, der aber auch beim Kartenspielen mit ganzem Herzen dabei war und aus vollem Halse ein schallendes Gelächter anstimmen konnte. Sein oft gerühmter Humor bewies, daß die Politik ihn nicht völlig absorbierte.

Straßer war auch kein Programmatiker. Es ist bezeichnend, daß er das Bild des zukünftigen Deutschlands entwerfen konnte, ohne an die elitäre Gliederung des deutschen Volkes zu denken, die ihm nach der Programmdiskussion doch notwendig zu sein schien. Es ist nicht ausgeschlossen, daß er die ideologische Vielstimmigkeit der Arbeitsgemeinschaft erst auf der entscheidenden Hannoveraner Tagung erkannte.

Weil er sich einen unvoreingenommenen Blick bewahrt hatte, sah er Hitler klarer als seine Parteigenossen. Er erlag niemals der Faszination, die von Hitler ausging, sondern stand ihm mit innerem Abstand gegenüber. Er begann schließlich zu zweifeln, ob Hitler der rechte Mann für die Erneuerung Deutschlands sei. Aber Zweifel und Argwohn widerstrebten seiner geraden, unverstellten, zur Tat drängenden Natur, die der Unaufrichtigkeit und Verschlagenheit nicht fähig war. Deshalb konnte er nicht zielstrebig gegen Hitler handeln, solange er in der NSDAP stand und verpflichtet war, Hitler treu zu bleiben.¹ Er konnte guten Gewissens nur um Einfluß auf Hitler kämpfen. Das hat er schon bei der Gründung der Arbeitsgemeinschaft getan. Später hat er geahnt, daß Hitler für das deutsche Volk ein Unglück wäre, aber er hat sich wahrscheinlich niemals

¹Haase meinte, Straßer habe Hitler wohl nie verdrängen wollen, sei aber wegen seines "mehr materiellen Denkens" immer etwas pessimistisch in Bezug auf den Parteiführer gewesen. (Schr.Mitt.) Otto Straßer widerspricht sich, wenn er einerseits von einem planmäßigen Kampf gegen Hitler spricht, andererseits von Gregors Treue. (Z.B. Hitler und ich.S.120f.)

klar und bewußt gegen Hitler entscheiden können, und sein Ende ist nicht ohne Tragik.¹

Bemerkungen zu Hitlers Persönlichkeit

Bei der Untersuchung der Arbeitsgemeinschaft und der NSDAP dieses Zeitraums zeigte sich Hitlers überragende Bedeutung für die Partei. Es ist eindrucksvoll zu sehen, wie sich die Völkischen 1924 in unfruchtbarem Hader lähmten, wie sich ihre Gruppen in allgemeinem Chaos auflösten und wie sich dann mit Hitlers Erscheinen die Fronten klärten und eine einheitliche, festgefügte Partei entstand, die unverzüglich daran ging, Mitglieder zu werben und ihre Idee auszubreiten. Wer von den Völkischen sich nicht anschloß, war binnen kurzem zu völliger Bedeutungslosigkeit verurteilt. Solange Hitler fehlte, waren seine Anhänger in der Gefahr, von der Deutschvölkischen Freiheitspartei aufgesogen zu werden; als er aus der Festung entlassen wurde und die Führung der Partei übernahm, erfüllte sie das mit solchem Selbstbewußtsein, daß sie die Deutschvölkische Freiheitspartei ignorieren konnten. Sie stellte für die NSDAP keine Gefahr mehr da.

Diese Bedeutung hatte sich Hitler nicht durch taktisch besonders geschicktes Handeln erworben, er machte sogar Fehler. Daß er z.B. an Esser festhielt, war bei der Neugründung der Partei sein größter Fehler und kostete ihn zahlreiche Anhänger, ohne ihm Nutzen zu bringen. Seine Direktiven waren gelegentlich widersprüchlich.² Es ist schon gar nicht so, daß er etwa durch zähe Kleinarbeit sich seine Bedeutung für die Partei erworben hätte. Er verachtete

¹ Am 8. Dezember 1932 legte Straßer seine Parteiämter nieder, weil er Hitlers politische Taktik des "Alles oder Nichts" in der für die Partei kritischen Lage nicht länger mit verantworten wollte. 1934 wurde er beim sog. Röhmputsch ermordet.

² Z.B. betreffs der Einsetzung von Ortsgruppenleitern.

im Gegenteil die Arbeit des Parteialltages. Kleineren Entscheidungen wich er immer wieder aus. Die politische Linie des "Völkischen Beobachters" war ihm gleichgültig. Ein Fehler war es auch, die Redemöglichkeiten zu vernachlässigen, die sich ihm in Preußen bis September 1925 ungehindert boten. Er verzichtete damit auf die stärkste Waffe, die er bei der gewöhnlichen Parteianhängerschaft besaß.

Auch verdankte Hitler seine Stellung nicht etwa einer ideologischen Bedeutung für die Partei. Die NSDAP war ein Sammelbecken vieler verschiedener ideologischer Richtungen. Hitlers Weltanschauung war zunächst nur eine von vielen. Sie war typisch völkisch und hielt etwa die Mitte zwischen Goebbels' sozialistischen und v.Pfeffers aristokratischen Überzeugungen. Auffallend war nur seine Lebensraum-Theorie, aber auch damit stand er nicht allein. Niemand war deshalb Nationalsozialist, weil er Hitlers spezielle ideologische Vorstellungen geteilt hätte, die auch vor dem Erscheinen von "Mein Kampf" ganz unbekannt waren.

Weder Hitlers Verhalten noch sein Denken waren für seine Stellung ausschlaggebend. Seine Stärke lag in seiner Persönlichkeit. Die Partei wurde nicht durch eine gemeinsame Überzeugung zusammengehalten, nicht durch ein politisches Ziel, eine große Tradition, eine Parteileitung oder eine Fraktion, sondern das Element der Einheit lag lediglich in der Person des Parteiführers. Die NSDAP war eine Hitler-Partei. Der gemeinsame Glaube hieß Adolf Hitler.

Fragt man, welche Eigenschaften seine faszinierende Kraft bedingten, stößt man auf unbedingten Willen und fanatischen Glauben. Er war besessen von der triebhaften Wahnvorstellung einer jüdischen Weltverschwörung, er wollte mit fanatischer Unbeirrbarkeit die "Schmach von Versailles" tilgen, er hatte den "blinden Glauben", einst Geschichte

zu machen¹ und nahm mit Selbstverständlichkeit "politische Unfehlbarkeit" für sich in Anspruch.¹ Dieser Manie, dieser nahezu pathologischen Besessenheit hatte kein Nationalsozialist etwas entgegenzusetzen.

Das bewies die Bamberger Konferenz überzeugend. In der Arbeitsgemeinschaft hatte sich eine Gruppe von Gauleitern gesondert zusammengeschlossen. Alle hatten ein neues Parteiprogramm für notwendig gehalten und darüber beraten, sie waren sich in entschiedener Ablehnung von Hitlers Umgebung einig gewesen, sie hatten alle - teils schwere, teils einhellige - Bedenken gegen ihren Parteiführer gehabt, so daß kurze Zeit der Gedanke eines Bruches auftauchte - aber es genügte eine einzige Rede Hitlers, um die Gauleiter wieder zur Ordnung zu rufen. Kein Parteiausschluß, keine Degradierung war nötig, ohne Ausnahme dienten sie ihm eifriger als zuvor. Er konnte es sich sogar leisten, den Organisator der "Fronde" in die Parteileitung aufzunehmen, und dessen eifrigsten Gehilfen zog er innerlich auf seine Seite.

Straßers praktisch zupackender Verstand und seine gewinnende Persönlichkeit konnten Hitlers Besessenheit nicht die Waage halten. Wie dieser sich in den verschiedenen Situationen 1925/26 auch verhalten hätte, es scheint, er wäre so oder so der absolute Parteiherrscher geworden, zumal die Nationalsozialisten an sich die innerparteiliche Diktatur bejahten. Volcks Ablehnung von Hitlers absolutem Herrschaftsanspruch² im Februar 1925 war bezeichnend für Hitlers Stellung und Verhalten, aber sie spiegelte nicht die Ansicht der NSDAP-Mehrheit wider. Typisch für das Gros

¹Hitler an Dinter am 25.7.28. In: Das Geistchristentum 1, 1928, H. 9./10. S.353f.

²Jm. Dok. S. 189.

der Parteimitglieder war die Äußerung Rusts vor der Bamberger Konferenz, es sei erfreulich, daß Hitler nach dem Ruder greife.¹ Straßer hätte auch bei größter Zielstrebigkeit immer nur eine sehr geringe Chance gehabt, Hitler zu verdrängen und die Herrschaft in der Partei zu erringen.

Zusammenfassung: Die Arbeitsgemeinschaft Nord-West

Die Arbeitsgemeinschaft wollte Hitlers Führung nicht beseitigen. Sie wurde von Straßer gegründet, um das sozialistische Gedankengut durchzusetzen und um ein Machtinstrument gegen Hitlers Umgebung, die "Clique" Esser-Streicher-Dinter zu haben. Weil die Parteileitung schwach war und organisatorisch schlecht arbeitete, begrüßten die Gauleiter diese Gründung, die einen nicht unbedeutenden Anteil am Ausbau der Parteiorganisation in Norddeutschland hatte. In ideologischen Fragen war die Arbeitsgemeinschaft uneins und konnte zu keiner Entscheidung gelangen.

Hitler wurde kritisiert, aber aus verschiedenen Gründen, so daß die Möglichkeit einer Parteispaltung nur kurz, aber nicht ernsthaft auftauchte, zumal kein Führer da war, der Hitler hätte ersetzen können. Insofern richtete sich die Arbeitsgemeinschaft nicht gegen Hitler. Das lag auch nicht in Straßers Absicht, ganz sicher nicht in Goebbels'. Aber sie richtete sich gegen die organisatorische Unzulänglichkeit der Parteileitung und gegen Essers sittliches Versagen. Da überdies auch das offizielle Parteiprogramm verworfen wurde, richtete sich die Arbeitsgemeinschaft

¹An Straßer 5.2.26. Hann 310I A12.

indirekt auch gegen den verantwortlichen Parteiführer. In der Tatsache der Arbeitsgemeinschaft lag die Fronde, nicht in der Absicht.¹

Ihr Wirken blieb nicht ganz erfolglos. Es gelang ihr offenbar, Esser zu verdrängen sowie Straßer und v.Pfeffer in die Leitung zu bringen. Straßer hatte damit eine Position, von der aus er weiter für die Durchsetzung einer sozialistischen Linie kämpfen konnte. Die erste Runde, in der seine Ausgangslage besonders gut war, hatte er jedoch verloren.

Es war bedeutungsvoll, daß die Sozialisten in der Partei blieben. Ihr antibürgerlicher Affekt beherrschte die SA, die einen bewußt rauen und "volkstümlichen" Ton pflegte. Die antikapitalistische Propaganda fand Verständnis bei den Betroffenen der Weltwirtschaftskrise seit 1930. Die Sozialisten ermöglichten es der NSDAP, als Volkspartei zu erscheinen und nach der Machtergreifung das Pathos der Volksgemeinschaft glaubwürdig klingen zu lassen. Aber sie mußten an Einfluß in der Partei verlieren, je mehr es sich zeigte, daß sie die traditionsbewußte Arbeiterschaft nicht gewinnen konnten. Im Dritten Reich sank ihr Einfluß rapide weiter, bis Ley auf dem "Parteitag der Arbeit" 1937 die sozialistische wie die berufsständische Richtung als "klassenkämpferisch" verurteilte.² Die Vorstellungen vom Herrenmenschentum setzten sich im Denken des Nationalsozialismus immer mehr durch.

¹Ähnlich Heiber, Joseph Goebbels. S.47.

²Der Parteitag der Arbeit vom 6. bis 13. September 1937. München 1938. S.264ff.

A n h a n g

Bemerkungen zu den Dokumenten

Die hier wiedergegebenen¹ Materialien sollen die NSDAP 1925/26 und die Arbeitsgemeinschaft ein wenig veranschaulichen. Wir verweisen dabei ausdrücklich auf die Dokumente 66 bis 74 in Werner Jochmanns Veröffentlichung², die ebenfalls Auskunft über die Arbeitsgemeinschaft geben.

Bei dem ersten Stück handelt es sich um einen nicht unterzeichneten Schreibmaschinendurchschlag (Hann 310I A8), einen Bericht über die Tagung in Hamm, vermutlich für den Niedersächsischen Beobachter. Er zeigt deutlich, daß 1925 bei der Neugründung der Partei überall in Norddeutschland fertige nationalsozialistische Gruppen bereit standen. Die Verehrung und das Ansehen Hitlers kommen klar zum Ausdruck. Das Treuegelöbnis ist auch für die zahlreichen Einsendungen an den Völkischen Beobachter typisch. Wichtig ist ferner die Erwähnung des "bevollmächtigten" Vertreters Hitlers, obgleich Straßers Name nicht genannt wird. (Vgl. S.56f.)

Die folgende Statistik gibt die Mitgliederzahl und -bewegung im Gau Hannover wieder. Der Zuwachs ist anfangs beträchtlich, später abnehmend, die Fluktuation auffallend stark. Die Angaben sind den monatlichen Abrechnungen mit der Parteileitung entnommen (Hann 310I A8), die im Juni 1925 beginnen. Die Abrechnung vom Mai 1926 wurde nicht aufgefunden. (Vgl. S.79)

¹Sperrdruck und Unterstreichungen wie in der Vorlage, Fehler wurden nicht verbessert.

²Werner Jochmann (Hs.), Nationalsozialismus und Revolution. Ursprung und Geschichte der NSDAP in Hamburg 1922 - 1933. Dokumente, Frankfurt am Main 1963.

Das Schreiben des Holzmindener Nationalsozialisten Madel an den Gauführer Rust soll den Parteialltag demonstrieren. Dieser Brief, einer von vielen ähnlichen, ist in mehrfacher Hinsicht aufschlußreich für die Partei. Die Gefahr der Entmutigung und Passivität war damals bei der Kleinheit der NSDAP nur natürlich. Diese Gefahr konnte nur durch fähige Parteiführer überwunden werden, die erst allmählich gefunden wurden. Die finanziellen Nöte drückten stets, so daß sie hier die Bezahlung des abonnierten Parteiorgans verhinderten. Aber diese Schwierigkeiten waren organisatorischer, nicht struktureller Art. Sie konnten behoben werden. Der Brief zeigt, daß die Parteiarbeit unter einem neuen Ortsgruppenführer florieren könnte, weil die Arbeitsmöglichkeiten an sich günstig waren. Das Original befindet sich in Hann 310I All. Der Briefkopf ist teilweise vorgeedruckt.

Daß der folgende Brief von Goebbels ist, geht aus der Erwähnung Kaufmanns und Elbrechters hervor, eine Unterschrift unter diesem Schreibmaschinendurchschlag fehlt. Dieser Brief ist neben der Aufzeichnung Fobkes (Jm.Dok. S.207ff.) die Hauptquelle für die Hagener Konferenz und zeigt das volle Einverständnis der größtenteils nicht eingeweihten Gauführer mit der Gründung der Arbeitsgemeinschaft. Die Erklärung, die Arbeitsgemeinschaft dürfe sich nicht gegen München richten, bedeutet, daß jede Spitze gegen Hitler und jeder Separatismus vermieden werden sollte, die Richtung gegen Esser geht aus anderen Dokumenten eindeutig hervor. Der Brief befindet sich im Bundesarchiv NS1 - 340 - 399. (Vgl. S.134ff.)

Der Bericht über die Tagung vom 22. Nov. 1925 stammt aus den "Nationalsozialistischen Briefen" (NS-Briefe Nr. 5, 1.12.25) und ist um die Richtlinien der Arbeitsgemeinschaft und den entsprechend einführenden Abschnitt gekürzt, weil die inhaltlich gleichen "Statuten" von Werner Jochmann veröffentlicht worden sind (Jm. Dok. S. 212f.). Dieser Bericht gibt einen Eindruck von der Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft. (Vgl. S. 147ff.)

v. Pfeffers Denkschrift "Zucht" ist ein Beispiel für die Herrenmenschenideologie, die auch in der Arbeitsgemeinschaft vertreten wurde. Hier wird die Spannweite von Straßers und Goebbels' zu v. Pfeffers und Haases Position deutlich. Hitlers Auffassung hielt etwa die Mitte zwischen dem sozialistischen Standpunkt Straßers und dem aristokratisch-elitären v. Pfeffers. Auf den wiedergegebenen ersten grundsätzlichen Abschnitt der Denkschrift folgen nach überleitenden Bemerkungen die Vorschläge für die praktische Durchführung der Auslese, und zwar die Abschnitte II (Landwirtschaft), III (Industrie), IV (Freiwilliges Volksheer) und endlich der Abschnitt V (Schlußbemerkungen) - insgesamt noch 19 Seiten, die hier fortgelassen sind. Das Dokument befindet sich als Schreibmaschinendurchschlag im Bundesarchiv NS26 - 896.

Bei dem Brief an Straßer handelt es sich um eine Kopie. (Die betreffenden Bemerkungen wurden fortgelassen.) Das Dokument liegt im Bundesarchiv NS1 - 338I - 155ff. Zwar fehlt eine Unterschrift, aber die Urheberschaft Kaufmanns geht aus inhaltlichen Kriterien einwandfrei hervor. Der Brief gibt beredt den - wie sich zeigen sollte - berechtigten Sorgen Kaufmanns vor der Bamberger Konferenz Ausdruck. Er betont unter anderem noch einmal den Hauptzweck der Arbeitsgemeinschaft - theoretische Erörterungen und Gegengewicht gegen Esser und Streicher - und unterstreicht die Loyalität gegenüber Hitler. (Vgl. S. 183f.)

Nachricht über die Tagung in Hamm (Hann 3101¹ A8)

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Gau H a n n o v e r

Hannover, Braunschweigerstraße 2 III den 23. Februar 1925

An die Redaktion

Wir bitten um gefällige Aufnahme nachstehender Entschließung
im redaktionellen Teil Ihrer geschätzten Zeitung am
heutigen Tage.

"Die am 22. Februar 1925 in Hamm 1./Westf. unter dem
Vorsitz des bevollmächtigten Vertreter H i t l e r s
versammelten persönlich anwesenden Gauleitern der
früheren "Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung
Großdeutschlands" von:

W e s t f a l e n

Rheinland - Nord

Rheinland - Süd

H a n n o v e r

P o m m e r n

sowie über 100 frühere Bezirksführer der "Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung Großdeutschlands und bevollmächtigte Vertreter der alten "Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei" der Wahlkreise Koblenz-Trier, Köln-Aachen, Düsseldorf - Ost und West, Westfalen - Nord und Süd, Hannover-Ost, Hannover-Süd, Braunschweig, Weser-Ems und Schleswig-Holstein, geloben erneut unerschütterliche Treue und Gefolgschaft ihrem Führer Adolf H i t l e r . Wir sehen im nationalen Sozialismus nach wie vor den einzigen Weg zur Befreiung des deutschen Arbeiters und damit zu Deutschlands Erneuerung und sind entschlossen und gewillt, auch künftig für diesen Gedanken unter unserem Führer Adolf Hitler in alter Gefolgstreue zu kämpfen."

Mit deutschem Gruß!

Mitgliederzahl des Gaus Hannover (Hann 310I A8)

25. 5.1925:	576, Zugang	217,	1.7.1925:	793
1. 7.1925:	793,	" 219, Austritte	4, 1.8.1925:	1008
1. 8.1925:	1008,	" 161, "	17, 1.9.1925:	1152
1. 9.1925:	1152,	" 262, "	-, 1.11.1925:	1414
1.10.1925:	1414,	" 263, "	7, 1.11.1925:	1670
1.11.1925:	1670,	" 87, "	22, 1.12.1925:	1735
1.12.1925:	1735,	" 149, "	24, 1. 1.1926:	1860
1. 1.1926:	1860,	" 78, Abgang ¹	66, 1. 2.1926:	1872
1. 2.1926:	1872,	" 102, "	55, 1. 3.1926:	1919
1. 3.1926:	1919,	" 102, "	61, 1.4. 1926:	1960
1. 4.1926:	1960,	" 129, "	17, 1. 5.1926:	2072
1. 5.1926:	2072,	" ? , "	? , 1. 6.1926:	2213
1. 6.1926:	2213,	" 60, "	34, 1. 7.1926:	2239
1. 7.1926:	2239,	" 79, "	29, 1. 8.1926:	2289
1. 8.1926:	2289,	" 39, "	38, 1. 9.1926:	2290
1. 9.1926:	2290,	" 89, "	30, 1.10.1926:	2349
1.10.1926:	2349,	" 118, "	59, 1.11.1926:	2408
1.11.1926:	2408,	" 99, "	79, 1.12.1926:	2428
1.12.1926:	2428,	" 61, "	48, 1. 1.1927:	2441

¹Abgang=Austritt+Tod+Überweisung.

Brief eines Parteigenossen an den Gauleiter Rust
=====

(Hann 31OI All)

=====

F r i t z M a d e l Holzminden a. d. Weser
Schreibmaschinen Reparaturen den 21. Februar 1926
Neuzeitlicher Bürobedarf
Holzminden a. d. Weser

M i t t e i l u n g an Herrn Studienrat Rust
 H a n n o v e r

Sehr geehrter Herr Rust !

Wenn ich mich mit diesem Brief an Sie wende, so tue ich es mit dem Gefühl und dem dringenden Ersuchen an Sie doch so bald wie möglich hier in der Ortsgruppe mal Ordnung zu schaffen. So wie die Verhältnisse jetzt liegen, ist ein Weiterarbeiten für unsere politische Sache ein Unding. Da ich heute aus dem Niedersächsischen Beobachter ersehe, dass Sie am nächsten Sonntag in Hörter zu Deutschem Abend sprechen, wäre ich Ihnen sehr verbunden, wenn Sie es möglich machen könnten, am Sonnabend schon hier in Holzminden zu erscheinen, damit wir in einer Versammlung alle Fragen klären und von Ihnen aus ein Kreis, und auch Ortsgruppenleiter bestimmt wird, um endlich hier arbeiten und richtig wirken zu können. Denn es sei offen gesagt, die Bewegung geht hier am Orte und Kreis anstatt vorwärts immer weiter rückwärts. Einzelne Parteigenossen opfern sich auf aber bei der jetzigen Wurstelei, gelinde gesagt, sieht man nichts Positives. Von Pg. Rehmann, Bockenem erhielt ich gestern wieder einen Brandbrief, worin derselbe mich bat, doch mit dafür zu sorgen, dass endlich mal an ihn die Zeitungsgelder bezahlt würden. Ich habe dem Vorsitzenden Pg. Grupe den Brief vorgelegt, da ich ja weiter nichts machen kann und bekomme den Brief heute zurück mit dem Bemerkten, dass Pg. Grupe seit gestern den Vorsitz niedergelegt und aus der N.S.D.A.P. ausgeschieden sei. Es muss unbedingt

möglich gemacht werden, dass Sie, spätestens am Sonntag früh hier in der Mitgliederversammlung sprechen. Meiner Ansicht nach ist der einzige Weg, um aus der ganzen Lage herauszukommen, die Auflösung der Ortsgruppe und vollständiger Neuaufbau. Ich habe selbst in den letzten Wochen hier auf dem Lande in 2 Versammlungen gesprochen, um mal zu sondieren, wie die Stimmung für uns ist und kann offen gestehen, wir haben heute furchtbar leichtes Arbeiten und könnten in kurzer Zeit allerorts Ortsgruppen haben, wenn gearbeitet würde und da wo vorgearbeitet ist die Bewegung ausgebaut wird. So zu wirken ist vollständig zwecklos. Noch vor jahresfrist nahm man uns hier im Kreise Ernst, aber jetzt sind wir garnicht mehr ernst zu nehmen. Aktivismus fehlt vollständig.

Vielleicht teilen Sie mir oder Laue, Rieke oder Obser mit, wenn Sie kommen, damit wir alles vorbereiten können. Ich würde vorschlagen, eine kleine Versammlung von alten Pg. einzuberufen und dann ein Programm resp. Klarheit zu schaffen, wie hier im Kreise für die Zukunft gearbeitet werden soll.

Ich hoffe recht bald Nachricht zu erhalten.

Mit Heilgruss

Ihr ergebener (gez.) F. Madel

Goebbels' Bericht für Straßer über die Gründung der
=====

Arbeitsgemeinschaft (NS1 - 340 - 399)

=====

11. September 1925.

Lieber Herr Strasser!

Wir haben es alle sehr bedauert, dass Sie gestern nicht in Hagen erscheinen konnten. Ich hoffe, dass die Erkrankung Ihrer Mutter nicht allzuschwer ist.

Wir haben Ihrer Aufforderung folgend, die Tagung doch abgehalten, und ich werde versuchen, Ihnen in kurzen Zügen den Verlauf der Besprechung zu schildern. Anwesend waren folgende Herren:

v. Pfeffer, Gau Westfalen, Telschow, Gau Lüneburg-Stade.	
Haake, M,D,L, Köln	Dincklage, Gau Hannover.
Bauschen, Duisburg,	Dr. Elbrechter, Gau Rheinland-Nord.
Vahlen, Gau Pommern,	" Goebbels, " "

Die Versammlung wurde eröffnet und geleitet von Herrn Dr. Elbrechter, Elberfeld. Ich gab den Anwesenden einen kurzen Überblick über die mit Ihnen damals in Elberfeld gefassten Pläne, und unterbreitete ihnen die Vorschläge, die Ihnen aus unserer damaligen Unterhaltung hinlänglich bekannt sind. Mit Ausnahme von Dr. Ley, der anfangs versuchte, etwas gegen unsere Vorschläge zu opponieren, zum Schluss aber mit allem einverstanden war, fielen unsere Ausführungen auf fruchtbaren Boden. Allerdings betonten in der Diskussion alle, dass die Arbeitsgemeinschaft der nordwestdeutschen Gaue keine Spitze gegen München führen dürfe. Ich glaube, es ist hier angebracht, dass wir diese Frage einmal mündlich besprechen. Sonst war alles mit der sofortigen Gründung der Arbeitsgemeinschaft einverstanden, und alle Anwesenden traten ihr bei. Mit Herrn Klant, Hamburg, will Herr Lohse, und mit Herrn Professor Schultz Herr Fobke, Göttingen, noch nähere Rücksprache nehmen. Beide werden sich aber bestimmt der Arbeitsgemeinschaft anschließen. Von allen Seiten wurde der Wunsch laut, dass Sie die Führung der

Arbeitsgemeinschaft übernehmen sollten. Die Aufgaben der Arbeitsgemeinschaft wären: Besserer organisatorischer Zusammenschluss aller Gaue in Nordwestdeutschland, Austausch von Organisations- und politischen Erfahrungen, Werbematerial, Austausch von Rednern usw., im Bedarfsfalle gemeinsame politische Stellungnahme. Die erste politische Stellungnahme erfolgte in Frage der Wahlbeteiligung. Ich füge Ihnen die Abschrift unseres diesbezüglichen Briefes an Herrn Hitler bei, und bitte Sie, uns dieselbe möglichst bald wieder zustellen zu wollen. Eine gemeinsame Geschäftsstelle für die zu leistende Arbeit wird wohl unbedingt nötig sein. Wir aus Elberfeld sind der Meinung, dass die Arbeit für den neuen Zusammenschluss vorläufig bequem in unserer gut eingerichteten Geschäftsstelle in Elberfeld geleistet werden kann. Die anwesenden Gauleiter waren vor allem sehr mit der Herausgabe der nationalsozialistischen Briefe einverstanden, und verpflichteten sich, für rege Abnahme in ihren Gauen sorgen zu wollen. Die nationalsozialistischen Briefe sollen in Greifswald gedruckt werden. Ich habe in dieser Beziehung schon ziemlich greifbare Abmachungen mit mit Herrn Professor Vahlen getroffen. Wir bitten Sie, auch die Herausgabe dieser Briefe selbst zu übernehmen, die Schriftleitung würde zweckentsprechend auch nach Elberfeld gelegt. Da der erste Brief bereits schon in der zweiten Septemberhälfte als Probebrief mit Bezugsaufforderung an die P.G. für das am 1. Oktober beginnende Quartal erscheinen soll, bitte ich Sie, für diesen Brief uns möglichst bald einen entsprechenden politischen Aufsatz zur Verfügung zu stellen. Wenn es Ihnen recht ist, bin ich persönlich gerne bereit, einen programmatischen Aufsatz zu schreiben. Die Briefe sollen sich in der Regel zusammensetzen aus einem programmatischen, politischen, und einem organisatorischen Aufsatz. Auch in diesem Punkt erklärten alle anwesenden Gauleiter ihre Bereitwilligkeit, an den Briefen mitzuarbeiten. Jedenfalls können Sie versichert sein, dass die Pläne, die wir damals hier besprachen, im grossen ganzen alle mit grosser Freude

aufgenommen und akzeptiert wurden. Es ergab sich nicht nur die Möglichkeit, sondern die dringende Notwendigkeit, der Durchführung dieser Vorschläge. Ueber Einzelheiten werden wir Ihnen gelegentlich Ihres Hierseins am 17., 18. und 19. ds. noch näheren Bericht erstatten. Ich glaube, vorstehende Angaben genügen, um Ihnen im Grossen und Ganzen ein Bild der Besprechung zu geben. Es würde wohl nötig sein, dass wir jetzt möglichst bald schriftlich fixierten, in welcher Form die Arbeitsgemeinschaft jetzt in Tätigkeit treten soll. Als Namen wurden vorgeschlagen: Arbeitsgemeinschaft der Nordwestdeutschen Gauleiter der N.S.D.A.P. Sitz, Ort des Zusammenschlusses und organisatorische Ausgestaltung wurde Ihnen überlassen. Hoffentlich habe ich bald Ihren Aufsatz für die nationalsozialistischen Briefe in Händen, damit der erste Brief erscheinen kann. Alles andere sparen wir uns dann für unsere Unterredung im Laufe der nächsten Woche auf. Im Namen der Anwesenden begrüsse ich Sie herzlichst, besonders auch im Namen von Kaufmann, Prof, Vahlen und Elbrechter, der gestern noch mit nach Elberfeld fuhr, und mit dem wir noch einen sehr angeregten Abend zusammen verbrachten.

Auf Wiedersehen!

Heil und Handschlag!

I h r

(NS-Briefe Nr. 5, 1.12.1925)

B e r i c h t ü b e r d i e T a g u n g d e r A r -
b e i t s g e m e i n s c h a f t d e r N o r d -
u n d W e s t d e u t s c h e n G a u l e i t e r i n
H a n n o v e r a m 2 2 . N o v e m b e r 1 9 2 5 .

Am Sonntag, den 22. November traten die Nord- und West-
deutschen Gauleiter der Arbeitsgemeinschaft zu einer wich-
tigen Besprechung in Hannover zusammen. Anwesend waren die
Pg.: Gregor Strasser, M.d.R. Lohse, Schleswig-Holstein,
Schultz, Hessen-Nassau, Schröder, Hannover-Süd, Fobke,
Hannover-Süd, Brückner, Schlesien, Kuhlmann, Lüneburg-
Stade, Goebbels, Kaufmann und Elbrechter, Rheinland Nord,
von Pfeffer, Westfalen, Barke, Hannover, Schlange, Gross-
Berlin, Dincklage, Hannover, Rust, Hannover, Vahlen,
Pommern, Viereck, Harzgau, Homann, Hannover.

Pg. Strasser leitete die Versammlung mit einem Gruß und
mit einem Treugelöbnis zu unserem Führer Adolf Hitler ein.
Nach ausführlichen Darlegungen der innerpolitischen Lage
durch Pg. Strasser wurde mit den sachlichen Beratungen
begonnen....

Bezüglich der N.-S.-Briefe, die seit ihrem ersten Erschei-
nen am 1. Oktober 1925 einen ganz ungeahnten Aufschwung
genommen haben, wurde von allen Seiten der Wunsch laut,
diese Briefe noch weiter auszubauen und womöglich ab 1.
Januar 1926 achtseitig erscheinen zu lassen. Das ist jedoch
nur durchzuführen, wenn die Bezieherzahl sich mindestens
verdoppelt. Die Gauleiter der A.-G. verpflichten sich,
bis zum 1. Januar eine ausgedehnte Propaganda für die
N.-S.-Briefe zu entfalten. Diese sollen für alle Mitglieder
der Führerschaft in den Ortsgruppen zum Pflichtorgan ge-
macht werden. In Zukunft werden die N.-S.-Briefe nur noch
Originalbeiträge enthalten, und auch der sachliche Meinungs-
austausch um diese Beiträge wird in den Briefen selbst

ausgetragen. Die A.-G. war sich klar, daß innerhalb unserer Bewegung vor allem auch in Nord- und Westdeutschland eine noch größere Vereinheitlichung der N.-S.-Presse erstrebt werden müsse.

Eine ausgedehnte Debatte entspann sich über die augenblickliche politische und soziale Lage. Pg. Strasser hat einen ausgedehnten Programmentwurf über die grundlegenden Fragen des Nationalsozialismus ausgearbeitet. Dieser Entwurf wird in den nächsten Tagen den Gauleitern der A.-G. in dreifacher Ausfertigung zugehen. Die Pg. Kaufmann und Goebbels Elberfeld werden bis zum 15. Dezember ihrerseits einen ausführlichen Programmentwurf ausarbeiten und in dreifacher Ausführung den Gauleitern der A.-G. zuführen. Bis etwa 10. Januar 1926 sollen die anderen Gauleiter ihre grundsätzlichen Bemerkungen zu den dann vorliegenden Entwürfen schriftlich bei der Geschäftsstelle der A.-G. Elberfeld, Holzerstr. 4 einreichen. Eine grundsätzliche Klärung all dieser Fragen soll dann gelegentlich der nächsten Besprechung der A.-G. am Sonntag, den 24. Januar 1926 in Hannover herbeigeführt werden.

Die äußerst wichtige Frage unserer Stellung zu den Vaterländischen Verbänden, wurde in einer eingehenden Besprechung dahin geklärt, daß die versammelten Gauleiter der A.-G. einstimmig folgende EntschlieÙung faÙten: "Der Nationale Sozialismus ist die politische Zukunftsbewegung, deren sozialistischer Befreiungswille durch die "unpolitischen" Wehrverbände nicht beeinfluÙt werden darf. Daher lehnen wir jedes gemeinsame Auftreten und Zusammengehen mit den Vaterländischen Verbänden ab."

Die A.-G. sieht es als eine ihrer wichtigsten Aufgaben an, geeignetes Propaganda- und Flugblatt-Material zu schaffen. Sie beauftragt deshalb die Pg. Rosikat, Breslau, Pg. Gregor Strasser, Landshut und Pg. Dr. Goebbels, Elberfeld mit der Ausarbeitung folgender Flugblätter: 1. Was will der nationale Sozialismus? 2. Unser Kampf um den Achtstundentag! 3. Lenin oder Hitler. Diese Flugblätter werden im "Norddeutschen Beobachter" veröffentlicht und den Gauleitern

zugeleitet werden. Massenbestellungen bei billigen Preisen können bei der Vorpommerschen Buch- und Kunstdruckerei getätigt werden. Es steht den Gauleitern natürlich frei, diese Flugblätter in eigenem Auftrage drucken zu lassen.

Eines der wichtigsten Probleme des heutigen politischen Lebens ist die West- oder Ostpolitik. Es liegen in dieser Frage der A.-G. grundsätzliche Ausführungen vor in folgenden Aufsätzen: 1. Zu den Außenpolitischen Zielen des Jungdeutschen Ordens, von Haase, Göttingen. 2. Bemerkungen zu Haases Artikel "Zu den außenpolitischen Zielen des Jungdeutschen Ordens", von Gregor Strasser, Landshut. Pg. Dr. Goebbels wurde beauftragt, eine dritte grundsätzliche Auseinandersetzung über diese Frage auszuarbeiten. Von allen drei Aufsätzen werden den Gauleitern der A.-G. bis Mitte Dezember je drei Durchschläge zum genauen Studium und zur Ausarbeitung zugesandt werden. Hierbei wird auf die grundsätzlichen Ausführungen zur Ostpolitik von Gregor Strasser, G. v. Nemirowitsch, Dantschenko, Dr. Goebbels und Alfred Rosenberg im "Völkischen Beobachter" hingewiesen.

Längere Besprechungen über die Gewerkschaftsfrage fanden ihren Ausdruck in folgender EntschlieÙung "Eine N.-S. Gewerkschaft kann mit Aussicht auf Erfolg nur durch die Parteizentrale ins Leben gerufen werden. Diese Frage ist in Bearbeitung. Darum lehnen wir jede Zersplitterung in dieser Frage durch Aufziehung von nicht lebensfähigen Organisationen dieser Art ab. Mit irgend wie von Arbeitgebergeld gespeisten sogenannten gelben und verwandten Organisationen haben wir grundsätzlich nichts zu tun."

Nach einigen persönlichen Bemerkungen schloß Pg. Strasser nachmittags 5 1/2 Uhr die Beratungen.

Dr. G o e b b e l s .

v. Pfeffers Denkschrift "Zucht" zum Straßer-Programm
(NS 26 - 326)

In dieser Form
nur für
höhere Führer der
N. S. D. A. P.

Weihnachten 1925.

"Z U C H T"

Eine Forderung zum Programm

von

Frederik

I. Grundlagen

1. Wenn sich diese Schrift scharf gegen den Strasserschen Programmwurf wendet, so geschieht das nicht so sehr wegen des Radikalismus der gezogenen Konsequenzen - ich halte meine für erheblich radikaler -, als vielmehr wegen der Grundlagen, aus denen sie gezogen werden. Dabei scheint es mir, daß sie nur zum kleinen Teil bewußt, zum größten Teile aber unbewußt aus falscher Grundlage gezogen werden, - wie man überhaupt in unserem Lager nur zu oft Grundsätze und programmatische Theorien verkünden hört und gleichzeitig allerlei Forderungen der Tagespraxis, ohne daß man sich über die logische Verbindung zwischen beiden, bzw. die logischen Widersprüche, genügend Rechenschaft abgelegt hätte. Insbesondere schafft Strassers Programmwurf die täglich notwendige dankenswerte Gelegenheit, das Verhältnis unserer grundsätzlichen Theorien über Rasse ("Wir sind völkisch") zu unseren wirtschaftlichen Tagesforderungen ("Wir sind Sozialisten") einer restlosen logischen Durchdenkung zu unterziehen, und die scheinbaren Widersprüche zu klären, die tatsächlichen Widersprüche aber in einheitlicher großer Linie zu entscheiden. Zu dieser

Arbeit soll meine Schrift ein Beitrag sein. Ich will versuchen, meine Grundauffassungen den Strasserschen als das diametrale Gegenteil gegenüberzustellen.

2. a.) Zunächst habe ich mit Strasser und allen Revolutionären die Auffassung gemeinsam, daß in Deutschland der Besitz völlig falsch verteilt ist: Besitz, Macht, Kultur liegen in so falschen Händen, - und Elend und Untergang treffen so sehr die Unrichtigen - und dieser Zustand wächst und stabilisiert sich in derartigem Umfange, - daß nur tiefster, rücksichtsloser Eingriff das deutsche Leben und Volkstum in richtige Bahnen zu zwingen vermag. Sogleich nach dieser gemeinsamen Auffassung beginnen sich aber die Gedanken zu trennen.

b.) Die Einen nehmen die Gleichheit der Menschen, oder doch die Gleichheit der Deutschen zum Ausgangspunkt. Diese Annahme hat natürlich zur logischen Folgerung, daß kein Grund anerkannt werden kann, warum unter den Gleichen eine verschiedene Verteilung von Besitz - Staatsmacht - Kultur herrschen solle. Wenn ein Gleicher scharf unter einen gewissen Durchschnitt heruntersinkt oder-gedrückt wird, so ist das natürlich "ungerecht" bzw. eine "Kulturschande" seitens der anderen Gleichen. Wenn ein Gleicher scharf aus dem Durchschnitt emporsteigt, so ist das ebenso "ungerecht", es geschieht natürlich "auf Kosten" der Anteile der anderen Gleichen an Besitz - Macht - Kultur. - Die "gerechten" Forderungen sind klar und einfach: Der Durchschnitt hat das Recht, die Einen herunterzuholen, ihnen das Zuviel wegzunehmen und sie zu "bestrafen"; - und der Durchschnitt hat die Pflicht, die Anderen emporzuheben, ihnen das Zuwenig zu geben, und das Unrecht an den unglücklichen Opfern "wiedergutzumachen". Das alles ist durchaus logisch. Es ist auch durchaus richtig, - wenn der Ausgangspunkt, die Gleichheit, richtig ist.

In dieser Grundauffassung letzten Endes zu wurzeln, bezichtige ich das Strassersche Programm (und fürchte ich nur allzu viele Gedanken bezichtigen zu müssen, die in unserem Lager "sozialistisch" benannt werden.) Es ist die jüdisch-liberal-demokratisch-marxistisch-humanitäre Grundauffassung. Solange unser Programm auch nur mit einer einzigen kleinen Wurzelfaser daraus saugt, ist es der Vergiftung, der Verkrümmung und dem elenden Untergange verfallen.

Spätere Geschlechter werden einstens den Kopf darüber schütteln, wie die unglaubliche Behauptung von der Gleichheit aller Menschen, samt ihren unzähligen Folgerungen (vornweg derjenigen der Gleichberechtigung) solange einen so monopolartigen Glauben auf der ganzen Welt besitzen konnte; sie werden allerdings wissen, daß die Behauptung von allen antinationalen überstaatlichen Großmächten planmäßig verbreitet wurde. Der heutige Glaube an die Behauptung ist umso verwunderlicher, als es doch seltsam blödesten Dummkopf tagtäglich in die Augen springen muß, daß kein Mensch dem anderen körperlich und kein Mensch dem anderen geistig gleich ist.

Wissenschaftlich ernst genommene Verfechter und Verbreiter der Behauptung versuchen nun auch von jeher, dieses erste Glied ihrer Gedankenkette zu überspringen oder zu verschweigen - und erst bei einem zweiten oder dritten Gliede einzusetzen. Am liebsten beginnen sie wie oben besprochen mit der Gleichberechtigung aller gegenüber der Kultur, mit gleichem Anrecht am Besitz, mit gleichen Rechten und Pflichten gegenüber dem Staate. Sie beginnen in der leidet so berechtigten Hoffnung, der Frage nach der Begründung des gleichen Rechtes durch Schlagwörter aus dem Wege gehen zu können. (Menschenrecht, Gotteswille, Zivilisationsmoral, natürlicher Instinkt pp.), die aber hier entweder überhaupt sinnlos sind (und sich nebenbei widersprechen) oder Nachbartheorien entnommen werden, welche ihrerseits ebenfalls die "Gleichheit alles, was Menschenantlitz trägt" zum Ausgangspunkt haben.

Andere dokumentieren rückwärts: "Die heutige Besitzverteilung ist falsch. Da sie auf der Verschiedenheit der Anteile am Besitz beruht, lehrt also der Augenschein, dass die Verschiedenheit falsch ist. Demgegenüber muss die Gleichheit richtig sein." Ein offener Trugschluss.

Die Falschheit der heutigen Form der Besitzverteilung beweist natürlich nur, dass die heutige Form falsch ist, nicht aber, dass eine ungleiche Verteilung überhaupt falsch ist. Wohl beruht die heutige falsche Form auch auf der Verschiedenheit der Besitzanteile, aber sie beruht gleichzeitig ebenso auf einer ganzen Reihe anderer Voraussetzungen. (die, wie wir sehen werden, hauptsächlich dem Römischen Recht und der jüdischen Moral entspringen); und gerade diese letzteren sind es, welche die Falschheit der heutigen Form verursachen. Ja, der Grundsatz der Verschiedenheit ist geradezu das einzig richtige, das ich an der heutigen Verteilungsform noch zu erblicken vermag. Doch ich will nicht vorgreifen.

(Man sollte vernünftigerweise in diesen Zusammenhängen überhaupt nicht von "Recht" sprechen, sei es gleichem, sei es ungleichem; oder von Unrecht, Ungerechtigkeit; von Entrechteten, da, wo nie ein Recht bestand. Ein allgemeiner Rechtsanspruch für alle Samenkeime und -körner auf Erblühen gibt es hienieden nicht, auch nicht ein Naturrecht aller Lebewesen auf das Leben, und schon garnicht ein "Recht" auf bestimmte Lebensumstände, auf ein Existenzminimum. Wir müssen die Netze, welche die Gleichheits-lüge weithin gesponnen hat, erkennen und uns völlig aus ihnen lösen.)

c.) Wir müssen das eiserne Gesetz der Ungleichheit zum Ausgangspunkt nehmen. Und zwar konsequent, ohne jede Einschränkung. Im ganzen Weltenraume, im größten und im kleinsten, gibt es nirgendwo gleiche Gebilde - und seien es auch nur zwei gleiche, - sie hat es nie gegeben, sie wird es nie geben. Kein Lebewesen ist genau wie auch nur ein einziges andere. Alle Menschen sind ungleich, in jeder Hinsicht, in Bezug auf jedes Gebiet. Alle Deutschen sind ungleich. Das ist der Ausgangspunkt.

Wie unendlich überlegen und richtiger muß ein Programm sein, das klar und ausschließlich hier ansetzt, gegenüber allen anderen Programmen, die heute noch sämtlich eine Fortspinnung des falschen Grundgedankens darstellen oder doch falsche Fortspinnungen in größtem Umfange zwischen sonst gesundes Gewebe verflochten haben. (Die Fäden

des falschen Giftgespinnstes tragen fast immer die Frägung "sozial").

Die erste logische Folgerung der Ungleichheit ist die Ungleichwertigkeit. Es gibt hochwertigere Deutsche und minderwertigere Deutsche. ("Wert" ist ein relativer Begriff, hier meine ich ihn natürlich gemessen an deutscher, nordischer Anschauung, und innerhalb dieser gemessen am Nutzen für das deutsche Allgemeinwohl.)

Eine logische Folgerung aus der Ungleichwertigkeit muß die ungleiche Behandlung sein, ungleiche Anteilnahme an Staatsmacht, an Besitz, an Kultur. All das muß im Verhältnis der Wertigkeit verteilt sein. Der Hochwertige wird seinen Anteil zu hochwertigen Ergebnissen auswerten (und zwar mit Naturnotwendigkeit), der Unterwertige zu Schädlichem oder bestenfalls zu Wertlosem. Je hochwertiger der Einzeldutsche, desto größer muß sein Anteil sein. Und zwar wäre eine unendliche Staffe lung in unzählige Anteilsgrößen zu fordern. Jedem das Seine. Sum cuique. Hier steht eine fundamentale Aufgabe vor unserer Gesetzgebung, staats- und Volksführung und damit vor unserem Programm.

Mit der wertgerechten Einteilung und Wertverteilung ist es aber noch nicht getan; sofort erweitert sich die Aufgabe. Die Menschheit und die Menschen, das Volk und die Deutschen sind in dauernder Entwicklung und Aenderung begriffen, obendrein entwickeln und ändern sich dauernd Staatsmacht - Besitz - Kultur. Es müssen also sowohl die Anteile an Zahl und Umfang unaufhörlich gleiten, als auch müssen die Inhaber unaufhörlich gleiten. Jeder Stillstand, jede Stabilisierung ist hier falsch und eröffnet im selben Augenblicke eine stets anwachsende Fehlerquelle.

Nunmehr enthüllen sich unserem Auge allerlei wahre Zusammenhänge der heutigen Lage. Unsere heute so falschen Verhältnisse sind zweifellos in früheren Zeiten gar nicht so unerhört falsch gewesen. Aber sie wurden stabilisiert.

Das bei uns gültige sogenannte römische Recht besteht sozusagen nur aus Besitzschutz; je größer der Besitz, desto fester wird er geschützt; er wird geschützt für Kind und Kindeskind auf ewig; alleinige Vorbedingung, daß man eben "Besitzer" ist; *beati possidentes*; ganz gleichgültig, welcher Unfug daraus entsteht: *pereat mundus, fiat justitia*. lehrt Ulpinian. - Wohl kann sich nach diesem "Recht" nach dieser *justitia*, der Größere in etwa des Vermögens, ungehemmt aber der Arbeitskraft des Kleineren bemächtigen. Niemals aber kann ein Kleinerer sich des Vermögens eines Größeren bemächtigen. (Er kann vielleicht ebenso groß werden, durch Ausnutzung anderer Kleinerer).

Es liegt auf der Hand, daß je länger eine solche Stabilisierung dauerte, desto größer die Zahl unterwertiger Erben geworden ist, die den geschützten Besitz in Händen haben. Ebenso staut sich unter den Besitzlosen die Zahl der Hochwertigen, die nicht zu den Anteilen emporsteigen können, die sie haben müßten. Wahrhaft unerträglich wird dieser Zustand aber erst durch die - an sich durchaus logische und richtige - Verquickung von Besitz, Staatsmacht und Kultur, weil heute vom Besitz ausgehend, die Anteile an den beiden Anderen ebenso falsch verteilt werden; das drückt den echten Deutschen wirklich gewaltig. Und wenn obendrein die Großanteile zwar den hochwertigen Deutschen verspermt bleiben, dafür aber in ungeheurem Ausmaße dem Eindringen allerunterwertigster Fremden (Juden) geöffnet werden, die zum Teil nicht einmal vorübergehend in Deutschland Zelte aufgeschlagen haben (Newyork), - dann müssen die Hochwertigen zu Revolutionären und Aktivisten werden; letzteres wird bald geradezu ein Merkmal des Hochwertigen sein.

Dazu sind wir heutzutage ganz einer oben angedeuteten Gefahr erlegen, die darin besteht, daß nicht nur die Inhaber der Anteile falsch sind, sondern daß Zahl und Umfang der Anteile in ein falsches Verhältnis zur Zahl der Anwärter geraten. Das heißt, daß Große, anstatt nach dem vorhandenen noch größeren Anteilen zu streben, bequemerweise allerlei mittlere und kleine Anteile außerdem noch in ihre Hand bringen dürfen, um sie für dauernd einzuziehen.

Als weitere logische Folgerung aus der Ungleichwertigkeit und der dauernden Entwicklung und Aenderung des Volkes erwächst die Staatsaufgabe, eben diese

Entwicklung in die Hand zu nehmen, bzw. mit aller Kraft auf sie einzuwirken. Die Hochwertigkeit muß vermehrt und weiter gehoben werden, Unterwertigkeit muß vermindert werden. Das nennt man auf deutsch ein Zuchtproblem. Emporzüchtung der Rasse. Menschen-Züchtung.

Menschenzüchtung durch Menschen. Von selbst lenkt sich unser Blick auf die zahlreichen Fälle, in denen heute andere Lebewesen, Tiere durch Menschen planmäßig gezüchtet werden. Wir erkennen, daß zwischen den Prinzipien der höheren Tierzucht und denen einer Menschenzüchtung keine Unterschiede bestehen. Wenn es gilt, etwa ein paar große Pferdekoppeln oder Rinderherden zu einer hochwertigen Art emporzuzüchten, so wird niemand versuchen, durch "gleiches Fressen für Alle" weiterzukommen. Auch "jedem mehr Fressen" führt nichts weiter, wie überhaupt eine Hebung sämtlicher vorhandener Tierer gar nicht in Betracht kommen kann. Vielmehr vereinigt der Züchter alle Sorgfalt und Pflege auf die hochwertigsten Tiere und sucht ihre Nachkommen zu vermehren, unter denen wiederum die hochwertigsten herausgesucht werden. Die Ausbreitung minderwertiger Tiere wird verhindert; die schlechtesten werden laufend ausgesondert und abgestossen. Nach ähnlichen Grundsätzen muß unser deutscher Volksstaat handeln.

3. Ich wende mich nun unserem Programm zu, zunächst immer noch rein theoretisch bleibend. Ich ziehe aus unseren bisherigen Betrachtungen folgende programmatischen Forderungen für die Aufgaben unseres Zukunftsstaates, des "dritten Reiches" zusammen:

a.) Feststellung an allen Bewohnern Deutschlands, inwieweit sie hochwertig, bzw. unterwertig sind. Auf vier Wegen gleichzeitig nebeneinander, deren Quersumme maßgebend:

1. nach den tatsächlichen Leistungen in ihren Berufen
2. körperliche Voraussetzungen, nach Gesundheit und Rassemerkmalen
3. geistige - moralische - kulturelle Eigenschaften
4. nach den Erbanlagen, gemessen an Eltern, Großeltern pp.

Staffelung und Klassifizierung in sehr zahlreiche Stufen, die langsam und gleichmäßig vom Niedrigsten zum Höchsten emporleiten. Allerweiteste Spanne zwischen höchster und letzter Stufe.

b.) Alle Macht, aller Besitz, aller lohnende Verdienst restlos in die Hände der Hochwertigen; d.h. etwa der hochwertigsten $\frac{2}{3}$ der Bevölkerung. Zur andauernden Weiterentwicklung ihrer Persönlichkeiten, Leistungen, Kultur (nicht sog. Zivilisation oder gar Genuß). Alle Staatseinrichtungen ausschließlich zur Förderung dieser Weiterentwicklung; der Staat hat überhaupt keinen anderen Zweck. Anteile an all dem scharf nach den Wertstufen (a) gestaffelt, bis hinauf zu lichten Höhen.

c.) Vorkehrungen¹, daß nicht einige Wenige sich aller Anteile bemächtigen können, die Masse der Wertvollen zu den Unterwertigen herabdrückend.

d.) Vorkehrungen, daß die Stufen und ihre Anteile der Zahl und dem Zustande der Hochwertigen entsprechend gleiten, d.h., Vorkehrung, daß niemals bestimmte Menschen sich in den Stufen stabilisieren können. Mit allen Mitteln muß dauernd der schnelle Aufstieg (und noch schnellere Abstieg) von Stufe zu Stufe unterstützt werden. Die Grenzen zwischen den Stufen müssen nicht nur weit offen gehalten, sondern es muß dauernd zu ihrer Überschreitung - durch vermehrte Hochwertigkeit, bzw. Abdrängung Unter-

¹Ursprünglich: Vorsorge. Handschriftlich durch von Pfeffer verbessert.

wertiger, - angereizt werden. Je schärfer und lebhafter dieser Wettkampf, desto schneller und gerechter die Auslese (Zuchtwahl), desto schöner der Erfolg.

e.) Weniger mit Einzelmenschen rechnen als mit Generationen, d.h. mit Menschenfolgen, mit Zucht- und Artkomplexen. Der Einzelmensch ist nur eine Äußerungsform der in ihm ruhenden "Erbmasse" (wie der Wissenschaftler die gehäuften Erbanlagen nennt). Die Erbmasse ist außerordentlich konstant; auf sie erzielte Einwirkungen bleiben viele Generationen lang wirksam; jede dieser Generationen bringt also die besten Vorbedingungen für eine Fortsetzung der gleichen Einwirkung mit. Es ist daher sehr unrationell wenn bei planmäßiger Einwirkung - Erziehung, Fortbildung - die Objekte bei jeder Generation wahllos und grundlos neu genommen werden; hier kann in der Volksentwicklung ein ungeheurer Arbeitsaufwand gespart werden z.B. (Volksaufklärung hierüber.)

Möglichst geringer Berufswechsel von Vater auf Sohn.

Erziehung und Lehrpläne auf Generationen zuschneiden.

Da Erbmasse zur Hälfte vom Vater, zur Hälfte von der Mutter: große Aufmerksamkeit auf Frauenwahl.

Festgestellt gute Erbmasse etwa (!) bevorzugen, auch wenn einmal Einzelmensch etwas (!) schwächer. Förderung zahlreicher Fortpflanzung guter Erbmassen, Kinderbeschränkung schlechter Erbmassen.

f.) Kein Erbarmen mit den letzten Stufen innerhalb der minderwertigen Gruppe.- Krüppel, Epileptikern, Blinden, Irren, Taubstummen, Trinkerheilanstalten-, Fürsorgezöglingen, Waisen (= uneheliche Findelkindern), Verbrechern, Dirnen, Sexualgestörten u.s.w. Jede Leistung für sie

muß nicht nur den Leistungen an richtiger Stelle abgezogen werden, sondern wirkt unmittelbar der geplanten Zuchtwahl entgegen. Aber auch Dummen, Schwachen, Haltlosen, Energielosen, Erblich-Belasteten, Krankhaft-Veranlagten dürfen wir nicht nachweinen, weil sie "schuldlos" untersinken.

Keine unterste Grenze unserer Stufen, deren Unterschreitung nicht ebenso leicht gemacht und gefördert würde, wie bei den anderen Grenzen. Die letzte Stufe heißt Untergang und Tod. Gewogen und zu leicht befunden. Fruchtlöse Bäume sollt ihr aushacken und ins Feuer werfen.

4 Leicht wird man solche programmatischen Forderungen für phantastisch halten. Aber man bedenke, daß man von Kindesbeinen an in der falschen, vergifteten Gedankenwelt der internationalen, überstaatlichen Großmächte steckt und nur zu leicht durch deren Brille schaut. In Wirklichkeit sind deren heutige Systeme, auf Lüge aufgebaut, jeder Natur widersprechend, viel künstlicher und schwieriger und phantastischer. Unser System, auf Wahrheit und Tatsachen gegründet und streng logisch weiterentwickelt, muß sich demgegenüber in der Praxis geradezu als Ei des Kolumbus erweisen, zur Wirklichkeit weit besser passend.

In der Tat stellt sich für die Praxis sofort ein mächtiger Bundesgenosse ein. Nämlich die "natürliche Zuchtwahl", d.h. die Natur selbst arbeitet im Kampf ums Dasein an der Auslese und Emporhebung der Besten und am Untergang der Schlechtesten. Die treibende Kraft, die uns zum Ziele trägt, ist da. Sie braucht nicht erzeugt, nur entfesselt werden von Besitzschutz, Karitas pp., und einigermaßen gelenkt werden. Und ebenso werden wir bei vielem anderen eine freudige Überraschung erleben. Ich denke dabei auch an die Einstellung der Hochwertigen zu unseren Plänen.

¹Ursprünglich: nationalen. Handschriftlich durch von Pfeffer verbessert.

Brief Kaufmanns an Straßer (NS1 - 338I - 155ff.)
=====

den 8. Februar 6.
Ka./Br.

Herrn

Gregor S t r a s s e r M. d. R.

p. Adr. Hr. Otto Strasser,

B e r l i n W.

Königin Augusta Str. Nr. 24

Lieber Herr Strasser,
von einer längeren Reise zurückgekehrt finde ich heute
Ihren Brief vom 5. ds. Mts. vor, den ich gleich beant-
worten möchte.

Aus Ihrem Brief wie auch aus der Einladung der Parteilei-
tung an Dr. Goebbels ersehe ich, daß meine Befürchtungen
absolut gerechtfertigt sind.

Zunächst zur Technik der geplanten Besprechung und der
Einladung zu derselben ein paar Worte:

Sowohl die Tatsache, daß diese Tagung nicht als offizielle
Gauführerbesprechung aufgezoen worden ist, als auch die
willkürliche persönliche Einladung einzelner sogenannter
Führer des N. S. D. A. P. bestätigen meine Befürchtungen
in vollstem Maße.

Einen ungünstigeren Tagungsort wie Bamberg konnte man un-
ter eigentlich selbstverständlicher Berücksichtigung des
Reiches nicht wählen.

Allein schon diese drei taktischen Punkte der Einberufer
machen für uns die Situation vollständig klar. Für mich
steht es nunmehr fest, daß Nordwestdeutschland unter Berück-
sichtigung der außerordentlich kurzen Frist zwischen Ein-
ladung und Datum der Tagung und auch aus finanziellen Grün-
den, die in den riesigen Fahrtkosten zu suchen sind, auf

dieser Tagung recht schwach vertreten sein wird. Damit wäre jedenfalls schon eine Absicht der süddeutschen Dia-
dochen erreicht, auf dieser Tagung mit ihrem Anhang -
Esser, Streicher, Dinter, Feder usw. - die absolute Ma-
jorität zu bilden. Die Form der Einladung, die diktato-
rische Bestimmung der Zusammensetzung der Tagung, schal-
ten vonvorneherein eine Geschäftsordnungs-Debatte, wer
berufen ist, seine Meinung kundzutun, aus. Die Führer-
Diktatur wird in dieser Situation absolut gegen uns ange-
wendet werden; die Majorität der süddeutschen Schreier
wird den Rahmen für die beeinflussten diktatorischen Ent-
scheidungen Hitlers abgeben. - Ich sehe diesem Tage mit
den allergrößten Befürchtungen für unsere nationalsozia-
listische Idee entgegen.

Ich selbst werde wohl aus finanziellen Gründen, so unend-
lich leid mir dies tut, an dieser Tagung nicht teilnehmen
können. Auch scheint man mich in München, was mich weiter
gar nicht in Erstaunen versetzt, nicht zu den national-
sozialistischen Führern zu rechnen. Aber auch hierauf mag
das Sprichwort passen: "Bescheidenheit ist eine Zier,
doch in der N. S. D. A. P. nur ohne ihr."

Nun, wir werden in Elberfeld mit unserem Delegierten Dr.
Goebbels alles Notwendige vereinbaren.

Was ich schmerzlichst vermisse, sind die fehlenden Direk-
tiven für die Arbeitsgemeinschaft. - Lieber Herr Strasser,
nehmen Sie mir meinen Erguß nicht übel, mir liegt nichts
ferner, als Ihnen Vorschriften zu machen, nur der wohlbe-
rechtigten Sorge um das Wohlergehen unserer Bewegung und
ihres Führers sowie meiner Freundschaft zu Ihnen entspringt
die Art meines heutigen Schreibens.

Ich glaubte jedenfalls den Hauptzweck der Arbeitsgemein-
schaft darin zu sehen, daß wir absolut sowohl im Interesse
der Partei als auch ihres Führers ein festgefügtes Gegen-
gewicht gegen die süddeutschen Ohrenbläser und negativen

Schreier bildeten. Letzten Endes besteht ja auch die Hauptarbeit der Arbeitsgemeinschaft nicht nur in theoretischen Erörterungen, die zweifellos fruchtbar waren, sondern es ist wohl immerhin der Hauptzweck dieser Organisation, ein manövrierfähiges Instrument zur Erreichung unserer Prinzipien innerhalb der Partei zu sein, nicht aus persönlichen Gründen, sondern wiederum der Sache zuliebe.

So halte ich es in diesem Zusammenhange für absolut notwendig und erlaube mir, Ihnen diesen Vorschlag zu unterbreiten, - zuverlässige Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft durch schriftliche Direktiven auf die Wichtigkeit der Tagung hinzuweisen, einen gemeinschaftlichen Aktionsplan festzulegen und daß Sie, um allen möglichen Ungeschicklichkeiten vorzubeugen, der Sprecher dieser Gruppe in Bamberg sind.

Ich bemerkte in meinem letzten Briefe schon, daß die Arbeitsgemeinschaft in allen diesen Fragen aktionsfähiger als sie heute ist, wohl kaum noch werden dürfte.

Die Absicht der Leute Esser, Streicher, Dinter, Feder, ist absolut klar. Die Minen sind gelegt, und jetzt kommt es darauf an, ob wir als Pioniere in der Lage sind, durch Gegenminen diesem Angriff zu begegnen. Nach meiner Auffassung hängt für die Entwicklungsmöglichkeit unserer Partei von dieser Tagung eine ganze Menge ab.

Für Taktik im gegebenen Moment habe ich absolut Verständnis. Ich habe bei den letzten Zusammenkünften feststellen dürfen, daß auch Sie im Laufe der letzten Monate wohl durch die Situation ein Meister der Taktik und Praxis geworden sind.

Ich habe zu Ihnen, lieber Herr Strasser, das felsenfeste Vertrauen, daß Sie meine Äengste verstehen und nicht falsch auffassen werden und den einen oder anderen Vorschlag meinerseits akzeptabel finden werden.

Ich halte die geistige Mobilmachung der Arbeitsgemeinschaft

für diesen Tag für unbedingt geboten und wenn man in Bamberg sowohl durch die Diktatur des Führers als auch der Majorität uns wichtige Fragen totschweigt, so glaube ich, daß eine wohlüberlegte Initiative der Arbeitsgemeinschaft, deren Sprecher in diesem Falle Sie sein müßten, nur fördernd wirken würde.

Der Gedanke, Sie vorher noch einmal in Elberfeld zu sehen, wäre zu schön um wahr zu werden.

Grüssen Sie bitte Ihren Herrn Bruder herzlich von mir. - Ihnen selbst für unsere Sache den besten Erfolg wünschend

Mit deutschen Grüßen
ihr ganz ergebener

Quellen- und Literaturverzeichnis
=====

Mitteilungen von Zeugen
=====

Mündliche Mitteilungen von

Dr. Helmuth Elbrechter

Karl Kaufmann

Franz von Pfeffer

Schriftliche Mitteilungen von

Dr. Ludolf Haase

Dr. Otto Straßer

Archivmaterialien
=====

Akten des Bundesarchivs in Koblenz aus den Beständen:

NS1: Briefwechsel der Gauleitung Rheinland-Nord bzw. Ruhr Sommer 1925 bis Sommer 1926

NS20: Akten der Gauleitung Hannover, die Arbeitsgemeinschaft betreffend

NS26: Dokumente des ehemaligen Hauptarchivs der NSDAP verschiedener Provenienz

Sammlung Schumacher: Schriftwechsel zwischen den Gauleitungen und der Parteileitung

Akten des Niedersächsischen Staatsarchivs Hannover aus den Beständen:

Des. 310 Hann. I: Briefwechsel der Gauleitung Hannover 1925 bis Sommer 1926

Des. 80 Hann. II: Akten der Politischen Polizei über die Tätigkeit rechtsradikaler Gruppen in der Provinz Hannover 1925/26

Akten des Staatsarchivs Koblenz aus dem Bestand:

Abt. 403, Nr. 13 381: Akten der Politischen Polizei über die Tätigkeit rechtsradikaler Gruppen in der Rheinprovinz 1925/26

Dokumente aus dem Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, München:

Fotokopien von Akten verschiedener Provenienz,
die NSDAP 1925/26 betreffend

Zeugenschrifttum "von Pfeffer"

Dokumente der Forschungsstelle für die Geschichte
des Nationalsozialismus in Hamburg:

Fotokopien von Akten verschiedener Provenienz,
die NSDAP 1924 - 1926 betreffend

Hinrich Lohse, Der Fall Straßer, Unveröffentlichtes Manuskript, Ms.

Aufzeichnungen, Schriften und Memoiren der Akteure
=====

Buttmann, Rudolf

Bayerische Politik 1924 - 1928. Nationalsozialistische Bibliothek Heft 5. München 1928.

Feder, Gottfried und Buckeley, A.

Der kommende Steuerstreik. Seine Gefahr, seine Unvermeidlichkeit, seine Wirkung. Diessen vor München 1921.

Feder, Gottfried

Das Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft des Geldes. München 27.-31. Tausend 1932.

Feder, Gottfried

Der Deutsche Staat auf nationaler und sozialer Grundlage. Neue Wege in Staat, Finanz und Wirtschaft. München 4. Aufl. 1924.

Feder, Gottfried

Das Programm der NSDAP und seine weltanschaulichen Grundlagen. Nationalsozialistische Bibliothek Heft 1. München 16. Aufl. 1930.

Feder, Gottfried

Die Aufwertung. Der völkische Sprechabend, hs. von Weberstedt und Lehmann Nr. 11.
O.O. o.J. [Leipzig und Berlin 1924].

Feder, Gottfried

Kampf gegen die Hochfinanz. München 1933.

Frick, Wilhelm

Die Nationalsozialisten im Reichstag 1924 - 1928.

Nationalsozialistische Bibliothek Heft 4.

München 1928.

Geismeyer, Michael, d.i. Straßer, Otto

Gregor Straßer. Männer und Mächte Nr.10.

Leipzig 1933.

Goebbels, Joseph

Das Tagebuch von Joseph Goebbels 1925/26.

Hs. von Helmut Heiber, Schriftenreihe der
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte Nr. 1.

Stuttgart 2.Aufl. 1961.

Goebbels, Joseph

Michael. Ein deutsches Schicksal in Tagebuch-
blättern. München 2.Aufl. 1931.

Goebbels, Joseph

Das kleine abc des Nationalsozialisten.

Im Auftrage der Arbeitsgemeinschaft Nordwest
herausgegeben von Dr. Jos. Goebbels. Elberfeld
2. Aufl. o.J. (1925 oder 1926).

Goebbels, Joseph

Die zweite Revolution. Briefe an Zeitgenossen.
Zwickau o.J. (1926).

Goebbels, Joseph

Der Nazi-Sozi. Fragen und Antworten für den
Nationalsozialisten. Elberfeld o.J. (1926).

Goebbels, Joseph

Lenin oder Hitler? Eine Rede, gehalten am 19.
Februar 1926 im Opernhaus in Königsberg i.Pr.
Zwickau o.J. (1926).

Goebbels, Joseph

Wege ins dritte Reich. Briefe und Aufsätze
für Zeitgenossen. München 1927.

Goebbels, Joseph

Der Kampf um Berlin, München 19. Aufl. 1941

Goebbels, Joseph

Das patriotische Bürgertum. (Deutsche Volkspartei - Deutschnationale Volkspartei - Volkskonservative und Christlich-nationale Bauern). In: Nationalsozialistische Monatshefte 1, 1930, S.221ff.

Goebbels, Joseph

Wesen und Gestalt des Nationalsozialismus. Schriften der Deutschen Hochschule für Politik, Hs. von Paul-Meier-Benneckenstein Heft 8. Berlin 1934.

Goebbels, Joseph

The Goebbels Diaries 1942 - 1943. Hs. von Louis P. Lochner. New York 1948. Deutsch: Die Tagebücher aus den Jahren 1942-43. Hs. von Louis P. Lochner. Zürich 1948.

Haase, Ludolf

Marxismus und Nationalsozialismus. Die Ablösung der Zerstörung durch organischen Aufbau. In: Nationalsozialistische Monatshefte 1, 1930. S.201ff.

Hierl, Konstantin

Ausgewählte Schriften und Reden. Hs. von Herbert von Stetten-Erb. Bd. I. München 1941.

Hinkel, Hans

Einer unter Hunderttausend. München 11.-20. Tausend 1937.

Hitler, Adolf

Die Rede Adolf Hitlers in der ersten großen Massenversammlung (Münchener Bürgerbräu-Keller vom 27. Februar 1925) bei Wiederaufrichtung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei. München o.J. (1925).

Hitler, Adolf

Mein Kampf. Zwei Bände in einem Band. Bd.I:
Eine Abrechnung. Bd.II: Die nationalsozialistische
Bewegung. München 78.-84.Aufl. 1933.

Hitler, Adolf

Im Kampf um die Macht. Hitlers Rede vor dem
Hamburger Nationalklub von 1919. Hs. von Werner
Jochmann. Veröffentlichungen der Forschungsstelle
für die Geschichte des Nationalsozialismus in
Hamburg Bd. 1. Frankfurt am Main 1960.

Hitler, Adolf

Hitlers Zweites Buch. Eingeleitet und kommentiert
von Gerhard L. Weinberg. Stuttgart 1961.

Jung, Rudolf

Der nationale Sozialismus. Seine Grundlagen,
sein Werdegang und seine Ziele. München 2.Aufl.
1922.

Jung, Rudolf

Die Judenfrage als Schicksalsfrage des deutschen
Volkes. Nationalsozialistische Flugschriften
Nr. 26. Aussig o.J. 1923.

Koch, Erich

Die NSDAP. Idee, Führer und Partei. Männer und
Mächte Nr. 10. Leipzig 1933.

Krebs, Albert

Tendenzen und Gestalten der NSDAP. Erinnerungen
an die Frühzeit der Partei. Quellen und Dar-
stellungen zur Zeitgeschichte Bd. VI. Stuttgart
1959.

Lohse, Hinrich

Der Fall Straßer. Unveröffentlichtes Manuskript
in der Forschungsstelle für die Geschichte des
Nationalsozialismus in Hamburg. Ms.

Ludecke, Kurt G.W., d.i. Lüdecke, Kurt G.W.

I knew Hitler. The Story of a Nazi Who Escaped
the Blood Purge. London 1938.

Plümer, Friedrich

Die Wahrheit über Hitler und seinen Kreis.
München 1925.

Reventlow, Ernst

Völkisch-Kommunistische Einigung. Leipzig 1924.

Reventlow, Ernst

Nationaler Sozialismus im neuen Deutschland.
Berlin und Leipzig o.J. (1932).

Rosenberg, Alfred

Pest in Rußland. Der Bolschewismus, seine Häupter,
Handlanger und Opfer. München 1937.

Rosenberg, Alfred

Der völkische Staatsgedanke. Untergang und
Neugeburt. München 2.Aufl. 1924.

Rosenberg, Alfred

Wesen, Grundsätze und Ziele der NSDAP. Das Pro-
gramm der Bewegung, herausgegeben und erläutert
von Alfred Rosenberg. München 15. Aufl. 1937.

Rosenberg, Alfred

Letzte Aufzeichnungen. Ideale und Idole der
nationalsozialistischen Revolution. Göttingen 1955.

Straßer, Gregor

Das Hitler-Büchlein. Ein Abriß vom Leben und
Wirken des Führers der nationalsozialistischen
Freiheitsbewegung Adolf Hitlers. Berlin o.J.

Straßer, Gregor

Freiheit und Brot. Ausgewählte Reden und Schriften
eines Nationalsozialisten. Teil I: Idee.
Berlin 1928.

Straßer, Gregor

Hammer und Schwert. Ausgewählte Reden und Schriften
eines Nationalsozialisten. Teil II: Kampf.
Berlin 1928.

Straßer, Gregor

Kampf um Deutschland. Reden und Aufsätze eines
Nationalsozialisten. München 1932.

Straßer, Gregor

Das wirtschaftliche Aufbauprogramm der NSDAP.
Eine Rede Gregor Straßers, gehalten vor 15 000
nationalsozialistischen Betriebszellenmitgliedern
am 20. Oktober 1932 im Berliner Sportpalast.
Berlin 1932.

Straßer, Otto

Siehe auch Geismaier.

Straßer, Otto

Aufbau des deutschen Sozialismus. Leipzig 1. -
5. Aufl. 1932.

Straßer, Otto

Hitler und ich. Konstanz 1948.

Straßer, Otto

Exil. München 1958.

Zeitgenössische Periodica

Völkischer Beobachter.

Kampfblatt der national-sozialistischen
Bewegung. Hs. von Adolf Hitler. 38. und 39.
Jg. 1925 und 1926.

Nationalsozialistische Briefe.

Hs. von Gregor Straßer. Nr. 1 bis Nr. 42
1.10.25. - 15.6.27.

Das Geistchristentum.

Hs. von Artur Dinter. 1. Jg. 1928

Großdeutsche Zeitung

Tageszeitung für nationale und soziale Politik
und Wirtschaft. Hs. von Johannes Dingfelder.
1. Jg. 1924.

Dokumentationen u.ä.

=====

Broszat, Martin (Hs.)

Die Anfänge der Berliner NSDAP 1926/27.
Dokumentation. VfZ 8, 1960, S.85ff.

Dokumente der Zeitgeschichte. Herausgegeben
von Adolf Dresler, verfaßt von Fritz Maier-
Hartmann, München 1938.

Hale, Oron James (Hs.)

Gottfried Feder Calls Hitler to Order:
an Unpublished Letter on Nazi Party Affairs.
In: Journal of Modern History 30, 1958, S.358ff.

Adolf Hitler und seine Bewegung im Lichte
neutraler Beobachter und objektiver Gegner.
München 1927.

Nationalsozialistisches Jahrbuch 1927.
München 1926.

Jochmann, Werner (Hs.)

Nationalsozialismus und Revolution. Ursprung
und Geschichte der NSDAP in Hamburg 1922 - 1933.
Dokumente. Veröffentlichungen der Forschungsstelle
für die Geschichte des Nationalsozialismus in
Hamburg Nr. 3. Frankfurt am Main 1963.

Kühnl, Reinhard (Hs.)

Zur Programmatik der nationalsozialistischen Lin-
ken: Das Strasser-Programm von 1925/26. Doku-
mentation. In: VfZ 14, 1966, S.317ff.

NSDAP. Partei-Statistik 1935. Hs. von dem Reichs-
organisationsleiter der NSDAP. Bd. I: Parteimit-
glieder. Bd. III: Gliederungen, Ämter, Verbände
und gebietliche Organisationen. O.O. o.J.

Der Parteitag der Arbeit vom 6. bis 13. September
1937. Offizieller Bericht über den Verlauf des
Reichsparteitages mit sämtlichen Kongreßreden.
München 1938.

Phelps, Reginald H. (Hs.)

Dokumente aus der "Kampfzeit" der NSDAP - 1923.
In: Deutsche Rundschau 84, 1958. S.459ff und
S.1034ff.

Picker, Henry

Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier
1941 - 1942. Neu hs. von Percy Ernst Schramm.
Stuttgart 1963.

Spengler, Oswald

Briefe 1913 - 36. München 1963.

Handbücher

=====

Horkenbach, Cuno (Hs.)

Das Deutsche Reich von 1918 bis heute.
Berlin 1930.

Purlitz, Friedrich und Steinberg, Sigfrid H. (Hs.)

Deutscher Geschichtskalender. Sachlich geordnete
Zusammenstellung der wichtigsten Vorgänge im
In- und Ausland. 41. und 42. Jg. 1925 und 1926.
Abt. A Inland.

Rühle, Gerd

Das Dritte Reich. Dokumentarische Darstellung
des Aufbaues der Nation. Vorband: Die Kampffahre
1918 - 1933. Berlin o.J. (1936).

Volz, Hans

Daten der Geschichte der NSDAP. Berlin und
Leipzig 11.Aufl. 1943.

Sonstige Literatur

=====

Abendroth, Wolfgang

Das Problem der Widerstandstätigkeit der
"Schwarzen Front". In: VfZ 8, 1960, S.181ff.

Anschütz, Helga

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei in Hamburg. Ihre Anfänge bis zur Reichstagswahl vom 14. September 1930. Phil. Diss. Hamburg 1956. Ms.

Bade, Wilfrid

Joseph Goebbels. Lübeck 1933.

Bennecke, Heinrich

Hitler und die SA. München und Wien 1962.

Berendt, Erich F.

Soldaten der Freiheit. Ein Parolebuch des Nationalsozialismus 1918 - 1925. Berlin 1935.

Berner, Alfred

Vom Gesellenverein zum nationalen Sozialismus. Betrachtungen über die Entwicklung der nationalsozialistischen Bewegung unter besonderer Bedachtnahme auf das Land Schlesien. Troppau o.J. (1930).

Besson, Waldemar

Neuere Literatur zur Geschichte des Nationalsozialismus. In: VfZ 9, 1961, S.314ff.

Billung, R.

N.S.D.A.P. Die Geschichte einer Bewegung. München 1931.

Bracher, Karl Dietrich

Das "Phänomen" Adolf Hitler. In: Politische Literatur 1, 1952, S.207ff.

Bracher, Karl Dietrich

Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtzerfalls in der Demokratie. Schriften des Instituts für politische Wissenschaft Nr. 4. Stuttgart und Düsseldorf 1955.

Broszat, Martin

Die völkische Ideologie und der Nationalsozialismus. In: Deutsche Rundschau 84, 1958, S.53ff.

Broszat, Martin

Der Nationalsozialismus. Weltanschauung, Programm, Wirklichkeit. Stuttgart 4.Aufl. 1961.

Broszat, Martin

Betrachtungen zu Hitlers Zweitem Buch. In: VfZ 9, 1961, S.417ff.

Bullock, Alan

Hitler. Eine Studie über Tyrannei. Düsseldorf 1953.

Bullock, Alan

The Political Ideas of Adolf Hitler. In: The Third Reich. London 1953. S.350ff.

Butler, Rohan

The Roots of National Socialism 1783 - 1933. London 1941.

Ciller, Alois

Vorläufer des Nationalsozialismus. Geschichte und Entwicklung der nationalen Arbeiterbewegung im deutschen Grenzland. Wien 1932.

Diebow, Hans

Gregor Straßer und der Nationalsozialismus. Berlin 1932/33.

Hermann Esser. Nazi with a Vengeance. In: The Wiener Library Bulletin 9, 1955, S. 50f.

Fenske, Hans

Konservatismus und Rechtsradikalismus. Untersuchungen zur nationalen Bewegung in Bayern nach 1948. Phil. Diss. Freiburg 1965. Ms.

Fraenckel, Heinrich und Manvell, Roger

Goebbels. Eine Biographie. Köln und Berlin 1960.

Franck, Louis R.

An Economic and Social Diagnosis of
National-Socialism. In: The Third Reich.
London 1955. S. 539ff.

What Happened to the Gauleiters? In: The
Wiener Library Bulletin 3, 1949, S.9.

Gisevius, Hans Bernd

Adolf Hitler. Versuch einer Deutung.
München 1963.

Glum, Friedrich

Der Nationalsozialismus. Werden und Vergehen.
München 1962.

Dr. Goebbels. Nach Aufzeichnungen aus seiner
Umgebung. Hs. von Boris von Borresholm unter
Mitarbeit von Karena Niehoff. Berlin 1949.

Görlitz, Walter und Quint, Herbert A.

Adolf Hitler. Eine Biographie. Stuttgart 1952.

Grebing, Helga

Der Nationalsozialismus. Ursprung und Wesen.
München 1959.

Hale, Oron James

Adolf Hitler: Taxpayer. In: The American
Historical Review 60, 1955, S.830ff.

Hallgarten, G. F. W.

Hitler, Reichswehr und Industrie. Frankfurt am
Main 2.Aufl. 1955.

Hammer, Hermann

Die deutschen Ausgaben von Hitlers "Mein Kampf".
In: VfZ 4, 1956, S.161ff.

Heiber, Helmut

Joseph Goebbels und seine Redakteure. Einige
Bemerkungen zu einer neuen Biographie. In: VfZ
9, 1961. S.66ff.

Heiber, Helmut

Joseph Goebbels. Berlin 1962.

Heiden, Konrad

Geschichte des Nationalsozialismus. Karriere einer Idee. Berlin 1932.

Heiden, Konrad

Adolf Hitler. Bd. I: Das Zeitalter der Verantwortungsllosigkeit. Zürich 16.-17.Tausend 1936.
Bd.II: Ein Mann gegen Europa. Zürich 1937.

Henningsen, Hans

Unser Hauptmann Loeper. Leben und Sterben eines Kämpfers. Dokumente aus Deutschlands schwerer und großer Zeit. Magdeburg 1936.

Herrmann, Arthur R.

Gottfried Feder. Der Mann und sein Werk. Leipzig 1933.

Heuß, Theodor

Hitlers Weg. Eine historisch-politische Studie über den Nationalsozialismus. Stuttgart, Berlin und Leipzig 1932.

Hofer, Walther

Die Diktatur Hitlers bis zum Beginn des 2. Weltkrieges. In: Handbuch der Deutschen Geschichte. Begründet von O. Brandt, fortgeführt von A.O. Meyer, neu herausgegeben von Leo Just. Bd. IV, Abschnitt 4. Konstanz o.J.

Hofmann, Hans Hubert

Der Hitlerputsch. Krisenjahre deutscher Geschichte 1920 - 1924. München 1962.

Hunt, R. Richard M.

Joseph Goebbels: A Study of the Formation of His National-Socialist Consciousness (1897 - 1926). Doctor Thesis der Harvard University. Cambridge Mass. 1960.

Jasper, Gotthard

Der Schutz der Republik. Studien zur staatlichen
Sicherung der Demokratie in der Weimarer Republik
1922 - 1930. Tübinger Studien zur Geschichte und
Politik 16. Tübingen 1963.

Jungnickel, Max

Goebbels. Leipzig 1933.

Kaehler, S. A.

Geschichtsbild und Europapolitik des National-
sozialismus. In: Sammlung, Zeitschrift für
Kultur und Erziehung 9, 1954. S.337ff.

Kiehl, Walther

Mann an der Fahne. Kameraden erzählen von
Dr. Ley. München 5.Aufl. 1940.

Klotz, Helmut

Hitlers Sozialismus. Berlin o.J. (1930).

Knight-Patterson, W. M.

Germany From Defeat to Conquest 1913 - 1933.
London 1945.

Koscyk, Kurt

Zeitungssammlungen in Deutschland. In:
Archivar 9, 1958. S.149ff.

Krebs, Hans

Die Betriebsräte in der neuen Wirtschaft.
Nationalsozialistische Flugschriften Nr. 21.
Aussig 1920.

Krebs, Hans

Kampf in Böhmen. Berlin 1936.

Kruck, Alfred

Geschichte des Alldeutschen Verbandes
1890 - 1939. Veröffentlichungen des Instituts
für europäische Geschichte Mainz 3.
Wiesbaden 1954.

What Happened to the Nazi Leaders? In:
The Wiener Library Bulletin 10, 1956, S.28f.
und 11, 1957, S.17.

Lerner, Daniel

The Nazi Elite. Hoover Intute Studies,
Series B: Elite Studies No. 3. Stanford
California 1951.

Lipset, Seymour Martin

Der "Faschismus", die Linke, die Rechte und die
Mitte. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie 11,
1959, S.401ff.

Lochner, Louis P.

Die Mächtigen und der Tyrann. Die deutsche
Industrie von Hitler bis Adenauer. Darmstadt 1955.

Maser, Werner

Die Organisierung der Führerlegende. Studien
zur Frühgeschichte der NSDAP bis 1924. Phil. Diss.
Erlangen 1955.

Miltenberg, Weigand von, d.i. Blank, Herbert

Adolf Hitler Wilhelm III. Berlin 1931.

Möller van den Bruck

Das dritte Reich. Berlin 3.Aufl. 1931.

Mohler, Armin

Die Konservative Revolution in Deutschland
1918 - 1932. Grundriß ihrer Weltanschauungen.
Stuttgart 1950.

Muchow, Reinhold

Nationalsozialismus und "freie" Gewerkschaften.
Nationalsozialistische Bibliothek Heft 42.
München 2. Aufl. 1932.

An Anti-Hitler Nazi. The Ideology of Otto
Strasser. In: The Wiener Library Bulletin 9,
1955, S.38.

Neumann, Sigmund

Die deutschen Parteien. Wesen und Wandel
nach dem Kriege. Berlin 1932.

Neurohr, Jean F.

Der Mythos vom Dritten Reich. Zur Geistes-
geschichte des Nationalsozialismus.
Stuttgart 1957.

Niekisch, Ernst

Hitler - ein deutsches Verhängnis.
Berlin 1932.

Oehme, Walter und Caro, Kurt

Kommt "Das Dritte Reich?" Berlin 1930.

Olberg, Oda

Nationalsozialismus. Wien und Leipzig 1932.

Olden, Rudolf

Hitler. Amsterdam 2. Aufl. 1936.

Paetel, Karl O.

Otto Strasser und die "Schwarze Front" des
"wahren Nationalsozialismus". In:
Politische Studien 8, 1957, S. 269ff.

Pese, Walter Werner

Hitler und Italien 1920 - 1926. In: VfZ 3,
1953, S.113ff.

The Prince of Evil. Two New Hitler Biographies.
In: The Wiener Library Bulletin 6, 1952, S.29f.

Rämisch, Raimund Hubert

Die berufsständische Verfassung in Theorie und
Praxis des Nationalsozialismus. Wiso. Diss. FU
Berlin 1957. Ms.

Reed, Douglas

Nemesis? The Story of Otto Strasser.
London und Toronto 1940.

Reed, Douglas

The Prisoner of Ottawa: Otto Strasser.
London 1953.

Riess, Kurt

Joseph Goebbels. Baden-Baden 1950.

Ritter, Gerhard

The Historical Foundations of the Rise of
National-Socialism. In: The Third Reich.
London 1955, S. 381ff.

Röhm, Ernst

Geschichte eines Hochverrätters. München 7. Aufl. 1934.

Schäfer, Wolfgang

NSDAP. Entwicklung und Struktur der Staatspartei
des Dritten Reiches. Schriftenreihe des Instituts
für wissenschaftliche Politik in Marburg/Lahn, Nr.3
Hannover und Frankfurt am Main 1956.

Schapke, Richard

Die Schwarze Front. Von den Zielen und Aufgaben
und vom Kampfe der Deutschen Revolution.
Leipzig 1.-5. Aufl. 1932.

Scheurig, Bodo

Einführung in die Zeitgeschichte. Sammlung
Götschen 1204. Berlin 1962.

Schilling, Alexander, d.i. Alexander Schilling-Schleier

Dr. Walter Riehl und die Geschichte des
Nationalsozialismus. Leipzig 1933.

- Schmahl, Eugen und Seipel, Wilhelm
Der hessische Bauer im Kampfe um Acker und Hof.
Gießen 1933.
- Schmidt, Peter
Zwanzig Jahre Soldat Adolf Hitlers,
zehn Jahre Gauleiter. Ein Buch von Kampf
und Treue. Köln 3. ergänzte Aufl. 1943.
- Schmidt-Pauli, Edgar von
Die Männer um Hitler. Berlin 1932.
- Schubert, Günther
Die Anfänge der nationalsozialistischen
Außenpolitik, 1919 - 1923. Phil. Diss. FU
Berlin 1961.
- Schüddekopf, Otto Ernst
Linke Leute von rechts. Stuttgart 1960.
- Schweyer, Franz
Politische Geheimverbände. Freiburg i.Br. 1925.
- Smith, Bradley F.
Hitler and the Strasser Challenge, 1925 to 1926.
Master Thesis der University of California 1960.
- Sontheimer, Kurt
Antidemokratisches Denken in der Weimarer
Republik. Die politischen Ideen des deutschen
Nationalismus zwischen 1918 und 1933. München 1962.
- Specht, Karl Gustav
Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-
partei als organisiertes soziales Gebilde. Wiso.
Diss. Köln 1948.
- Spengler, Oswald
Preußentum und Sozialismus. München 1920.
- Spengler, Oswald
Politische Schriften. München 1933.
- Stampfer, Friedrich
Die vierzehn Jahre der ersten deutschen Republik.
Hamburg 3. Aufl. o.J. (1952).

Stephan, Werner

Joseph Goebbels. Dämon einer Diktatur.
Stuttgart 1949.

The Story of the "Völkischer Beobachter".
In: The Wiener Library Bulletin 8, 1954,
S.36 und S.39.

The Story of Mein Kampf. In: The Wiener
Library Bulletin 6, 1952, S.31.

Straßer, Bernhard O.S.B., d.i. Straßer Paul

Gregor und Otto Straßer. Kurze Darstellung
ihrer Persönlichkeit und ihres Willens
herausgegeben zum 20. Jahrestage der deutschen
Bartholomäusnacht vom 30. Juni 1934. O.O. o.J.
(Külsheim (Baden) 1954).

Uhse, Bodo

Söldner und Soldat. Paris 1935.

Unruh, Friedrich Franz von

Natio nal-Sozialismus. Frankfurt am Main 1931.

Vietinghoff gen. Scheel, Leopold von

Grundzüge des völkischen Staatsgedankens.
Berlin o.J. (um 1924).

Whiteside, Andrew G.

The Nature and Origins of National Socia-
lism. In: Journal of Central European Affairs 17,
1957, S. 48ff.

Whiteside, Andrew G.

Nationaler Sozialismus in Österreich
vor 1918. In: VfZ 9, 1961, S.1ff.

Winnig, August

Vom Proleta~~r~~iat zum Arbeitertum.
Hamburg 1930.

Winnig, August

Der weite Weg. Hamburg 1932.

Lebenslauf

Am 5. August 1937 wurde ich als Sohn des Studienrates Hans Schildt und seiner Ehefrau Margarete Schildt, geb. Baack, beide evangelischer Konfession, in Teterow/Mecklenburg geboren. In Wismar/Mecklenburg legte ich 1955 an der Geschwister-Schell-Oberschule das Abitur ab und flüchtete kurz darauf in die Bundesrepublik. Nach der Ablegung der Ergänzungsprüfung zur Anerkennung des Abiturs 1956 studierte ich zunächst vier Semester Physik und Mathematik, dann Geschichte und Germanistik, und zwar in Köln, Freiburg, Marburg und wieder Freiburg. Meine Lehrer im Fach Geschichte waren vor allem die Herren Professoren Aubin, Hassinger, Nesselhauf, Ritter, Taeger, Tellenbach, Wagner und Zmarzlik.

